

IM MASCHINENRAUM DER POLITISCHEN MACHT FUNKTIONSWEIDE, MÄNGEL UND LÖSUNGSANSÄTZE DER PARTEIENDEMOKRATIE

Bruno Hollnagel

Inhalt

Die Lage ist ernst – dramatisch sogar. Die aktuellen Umfragewerte zeichnen ein Doppelbild, das alarmieren muss: Einerseits steht das Land vor einem Berg ungelöster Probleme. Andererseits wächst der Teil der Bevölkerung, der den politischen Kräften nicht mehr zutraut, diese Herausforderungen zu meistern.

Lösungen sind gefordert. Doch bevor sie formuliert werden können, braucht es einen ersten, unverzichtbaren Schritt: eine offene, ehrliche und analytisch präzise öffentliche Debatte über die Ursachen des politischen und gesellschaftlichen Stillstands. Dabei müssen grundlegende Fragen gestellt und beantwortet werden. Welche Aufgaben hat der Staat? Auf welchem Menschenbild beruht politische Gestaltung? Erst wenn diese Fundamente geklärt sind, lassen sich die Mängel des Systems überhaupt benennen und es können Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

Wie konnte es zu diesem Dilemma kommen? Welche Entscheidungen waren Fehlgriffe, welche Entwicklungen wurden ignoriert, welche Warnsignale überhört? Aber über allem steht: Wie funktioniert Demokratie im Allgemeinen – und wie funktioniert Parteiendemokratie im Besonderen?

Erst in der Gesamtschau entsteht das eigentliche Bild: Demokratie zeigt sich als komplexes Gefüge aus Strukturen, Akteuren, Interessen und kulturellen Strömungen – ein System, das nur verstanden werden kann, wenn man seine Mechanismen, seine Brüche und seine blinden Flecken gleichermaßen beleuchtet. Und genau darum geht es hier.

IM MASCHINENRAUM DER POLITISCHEN MACHT

Teil A Systemische Mängel der Parteiendemokratie und Lösungsansätze

Inhalt	0
1. Vorwort.....	5
2. Definitionen und Probleme.....	6
3. Systemische Mängel der Demokratie	7
3.1 Generelle Probleme von Mehrheitsbeschlüssen.....	7
3.2 Unterrepräsentierte Mehrheiten	9
3.3 Langwierige Entscheidungsprozesse und suboptimale Ergebnisse ..	9
3.4 Die fachliche Qualifikation der Akteure ist nicht gewährleistet	11
3.5 Begriffsverwirrung, verzerrte Kommunikation	12
3.6 Mangelhafte Handlungsfähigkeit des Staates (Nationale Governance).....	13
3.6.1 Schwerfällige Gesetzgebungsverfahren.....	13
3.6.2 Technologische und Rückständigkeit der Verwaltung	13
3.6.3 Eingeschränkte Handlungsfähigkeit durch Rechtsbruch	13
3.6.4 Demokratie braucht einen souveränen Staat.....	13
Militärische Stärke: Sicherheit nach außen	15
Wirtschaftliche und technologische Stärke: Wohlstand und Legitimation	15
Gesellschaftliche Stärke: Legitimität und Zusammenhalt.....	16
Diplomatisches Geschick	18
3.7 Die die Demokratie gefährdenden Strukturen	19
4. Funktionsweise der Parteiendemokratie.....	22
4.1 Partei als Bühne individueller Ambitionen	22
4.2 Parteien- statt Bürgerinteressen	23
4.3 Aufstieg in der Parteienhierarchie.....	24
4.4 Parteiprogramme als strategische Instrumente politischer Machtsicherung	25
4.5 Fraktionszwang und die Erosion des freien Mandats	26
4.6 Koalitionsvertrag.....	27
4.7 Die Arbeit im Parlament.....	28
4.7.1 Ausschussarbeit	29

4.7.2	Der Druck zur Lieferung von Vorlagen	29
4.7.3	Das Parlament als Bühne.....	30
4.8	Instrumente der Politik	31
4.8.1	Über Spin-Effekte, Framing und mehr	31
4.8.2	Klientelpolitik	33
4.8.3	Lügen und Halbwahrheiten.....	36
4.8.4	Angst.....	38
4.9	Die die Demokratie gefährdenden Strukturen.....	39
4.10	Zusammenfassung	42
5.	Beispiele für Mängel als Folge der Parteiendemokratie	43
5.1	Opportunistische Politik	43
5.2	Politik vom Mainstream statt von Konzepten gesteuert	46
5.3	Fehlende langfristige Strategien – Priorisierung kurzfristiger Ziele	47
5.4	Politik läuft oft im Reflexmodus – ein Beispiel	49
Sachstand und Problem-„Lösungen“	49	
Ökonomische Ausgangslage	50	
Politökonomische Einordnung der Regierungsmaßnahmen.....	50	
Ordnungspolitische Bewertung	50	
Fiskalpolitische Implikationen	51	
Resümee	51	
5.5	Verzerrte politische Kommunikation	52
5.6	Bevorzugung der Ja-Sager.....	54
5.7	Mangelhafte Selbstkritik.....	55
5.8	Vernachlässigung des Wir-Gefühls.....	55
5.9	Verlust des politischen Profils	56
5.10	Missachtung eigener Vorgaben	61
5.11	Mangelhafte Qualifikation politischer Akteure	62
5.12	Mediengerechtes Verhalten	63
5.13	Das Denken in Blasen	65
5.14	Verbiegen von Wahrheiten	66
5.15	Fazit	67
6.	Externe Einflussnahme	69
6.1	Einflussnahme außerstaatlicher Akteure und Lobbyismus.....	69
6.2	Legale und illegale Einflussnahme	70
6.3	Das Versagen der vierten Gewalt.....	70
6.4	Untergrabung der Souveränität durch Parteinahme	72
7.	Beispiele für Fehlentwicklungen	73
7.1	Irreführende (kameralistische) Buchführung.....	73
7.2	Reformstau und „Verwaltung des Status quo“.....	74

7.3	Handeln ohne zu Haften	75
7.3.1	Eurobonds und die Problematik der gemeinsamen Haftung	78
7.3.2	Banken- und Staatsschuldenkrise im Euroraum	78
7.3.3	Der Bund bestellt und die Länder müssen bezahlen.....	79
7.4	Wuchernde Verwaltung.....	79
7.5	Gemeinschaftshaftung – der falsche Ansatz	80
7.6	Bruch von Wahlversprechen	81
7.7	Verzerrte Wahrnehmung politischer Realität	83
	Psychologische Grundlagen der Verzerrung	83
	Kommunikationslogiken im politischen Raum	83
	Medienlogiken und ihre Rückwirkungen	84
	Institutionelle Dynamiken und Koalitionsmechanismen	84
	Blasenbildung.....	84
	Gruppendruck und die Homogenisierung politischer Deutungen	85
	Umstrukturierung der politischen Wirklichkeit	85
	Digitale Rückkopplung	85
	Wechselwirkungen – sozialen Dynamiken und politischer Kommunikation.....	86
	Der Tunnelblick.....	86
	Fehleinschätzungen	86
	Die Folgen	87
7.8	Brandmauer und Aushebelung der Schuldenbremse – ein Lehrstück dafür, wie man es nicht machen sollte.....	88
	Die Brandmauer	88
	Die Schuldenbremse.....	89
	Die Folgen	93
	Resümee	95
7.9	Asymmetrie zwischen staatlicher und privatwirtschaftlicher Handlungsfähigkeit	96
7.10	Mangelhafte Handlungsfähigkeit des Staates (Nationale Governance).....	97
	Schwerfällige Gesetzgebungsverfahren	97
	Technologische und Rückständigkeit der Verwaltung.....	97
	Eingeschränkte Handlungsfähigkeit.....	97
7.11	Eingeschränkte Souveränität	97
	Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten.....	98
	Unzureichende Gewaltenteilung	98
	Medien – unzureichende Plattform des öffentlichen Diskurses	99
	Defizite in der politischen Bildung und Mündigkeit.....	99
	Erosion regelbasierter Ordnung	99
7.12	Verfassungsrechtliche Problemfelder.....	100

7.13 Politische Strategie – Beispiel Rentenpolitik unter Adenauer	100
7.14 Klimapolitik	104
Der Anlass	104
Das Kind braucht einen Namen.....	104
Umsetzung.....	106
Viel Geld für nichts – Deutschland rettet das Weltklima nicht!.....	106
Aktionismus statt durchdachter Konzepte – chaotische Ökodiktatur	107
Ein ungeeignetes Prinzip	110
Die Folgen – Gefährdung Deutschlands Wirtschaft.....	111
Ideologisches.....	114
Deindustrialisierung	115
Aus dem Tollhaus – Zahlung für Nichts und Negativpreise	118
Umverteilung und Bürokratie.....	119
Resümee – Gute Absichten ersetzen keine Expertise.....	121
7.15 Regelverstöße der EZB hat Folgen	122
7.15.1 EZB Politik mit planwirtschaftlichen Mitteln	122
7.15.2 Risiken des Bundes durch die EZB-Politik.....	123
7.15.3 Fehlallokation und Zombifizierung der Wirtschaft	124
7.15.4 EZB betreibt Finanz- und Wirtschaftspolitik statt Geldpolitik	125
7.15.5 Unzulässige Einmischung der EZB in Hoheitsrechte des Parlaments	126
7.15.6 Staatsfinanzierung durch Anleihekäufe der EZB	127
7.15.7 Ungedecktes Geld	131
7.16 Subventionswettbewerb statt marktwirtschaftlichem Wettbewerb....	133
8. Gesellschaftliche Dynamiken und kulturelle Entwicklungen.....	136
8.1 Tiefgreifender Wertewandel.....	136
8.2 Intellektuelle Krise – Anspruchsdenken und Denunziantentum ..	136
8.2.1 Ansprüche sind oft höher als die Leistungsbereitschaft	136
8.2.2 Staatlich gefördertes Denunziantentum	137
8.2.3 Subjektiv empfundene Einschränkung der Meinungsfreiheit	137
8.3 Polarisierung und Fragmentierung.....	138
8.4 Mangelhafte Umsetzung einer Migrationspolitik	138
8.5 Vertragsbrüche statt Rechtsstaatlichkeit.....	139
8.6 Fatalismus	140
9. Reformansätze zur Stärkung der Demokratie.....	142
9.1 Partei der Nichtwähler	142
9.2 Langfristige Lösungsansätze	143

9.3	Eignungsvoraussetzungen.....	143
9.4	Verpflichtender Ehrenkodex.....	144
9.5	Parteiinterne Kontrollkommission	145
9.6	Verbesserung der politischen Qualität durch unabhängige Experten	145
9.7	Eigenverantwortung einfordern.....	146
9.8	Widerspruch fördern	147
9.9	Die Souveränität des Landes stärken	148
9.10	Pflicht zur Anhörung anderer Meinungen.....	149
9.11	Den Fatalismus besiegen	149
9.12	Das Wir-Gefühl stärken.....	150
9.13	Umsetzung des Verursacherprinzips	152
9.14	Umsetzung der Gewaltenteilung	152
9.15	Verbesserung der vierten „Gewalt“.....	152
10.	Zusammenfassung.....	154

1. Vorwort

Früher bedeutete Demokratie für mich ein Ringen mit Argumenten um den besten Weg im Interesse der Menschen. Nachdem ich das Politikgeschehen als Abgeordneter des Deutschen Bundestags aus nächster Nähe erlebt habe, erscheint mir diese Vorstellung jedoch wie eine romantische Verklärung eines knallharten Geschäfts.

Da das politische Geschehen uns alle betrifft, erscheint es mir umso wichtiger darüber aufzuklären, wie dieses Geschäft wirklich abläuft. Zugleich möchte ich die Gelegenheit nutzen, um die Mängel der Demokratie und ihre parlamentarische Ausgestaltung aufzuzeigen – jedoch nicht, um sie zu diskreditieren, sondern um sie zukunftssicher zu machen. Denn trotz aller mir bekannten Mängel kenne ich keine bessere Regierungsform.

2. Definitionen und Probleme

Demokratie ist mehr als ein Begriff – sie ist ein Versprechen: die Staatsgewalt geht vom Volk aus. Ihr Fundament bilden

- freien, gleichen und geheimen Wahlen,
- die strikte Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative,
- die Rechtsstaatlichkeit,
- die unveräußerlichen Grundrechte,
- der Pluralismus,
- eine demokratische Gesinnung der Menschen
- sowie der freien Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift.

Die Parteiendemokratie gilt als das Herzstück des politischen Systems Deutschlands.

Parteien sollen Interessen bündeln, Programme entwickeln, Konflikte regulieren und Verantwortung für die Regierungsbildung übernehmen. Sie verleihen der politischen Willensbildung Struktur, Richtung und Stabilität. Das tun sie im Interesse des Staates und seiner Bürger – so die Theorie.

Der politische Alltag wirkt jedoch oft wie ein paradoxes Schauspiel: Offiziell bekennt sich die Politik zwar zur sozialen Marktwirtschaft, zugleich greift sie aber mit planwirtschaftlichen Mitteln in das ökonomische Geschehen ein. Parlamentarier klagen über jene erstickende Bürokratie, die sie doch selbst geschaffen haben. Migrant*innen erhalten finanzielle Unterstützung, auch wenn sie kein Bleiberecht haben. Der Staat fordert digitale Modernisierung, arbeitet aber vielerorts noch mit Faxgeräten. Es wird auf das Grundgesetz gepocht, während zugleich die darin festgeschriebene Schuldenbremse ausgehebelt wird. Politiker beschwören den gesellschaftlichen Zusammenhalt, doch parteipolitische Strategien treiben die Polarisierung voran. Wie lassen sich diese Widersprüche erklären?

Derzeit erleben wir eine eklatante Verschlechterung des Standorts Deutschlands, die unter anderem gekennzeichnet ist durch Deindustrialisierung, Abwanderung von Knowhow, Erosion des Bildungssystems (s. PISA-Studien), maroder Infrastruktur, Abhängigkeiten vom Ausland etwa bei Rohstoffen und IT. Wie konnte es dazu kommen?

Die Antworten auf die aufgeworfenen Fragen liegen im Wesentlichen in der mangelhaften Handhabung der demokratischen Praxis.

3. Systemische Mängel der Demokratie

In einer Demokratie entscheidet die Mehrheit. Jede Stimme hat das gleiche Gewicht, unabhängig davon, wer sie abgibt. Die Stimme eines Weisen zählt demnach ebenso viel wie die eines Einfältigen, die eines Antidemokraten ebenso viel wie die eines Demokraten und die eines Informierten ebenso viel wie die eines Uninformierten. Es ist auch gleichgültig, wie Mehrheiten zustande kommen: durch geheime Absprachen in Hinterzimmern, durch Postenschacher oder durch offenen, leidenschaftlichen Diskurs. Dies ist systemimmanent, ein systemischer Bug mit dem Risiko eines unbeabsichtigten Versagens; denn es kann keine Institution geben, die beispielsweise verbindlich bestimmen könnte, wo die Weisheit endet und die Einfältigkeit beginnt. Die Demokratie bleibt also auf das Prinzip der Stimmengleichheit angewiesen.

Die Parteiendemokratie neigt dazu, kurzfristige Mehrheiten über langfristige Lösungen zu stellen, dass Eigeninteressen der Parteien die gesamtstaatliche Perspektive zu überlagern und durch komplexe Entscheidungsprozesse die Handlungsfähigkeit zu lähmen. Hinzu kommt eine wachsende Distanz zwischen Bürgern und politischen Institutionen, was das Vertrauen in die Demokratie schwächt. Dies kann zu Interessenkonflikten, Missdeutungen und somit zu politischen Fehlentscheidungen führen.

3.1 Generelle Probleme von Mehrheitsbeschlüssen

Mehrheitsentscheidungen sind zwar das zentrale Verfahren demokratischer Systeme aber auch zugleich eine ihrer Schwachstellen. Sie vermitteln den Eindruck, den gemeinsamen Willen einer Gesellschaft abzubilden, doch in der Praxis gelingt dies oft nur eingeschränkt.

Das eigentliche Problem ist, dass das demokratische Mehrheitsprinzip komplexe Fragestellungen auf binäre Ja-Nein-Entscheidungen reduziert. Viele politische Probleme sind jedoch derart komplex, dass sie sich nicht sinnvoll auf ein einfaches Ja oder Nein reduzieren lassen. Zudem polarisieren solche Entscheidungen häufig.

Schon die Formulierung der Abstimmungsfrage kann das Ergebnis beeinflussen.

Beispiel 1: Die Art der Fragestellung bestimmen das Ergebnis mit

Folgende Fragen zielen auf den Abriss des alten Rathauses

- „Soll das alte Rathaus abgerissen werden?“
- „Sind Sie dafür, ein modernes Verwaltungsgebäude zu errichten, das mehr Platz für Bürgerdienste bietet?“
- „Sind Sie dafür, das historische Rathaus zu zerstören, obwohl es ein wichtiges Wahrzeichen der Stadt ist?“

würden aber unterschiedliche Abstimmungsergebnisse zeitigen.

Knappe Mehrheiten übergehen zudem große Teile des Meinungsspektrums; je vielfältiger die Ansichten, desto geringer ist der gemeinsame Nenner eines Mehrheitsvotums. Das kann Spannungen verstärken.

Gleichzeitig führt das Mehrheitsprinzip dazu, dass knappe Entscheidungen große Teile des Meinungsspektrums übergehen; denn erhält eine Option nur eine knappe Mehrheit, bleiben fast ebenso viele Optionen unberücksichtigt. Demokratie ist sehr oft eine Konsensfindung. Je vielfältiger jedoch die zu berücksichtigenden Meinungen sind, desto schwächer fällt das konsensuale Ergebnis aus. Das kann zu Spannungen führen.

Beispiel 2: Ein Problem der Mehrheit (1)

Ein Stadtrat soll über die Umgestaltung eines zentralen Platzes entscheiden. Es gibt zwei Optionen: A: Neuer Park, B: Parkplatz. Die Präferenzen sind: A: 45 %, B: 40 %, Enthaltung: 15 %. Damit hätte Option A eine Mehrheit gegenüber Option B.

Kommt ein dritter Vorschlag (Bau einer Markthalle), verändern sich die Präferenzen wie folgt: A: 40 %, B: 35 %, C: 25 %. Jetzt hat keine der drei Optionen eine Mehrheit gegenüber den anderen. Die Einführung einer zusätzlichen Option kann ein zuvor eindeutiges Mehrheitsvotum auflösen, da sich die Stimmen auf mehrere Alternativen verteilen.

Neben diesen Faktoren wirken psychologische und soziale Verzerrungen, da nicht alle Entscheider über denselben Wissensstand verfügen. Abstimmungen werden zudem von vielfältigen, teils sachfremden Einflüssen geprägt: von emotionalen Botschaften über Desinformation bis hin zu gruppendynamischen Effekten, persönlichen Interessenlagen und Abhängigkeiten. Solche Einflüsse können dazu führen, dass Entscheidungen weniger auf objektiver, sachlicher Abwägung beruhen als auf Stimmungen, Loyalitäten, kurzfristigen Impulsen und Interessen.

Auch niedrige Beteiligungsraten können Entscheidungen verzerren, wenn nicht alle relevanten Meinungen angemessen vertreten sind. Je vielfältiger eine Gesellschaft ist, desto schwieriger wird es, Entscheidungen zu treffen, die breite Zustimmung finden.

Schließlich können Mehrheitsentscheidungen widersprüchliche Ergebnisse hervorbringen. So kann eine Versammlung beschließen, ein Sportgelände zu erweitern, gleichzeitig aber die zur Finanzierung notwendige Beitragserhöhung ablehnen. Die beiden Entscheidungen passen nicht zusammen, obwohl beide jeweils eine Mehrheit gefunden haben.

All diese Faktoren zeigen, dass Mehrheitsentscheidungen zwar ein zentrales Instrument demokratischer Systeme sind, aber keineswegs automatisch den gemeinsamen Willen widerspiegeln.

3.2 Unterrepräsentierte Mehrheiten

Fakt ist: Stimmen für Parteien, die die Sperrklausel nicht erreichen, bleiben im Parlament ebenso unberücksichtigt wie die Stimmen der Nichtwähler. Dadurch kann es passieren, dass eine rechnerische Minderheit die Wahlberechtigten regiert.

Beispiel 3: Ein Problem der Mehrheit (2)

Ein Blick auf die Bundestagswahl 2021 verdeutlicht dies: Von allen Wahlberechtigten nahmen lediglich 76,4 Prozent an der Wahl teil. Eine Regierung kann sich bereits mit 50,1 Prozent der abgegebenen Stimmen bilden. Rechnet man dies auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten um, so ergibt sich, dass bereits 38,28 Prozent für eine Regierungslegitimation ausreichen. Das bedeutet, dass rund 68,72 Prozent der Wahlberechtigten – die klare Mehrheit – dann nicht direkt repräsentiert werden.

Damit wird deutlich, dass in einer repräsentativen Demokratie nicht zwangsläufig die Mehrheit regiert. Dieses Verfahren trägt ein Legitimationsdefizit in sich, da große Teile der Bevölkerung ohne unmittelbare Vertretung bleiben können. Dies kann das Vertrauen in die demokratischen Institutionen schwächen und Politikverdrossenheit fördern. Die Herausforderung besteht darin, neue Beteiligungsformen zu entwickeln, damit ggf. die Demokratie nicht als Herrschaft einer Minderheit wahrgenommen wird.

3.3 Langwierige Entscheidungsprozesse und suboptimale Ergebnisse

Die Demokratie gilt als die legitimste Form politischer Herrschaft. Zugleich ist sie jedoch auch die langsamste und mühsamste. Das liegt unter anderem an ihrer Struktur und der damit verbundenen Notwendigkeit zur Mehrheitsbildung. Diese wiederum erfordert Koalitionen und somit Konsens. In parlamentarischen Demokratien müssen unterschiedliche Parteien und Fraktionen miteinander um Mehrheiten ringen. Diese Konsens- und Koalitionspolitik erschwert klare Entscheidungen. Oft wird dabei nicht die beste Lösung gefunden, sondern man einigt sich auf den „tiefsten gemeinsamen Nenner“. Dieser ist zwar mehrheitsfähig, aber suboptimal. So entstehen politische Ergebnisse, die zwar tragfähig sind, den Herausforderungen jedoch nicht unbedingt in ihrer ganzen Tiefe gerecht werden.

Ein weiterer Grund für die Langsamkeit demokratischer Prozesse ist die Fragmentierung des Parteiensystems. Je mehr Parteien im Parlament vertreten sind, desto schwieriger wird es, stabile Mehrheiten zu bilden und langfristige Planung zu betreiben. Der „gemeinsame Nenner“ wird mit zunehmender Fragmentierung immer kleiner und Koalitionen müssen ständig neu austariert werden.

Dabei entsteht ein gravierendes Problem: In Demokratien entwickeln Parteien in ihren Wahlprogrammen in der Regel in sich geschlossene und logisch aufgebaute Konzepte, die eine klare Linie erkennen lassen. Diese Programmpunkte spiegeln die Werte, Ziele und politischen Überzeugungen der jeweiligen Partei wider und sollen den Wählern Orientierung geben. Sobald nach einer Wahl jedoch keine Partei allein regieren kann, sondern Koalitionen notwendig werden, geraten diese klaren Konzepte unter Druck; denn Mehrheiten entstehen nicht durch die konsequente Umsetzung eines einzelnen Parteiprogramms, sondern durch Kompromisse zwischen verschiedenen Parteien.

In Koalitionsverhandlungen müssen zentrale Punkte daher oftmals aufgeweicht, gestrichen oder in abgeschwächter Form übernommen werden, damit ein gemeinsames Regierungsprogramm entstehen kann. Dadurch zerfällt die ursprüngliche Logik der einzelnen Parteiprogramme. Anstelle einer konsistenten Linie entsteht ein „Patchwork“ aus Kompromissen, das zwar Mehrheiten sichert, aber oft nicht die beste Lösung darstellt. Die Politik bewegt sich dann auf dem „tiefsten gemeinsamen Nenner“, der zwar tragfähig ist, aber die ursprüngliche Klarheit und Zielgerichtetheit verliert. Dadurch können die einzelnen Parteiprofile an Schärfe verlieren.

Die für sich genommen geschlossene politische Logik der einzelnen Parteiprogramme kann in einer Koalition zerfallen. Dies kann dazu führen, dass die Regierungspolitik konzeptlos wird und wichtige Reformen verzögert oder sogar verhindert werden.

Die Folgen können gravierend sein: Die Benachteiligung bestimmter Gruppen, Korruption, Machtkonzentrationen und Machtmissbrauch sind mögliche Konsequenzen. In extremen Fällen kann sogar die politische Souveränität eines Staates gefährdet werden, wenn Entscheidungen nicht im Interesse des Gemeinwohls, sondern aus parteitaktischen oder persönlichen Motiven getroffen werden.

Ein Beispiel hierfür findet sich in der Weimarer Republik. Das stark fragmentierte Parteiensystem führte zu instabilen Koalitionen, die kaum handlungsfähig waren. Reformen wurden verschleppt und die Regierung wechselte häufig. Gleichzeitig gelangten Personen in politische Schlüsselpositionen, die entweder nicht über die notwendige Kompetenz verfügten oder deren Loyalität fragwürdig

war. Diese Schwächen trugen dazu bei, dass die Demokratie ihre Handlungsfähigkeit verlor und schließlich von autoritären Kräften verdrängt wurde.

Die Herausforderung besteht also darin, die Balance zwischen notwendiger Beteiligung und effizienter Entscheidungsfähigkeit zu wahren, damit die Demokratie nicht in Stillstand oder Selbstblockade verfällt.

3.4 Die fachliche Qualifikation der Akteure ist nicht gewährleistet

In nahezu allen anspruchsvollen Berufen ist es selbstverständlich, dass nur Personen tätig werden dürfen, die über die dafür notwendige Qualifikation verfügen. Ärzte, Juristen, Ingenieure oder Lehrer müssen eine lange Ausbildung durchlaufen, Prüfungen bestehen und ihre fachliche Eignung nachweisen, bevor sie Verantwortung übernehmen dürfen. In der Politik gelten andere Maßstäbe: Für ein Bundestagsmandat reicht es aus, das passive Wahlrecht zu besitzen, d. h. volljährig zu sein, die deutsche Staatsangehörigkeit zu haben und ein sauberes Führungszeugnis vorzulegen. Eine fachliche oder moralische Eignung ist zwar wünschenswert, aber keine Voraussetzung für den politischen Aufstieg. Angesichts der Tragweite politischer Entscheidungen, etwa bei der Gesetzgebung durch Abgeordnete, stellt dies einen schwerwiegenden Mangel dar.

Oft wird eingewandt, Politiker könnten sich bei ihren Entscheidungen von Experten beraten lassen. Dieser Einwand ist jedoch irreführend, denn wer selbst nicht über die notwendige Qualifikation verfügt, kann die Aussagen von Mitarbeitern und Beratern nicht angemessen beurteilen. Ohne eigenes Fachwissen fehlt die Fähigkeit, Argumente kritisch zu hinterfragen, Prioritäten zu setzen und die Qualität von Vorschlägen richtig einzuschätzen.

Dieses Defizit ist nicht nur ein Missstand, sondern eine ernsthafte Gefahr für die demokratische Ordnung, denn politische Verantwortung bedeutet, über komplexe Sachverhalte zu entscheiden, die tief in das Leben der Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Entscheidungen auf höchster Ebene haben somit weitreichende Konsequenzen für die Gesellschaft, die Wirtschaft und das Vertrauen in den Staat.

Fehlt das notwendige Fachwissen, entstehen Probleme auf mehreren Ebenen.

- Politik verkommt zunehmend zu einem Spiel von Macht und Taktik.
- Gesetze beruhen weniger auf fundierter Analyse als auf kurzfristigen Interessen, wodurch ihre Qualität sinkt.
- Das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates wird geschwächt und die Legitimität demokratischer Institutionen wird untergraben.

Die Folgen sind gravierend: Die Qualität politischer Arbeit leidet insgesamt. Komplexe Zusammenhänge werden nicht durchdrungen und Entscheidungen orientieren sich stärker an Stimmungen oder parteitaktischen Erwägungen. Dadurch steigt die Gefahr von Fehlentscheidungen, die nicht nur einzelne Politikfelder betreffen, sondern das Fundament der Demokratie selbst erschüttern können.

3.5 Begriffsverwirrung, verzerrte Kommunikation

Politische Kommunikation ist selten eindeutig. Anstelle klarer Definitionen werden oft mehrdeutige oder interpretationsfähige Begriffe verwendet. Diese semantische Unschärfe ist ein bewusst eingesetztes Instrument. Sie erlaubt politischen Akteuren, sich nicht festlegen zu müssen, Spielräume offenzuhalten, Kritik abzuwehren und am Ende behaupten zu können, sie hätten es bereits gesagt. Dadurch wird es für die Öffentlichkeit jedoch schwer, politische Aussagen und die Verantwortlichkeiten zu überprüfen.

Beispiel 4 Soziale Gerechtigkeit

Was ist „soziale Gerechtigkeit“? Es gibt keine Partei, die diesen Begriff nicht benutzt. Doch was bedeutet das konkret? Was ist beispielsweise ein sozial gerechter Stundenlohn für eine Person, die eine Schubkarre mit 20 kg Mauersteinen von A nach B transportiert? 12,71 €, 13,40 € oder doch 15,62 €? Es gibt keinen objektiven Maßstab, der hier als Messlatte dienen könnte. Ein gerechter Lohn soll auch eine soziale Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen. Aber wie umfangreich muss diese „soziale Teilhabe“ sein und wie lange müsste man dafür arbeiten? Auch hier mangelt es an einem objektiven Maßstab. Diese Beliebigkeit eröffnet den Parteien und ihren Protagonisten die Möglichkeit, hineinzuiinterpretieren, was sie für opportun halten.

Zugleich verändern Medien die Art und Weise, wie Politik kommuniziert und wahrgenommen wird. Um Aufmerksamkeit zu generieren, wecken sie gezielt Emotionen, personalisieren Konflikte und dramatisieren Sachverhalte. Dadurch werden komplexe politische Inhalte simplifiziert und auf Schlagworte reduziert. Frank Esser beschreibt diesen Prozess als Mediatisierung.¹

Digitale Plattformen verstärken diese Dynamik zusätzlich, indem sie algorithmisch erzeugte Informationsräume schaffen. Diese fördern selektive Exposition und die Bildung von Echokammern. In diesen konsumieren Nutzer überwiegend bestätigende Inhalte.² Dadurch steigt das Risiko von Polarisierung und Symbolpolitik, bei der die Inszenierung politischer Positionen wichtiger wird als deren

¹ Esser, F. (2013). *Mediatization of Politics*. Palgrave Macmillan.

² Sunstein, C. R. (2017). *#Republic*. Princeton University Press.

inhaltliche Substanz. Diesen Mechanismus hat Murray Edelman als „*symbolic politics*“ beschrieben.³

Die Wirtschaft ist auf Planbarkeit angewiesen. Dafür braucht es eine klare und unverzerrte politische Sprache, die offen benennt, was ist, und unmissverständlich kommuniziert, was politisch beabsichtigt wird. Nur wenn politische Ziele, Maßnahmen und Konsequenzen transparent formuliert sind, können Unternehmen verlässlich kalkulieren, Risiken einschätzen und so verantwortliche langfristige Investitionsentscheidungen treffen.

3.6 Mangelhafte Handlungsfähigkeit des Staates (Nationale Governance)

Die aufgeführten Mängel führen automatisch zu mangelhaften Entscheidungen und beeinträchtigen die Handlungsfähigkeit des Staates. Das hat im Einzelnen folgende Auswirkungen:

3.6.1 Schwerfällige Gesetzgebungsverfahren

Die Gesetzgebungsverfahren sind schwerfällig, innovationsfeindlich und ineffizient. Dies liegt vor allem am Ringen um Kompromisse und der Einbeziehung verschiedener Verwaltungsebenen und Interessengruppen, die für nötig gehalten wird. Der damit verbundene Erfüllungsaufwand ist oftmals unverantwortlich hoch.

3.6.2 Technologische und Rückständigkeit der Verwaltung

Die Verwaltung ist technologisch (IT) rückständig. Die Verwaltungsabläufe sind ineffizient und die Strukturen nicht zeitgemäß. Insgesamt gefährdet die mangelnde Handlungsfähigkeit die Zukunftsfähigkeit des Staates.⁴

3.6.3 Eingeschränkte Handlungsfähigkeit durch Rechtsbruch

Die Aufnahme des Ziels „Klimaneutralität“ in das Grundgesetz schränkt die Handlungsfähigkeit des Parlaments ein und ebnet planwirtschaftlichen Vorgaben den Weg. Dies verstößt zudem gegen EU-Recht. Dieses verpflichtet zur Marktwirtschaft.⁵

3.6.4 Demokratie braucht einen souveränen Staat

Demokratie setzt Souveränität voraus, denn nur ein souveräner Staat kann es seinen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, frei und selbstbestimmt zu

³ Edelman, M. (1988). *Constructing the Political Spectacle*. University of Chicago Press.

⁴ Siehe ergänzend dazu: Initiative für einen handlungsfähigen Staat.

⁵ S. Art. 119 AEUV.

entscheiden. Ein demokratischer Staat muss deshalb in allen zentralen Bereichen möglichst unabhängig werden.

Staatliche Souveränität setzt voraus, dass ein Gemeinwesen seine inneren und äußeren Angelegenheiten eigenständig und ohne übergeordnete Autorität regeln kann. In der klassischen Staats- und Rechtsphilosophie wird Souveränität als Rechtsmacht zur Letztentscheidung definiert – ein Konzept, das auf Jean Bodin zurückgeht, der Souveränität als höchste, unteilbare Entscheidungsbefugnis verstand.⁶

Im Völkerrecht knüpft die Souveränität an die Elemente des traditionellen Staatsbegriffs an: ein definiertes Territorium, eine permanente Bevölkerung, eine funktionsfähige Regierung und die Fähigkeit, internationale Beziehungen aufzunehmen. Diese vier Kriterien wurden in der *Montevideo Convention on Rights and Duties of States* schriftlich fixiert, systematisch geordnet und rechtlich verbindlich gemacht⁷ und gelten als Mindestvoraussetzungen für die rechtliche Selbstständigkeit eines Staates.

Die Staats- und Demokratietheorie ergänzt diese formalen Kriterien um die Einsicht, dass Souveränität zugleich Grundlage und Geltungsbedingung des Völkerrechts ist. So betont Hermann Heller, dass der Staat als eigenständiges Rechtssubjekt existieren muss, damit völkerrechtliche Normen überhaupt anwendbar sind.⁸ Damit wird deutlich, dass Souveränität ein rechtlicher Status ist, der die Fähigkeit zur unabhängigen, rechtlich abgesicherten Entscheidung garantiert.

Unter dem Blickwinkel der politischen Ökonomie gehört u. a. eine sichere Versorgung mit Rohstoffen, Grundnahrungsmitteln und Energie ebenso wie die staatliche Kontrolle über die Infrastruktur, wie Straße, Schiene, Wasser, Luft, sowie eigene IT- und Ortungssysteme dazu. Auch die Fähigkeit zur eigenständigen Verteidigung ist unverzichtbar, wenn politische Unabhängigkeit nicht nur ein Ideal, sondern Realität sein soll. Sie umfasst ebenso das kulturelle und geistige Fundament einer Gesellschaft: die Kultur, die verinnerlichten Werte, die anerkannten Normen, die gelebten Tugenden und die angestrebten Ziele. Sie geben Orientierung und Halt. Das Bildungssystem mit ihren Einrichtungen – Schulen, Universitäten und Fachhochschulen – muss deshalb auf eigenen Füßen stehen und darf nicht von privaten Geldgebern abhängig sein. Nur so bleibt Bildung frei von einseitigen Interessen und dem Gemeinwohl verpflichtet.

⁶ Bodin, J. (1992). *Sechs Bücher über den Staat* (F. Meinecke, Hrsg.). Wissenschaftliche Buchgesellschaft. (Original erschienen 1576).

⁷ Montevideo Convention. (1933). *Convention on Rights and Duties of States*.

⁸ Heller, H. (1927). *Die Souveränität*. De Gruyter.

Gleiches gilt für die technologische Entwicklung: Auch hier ist größtmögliche Eigenständigkeit notwendig, um Abhängigkeiten zu vermeiden und die eigene Innovationskraft zu sichern.

Unabhängigkeit ist nicht nur eine Frage der Sicherheit, sondern auch ein entscheidender wirtschaftlicher Standortvorteil. Sie schützt gleichermaßen vor Krisen und äußerer Einflussnahme und verleiht der Demokratie die Stabilität, die nötig ist, um den Bürgerinnen und Bürgern echte Souveränität zu garantieren.

Nur ein starker Staat kann auf Dauer selbstbestimmt überleben

Um auf Dauer überleben zu können, braucht ein Staat drei Dinge: militärische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stärke. Diese bedingen einander. Zwar können eigene Schwächen durch starke und verlässliche Bündnisse ausgeglichen werden, doch geht das in der Regel zu Lasten der Selbstbestimmung.

Militärische Stärke: Sicherheit nach außen

Militärische Stärke stellt eine elementare Voraussetzung für das Überleben eines Staates dar. Ein Staat, der nicht in der Lage ist, seine Grenzen zu schützen oder seine Bevölkerung vor äußeren Bedrohungen zu verteidigen, läuft Gefahr, seine Unabhängigkeit zu verlieren. Bereits Thomas Hobbes betonte in seinem Werk „Leviathan“ (1651), dass ohne ein Gewaltmonopol und die Fähigkeit zur Verteidigung der „Krieg aller gegen alle“ drohe. Militärische Macht wirkt abschreckend gegenüber potenziellen Angreifern. Historisch zeigt sich dies etwa im Kalten Krieg, wo das militärische Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt eine direkte Konfrontation verhinderte. Militärische Macht schafft auch die Voraussetzung für Sicherheit im Inneren, indem sie das staatliche Gewaltmonopol absichert.

Auch Kants Forderung nach einem „Rechtszustand“ setzen die Fähigkeit des Staates voraus, diesen Zustand nach außen zu verteidigen. Ohne militärische Stärke ist ein Staat erpressbar, abhängig und verliert die Grundlage seiner Selbstbestimmung.

Militärische Stärke ist jedoch nicht Selbstzweck: Sie muss eingebettet sein in politische und rechtliche Strukturen, die ihre Legitimität sichern. In Demokratien ist das Militär daher an die Kontrolle durch Regierung und Parlament gebunden, wodurch verhindert wird, dass militärische Macht zur Bedrohung der eigenen Gesellschaft wird. Zur Sicherung nach innen und außen gehören eigene Geheimdienste.

Wirtschaftliche und technologische Stärke: Wohlstand und Legitimation

Für die langfristige Überlebensfähigkeit eines Staates sind wirtschaftliche und technologische Stärke ebenso entscheidend wie militärische Macht. Eine leistungsfähige Wirtschaft versorgt die Bevölkerung mit Wohlstand, schafft

Arbeitsplätze und trägt somit zur gesellschaftlichen Stärke bei. Zugleich finanziert sie die staatlichen Institutionen, einschließlich des Militärs. Ohne eine stabile ökonomische Basis kann ein Staat weder seine innere Ordnung sichern noch seine äußere Sicherheit gewährleisten. Umgekehrt führt wirtschaftliche Schwäche zu sozialen Spannungen im Inneren und macht einen Staat nach außen anfällig für Abhängigkeiten und politischen Druck. Wirtschaftliche Stärke ist somit nicht nur ein Mittel zur Versorgung der Bevölkerung, sondern auch ein strategisches Instrument zur Sicherung von Souveränität und Einfluss.

Technologische Stärke ergänzt diese ökonomische Basis und entscheidet mit über die Wettbewerbsfähigkeit im globalen System. Innovationen in Schlüsselbereichen wie Digitalisierung, Energieversorgung, Biotechnologie oder Rüstungstechnologie verschaffen Staaten Vorteile, die über die reine Wirtschaftskraft hinausgehen. Wer technologische Führerschaft erlangt, kontrolliert nicht nur Märkte, sondern schafft auch sicherheitspolitische Abhängigkeiten. Ein aktuelles Beispiel ist die geopolitische Bedeutung von Halbleitern: Staaten mit eigener Chipproduktion verfügen über ein entscheidendes Machtinstrument, während andere in gefährliche Abhängigkeiten geraten. Die gezielte Technologiepolitik Chinas, wie das Programm „Made in China 2025“, zeigt, wie technologische Innovation als strategisches Mittel eingesetzt werden kann, um ökonomische Dominanz und sicherheitspolitischen Einfluss zu sichern.

Gesellschaftliche Stärke: Legitimität und Zusammenhalt

Die dritte Dimension betrifft die innere Verfassung des Staates. Eine starke Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass ihre Bürger den Staat nicht nur als äußere Zwangsordnung, sondern auch als Ausdruck gemeinsamer Werte und Ziele begreifen, mit denen sie sich identifizieren. In diesem Zusammenhang sah Aristoteles den Menschen als „zoon politikon“, der seine Bestimmung nur in der Gemeinschaft verwirklichen könne. Rousseau betonte die Identifikation mit dem *volonté générale*, dem Gemeinwillen, als Grundlage politischer Legitimität. Hegel wiederum verstand den Staat als „Verwirklichung der sittlichen Idee“: Der Einzelne erkennt sich im Staat wieder, wenn er ihn als Träger einer höheren moralischen Ordnung begreift. Gesellschaftliche Stärke umfasst daher Rechtsstaatlichkeit, demokratische Teilhabe, gemeinsame Werte und Sinnstiftung. Ohne diese Dimensionen bleibt der Staat eine bloße „Maschine“, wie Hegel es ausdrückte, der es an innerer Legitimität mangelt.

Gesellschaftliche Stärke erwächst aus der Identifikation mit dem Staat. Welche Bedingungen stiften nun Identität?

Dazu sei daran erinnert, dass Staaten nicht nur aus Institutionen, Gesetzen und Machtstrukturen bestehen, sondern vor allem aus Menschen, die sie tragen, gestalten und führen. Ob die Menschen den Staat als „ihren“ Staat anerkennen,

hängt von einem komplexen Zusammenspiel rationaler, emotionaler, kultureller und sozialer Faktoren ab.

Philosophen wie Kant, Hegel, Rousseau, Habermas oder Rawls gehen davon aus, dass der Mensch ein vernunftbegabtes, freies und soziales Wesen ist. Er kann Regeln erkennen, Prinzipien formulieren und seine Triebe kontrollieren. Zugleich strebt er nach Selbstbestimmung und ist auf Gemeinschaft angewiesen. Doch genau hier entsteht ein Spannungsfeld: Eigeninteressen und moralische Verantwortung geraten häufig in Konflikt. Der Staat ist eine Instanz, die diesen Widerspruch ordnet.

Damit Identifikation mit dem Staat gelingt, braucht es bestimmte Rahmenbedingungen:

- **Rechtsstaatlichkeit und Legitimität:** Nur, wenn der Staat als gerecht, sicher (Sicherheit nach innen) und verlässlich wahrgenommen wird, entsteht Vertrauen.
- **Partizipation und Inklusion:** Bürger müssen die Möglichkeit haben, ihre Stimme einzubringen und an politischen Prozessen teilzuhaben.
- **Kulturelle Identität:** Gemeinsame Werte, Sprache und kollektive Erinnerungen stiften emotionale Bindung.
- **Soziale Gerechtigkeit:** Wahrgenommene Fairness im Zugang zu Chancen und Ressourcen stärkt die Loyalität. Das Problem: Es gibt keinen objektiven Maßstab für das, was als sozial gerecht zu gelten hat⁹.

Da der Staat seinen Bürgern nicht nur Nutzen in Form von Sicherheit, Infrastruktur, Ordnung, Schutz der Grundrechte, Förderung von Bildung und sozialer Teilhabe bringt, sondern ihnen auch Entbehrungen in Form von Steuern, Abgaben und Wehrpflicht abverlangt, ist es aus Sicht der Bürger notwendig, dass er ihnen einen Mehrwert bietet. Ein Staat, der lediglich Pflichten auferlegt, ohne einen entsprechenden Nutzen zu stiften, verliert an Bindungskraft.

Interdependenz der drei Dimensionen militärische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stärke. Die drei Faktoren sind nicht isoliert zu betrachten, sondern bedingen einander:

- Militärische Stärke ist ohne wirtschaftliche Basis nicht finanzierbar.
- Wirtschaftliche Stärke kann ohne gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht nachhaltig wirken.
- Gesellschaftliche Stärke bleibt ohne äußere Sicherheit und ökonomische Grundlage fragil.

⁹ Was ist ein „sozial gerechter“ Lohn: 12,3 €, 14,71 € oder 11,99 € und wie lange muss man dafür arbeiten und für welchen Ort (München, Mecklenburg Vorpommern oder Trinidad) ?

Diese Interdependenz erinnert an Aristoteles' Lehre vom „rechten Maß“: Nur das Gleichgewicht der Kräfte sichert die Stabilität des Ganzen. Einseitige Betonung einer Dimension – etwa militärische Macht ohne gesellschaftliche Legitimität – führt langfristig zu Instabilität.

Diplomatisches Geschick

Staaten existieren nicht unabhängig voneinander, sondern stehen stets in Beziehung zueinander – sei es in Kooperation oder in Konkurrenz. Ein bloßes Nebeneinander ohne Berührungspunkte ist in der heutigen globalisierten Welt undenkbar. Ob ein Land zwischen Machtblöcken zerrieben wird, zum Vasallen anderer Staaten herabsinkt oder sich selbstbestimmt in die Weltgemeinschaft einbringt, hängt neben seinen Stärken und Schwächen maßgeblich von seiner Diplomatie ab. Sie ist die Kunst, Verständigung zu ermöglichen, Konflikte zu entschärfen und das friedliche Zusammenleben zwischen Staaten zu fördern.

Diplomatie dient der umfassenden Pflege zwischenstaatlicher Beziehungen. Dabei gilt es, die politischen, wirtschaftlichen, militärischen und gesellschaftlichen Interessen des Landes zu wahren – beispielsweise durch Handelsvereinbarungen, Sicherheitsbündnisse und kulturellen Austausch. Diplomatie fungiert als Brücke zwischen der inneren Ordnung eines Staates und seiner Stellung in der internationalen Gemeinschaft: Sie schützt dabei Staaten vor Isolation, ermöglicht wirtschaftliche Entwicklung, sichert Frieden und stärkt die internationale Legitimität.

Diplomatie ist mehr als nur ein Werkzeug der Außenpolitik: Sie bildet die Schnittstelle zwischen den inneren Bedürfnissen eines Staates und den äußeren Anforderungen der internationalen Gemeinschaft. Sie übersetzt gesellschaftliche, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen nach außen und integriert zugleich äußere Gegebenheiten in die nationale Politik. Erst durch Diplomatie wird militärische Stärke legitimiert und in Bündnisse eingebettet, wirtschaftliche Stärke entfaltet sich durch Handelsabkommen und internationale Kooperation und gesellschaftliche Stärke wird durch kulturellen Austausch und Menschenrechtsdialoge sichtbar. In Demokratien wirkt Diplomatie dabei doppelt: Sie verstärkt vorhandene Ressourcen und gleicht Schwächen aus, indem sie Vertrauen schafft, Konflikte entschärft und die Werte der Gesellschaft nach außen trägt. Gerade diese doppelte Rolle macht Diplomatie zu einem unverzichtbaren Element für die Überlebensfähigkeit von Staaten.

3.7 Die die Demokratie gefährdenden Strukturen

Die Demokratie basiert auf dem Prinzip der Gewaltenteilung: Exekutive, Legislative und Judikative. Doch dieses für die Demokratie essenzielle Prinzip wird an entscheidenden Stellen nicht eingehalten.

Zwar arbeiten die praktizierten Demokratien mit einer formellen Gewaltenteilung, doch in der Praxis entstehen zahlreiche Überschneidungen, die das Idealbild zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verwässern und Interessenkollisionen offenbaren.¹⁰

Welche Fälle sind gemeint?

Als Teil der Verwaltung und somit der Exekutive sind Beamte zwar verpflichtet, doch als Bürger besitzen sie gleichzeitig das Recht, für ein Parlament zu kandidieren. Dieses Recht soll sicherstellen, dass politische Ämter allen offenstehen und nicht nur bestimmten gesellschaftlichen Gruppen vorbehalten bleiben. Doch wenn Beamte gewählt werden, ruhen ihre Dienstverhältnisse in der Regel zwar, doch die enge Verbindung zur Verwaltung bleibt bestehen. Viele von ihnen kehren nach ihrer politischen Tätigkeit in den Staatsdienst zurück, was Loyalitätskonflikte begünstigen kann. Die Verwaltung verfügt über Fachwissen, Netzwerke und institutionelle Kontinuität. Beamte, die ins Parlament wechseln, bringen diese Ressourcen mit. Dadurch entsteht eine Nähe zwischen beiden Gewalten, die die parlamentarische Kontrolle der Exekutive beeinträchtigen kann. Parlamentarier, die aus der Verwaltung stammen, reduzieren die kritische Distanz. Zudem kann die Verwaltung nicht nur Gesetze ausführt, sondern über ihre personellen Verbindungen in die Legislative hinein auch Einfluss auf deren Inhalte nehmen. Die im Vergleich zu anderen Berufen hohen Beamtenpensionen weisen in diese Richtung.

Die Ernennung oberster Richter durch politische Akteure zeigt eine grundlegende Spannung zwischen demokratischer Legitimation und richterlicher Unabhängigkeit. In Deutschland wird die Spitze der Judikative nicht durch die Gerichte selbst, sondern durch Parlamente oder Regierungen bestimmt. Diese Konstruktion soll sicherstellen, dass diejenigen, die über weitreichende verfassungsrechtliche Fragen entscheiden, zumindest mittelbar demokratisch legitimiert sind. Gleichzeitig entsteht dadurch ein Abhängigkeitsverhältnis, da die Ernennung mit parteipolitischen Mehrheiten verknüpft ist. Je stärker ein politisches Lager dominiert, desto größer wird sein Einfluss auf die langfristige Ausrichtung der Rechtsprechung. Die Richter sind nach ihrer Ernennung zwar unabhängig, doch der

¹⁰ Inkinen, S., & Kneip, S. (2020). Legitimitätsprobleme durch Achsenverschiebungen in der Gewaltenteilung. In S. Kneip et al. (Hrsg.), *Legitimitätsprobleme* (S. 287–309). Springer.

Ernennungsprozess ist nicht allein fachlich, sondern auch politisch motiviert und somit interessengeleitet.

Die Exekutive geht aus der Legislative hervor, da Regierungsmitglieder gleichzeitig Abgeordnete sind. Zwar kontrolliert das Parlament die Regierung, doch die Regierung kontrolliert zugleich auch das Parlament. Es kommt unweigerlich zu Interessenkollisionen.

Ein erheblicher Teil der Gesetze wird nicht vom Parlament, sondern von Ministerien vorbereitet. Die Exekutive liefert also die Entwürfe, die die Legislative später verabschiedet. Das Parlament stimmt zwar ab, aber der inhaltliche Ursprung vieler Regelungen liegt in der Verwaltung. Dadurch verschiebt sich die Machtbalance zugunsten der Exekutive, die über Fachwissen, Personal und Kontinuität verfügt.

Parteien sind zwar formal keine staatliche Gewalt, aber sie durchdringen alle drei Gewalten. Sie bestimmen Kandidaten für Parlamente, beeinflussen die Besetzung von Richterposten und prägen die politische Kultur der Verwaltung. Dadurch entsteht in der Praxis eine parteipolitische Klammer, die die institutionelle Trennung der Gewalten überlagert. Die eigentliche Macht liegt somit weniger in den Verfassungsorganen als in den parteiinternen Entscheidungsstrukturen.

Schließlich sollen Parlamente die Exekutive überwachen, sind aber auf Informationen angewiesen, die ihnen genau diese Exekutive liefert. Untersuchungsausschüsse, Anfragen und Kontrollrechte funktionieren nur, wenn die Regierung kooperiert. Diese Abhängigkeit führt dazu, dass die Legislative zwar formal kontrolliert, praktisch aber häufig nur reagieren kann, wenn Missstände bereits öffentlich geworden sind.¹¹

Darüber hinaus erscheint die Kontrolle politischer Macht als ungenügend.

Worin ist das begründet? Da die Mehrheit des Parlaments zugleich die Exekutive trägt, kann sie diese nur begrenzt kontrollieren. Ein Scheitern der Regierung würde unmittelbar als Scheitern der Parlamentsmehrheit gelten. Deshalb hat diese ein starkes Eigeninteresse daran, die von ihr eingesetzte Regierung zu stützen, statt sie kritisch zu hinterfragen. Dadurch verliert die Kontrolle an Schärfe.

Begünstigt wird dies durch die Informationsasymmetrie: Das Parlament soll zwar die Regierung überwachen, benötigt dazu aber Informationen, die es nur von der Regierung erhält. Zwar hat das Parlament ein Auskunftsrecht, es kann aber nicht sicher sein, die nötigen Informationen auch zu bekommen. Dieses Ungleichge-

¹¹ Holtmann, E. (2004). Dynamische Gewaltenteilung – ein „vergessenes“ Thema der Politikwissenschaft. *Politische Vierteljahresschrift*, 45(3), 311–320.

wicht führt dazu, dass die Exekutive stets einen Wissensvorsprung hat, der die parlamentarische Kontrolle begrenzt.

Parteiinterne Strukturen, die unter anderem von Hierarchien, Fraktionsdisziplin, innerparteilichen Machtzentren, strategischen Interessen sowie der Abhängigkeit politischer Karrieren von parteiinternen Entscheidungen geprägt sind, bestimmen das Verhalten der Parteien nach innen wie nach außen. Diese Mechanismen wirken auf Abgeordnete, Regierungsmitglieder und Funktionsträger gleichermaßen und führen dazu, dass formale Kontrollmechanismen teilweise neutralisiert werden. Das Ergebnis ist ein System, in dem die formalen Kontrollmechanismen zwar bestehen bleiben, ihre praktische Durchsetzung jedoch häufig hinter den verfassungsrechtlichen Ansprüchen zurückbleibt.

4. Funktionsweise der Parteiendemokratie

In der politischen Realität zeigt sich jedoch ein Muster struktureller Widersprüche, das den Alltag oft wie ein paradoxes Schauspiel erscheinen lässt. So bekennt sich die Politik zwar offiziell zur sozialen Marktwirtschaft, greift aber gleichzeitig mit massiven planwirtschaftlichen Maßnahmen in die Energie- und Klimapolitik ein und setzt damit die zentralen Marktmechanismen außer Kraft. Parlamentarier beklagen eine überbordende Bürokratie, die sie aber doch selbst geschaffen haben. Migranten erhalten auch dann finanzielle Unterstützung, wenn sie kein Bleiberecht haben. Der Staat fordert digitale Modernisierung, arbeitet aber vielerorts noch mit Faxgeräten. Es wird auf das Grundgesetz gepocht, während gleichzeitig das darin festgeschriebene Schuldenbremse ausgehebelt wird. Und während politische Akteure den gesellschaftlichen Zusammenhalt beschwören, tragen ausgerechnet parteipolitische Strategien nicht selten zur Polarisierung bei.

Wie sind diese und weitere Widersprüche zu erklären? Aufschluss gibt die Funktionsweise der Parteiendemokratie. Sie gilt als das Herzstück des politischen Systems Deutschlands. Dieses basiert einerseits auf dem Mehrheitsprinzip und andererseits auf dem Prinzip der Gewaltenteilung. Die Aufgabe der Parteien besteht darin, Interessen zu bündeln und zu artikulieren, Programme zu entwickeln, Konflikte zu regulieren und Verantwortung für die Regierungsbildung zu übernehmen. Sie verleihen der politischen Willensbildung Struktur, Richtung und Stabilität. Das tun sie im Ringen um den besten Weg im Interesse des Staates – so die Theorie.

Die Parteiendemokratie zeigt systematische Mängel. Insbesondere neigt sie dazu, kurzfristige Mehrheiten über langfristige Lösungen zu stellen, die Eigeninteressen der Parteien über die gesamtstaatliche Perspektive zu stellen und durch komplexe Entscheidungsprozesse die Handlungsfähigkeit zu lähmen. Hinzu kommt eine wachsende Distanz zwischen Bürgern und politischen Institutionen, was das Vertrauen in die Demokratie schwächt. Dies kann zu Interessenkonflikten, Missdeutungen und somit zu politischen Fehlentscheidungen führen.

4.1 Partei als Bühne individueller Ambitionen

Auch in der Politik ist das Handeln der Akteure von ihren Interessen geleitet. Diese Eigeninteressen können Politiker jedoch nur in einer Partei durchsetzen, denn nur die Partei ermöglicht den Zugang zu Ämtern, Mandaten und Netzwerken. Erst die Parteistruktur bietet organisatorische Unterstützung und Ressourcen. Parteien fungieren somit als Plattformen, auf denen persönliche Ambitionen politisch wirksam werden können. Der Erfolg der Partei wird zur Voraussetzung

für individuellen Erfolg. Diese Abhängigkeit ist existenziell. Sie prägt das Leben in der Partei und das Handeln der Politiker.

Da ein einzelner Politiker ohne die Unterstützung einer Partei seine Interessen kaum durchsetzen kann, entsteht das Primat der Partei: Zuerst kommt die Partei, dann die Politiker und erst danach die Interessen des Staates und seiner Bürger. Im Zweifel fällt die Entscheidung deswegen zugunsten der Partei.

Joseph Schumpeter zufolge ist Demokratie deshalb kein Herrschaftsmodell des Volkes, sondern ein Wettbewerb um politische Führungspositionen. Dabei fungieren Parteien als Vehikel, mit denen Politiker um Stimmen konkurrieren, um Macht zu erlangen. Die Folge ist, dass die inhaltliche Programmatik hinter strategischen Mobilisierungsprozessen zurücktritt.¹²

Ohne eine gehörige Portion Egoismus können sich weder Machtstreben noch Sendungs-bewusstsein entfalten. Diese Eigenschaften treten in Verlautbarungen und Entscheidungen der Politiker, wie etwa Gesetzen, in vielfältiger Form in Erscheinung. Egoismus bestimmt demnach die Politik entscheidend mit.

4.2 Parteien- statt Bürgerinteressen

Wie bereits erläutert, besteht ein grundlegendes Problem der Parteiendemokratie darin, dass Mandatsträger faktisch stärker an die Interessen ihrer Partei als an die der Bürger gebunden sind. Das liegt an der Nominierungspraxis: Nur Kandidaten, die auf Parteilinie sind, werden von der Partei nominiert und gelangen so in höhere Positionen. Wer sich zu stark von der Parteilinie entfernt, riskiert, nicht aufgestellt zu werden, wodurch seine politische Karriere beendet sein dürfte. Diese Abhängigkeit begünstigt Konformität und erschwert unabhängige Positionen.

Problematisch wird es dadurch, dass die Interessen von Parteien nicht deckungsgleich mit den Interessen der Bürger sind. Während Bürger konkrete Verbesserungen im Alltag erwarten, orientieren sich Parteien häufig an strategischen Machtfragen, Koalitionsoptionen oder parteiinternen Netzwerken.

Da der parteiinterne Aufstieg in erster Linie über Wahlen und Nominierungen erfolgt, muss sich ein aufstrebender Politiker die dafür notwendige Unterstützung sichern. Am wirkungsvollsten gelingt dies durch den Aufbau und die Pflege von Netzwerken. Solche Netzwerke sind Zweckverbünde mit spezifischen Zielen, also Interessenkoalitionen, in denen gegenseitige Unterstützung zugesagt wird. Je größer und einflussreicher diese Zusammenschlüsse sind, desto stärker prägen

¹² Schumpeter, Joseph A.: *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York: Harper & Brothers, 1942.

sie parteiinterne Entscheidungen, einschließlich der Wahl von Funktionsträgern und Kandidaten.

Die Konsequenz ist, dass politische Entscheidungen nicht zwangsläufig dem besten Argument oder einer sachlich-rationalen Abwägung folgen, sondern häufig dem Druck gebündelter Interessen. Zwar sind Fachwissen und argumentative Stärke wünschenswerte Eigenschaften, doch sie sind keineswegs zwingend erforderlich, um auf der politischen Karriereleiter aufzusteigen. Viel entscheidender sind die Fähigkeiten, sich taktisch klug zu positionieren, strategische Allianzen zu schmieden und Machtkonstellationen für die eigenen Ziele nutzbar zu machen.

In der Praxis obsiegt daher nicht das überzeugendste Argument im Sinne der Bürger, sondern das strategische Kalkül. Politik wird so weniger zu einem Wettbewerb der Ideen als vielmehr zu einem Spiel der Kräfte, bei dem Netzwerke, Loyalitäten und taktische Erwägungen den Ausschlag geben.

4.3 Aufstieg in der Parteienhierarchie

Der Aufstieg in der Parteienhierarchie hängt nicht primär von fachlicher Expertise ab. Zwar können Sachkenntnis, eine gute Rhetorik und Ausstrahlung nützlich sein, um beispielsweise bei Vorträgen zu überzeugen, Glaubwürdigkeit zu demonstrieren oder Debatten zu prägen. Sie sind jedoch keine notwendigen Voraussetzungen für politischen Erfolg. Vielmehr ist es entscheidend, Netzwerke zu knüpfen, Loyalitäten zu sichern und interne Bündnisse zu schmieden. Auch Schmeichelei kann förderlich sein. Kritik, selbst wenn sie fundiert ist, ist hingegen eher kontraproduktiv.

Wer es versteht, Mehrheiten zu organisieren und sich als unverzichtbarer Teil eines Interessengeflechts zu etablieren, hat die besten Chancen, nach oben zu gelangen. Dabei spielen auch Postenschachereien und Intrigenspiele eine wichtige Rolle: Ämter und Funktionen erweisen sich als Elemente taktischer Deals, mit denen einerseits Gefolgschaft gesichert und andererseits Rivalen geschwächt werden. Intrigen dienen dazu, Konkurrenten zu isolieren, ihre Position zu untergraben oder sie durch gezielte Manöver aus dem Weg zu räumen. Parteien sind somit Orte des Diskurses und strategischer Machtspiele, in denen Vernetzung, Loyalitätsmanagement und taktisches Geschick den Ausschlag geben.

Das klingt ungeheuerlich, und mancher Politikprofi würde gegen diese Aussagen aufbegehren. Doch es gibt Beispiele, die das Gesagte bestätigen:

- Bei den Grünen wurde zuletzt über „*toxische Machtstrukturen*“ diskutiert. Kritiker warfen führenden Funktionären vor, gezielt Diffamierungen und

Kampagnen gegen interne Gegner zu organisieren. Solche Manöver dienen dazu, Konkurrenten zu isolieren und deren Einfluss zu schwächen.¹³

- Saskia Esken (SPD) sprach von einer „Jagd“ auf ihre Person und kritisierte parteiinterne Kampagnen, die sie zum Rückzug zwangen.¹⁴
- Die Rivalität zwischen Angela Merkel und Friedrich Merz (CDU) wird als „*letzter Kampf der Alpha-Tiere*“ beschrieben – ein Beispiel für persönliche Netzwerke und Intrigen im Machtzentrum der CDU.¹⁵
- Auch bei Richterwahlen in Deutschland wurden über „*politische Intrigen und Machtspiele*“ berichtet, da Parteien (SPD und CDU/CSU) Posten blockierten oder taktisch verteilten.¹⁶

Am Ende setzen sich nicht selten machttaktische Erwägungen gegenüber gesellschaftlichen Zielsetzungen durch.

4.4 Parteiprogramme als strategische Instrumente politischer Machtsicherung

Parteiprogramme erfüllen eine doppelte Funktion. Einerseits formulieren sie weltanschauliche Grundorientierungen, wie etwa liberale, konservative, soziale, ökologische oder sozialistische Leitbilder, und bilden damit den normativen Kern einer Partei. Andererseits dienen sie als strategische Instrumente im politischen Wettbewerb: Sie sollen öffentliche Sichtbarkeit erzeugen, die Parteienfinanzierung sichern und spezifische Wählergruppen ansprechen.

Vor diesem Hintergrund erscheinen Staats- und Bürgerinteressen weniger als eigenständige Zielgrößen, sondern vielmehr als Mittel zur Legitimation parteipolitischer Strategien. Wahlversprechen und Parteiprogramme fungieren als Mittel, um Zustimmung zu organisieren und somit Machtpositionen zu stabilisieren. In diesem Sinne schreibt Dowans: „Parteien formulieren ihre Politik, um Wahlen zu gewinnen, nicht um soziale Wohlfahrt zu erreichen.“¹⁷ Für Schumpeter ist Demokratie ein Wettbewerb, um politische Führungspositionen, in dem Parteien vor allem als Vehikel dienen, um Stimmen zu gewinnen und Macht zu erlangen.¹⁸ Dabei tritt die ideale Programmatik hinter die strategische Mobilisierung zurück.

¹³ https://www.focus.de/politik/deutschland/experte-analysiert-toxische-machtstrukturen-experte-seziert-die-gruenen-und-zieht-hartes-fazit_id_260663047.html

¹⁴ <https://www.fr.de/politik/machtkampf-bei-der-spd-esken-beschwert-sich-ueber-jagd-auf-ihre-person-93733284.html>

¹⁵ <https://www.zdfheute.de/politik/merkel-merz-verhaeltnis-kritik-cdu-100.html>

¹⁶ <https://fakten-spiegel.de/skandal-um-richterwahlen-politische-intrigen-und-machtspiele>

¹⁷ Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper. S. 28

¹⁸ Schumpeter, Joseph A. (1942): *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York: Harper.

Auch aus systemtheoretischer Perspektive wird diese Sichtweise gestützt. Luhmann betont, dass das politische System nach dem binären Code „Macht/Ohnmacht“ operiert und seine Strukturen darauf ausgerichtet sind, Entscheidungsfähigkeit und Stabilität zu gewährleisten.¹⁹ In diesem Rahmen werden gesellschaftliche Interessen nicht unmittelbar umgesetzt, sondern selektiv verarbeitet. Staats- und Bürgerinteressen werden so Mittel zum Zweck.

4.5 Fraktionszwang und die Erosion des freien Mandats

Dem demokratischen Ideal zufolge sind Abgeordnete in einem freien Mandat allein ihrem Wissen und Gewissen verpflichtet. Die politische Realität sieht jedoch anders aus, da das parlamentarische System auf ein geschlossenes Abstimmungsverhalten der Fraktionen angewiesen ist. Ein solches Verhalten ist zwar funktional notwendig, um politische Ziele durchzusetzen und stabile Regierungsmehrheiten zu sichern. Es führt jedoch faktisch zu einer Einschränkung der individuellen Entscheidungsfreiheit.²⁰ Zugleich stehen Abgeordnete unter erheblichem Erwartungsdruck, sich der Fraktionslinie anzuschließen, da parteiinterne Karrierewege, die Vergabe von Listenplätzen und die Chancen der Wiederaufstellung maßgeblich von Loyalität abhängen. Abstimmungen werden somit weniger zum Ausdruck individueller Überzeugungen, sondern vielmehr zu einem machtpolitischen Instrument: nach innen zur Disziplinierung und innerparteilichen Steuerung sowie nach außen zur Durchsetzung politischer Ziele.

Niklas Luhmann deutet dies als Ausdruck der Politiksymbolik. Demnach operiert das politische System nach dem Code „Macht/Ohnmacht“.²¹ Das bedeutet: Individuelle Gewissensentscheidungen treten zurück, da das System auf die Stabilisierung und Reproduktion seiner eigenen Strukturen abzielt.

Holtmann beschreibt Parteien zudem als Akteure, die zunehmend staatliche Funktionen übernehmen. Sie binden zentrale Prozesse politischer Steuerung an sich, indem sie politische Amtsträger rekrutieren, die die inhaltliche Ausrichtung staatlicher Politik prägen und deren Umsetzung durch Fraktionsdisziplin und Koalitionsabsprachen sichern. Zudem übernehmen sie Aufgaben der gesellschaftlichen Interessenvermittlung, strukturieren öffentliche Debatten und sind durch staatliche Finanzierung sowie ihre Präsenz in öffentlichen Gremien institutionell stark verankert. Dadurch verschiebt sich die Grenze zwischen Staat und Partei zugunsten eines Parteienstaats, in dem die Parteien nicht nur die politische

¹⁹ Luhmann, Niklas (2000): *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

²⁰ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/296347/fraktionsdisziplin/>

²¹ Luhmann, Niklas: *Legitimation durch Verfahren*. Neuwied: Luchterhand, 1969.

Willensbildung organisieren, sondern auch faktisch staatliche Funktionen ausüben.²²

In letzter Konsequenz kann das parteipolitische Interesse somit das übergeordnete Staatsinteresse überlagern.

4.6 Koalitionsvertrag

Ein Koalitionsvertrag ist eine schriftliche Vereinbarung zwischen Parteien, die gemeinsam eine Regierung bilden wollen. Er legt zentrale politische Projekte und Prioritäten sowie die Verteilung der Ministerien fest. Als Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Parteiprogrammen bildet er die Grundlage der Regierungsarbeit und soll zugleich verhindern, dass die Koalition bei Konflikten auseinanderbricht. Ausgehandelt wird er von Spitzen- und Fachpolitikern der beteiligten Parteien. In der parlamentarischen Praxis führt der faktische Fraktionszwang dazu, dass die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen selbst bei inhaltlichen Zweifeln an die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags gebunden sind.

Wie stark diese Bindungswirkung sein kann, zeigte sich bei der Verabschiedung des „Rentenpakets“ am 6. Dezember 2025: Wochenlang war zuvor über die Reform gestritten worden, da insbesondere jüngere Abgeordnete der CDU erhebliche Bedenken geäußert hatten. Unterstützung erhielten sie durch einen Brandbrief von 32 Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden, die zusammen rund 17 Millionen Beschäftigte vertreten. Darin wurde vor langfristigen Mehrkosten von bis zu 480 Milliarden Euro bis 2050 gewarnt. Diese könnten künftige Generationen belasten und die Stabilität des umlagefinanzierten Rentensystems gefährden. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass zukünftige Bundeshaushalte weiter eingeschränkt würden, wodurch sich die politischen Handlungsspielräume erheblich verringern würden.

Trotz dieser Einwände hielt die SPD an der Reform fest und verwies auf die entsprechende Vereinbarung im Koalitionsvertrag. Die CDU stimmte schließlich zu, da die Koalitionslogik keinen anderen Weg zuließ. Die Einsetzung einer unabhängigen Kommission, die die langfristigen finanziellen Auswirkungen erneut prüfen sollte, machte deutlich, dass selbst innerhalb der Regierung die Entscheidung als problematisch eingeschätzt wurde. Die Kommission bestätigte, dass zentrale Annahmen des ursprünglichen Pakets unzureichend geprüft worden waren und die langfristigen Belastungen deutlich höher ausfallen könnten als

²² Holtmann, Everhard: *Der Parteienstaat in Deutschland. Erklärungen, Entwicklungen, Erscheinungsbilder*. Bundeszentrale für politische Bildung, 2017.

zunächst angenommen. Dennoch wurde auch später keine Änderung vorgenommen.

Koalitionsverträge legen politische Projekte für eine Legislaturperiode fest und entfalten eine starke Bindungswirkung. Selbst bei neuen Informationen oder veränderten Rahmenbedingungen bleibt der Handlungsspielraum begrenzt. Fritz W. Scharpf weist darauf hin, dass Koalitionen „Pfadabhängigkeiten“ erzeugen, welche die Anpassungsfähigkeit einschränken: „Sobald Vereinbarungen getroffen sind, schränken sie die Fähigkeit ein, flexibel auf neue Problemsituationen zu reagieren.“²³ Damit erhalten Stabilität und Geschlossenheit der Koalition Vorrang vor einer langfristigen Problemlösung.

4.7 Die Arbeit im Parlament

In der Theorie gilt die Demokratie als das faire Ringen um den besten Weg. Dieses ernsthafte Bemühen sollte sich vorzugsweise im Parlament beweisen, wenn dort Argumente aufeinandertreffen und die besseren sich durchsetzen. Die Realität sieht jedoch häufig anders aus. Zwar werden unterschiedliche Positionen ausgetauscht und argumentative Lücken der Gegenseite aufgedeckt, doch nur selten führen diese dazu, die Generallinie eines Antrags oder eines Gesetzes zu verändern. Das geschieht bestenfalls im Nachhinein, wenn Gesetze „nachgebessert“ werden, weil sie sich als zu mangelhaft erwiesen haben oder der öffentliche Druck zu groß geworden ist.

In Wahrheit besitzen solche Debatten vorwiegend Schaufenstercharakter. Sie dienen in erster Linie der Selbstdarstellung von Partei und Person. Daher auch die zugespitzte, aufbauschende und mitunter verführerische Rhetorik: Das Ziel besteht nicht darin, den politischen Gegner zu überzeugen – dieser hat einen unverrückbaren Standpunkt –, sondern das Publikum und die Journalisten zu beeindrucken.

Der Beweis für die Inszenierung parlamentarischer Debatten liegt im Verfahren selbst. Wenn die Argumente einer Rede tatsächlich den Inhalt eines Gesetzes maßgeblich beeinflussen würden, müsste zwischen der zweiten und dritten Lesung ausreichend Zeit bestehen, um die vorgebrachten Einwände in den Gesetzestext einzuarbeiten. In der Praxis folgt die dritte Lesung jedoch meist unmittelbar auf die zweite, sodass eine Berücksichtigung der Beiträge aus der zweiten Sitzung faktisch ausgeschlossen ist. Damit wird deutlich: Eine parlamentarische Rede dient den Politikern vor allem als öffentliche Selbstdarstellung.

²³ Scharpf, Fritz W. (1997): *Games Real Actors Play*. Boulder: Westview Press. S. 22

Die eigentliche Politik entsteht abseits des Plenums, in kleinen Parteizirkeln, Fraktionssitzungen und vertraulichen Arbeitsgruppen. Dort werden Strategien entworfen, Kompromisse ausgehandelt und Gesetzestexte formuliert. Das Rampenlicht der Öffentlichkeit dient in diesem Zusammenhang nicht der ergebnisoffenen Diskussion. Abgeordnete nutzen die Bühne vielmehr, um ihre Partei und sich selbst zu profilieren, Schlagzeilen zu erzeugen und ihre Position rhetorisch zu untermauern. Die öffentliche Darstellung ist somit ein Schachzug im großen Spiel um Macht, ein Teil der politischen Inszenierung, die auf Wahrnehmung und Legitimation abzielt.

4.7.1 Ausschussarbeit

Die Arbeit in den parlamentarischen Ausschüssen unterscheidet sich in der Realität oft stark von dem Bild, das Außenstehende davon haben. Von außen betrachtet könnte man erwarten, dass in diesen Gremien die Expertise verschiedenster Fachleute zusammengeführt wird, um nach sorgfältiger Abwägung unterschiedlicher Positionen die bestmögliche Lösung für den Staat zu erarbeiten. Tatsächlich folgt die Praxis jedoch einem anderen Muster. Anhörungen und Expertenbefragungen dienen in erster Linie dazu, die bereits bestehenden politischen Positionen der jeweiligen Fraktionen zu stützen und ihnen zusätzliche argumentative Schlagkraft zu verleihen. Dies wird dadurch erreicht, dass die Parteien die anzuhörenden Gutachter benennen. Die Auswahl der geladenen Gäste ist deshalb keineswegs neutral oder ausgewogen, sondern darauf ausgerichtet, die eigene Sichtweise der im Ausschuss vertretenen politischen Richtungen zu bestätigen. Keine Partei würde einen Experten einladen, von dem sie weiß, dass er die eigenen Argumente unterlaufen oder die einer konkurrierenden Fraktion untermauern wird.

Auf diese Weise entsteht ein Prozess, in dem die Ausschüsse weniger als Orte des offenen Diskurses fungieren, sondern als Bühnen zur Inszenierung politischer Legitimation. Die geladenen Fachleute übernehmen dabei die Rolle von Kronzeugen, deren Aussagen die eigene Position untermauern sollen. Zwar liefern die Anhörungen den Beteiligten zusätzliche Details, vertiefende Einblicke und neue Formulierungen, doch in der Regel führen sie nicht dazu, eine einmal eingeschlagene Grundrichtung zu hinterfragen oder gar zu verändern. Vielmehr dienen sie dazu, diese Linie zu konkretisieren, zu verfeinern und fachlich abzusichern.

4.7.2 Der Druck zur Lieferung von Vorlagen

In einem Umfeld, das so stark von öffentlicher Wahrnehmung und medialer Aufmerksamkeit geprägt ist wie es das Parlament, ist es wichtig Ergebnisse sichtbar zu machen, um die eigene politische Daseinsberechtigung nachzuweisen.

Vorlagen, Anträge und Gesetzesentwürfe dienen dabei als Belege politischer Aktivität. Wer keine eigenen Vorschläge einbringt, läuft Gefahr, als passiv oder wirkungslos wahrgenommen zu werden.

Dieser Druck führt dazu, dass die Zahl der Gesetzesinitiativen stetig steigt. Jede Vorlage, die den Weg ins Parlament findet, bietet die Gelegenheit, sich öffentlich zu präsentieren und politische Schlagkraft zu demonstrieren. Damit wird der Gesetzgebungsprozess nicht nur von der Notwendigkeit gesteuert, Probleme zu lösen, sondern auch von der Logik politischer Strategien. Die angestrebte Einzelfallgerechtigkeit rechtfertigt diese Aktivitäten und verstärkt den Trend zusätzlich.

Die Bürger empfinden dies als Überregulierung, die Unternehmen als Belastung und die Verwaltung als kaum noch zu bewältigende Komplexität. Besonders deutlich wurde dieses Muster während der Corona-Pandemie. Innerhalb kürzester Zeit wurde eine Vielzahl von Sonderregelungen beschlossen, die jeweils einen spezifischen Zweck erfüllen sollten. In ihrer Gesamtheit führten sie jedoch zu einem kaum noch überschaubaren Flickenteppich. Beispiele hierfür sind die unterschiedlichen Regelungen zu Kurzarbeit, Soforthilfen für Unternehmen, Mietstundungen, Sonderregelungen im Insolvenzrecht, Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz sowie die Vielzahl von Verordnungen zu Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen. Jede dieser Maßnahmen wurde als notwendig und dringlich dargestellt. Doch die Geschwindigkeit und Menge der Beschlüsse ließen kaum Raum für eine gründliche parlamentarische Beratung. Das Ergebnis war, dass Gesetze und Verordnungen teilweise im Eilverfahren durch das Parlament gingen. Anstelle kohärenter Strategien entstand eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die zwar kurzfristig Wirkung entfalten sollten, langfristig jedoch zu Rechtsunsicherheit und Überregulierung führten. Bürger, Unternehmen und Verwaltungen standen vor der Herausforderung, sich in einem unübersichtlichen Geflecht von Sonderregelungen zurechtzufinden.

Dieses Beispiel zeigt, wie der Druck, Ergebnisse vorweisen zu müssen, und die Logik politischer Sichtbarkeit zu einer Überproduktion von Normen führen können. Die Corona-Sonderregelungen waren in vielen Fällen Ausdruck von Handlungsdruck und politischem Profilierungsbedürfnis. Sie verdeutlichen, wie schnell die Qualität der Gesetzgebung leidet, wenn Quantität über Sorgfalt gestellt wird.

4.7.3 Das Parlament als Bühne

Ein unvoreingenommener Beobachter könnte meinen, das Parlament sei eine öffentliche Bühne, auf der mit Leidenschaft und intellektueller Präzision um den besten politischen Weg im Interesse des Staates und seiner Bürger gerungen wird. An diesem Ort würden Argumente sorgfältig abgewogen und am Ende die über-

zeugendste Position obsiegen. Doch dieses klassische Ideal parlamentarischer Beratung hat mit der politischen Realität nur wenig gemein.

In der Praxis ist das Parlament häufig eher eine Arena politischer Selbstinszenierung als ein Raum ernsthaften Ringens um den besten Weg. Diese Diagnose mag zunächst abwertend erscheinen und würde von vielen politischen Akteuren sicherlich entschieden zurückgewiesen werden. Sie bedarf deshalb einer Begründung, die sich aber leicht erbringen lässt.

Wäre das Parlament ein echtes Beratungsorgan, müssten zwischen den Lesungen ausreichend Zeit und Raum für parteiinterne Diskussionen, Abwägungen und Revisionen bestehen. Zwischen erster und zweiter Lesung ist dies auch tatsächlich oftmals gegeben. Zwischen zweiter und dritter Lesung entfällt diese Phase jedoch häufig vollständig, sodass die dritte Lesung oft unmittelbar auf die zweite folgt. Da bleibt keine Zeit für inhaltliche Veränderungen. Damit wird sichtbar, dass die eigentliche Entscheidung nicht im Plenum fällt, sondern längst zuvor in Fraktionssitzungen, Koalitionsrunden und parteiinternen Abstimmungen.

Das muss nicht zwangsläufig den Interessen des Staates und seiner Bürger widersprechen. Doch durch das praktizierte Verfahren wird das Parlament seines ursprünglichen Sinns beraubt: Es verliert die Funktion eines Ortes, an dem politische Entscheidungen entstehen, und wird zu einem Forum, in dem vorab gefällte Beschlüsse lediglich öffentlich vollzogen werden.

4.8 Instrumente der Politik

4.8.1 Über Spin-Effekte, Framing und mehr

Zur Durchsetzung ihrer politischen Positionen greifen Akteure nicht nur auf sachliche Argumente zurück, sondern nutzen häufig auch kommunikative Strategien, um die Wahrnehmung der Wirklichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen, ohne dabei offen zu lügen. Dazu gehören insbesondere die in der Kommunikationsforschung umfassend beschriebenen Verfahren Framing, Agenda Setting und Spinning.

Beim Framing werden Informationen sprachlich, visuell oder kontextuell gerahmt.²⁴ Dabei werden bestimmte Aspekte einer Sachlage hervorgehoben, andere ausgeblendet und so eine bestimmte Interpretation nahegelegt. Eine Steuererhöhung erscheint dann nicht als „Mehrbelastung“, sondern als „Solidar-

²⁴ Entman, Robert (1993): *Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm*. Journal of Communication.

beitrag“ – ein Begriff, der positive Assoziationen weckt und die Maßnahme moralisch aufwertet.

Agenda-Setting beschreibt die Auswahl und Gewichtung von Themen.²⁵ Indem bestimmte Inhalte besonders häufig wiederholt und andere kaum erwähnt werden, entsteht der Eindruck, dass einige Themen besonders dringlich oder relevant seien. Absicht ist es, die öffentliche Aufmerksamkeit gezielt zu lenken.

Spinning schließlich umfasst Strategien, mit denen politische Ereignisse in ein möglichst günstiges Licht gerückt werden.²⁶ Eine Wahlniederlage wird dann nicht als Scheitern dargestellt, sondern als „wichtiger Lernprozess“ oder „Teilerfolg“. Militärische Interventionen, die geopolitischen Interessen dienen, werden kommunikativ als „humanitäre Einsätze“ oder „Befreiungsaktionen“ etikettiert, um moralische Legitimität zu erzeugen. Spin zeigt sich auch in der medialen Inszenierung: Sorgfältig geplante Bilder, symbolträchtige Auftritte oder emotional aufgeladene Botschaften sollen Handlungsstärke oder Volksnähe vermitteln – unabhängig davon, ob dies der Realität entspricht.

Ein besonders heikler Bereich ist die Relativierung von Fakten. Ursprünglich dient die Relativierung dazu, Sachverhalte in einen größeren Kontext einzuordnen. In der politischen Praxis wird sie jedoch häufig genutzt, um klare Tatsachen abzuschwächen oder ihre Bedeutung zu verschleiern. So wird Arbeitslosigkeit dann zur „Freisetzung von Arbeitskräften“ und Preiserhöhungen zu „Preisanpassungen“. Solche Begriffe mildern die Härte der Realität sprachlich ab. Noch weiter geht die Praxis sogenannter „alternativer Fakten“, bei den belegbaren Tatsachen durch widersprüchliche Darstellungen ersetzt werden, um die Realität zu verzerren.

Auch die Berufung auf einen „größeren historischen Kontext“ kann zur Verschleierung beitragen, wenn Ursachen von Konflikten oder Opferzahlen beispielsweise so relativiert werden, dass Verantwortlichkeiten unscharf erscheinen. Ein weiteres Beispiel ist die statistische Einordnung bestimmter Deliktformen. Werden etwa schwere Gewalt- oder Sexualstraftaten formal in breiten Kategorien zusammengefasst, kann dies den Eindruck erwecken, die spezifische Problematik sei weniger gravierend, obwohl Sonderauswertungen, Polizeiberichte oder parlamentarische Anfragen eine andere Sprache sprechen.²⁷

²⁵ McCombs, Maxwell / Shaw, Donald (1972): *The Agenda-Setting Function of Mass Media*. Public Opinion Quarterly.

²⁶ Esser, Frank (2008): *Spin Doctoring in der politischen Kommunikation*. In: Jarren/Sarcinelli/Saxer (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag.

²⁷ Hohl, K., & Gaskell, G. (2008). *Do the media matter? A comparison of media effects on crime perceptions in the United States and the United Kingdom*. European Journal of Criminology, 5(4), 416–440. <https://doi.org/10.1177/1477370808095121>.

Insgesamt zeigt sich: Auch legitime machtpolitische Absichten können dazu verleiten, Wahrnehmungen zu steuern, Aufmerksamkeit zu lenken sowie Fakten zu verwässern oder umzudeuten. Selbst wenn diese Mechanismen unbewusst eingesetzt werden, verbiegen sie die Wahrnehmung der Realität.

4.8.2 Klientelpolitik

Als Klientelpolitik werden politische Entscheidungen bezeichnet, die primär darauf abzielen, eigene Wählergruppen zu begünstigen, um Zustimmung zu sichern, statt dem gesamtgesellschaftlichen Interesse zu dienen. Diese Form der Politik führt zu einer Verengung des politischen Horizonts, da Entscheidungen zunehmend danach bewertet werden, ob sie kurzfristig Zustimmung in der eigenen Wählerschaft erzeugen. Langfristiges gemeinwohlorientiertes Handeln tritt dabei in den Hintergrund. Empirische Studien belegen, dass Klientelpolitik häufig mit ineffizienter Ressourcenverteilung und wachsender gesellschaftlicher Polarisierung einhergeht.²⁸

Bei Klientelpolitik werden bestimmte Gruppen bevorzugt, während andere benachteiligt werden. Eine solche Verzerrung politischer Entscheidungen kann zu gesellschaftlicher Spaltung führen. Sie behindert zudem die wirtschaftliche Entwicklung, da Ressourcen nicht nach Effizienz und Bedarf, sondern nach machtpolitischer Opportunität – also ineffizient – verteilt werden. Dadurch entstehen Fehlanreize, Wettbewerbsverzerrungen und ein Verlust an Innovationskraft. All dies schwächt die langfristige Entwicklungsfähigkeit einer Volkswirtschaft erheblich.

Werden einer Gruppe Zugeständnisse gemacht, die wiederholt erfüllt werden, entsteht ein Anspruchsdenken. Erwarten andere ebensolche Vorrechte („Was andere bekommen, das steht mir auch zu.“), gerät die Politik in eine Spirale nicht enden wollender Vorteilsnahmen. Trifft dieses Anspruchsdenken auf das Prinzip „Handeln ohne Haftung“, fällt es der Politik noch leichter, Ansprüche durch Schulden zu finanzieren. In der Folge steigen die Ausgaben. Diese müssen gedeckt werden. Dies kann entweder durch Kürzungen anderer Haushaltsposten, durch höhere Steuern und Abgaben oder durch die Finanzierung der Kosten durch Schulden geschehen. So gerät man in eine nicht enden wollende Schuldenspirale und es kommt zu Verteilungskonflikten: Welche Gruppe soll – mit welcher Begründung – was bekommen? Wer soll was bezahlen und warum?

Beispiele für Klientelpolitik sind:

- Steuersenkung für das Hotelgewerbe (FDP),

²⁸ Stokes, S. C. (2013). *Political Clientelism*. In *The Oxford Handbook of Political Science*. Oxford University Press.

- langjährige Subventionierung des deutschen Steinkohlebergbaus zugunsten gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmergruppen (SPD),
- politische Maßnahmen, die gezielt landwirtschaftliche Betriebe oder Vertriebenenverbände begünstigen (CDU/CSU),
- Förderung erneuerbarer Energien (Bündnis 90/Die Grünen).

Das wesentliche Manko der Klientelpolitik ist, dass sie das Staatsinteresse aus den Augen verliert, und so politische Entscheidungen verzerrt werden!

Beispiel 5 Subventionierung von Kraftstoff

Die jüngste Behinderung des Schiffsverkehrs in der Straße von Hormus hat zu einem deutlichen Anstieg der internationalen Rohölpreise geführt. Als Reaktion auf die daraus resultierenden Kraftstoffpreisssteigerungen, von denen auch Deutschland betroffen ist, hat die Bundesregierung eine zwei-monatige Subventionierung von Benzin und Diesel in Höhe von 17 Cent pro Liter beschlossen. Diese Maßnahme verursacht fiskalische Kosten von rund 1,6 Milliarden Euro. Bei Industriestrom für ausgewählte Stromverbraucher wird ein ähnliches Vorgehen angewandt. Dort werden bei Erfüllung gewisser Auflagen die Strompreise gedeckelt. Eine Entlastung hätte auch durch ein entsprechendes Herabsetzen der Steuerabgaben auf Kraftstoffe erreicht werden können. Das hätte jedoch nicht die gleiche mediale Aufmerksamkeit erregt.

Diese Vorgehensweisen fügen sich in ein bekanntes Muster staatlicher Kriseninterventionen ein. Die Politik dokumentiert damit Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit, riskiert jedoch, in kurzfristigen Aktionismus zu verfallen, der die Probleme unangetastet lässt.

Ökonomische Ausgangslage

Aus ökonomischer Perspektive ist festzustellen, dass die aktuellen Steigerungen der Kraftstoffpreise nicht primär auf höhere Produktionskosten zurückzuführen sind. Kaufkraftbereinigt haben sich diese seit den 1960er Jahren nur geringfügig verändert. Vielmehr wird die Preisentwicklung durch staatliche Abgabenstrukturen, regulatorische Rahmenbedingungen sowie exogene Schocks auf den internationalen Energiemärkten geprägt. Deutschland zählt seit Jahren zu den Ländern mit den höchsten Energiepreisen. Das belastet insbesondere energieintensive Branchen und schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Eine kurzfristige Subventionierung adressiert diese Defizite jedoch nicht und entfaltet daher keine nachhaltige Wirkung.

Politökonomische Einordnung der Regierungsmaßnahmen

Die beschlossene Subvention entlastet Verbraucher kurzfristig spürbar und signalisiert politische Handlungsfähigkeit. Es handelt sich dabei jedoch weniger um die Umsetzung eines konsistenten wirtschaftspolitischen Gesamtkonzepts als

vielmehr um eine Reihe reaktiver Einzelmaßnahmen, die auf unmittelbare politische Erfolge abzielen. Mehrere Aspekte verdeutlichen diese Problematik:

1. Trotz der angespannten fiskalischen Lage werden zusätzliche Steuermittel mobilisiert.
2. Staatliche Preisinterventionen können Anreize zu eigenverantwortlichem Verhalten schwächen und eine Erwartungshaltung umfassender staatlicher Absicherung fördern.
3. Die Maßnahme ist nicht Teil eines langfristigen wirtschafts-, finanz- oder energie-politischen Gesamtkonzepts. Aspekte wie Versorgungssicherheit, Diversifizierung oder Effizienzsteigerung bleiben unberücksichtigt.
4. Die Intervention zielt lediglich auf kurzfristige Preisspitzen ab, ohne das grundlegende Problem hoher Energiepreise zu lösen.

Ordnungspolitische Bewertung

Aus ordnungspolitischer Perspektive widerspricht die Subventionierung des Kraftstoffpreises den zentralen Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese zielt darauf ab, verlässliche Rahmenbedingungen, Haftungsklarheit, Eigenverantwortung und Investitionssicherheit zu gewährleisten. Ein direkter Eingriff in die Preisbildung verzerrt jedoch Marktprozesse, verschiebt notwendige Anpassungsmechanismen und sendet Fehlanreize an Produzenten und Konsumenten. Wiederholte Interventionen können zudem ein wachsendes Anspruchsdenken erzeugen indem der Staat ökonomische Risiken regelmäßig kompensieren. Dies unterminiert langfristig eigenverantwortliches Handeln und somit marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen.

Fiskalpolitische Implikationen

Aus fiskalischer Sicht birgt die Subvention erhebliche Risiken. Der Bundeshaushalt ist bereits durch Defizite, steigende Sozialausgaben und hohe Investitionserfordernisse belastet. Auch wenn die Kosten der Maßnahme isoliert betrachtet moderat erscheinen, reiht sie sich in eine Serie temporärer Eingriffe ein, die kumulativ zu dauerhaften Belastungen anwachsen können. Subventionen erzeugen zudem politische Pfadabhängigkeiten. Einmal eingeführte Unterstützungsmaßnahmen lassen sich politisch nur schwer zurücknehmen, ohne Konflikte auszulösen. Dadurch steigt das Risiko, dass temporär gedachte Ausgaben zu langfristigen Verpflichtungen werden und den finanzpolitischen Handlungsspielraum weiter einschränken.

Langfristig gefährdet eine solche Politik die Fähigkeit des Staates, zentrale Zukunftsaufgaben zu finanzieren. Werden kurzfristigen Entlastungen Investitionen vorgezogen, verschiebt sich die Prioritätensetzung zulasten der gesamtwirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit.

Resümee

Die Subventionierung der Kraftstoffpreise und die Deckelung der Strompreise sind aktionistische, ökonomisch und ordnungspolitisch problematische sowie planwirtschaftliche Maßnahmen. Sie verletzen grundlegende Prinzipien der Marktwirtschaft, verstärken fiskalische Risiken und tragen nicht zur Lösung der Ursachen hoher Energiepreise bei. Die Politik erzielt damit zwar kurzfristige Entlastungseffekte, vernachlässigt jedoch Lösungen und gefährdet so die langfristige Stabilität des Landes.

Ein analytisches Vorgehen, das die tatsächlichen Kostentreiber identifiziert, marktwirtschaftliche Mechanismen zur Geltung kommen lässt und eine Rückbesinnung auf ordnungspolitische Prinzipien in der gesamten Energiebranche ermöglicht, wird dadurch unterminiert. Anstatt sich auf die ordnungspolitischen Aufgaben zu konzentrieren, bei denen die freie Preisbildung, der offene Wettbewerb und die unternehmerische Eigenverantwortung gewährleistet werden, verfestigen solche Eingriffe eine übersteuerte, durch Subventionen verzerrte und in ihrer Anpassungsfähigkeit geschwächte Branchenstruktur. Damit wird nicht nur die notwendige Revitalisierung marktwirtschaftlicher Prinzipien behindert, sondern auch die Fähigkeit des Energiesektors eingeschränkt, durch Wettbewerb, Innovation und dezentrale Entscheidungen zu einer langfristig stabilen, effizienten und resilienten Energieversorgung beizutragen.

Die Folgen von Klientelpolitik, also der Bevorzugung einzelner Gruppen, sind überwiegend negativ. Sie

- führen zu einem sinkenden Vertrauen in politische Institutionen und demokratische Prozesse,
- befördern das Gefühl, „abgehängt“ oder ignoriert zu werden,
- verzerren den Wettbewerb,
- hemmen die Innovation,
- führen zu einer ineffizienten Mittelverwendung und
- befördern die Korruption.

4.8.3 Lügen und Halbwahrheiten

Auch Lügen werden in der Politik gezielt eingesetzt, um Macht zu sichern, politische Gegner zu diskreditieren oder die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die bewusste Manipulation der Wahrheit ist tief in der Geschichte verankert. Bereits in der Antike nutzten Herrscher strategische Falschinformationen, um politische Konflikte zu ihren Gunsten zu entscheiden. Mit der Entwicklung digitaler Medien haben politische Lügen eine neue Dimension erhalten. Falschinformationen verbreiten sich schneller, erreichen größere Zielgruppen und können öffentliche Debatten nachhaltig prägen. Die modernen Kommunikationsstrukturen ermögli-

chen es politischen Akteuren, Realitäten kommunikativ „ins Gegenteil zu verkehren“, wodurch konkurrierende Wahrnehmungswelten entstehen, die politische Entscheidungsprozesse massiv beeinflussen können.

Halbwahrheiten gelten als besonders wirkmächtiges Instrument politischer Desinformation, weil sie an reale Fakten anknüpfen. Dadurch wirken sie plausibel und sind schwerer als offene Lügen zu entlarven. Tatsächlich verzerren sie jedoch die Realität oder stellen falsche Zusammenhänge her.

Beispiel 6 die „Stop the Steal“-Bewegung in den USA

Die Bewegung entstand unmittelbar nach der US-Präsidentenwahl 2020, als Donald Trump und einige seiner Verbündeten öffentlich behaupteten, die Wahl sei durch systematischen Betrug manipuliert worden. Diese Behauptungen wurden von Gerichten, Wahlbehörden und unabhängigen Prüfinstitutionen wiederholt widerlegt. Dennoch verbreiteten sie sich über soziale Medien, politische Aktivisten und bestimmte Medienkanäle weiter. Dabei nutzte die Bewegung eine Mischung aus Halbwahrheiten, selektiven Darstellungen und nachweislich falschen Behauptungen, um den Eindruck zu erwecken, das Wahlergebnis sei illegitim.²⁹

Beispiel 7 Irakkrieg

Der Irakkrieg wurde mit der Behauptung begründet, der Irak verfüge über aktive Programme zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen, um die öffentliche Unterstützung für den Krieg zu erhöhen. Diese Darstellung wurde von der US-Regierung als sicherheitsrelevant und dringlich dargestellt, obwohl zentrale Geheimdienstinformationen widersprüchlich oder unbestätigt waren. Die nach dem Krieg eingesetzte Iraq Survey Group stellte 2004 fest, dass der Irak keine aktiven WMD-Programme mehr besaß und die kommunizierte Bedrohung nicht der Realität entsprach.³⁰ Die Untersuchung zeigte, dass politische Entscheidungsträger selektive Geheimdienstinformationen nutzten und Unsicherheiten bewusst ausblendeten.

Mehrere Analysen zeigen, dass die US-Regierung die Bedrohung durch den Irak systematisch überhöhte und widersprüchliche Geheimdienstinformationen ignorierte oder verzerrte. Der Senate Select Committee on Intelligence stellte 2006 fest, dass zentrale Aussagen der Regierung „nicht durch die zugrunde liegenden Geheimdienstinformationen gedeckt“ waren.³¹

²⁹ Benner, K. (2022). *The January 6th report: Findings of the Select Committee to Investigate the January 6th Attack on the United States Capitol*. The New York Times / Celadon Books. (Analyse der politischen Mobilisierung und der Rolle von „Stop the Steal“ in der Radikalisierung.)

³⁰ Duelfer, C. (2004). *Comprehensive report of the Special Advisor to the DCI on Iraq's WMD*. Central Intelligence Agency / Iraq Survey Group.

³¹ U.S. Senate Select Committee on Intelligence. (2006). *Report on the U.S. intelligence community's prewar intelligence assessments on Iraq*. U.S. Government Printing Office.

4.8.4 Angst

Angst zählt zu den wirkungsvollsten politischen Instrumenten, weil sie menschliches Verhalten unmittelbar beeinflusst und politische Entscheidungen emotional auflädt. In der politischen Praxis wird Angst als Herrschaftsinstrument eingesetzt: Regierungen artikulieren beispielsweise Bedrohungsszenarien, um politischen Einfluss zu gewinnen oder bestimmte Ziele zu erreichen. Die Forschung zeigt, dass Angst gezielt genutzt wird, um politische Botschaften zu verstärken, Loyalität zu sichern oder um gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. Besonders in polarisierenden Kontexten wird Angst als strategisches Kommunikationsmittel eingesetzt, um Aufmerksamkeit zu erzeugen und politisch zu mobilisieren.³² Schäuble sagte im Rahmen einer Diskussion über Terrorismusbekämpfung und staatliche Sicherheitsmaßnahmen, Angst sei ein realer gesellschaftlicher Faktor, den Politik nicht ignorieren könne – und dass politische Akteure ihn durchaus nutzen.³³

Während der Corona-Pandemie in Deutschland verging kaum ein Tag ohne neue Meldungen zur Infektionslage. Die Medien berichteten über die Gefahr einer Überlastung der Intensivstationen, über stark steigende Fallzahlen und mögliche Szenarien mit sehr hohen Todeszahlen. Die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie führte dazu, dass viele Menschen umfassende Schutzmaßnahmen von der Politik erwarteten.

Die Bundesregierung reagierte mit einem Bündel an Maßnahmen: Maskenpflicht, Aufbau einer Testinfrastruktur, Impfangebote sowie weitreichende Kontakt- und Mobilitätsbeschränkungen. Dazu gehörte auch ein bundesweiter Lockdown. Dieser trat in Kraft, obwohl die 7-Tage-Inzidenz zu diesem Zeitpunkt bereits wieder unter den zuvor politisch definierten Schwellenwert von 100 gefallen war.

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen waren erheblich. Die Einschränkungen der grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte belasteten viele Menschen psychisch. Gleichzeitig führten Geschäftsschließungen, Produktionsausfälle und Konsumrückgänge zu erheblichen wirtschaftlichen Einbrüchen.

Auffällig ist, dass die politische Zustimmung zur damaligen Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD in dieser Phase deutlich anstieg: Laut „Sonntagsfrage“ wuchs der Unterstützungswert von etwa 41 % im September 2019 auf rund 55 %

³² Terizakis, Nestler & Denker, 2025, SpringerSpringer. *Angstpolitik und neurechte Meme: Narrative der Angst als Instrument der (vor-)politischen Kommunikation*

³³ FAZ. (2010, 18. Juli). Interview mit Wolfgang Schäuble: „Natürlich kann man mit Angst Politik machen“. Frankfurter Allgemeine Zeitung.

im Mai 2020. Viele Bürger interpretierten die Krisenpolitik offenbar zunächst als Ausdruck entschlossener Handlungsfähigkeit.

Bis heute diskutieren Wissenschaftler und Juristen darüber, ob der Lockdown und andere Maßnahmen in der jeweils angewandten Form verhältnismäßig waren oder ob weniger eingreifende Alternativen ausgereicht hätten. Ebenfalls Gegenstand der fachlichen Debatte ist die Frage, welche Bedeutung Kommunikationsstrategien – einschließlich der Darstellung von Risiken – in der politischen Entscheidungsfindung und öffentlichen Wahrnehmung hatten. Dabei wird untersucht, in welchem Umfang solche Formen der Risikokommunikation unbeabsichtigt oder bewusst zur Verhaltenssteuerung beitrugen und welche Grenzen aus rechtsstaatlicher Sicht für den Einsatz solcher Mittel gelten sollten.

Die ökonomische Relevanz ergibt sich aus der Theorie der Relativitätsökonomie, nach der Angst ein wesentlicher Handlungsmotivator ist. Sie beeinflusst demnach das individuelle Wollen und damit auch wirtschaftliche Entscheidungen in erheblichem Maße.³⁴

Anstatt glaubhafte Zukunftsperspektiven zu eröffnen und den Überlebenswillen der Bürger zu stärken, erzeugt die Politik Angst:

- Die Angst vor Altersarmut.
- Die Angst vor Krieg.
- Die Angst vor wirtschaftlichem Niedergang.
- Die Angst vor der Bedeutungslosigkeit.

Die Führung wird als Symbol für Einheit und Schutz wahrgenommen, wodurch sich die Gesellschaft enger zusammenschließt.³⁵ Ist das beabsichtigt, weil Angst dazu führt, sich hinter die Führung zu stellen?

Doch Angst war noch nie ein guter Ratgeber. Sie lähmt, spaltet, schüchtert ein und verhindert den Blick nach vorn.

4.9 Die die Demokratie gefährdenden Strukturen

Die Demokratie basiert auf dem Prinzip der Gewaltenteilung: Exekutive, Legislative, Judikative. Doch dieses für die Demokratie essenzielle Prinzip wird an entscheidenden Stellen nicht eingehalten.

Die praktizierten Demokratien arbeiten also zwar mit einer formellen Gewaltenteilung, doch in der Praxis entstehen zahlreiche Überschneidungen, die das

³⁴ Hollnagel, B. (2009): *Relativitätsökonomie – Die Menschlichen Motive wirtschaftlichen Handelns*. Wiley

³⁵ <https://strategyinternational.org/2025/06/19/publication185/>

Idealbild zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verwässern und Interessenkollisionen offenbaren.

Welche Fälle sind gemeint³⁶?

1. Beamte sind Teil der Verwaltung und damit der Exekutive verpflichtet. Gleichzeitig besitzen sie als Bürger jedoch das Recht, für ein Parlament zu kandidieren. Dieses Recht soll sicherstellen, dass politische Ämter allen offenstehen und nicht nur bestimmten gesellschaftlichen Gruppen vorbehalten bleiben. Wenn Beamte gewählt werden, ruhen in der Regel zwar ihre Dienstverhältnisse, doch die enge Verbindung zur Verwaltung bleibt bestehen. Viele von ihnen kehren nach ihrer politischen Tätigkeit in den Staatsdienst zurück, was Loyalitätskonflikte begünstigen kann. Die Verwaltung verfügt über Fachwissen, Netzwerke und institutionelle Kontinuität. Beamte, die ins Parlament wechseln, bringen diese Ressourcen mit. Dadurch entsteht eine Nähe zwischen beiden Gewalten, die die parlamentarische Kontrolle der Exekutive beeinträchtigen kann. Parlamentarier, die aus der Verwaltung stammen, reduzieren die kritische Distanz. Zudem kann die Verwaltung nicht nur Gesetze ausführen, sondern über ihre personellen Verbindungen in die Legislative hin-

³⁶ Zu dem nachfolgenden Text wird hiermit auf verschiedene Quellen verwiesen:

Bundeskanzleramt / Bundesministerium der Justiz. (2016). *Gesetzgebungsverfahren in Deutschland: Ein Leitfaden*. Berlin: Bundesregierung.

Bundesministerium des Innern und für Heimat. (2019). *Beamtenrecht in Deutschland: Grundlagen und aktuelle Entwicklungen* (Leitfaden). Berlin: BMI.

Bundeszentrale für politische Bildung. (2018). *Parteien in Deutschland: Funktionen und Organisation*. Bonn: bpb.

Bundesverfassungsgericht. (n.d.). *Wahl der Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts*. Karlsruhe: BVerfG. Retrieved from the court's official publications.

Döring, H., & Manow, P. (2019). Parliaments and Governments Database (ParlGov): Institutional features and control mechanisms. *Journal of Legislative Studies*, 25(3), 1–20.

Huber, J. D., & Shipan, C. R. (2002). *Deliberate Discretion? The Institutional Foundations of Bureaucratic Autonomy*. Cambridge: Cambridge University Press.

Katz, R. S., & Mair, P. (1995). Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party. *Party Politics*, 1(1), 5–28.

Kommers, D. P., & Miller, R. A. (2012). *The Constitutional Jurisprudence of the Federal Republic of Germany* (3. Aufl.). Durham, NC: Duke University Press.

Kuhlmann, S., & Wollmann, H. (2019). *Introduction to Comparative Public Administration: Administrative Systems and Reforms in Europe* (2. Aufl.). Cheltenham: Edward Elgar.

Müller, W. C., & Strøm, K. (2000). *Coalition Governments in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press.

Norton, P. (2000). *Parliaments and Governments in Western Europe*. London: Routledge.

Patzelt, W. J. (2006). Richterwahl und politische Einflüsse in Deutschland. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 37(4), 589–606.

Patzelt, W. J. (2014). Parlamentarische Kontrolle der Exekutive. In J. Isensee & P. Kirchhof (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts* (Bd. 7). Heidelberg: C.F. Müller.

Saalfeld, T. (2000). The Bundestag and legislative initiative: Government dominance and parliamentary influence. *German Politics*, 9(1), 1–22.

Voigt, S. (2013). Public sector employment and political office: The case of Germany. *German Politics*, 22(3), 267–285.

Voßkuhle, A. (2011). Die Unabhängigkeit der Richter und die politische Besetzung von Richterstellen. *Juristenzeitung*, 66(10), 497–504.

ein auch Einfluss auf deren Inhalte nehmen. Die im Vergleich zu anderen Berufen hohen Beamtenpensionen weisen in diese Richtung.

2. Die Ernennung von obersten Richtern durch politische Akteure führt zu einer grundlegenden Spannung zwischen demokratischer Legitimation und richterlicher Unabhängigkeit. In Deutschland wird die Spitze der Judikative nicht durch die Gerichte selbst, sondern durch Parlamente oder Regierungen bestimmt. Diese Konstruktion soll sicherstellen, dass diejenigen, die über weitreichende verfassungsrechtliche Fragen entscheiden, zumindest mittelbar demokratisch legitimiert sind. Gleichzeitig entsteht dadurch jedoch ein Abhängigkeitsverhältnis, da die Ernennung mit parteipolitischen Mehrheiten verknüpft ist. Je stärker ein politisches Lager dominiert, desto größer wird sein Einfluss auf die langfristige Ausrichtung der Rechtsprechung. Die Richter sind nach ihrer Ernennung zwar unabhängig, doch der Ernennungsprozess ist nicht allein fachlich, sondern kann auch politisch motiviert und somit interessegeleitet sein.
3. Die Exekutive geht aus der Legislative hervor, nicht nur, weil Regierungsglieder gleichzeitig Abgeordnete sind. Dadurch kontrolliert das Parlament zwar die Regierung, aber die Regierung kontrolliert zugleich das Parlament über Fraktionsdisziplin, Koalitionsverträge und die Vergabe politischer Ämter. Es kommt unweigerlich zu Interessenkollisionen.
4. Ein erheblicher Teil der Gesetze wird nicht vom Parlament, sondern von Ministerien vorbereitet. Das bedeutet: Die Exekutive liefert die Entwürfe, über die die Legislative später abstimmt. Zwar stimmt das Parlament ab, doch der inhaltliche Ursprung vieler Regelungen liegt in der Verwaltung. Dadurch verschiebt sich die Machtbalance zugunsten der Exekutive, die über Fachwissen, Personal und Kontinuität verfügt.
5. Parteien sind zwar formal keine staatliche Gewalt, sie durchdringen jedoch alle drei Gewalten. Sie bestimmen Kandidaten für Parlamente, beeinflussen die Besetzung von Richterposten und prägen die politische Kultur der Verwaltung. Dadurch entsteht in der Praxis eine parteipolitische Klammer, die die institutionelle Trennung der Gewalten überlagert. Die eigentliche Macht liegt somit weniger in den Verfassungsorganen als in den parteiinternen Entscheidungsstrukturen.
6. Schließlich sollen Parlamente die Exekutive überwachen, sind aber auf Informationen angewiesen, die ihnen genau diese Exekutive liefert. Untersuchungsausschüsse, Anfragen und Kontrollrechte funktionieren nur, wenn die Regierung kooperiert. Diese Abhängigkeit führt dazu, dass die Legislative zwar formal kontrolliert, praktisch aber häufig nur reagieren kann, wenn Missstände bereits öffentlich geworden sind.

Darüber hinaus erscheint die Kontrolle politischer Macht als ungenügend.

Worin ist das begründet? Da die Mehrheit des Parlaments zugleich die Exekutive trägt, kann sie diese nur begrenzt kontrollieren. Ein Scheitern der Regierung würde unmittelbar als Scheitern der Parlamentsmehrheit gelten, weshalb diese ein starkes Eigeninteresse daran hat, die von ihr eingesetzte Regierung zu stützen statt sie kritisch zu hinterfragen. Die Kontrolle verliert dadurch an Schärfe.

Begünstigt wird das durch die Informationsasymmetrie: Das Parlament soll zwar Regierungen überwachen, benötigt dazu aber Informationen die sie nur von der Regierung erhalten kann. Zwar hat das Parlament ein Auskunftsrecht, kann aber nicht sicher sein, die nötigen Informationen auch zu bekommen. Dieses Ungleichgewicht, diese Informationsasymmetrie führt dazu, dass die Exekutive stets einen Wissensvorsprung hat, der die parlamentarische Kontrolle begrenzt.

Parteiinterne Strukturen, die unter anderem geprägt sind von Hierarchien, Fraktionsdisziplin, innerparteilichen Machtzentren, strategischen Interessen und der Abhängigkeit politischer Karrieren von parteiinternen Entscheidungen, bestimmen das Verhalten der Parteien nach innen wie nach außen. Diese Mechanismen wirken auf Abgeordnete, Regierungsmitglieder und Funktionsträger gleichermaßen und führen dazu, dass formale Kontrollmechanismen teilweise neutralisiert werden. Das Ergebnis ist ein System, in dem die formalen Kontrollmechanismen bestehen bleiben, ihre praktische Durchsetzung jedoch häufig hinter den verfassungsrechtlichen Ansprüchen zurückbleibt.

4.10 Zusammenfassung

Die Art und Weise der Auswahl von Mandatsträgern, die Notwendigkeit, eine Parteilinie einzuhalten, die interessengeleitete Umdeutung der Realität, der Fraktionszwang, der Koalitionsvertrag und die damit verbundene Notwendigkeit, Kompromisse einzugehen, die Arbeitsweise im Parlament sowie die eingesetzten politischen Instrumente können sich negativ auf die Qualität der politischen Arbeit auswirken und eine sachorientierte Politik im Interesse des Staates und seiner Bürger untergraben.

5. Beispiele für Mängel als Folge der Parteiendemokratie

In der Parteiendemokratie sind grundlegende Probleme angelegt. Ihre Ursachen liegen im notwendigen politischen Bemühen, Zustimmung in der Bevölkerung (Klientelpolitik ...) und Mehrheiten in der Partei (Ja-Sager-Mentalität ...) zu erreichen sowie sich nach innen wie nach außen positiv darzustellen. Das ist nicht per se schlecht, kann aber zu Einseitigkeit führen.

Parteien sind zwar zentrale Akteure moderner Demokratien, doch die Funktionslogik der Parteiendemokratie bringt typische Mängel hervor. Zunächst erzeugt der permanente Druck, Wählerinnen und Wähler zu gewinnen und Mitglieder zu binden, eine Neigung zu opportunistischer Politik. Parallel dazu führt die Notwendigkeit, in einer mediengetriebenen Öffentlichkeit sichtbar und einprägsam aufzutreten, zu verzerrter politischer Kommunikation. Innerparteilich zeigen sich die Folgen in Form einer Bevorzugung von Ja-Sagern und mangelnder Selbstkritik. Abweichende, komplexe Positionen finden seltener Gehör, wodurch Profilverlust, Missachtung eigener Vorgaben und eine Schwächung des Wir-Gefühls innerhalb der Partei begünstigt werden. Hinzu kommen strukturelle Defizite wie die unzureichende Qualifikation mancher politischer Akteure sowie das Denken in Informations- und Interessensblasen. Dies verstärkt die Polarisierung und mindert die Fähigkeit zu gesamtgesellschaftlichem Handeln. Zusammengefasst führen diese Mängel typischerweise zu einer Politik, die kurzfristig wirksam erscheint, langfristig jedoch an Kohärenz, Legitimität und Problemlösungsfähigkeit verliert.

5.1 Opportunistische Politik

Als opportunistisch wird eine Politik bezeichnet, bei der kurzfristige Popularität, Machterhalt oder Stimmmaximierung über langfristige gesellschaftliche oder wirtschaftliche Vernunft gestellt werden. Trifft eine solche Politik auf ein Anspruchsdenken der Bürger, kann dies zu einer chronischen Staatsüberschuldung führen. Wie kommt es dazu?

Ausgangspunkt können beispielsweise konkrete wirtschaftliche oder soziale Probleme sein. Anstatt dass diese eigenverantwortlich zu lösen, wird der Staat aufgefordert, zu entlasten, zu stabilisieren oder kurzfristig Abhilfe zu schaffen. Die amtierende Politik kommt diesen Forderungen oftmals gerne nach, da sie so ihre Handlungsfähigkeit und Unentbehrlichkeit beweisen kann und glaubt Wähler gewinnen zu können. Gibt der Staat diesen Forderungen wiederholt nach, wird es zunehmend als selbstverständlich erachtet, dass er auftretende alltägliche Schwierigkeiten aus dem Weg räumt. Um diese Erwartungen zu erfüllen, benötigt der Staat Kompetenzen, Ressourcen und Eingriffsrechte. Diese erhält er nur von

den Bürgern, die folglich Freiräume verlieren. Der Ruf nach dem Staat bedeutet somit auch einen Ruf nach Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten.

In der Folge entsteht ein wachsender Interventionsapparat: Probleme werden mit Subventionen, Förderprogrammen und Hilfspaketen „gelöst“. Für diese Maßnahmen sind jedoch erhebliche finanzielle Mittel erforderlich. Zudem es müssen auch immer komplexere Verwaltungsstrukturen aufgebaut, reguliert, kontrolliert und bezahlt werden. Die Bürokratie und die Regulierung werden so selbst zu Kostentreibern und hemmen zugleich die wirtschaftliche Dynamik, wodurch die Einnahmenseite des Staates geschwächt wird. Die Politik reagiert darauf häufig mit weiteren kreditfinanzierten Maßnahmen, die zunächst Stabilität suggerieren, aber die Probleme aber nur überdecken. Dadurch entsteht eine Illusion von Wachstum, die auf staatlicher Nachfrage, nicht aber auf produktiver Wertschöpfung beruht. Mit jedem zusätzlichen Ausgabenprogramm verengt sich der fiskalische Handlungsspielraum der Zukunft, da die Zinslasten steigen. Der Reformdruck nimmt zu. Am Ende steht ein Zustand, in dem der Staat seine Verpflichtungen nur noch durch immer neue Schulden bedienen kann. Die so initiierte chronische Staatsüberschuldung, geht einher mit sinkendem allgemeinem Wohlstand und schwächt die Zukunftsfähigkeit des Staates.

Das beschriebene Verfahren kann aus zwei Perspektiven sehr unterschiedlich bewertet werden. Die einen sehen darin eine Lähmung der Wirtschaft und eine gefährliche Abhängigkeit von staatlichen Hilfen. Andere wiederum betrachten es als notwendige Schutzmechanismen, die soziale Sicherheit gewährleisten und Krisen abfedern. Aus technokratischer Sicht wird das Phänomen funktional betrachtet. Staatliche Eingriffe können stabilisieren – oder sie können lähmen. Entscheidend sind ihre Ausgestaltung, ihre Zielgenauigkeit und ihre zeitliche Begrenzung.

Als gesichert gilt jedoch, dass ein dauerhaft ausgeweitetes Interventionsregime zu weniger eigenverantwortlichem Handeln führt. Je stärker Bürger und Unternehmen darauf vertrauen, dass der Staat ihre Probleme löst, desto geringer ist ihre Bereitschaft sein, Risiken zu tragen, Entscheidungen selbst zu treffen und Verantwortung zu übernehmen. Dies schwächt langfristig die Fähigkeit zur Selbstorganisation und fördert Unselbstständigkeit. In der Folge werden individuelle und wirtschaftliche Freiheiten beschnitten. Ein solches System verspricht einerseits Entlastung, erzeugt aber andererseits Abhängigkeit.

Werden die gesteigerten Leistungen des Staates durch Kredite finanziert, führt dies zu einer „fiskalischen Illusion“: Der Staat verspricht mehr, als er erwirtschaften kann. Da höhere Steuern und Abgaben politisch unpopulär sind und die Regierung gefährden könnten, greift sie lieber zur Verschuldung, um die gefor-

dernten Leistungen zu ermöglichen. Dadurch werden die Kosten verschleiert und die staatlichen Leistungen erscheinen günstiger, als sie tatsächlich sind.³⁷

Staatsschulden, die nicht in produktive Investitionen fließen, sondern den Konsum finanzieren, wirken wie das süße Gift eines vermeintlichen Heilsbringers. Sie sind leicht einzunehmen und entfalten rasch eine wohltuende Wirkung. Der Schmerz lässt nach. Doch schnell ist die Wirkung verflogen und der Staat ist erneut gefordert. Nun muss er eine höhere Dosis verabreichen, um die gleiche Wirkung zu erzielen und die Patienten zu beruhigen. Doch schon bald drücken die Probleme erneut und die Sucht lechzt nach „Medizin“. Mit jeder neuen Verschuldungsrunde potenziert sich die toxische Wirkung. Was als Heilung verspricht, ist in Wahrheit Teil der Krankheit.

In diesem Zusammenhang sei an die Generationenbilanz von Raffelhüschen erinnert. Gemäß dieser ist der Staat langfristige Verpflichtungen in Höhe von ca. 19,5 Billionen Euro (Stand 2025) eingegangen, denen – bei derzeitiger Gesetzeslage – keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstehen.³⁸

Dabei ist ein grundlegendes ökonomisches Prinzip zu bedenken: Ansprüche können nur aus erbrachter Leistung entstehen. Wenn diese Abhängigkeit aus dem Fokus gerät, entstehen Erwartungshaltungen, die auf Dauer weder ökonomisch noch sozial tragfähig sind.

Dieser Mechanismus wird durch eine opportunistische Politik begünstigt, die nicht die Staatsinteressen, sondern den eigenen Machterhalt im Sinn hat.

Wenn das Anspruchsdenken die Leistungsbereitschaft dauerhaft übersteigt – beginnt der Weg in den ökonomischen Abgrund.

Wie parteipolitische oder persönliche Motive über den Interessen des Staates stehen können, zeigen folgende Beispiele:

- Während der Corona-Pandemie unterstützten oder kritisierten Akteure auf Länderebene teilweise Maßnahmen nicht nach epidemiologischen Kriterien, sondern aus parteipolitischen Opportunitätsgründen.³⁹
- Auch die Auswertung von über 4.000 Textstellen aus Landtagsdebatten zeigt, dass politische Akteure die Pandemie nutzten, um parteiinterne Konflikte auszutragen oder Zustimmung zu mobilisieren. Insbesondere dann, wenn die

³⁷ Hollnagel, B. (2009): *Relativitätsökonomie – Die Menschlichen Motive wirtschaftlichen Handelns*. Wiley

³⁸ Raffelhüschen, B., Schuktis, S. Atramka, S., Seuffert, S. (2024) *Generarionenbilanz*.
<https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/publikationen/detailansicht/ehrbarer-staat-die-generationenbilanz-das-rentenpaket-ii/>

³⁹ Kropp, S., Nguyen, C., & Souris, A. (2022). *Prägt Opportunismus das föderale System? Herausforderungen des „bundesfreundlichen Verhaltens“ in der Corona-Krise*. In W. Muno et al. (Hrsg.), *Staat, Rechtsstaat und Demokratie* (S. 41–67). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38759-4_3

öffentliche Unterstützung für strenge Maßnahmen sank, nahm der Opportunismus zu, was die politische Kommunikation zusätzlich polarisierte.⁴⁰

- Neben parteipolitischen Motiven können auch persönliche Interessen politische Entscheidungen beeinflussen. So war im Briefing der NZZ am 16.7.2026 zu lesen: „Die Wehrpflicht gilt grundsätzlich für alle israelischen Staatsbürger. Ein neues Gesetz schützt ultraorthodoxe Wehrdienstverweigerer jedoch vorerst vor Strafverfolgung. Ministerpräsident Netanyahu opfert damit die sicherheitspolitischen Interessen seines Landes, um politisch zu überleben.
- Parteipolitische Motive können zudem außenpolitische Entscheidungen prägen. Eine Analyse der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zeigt, dass die AfD in Teilen eine Außenpolitik verfolgt, die stärker von parteiideologischen Positionen, wie einer ausgeprägten Russlandnähe oder EU-Skepsis, als von traditionellen deutschen Staatsinteressen, wie europäischer Stabilität oder transatlantischer Kooperation, geleitet ist. Dies verdeutlicht, dass die parteipolitische Identitätsbildung die außenpolitische Rationalität überlagern kann.⁴¹
- Historische Beispiele aus dem internationalen Raum zeigen zudem, dass persönliche oder externe wirtschaftliche Interessen politische Entscheidungen beeinflussen können. So wurden in den 1970er Jahren weltweit Politiker von US-Unternehmen bestochen, um Entscheidungen zugunsten privater Unternehmensinteressen zu treffen. Die Enthüllungen führten später zum Foreign Corrupt Practices Act, der solche Praktiken eindämmen sollte. Dieser Fall verdeutlicht, wie politische Akteure Entscheidungen treffen können, die nicht dem Staatsinteresse, sondern externen oder persönlichen Vorteilen dienen.⁴²

5.2 Politik vom Mainstream statt von Konzepten gesteuert

In der politikwissenschaftlichen Debatte wird vermutet, dass die Politik zunehmend mehr vom medialen und gesellschaftlichen Mainstream beeinflusst wird, als von langfristigen Konzepten. Dies wird damit begründet, dass

1. Parteien und Regierungen oft meinen, kurzfristig auf Stimmungen, Trends und öffentliche Empörung, reagieren zu müssen, weil sie befürchten, sonst nicht mehr gewählt zu werden. Dadurch treten konsistente Strategien in den Hintergrund.

⁴⁰ Kropp, S., Nguyen, C., & Souris, A. (2022). *Federal Cohesion in Times of Crisis? Opportunism and Cooperation in State-Level Plenary Debates on Covid-19*. *Der moderne Staat*, 15(1).

⁴¹ Ross, J. (2025). *Anatomie der Anti-Zeitenwende: Konturen einer AfD-Außenpolitik*. DGAP Analyse Nr. 4. <https://dgap.org>

⁴² U.S. Securities and Exchange Commission. (2023). *Foreign Corrupt Practices Act*. <https://www.sec.gov>

2. Studien zur „Mediatisierung der Politik“ zeigen, dass politische Entscheidungen immer stärker an öffentliche Resonanz, Umfragewerte und mediale Erwartungslogiken gekoppelt sind.⁴³
3. die Fragmentierung des Parteiensystems dazu führt, dass Regierungen häufig aus Koalitionen bestehen, die nur begrenzte programmatische Schnittmengen haben. Dadurch entstehen Kompromisspolitiken, die weniger konzeptionell kohärent sind und stärker auf kurzfristige Mehrheitsfähigkeit abzielen.
4. Analysen wie jene von Mair darauf hinweisen,⁴⁴ dass viele Parteien ihre ideologischen Profile zugunsten einer „Catch all“-Strategie aufgegeben haben, um möglichst breite Wählerschichten anzusprechen.

5.3 Fehlende langfristige Strategien – Priorisierung kurzfristiger Ziele

Wahlzyklen, parteipolitischer Wettbewerb und die Erwartung schneller Erfolge führen dazu, dass politische Akteure Maßnahmen bevorzugen, die sofort sichtbare Vorteile bringen. Paul Pierson beschreibt dieses Phänomen als „*politics of the short term*“, bei der die Rahmenbedingungen die langfristige Reformfähigkeit untergraben.⁴⁵

Empirische Studien zeigen, dass Regierungen in vielen OECD-Staaten kurzfristig wirksame Politiken wie Konsumförderung oder Steuersenkungen priorisieren, während langfristige Zukunftsinvestitionen – etwa in Bildung, Forschung oder Infrastruktur – systematisch unterfinanziert bleiben.⁴⁶ Dadurch entsteht ein Defizit bei der strategischen Steuerung, welches die Fähigkeit schwächt, komplexe Herausforderungen wie die Digitalisierung oder den demografischen Wandel vorausschauend zu bewältigen.

Kurzfristiges politisches Denken ohne ein erkennbares Konzept hemmt ebenfalls die wirtschaftliche Entwicklung.

Eine Gesellschaft kann sich nur dann zielgerichtet, nachhaltig und effizient entwickeln, wenn politische Entscheidungen konsequent an langfristigen Zielen ausgerichtet werden. Genau daran mangelt es in Deutschland seit Jahren. Entweder werden langfristige Konzepte gar nicht erst entwickelt oder sie werden nicht konsequent umgesetzt. Stattdessen dominieren kurzfristige Entscheidungen, die auf die nächste Wahl oder den Erhalt von Mehrheiten ausgerichtet sind.

⁴³ Esser, F. (2013). *Mediatization of Politics*. Palgrave Macmillan.

⁴⁴ Mair, P. (2013). *Ruling the Void: The Hollowing of Western Democracy*. Verso.

⁴⁵ Pierson, P. (2004). *Politics in Time*. Princeton University Press.

⁴⁶ Alesina, A., & Tabellini, G. (2007). *Bureaucrats or politicians?* Journal of Public Economics, 91(1–2), 187–213.

Die Folgen sind unter anderem die eingeschränkte Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr, marode Brücken und öffentliche Gebäude, eine überalterte Infrastruktur sowie ein fehlendes Wirtschaftskonzept. Die überstürzte Klimawendepolitik, bei der Energiequellen abgeschaltet wurden, ohne rechtzeitig für ausreichende Ersatzkapazitäten zu sorgen, verdeutlicht die Folgen mangelhafter Langfristplanung. Ein weiteres Beispiel ist die konzeptionslose Migrationspolitik, die zu vielerlei Problemen führte. Auch das seit langem durch internationale PISA-Studien dokumentierte mangelhafte Bildungsniveau ist Ausdruck einer Politik, die Probleme, die nur langfristig zu lösen sind, offenbar nicht bewältigen kann.

Ein zentraler Grund für die geschilderten Defizite ist die Fragmentierung der Parteienlandschaft. Die daraus resultierende Regierungspolitik ist meist nur auf eine Legislaturperiode ausgerichtet und basiert auf Kompromissen. Dadurch werden langfristige Vorhaben oft verwässert oder sogar ganz blockiert. Aus der Sicht der Parteien ist dieses Kurzfristdenken rational, da kurzfristige Erfolge gemeinhin höher bewertet werden als mögliche langfristige Erfolge.

Zudem honorieren viele Wähler Zusagen, die kurzfristige Eigeninteressen bedienen, stärker als langfristige gesellschaftliche Notwendigkeiten. Parteien reagieren darauf, indem sie ihre Politik auf schnell sichtbare Ergebnisse zuschneiden. Das Prinzip „Das Hemd ist mir näher als die Hose“ prägt somit nicht nur die Entscheidungen der Bürger, sondern auch die Prioritäten der Politik.

Hinzu kommt das bis zur nächsten Wahl reichende, egoistische Denken. Da die Wiederwahl der Politiker davon abhängt, orientieren sie sich stark an Wahlzyklen und kurzfristigen Stimmungen. Langfristige Projekte, deren Ergebnisse erst nach Jahren sichtbar werden, bringen im Wahlkampf wenig unmittelbaren Nutzen und werden daher vernachlässigt. Zudem binden solche Vorhaben erhebliche finanzielle Mittel, die dann für kurzfristige Erfolge, wie etwa Steuererleichterungen oder Förderprogramme nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Logik der Medienberichterstattung, die darauf abzielt, durch grelle Schlagzeilen und Aktualität Aufmerksamkeit zu erregen, verstärkt dieses kurzfristige Denken zusätzlich. Was erst „morgen“ wichtig sein könnte, lässt die Verkaufszahlen oder Klicks nicht nach oben schnellen.

Schließlich erschwert auch der föderale Aufbau Deutschlands eine langfristige Politik, da die Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt sind und die erforderlichen Abstimmungsprozesse zusätzliche Zeit und Kompromisse in Anspruch nehmen.

Die Priorisierung kurzfristiger Interessen birgt eine Reihe von Nachteilen:

- langfristige Probleme werden verdrängt,
- Kosten werden in die Zukunft verschoben,

- Klientelpolitik verzerrt Prioritäten,
- Koalitionsverträge blockieren Anpassungen,
- Symbolpolitik ersetzt nachhaltige Lösungen,
- Vertrauen in politische Institutionen sinkt.

Diese Nachteile sind im Prinzip der Parteiendemokratie angelegt. Selbst gut gemeinte Politik bleibt so oft hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Wahlzyklen, parteipolitischer Wettbewerb und die Erwartung schneller Erfolge führen dazu, dass politische Akteure Maßnahmen bevorzugen, die sofort sichtbare Vorteile bringen. So wird das kurzfristige politische Denken priorisiert. Paul Pierson bezeichnet dies als „*politics of the short term*“ (*Politik des Kurzfristigen*). Entsprechend werden kurzfristige Maßnahmen wie Konsumförderung oder Steuerensenkungen priorisiert. Langfristige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung oder Infrastruktur werden dadurch systematisch unterfinanziert.⁴⁷ Dies führt zu Defiziten bei der strategischen Steuerung und schwächt die Fähigkeit, komplexe Herausforderungen wie die Digitalisierung oder den demografischen Wandel vorausschauend zu bewältigen.

Kurzfristiges politisches Denken untergräbt langfristige Konzepte und hemmt somit ebenfalls die wirtschaftliche Entwicklung.

5.4 Politik läuft oft im Reflexmodus – ein Beispiel

Unter Reflexmodus wird hier eine politische Handlungsweise verstanden, bei der Akteure auf Ereignisse reflexhaft reagieren, ohne ein übergeordnetes wirtschaftspolitisches Konzept zu verfolgen. Ein Beispiel:

Sachstand und Problem-„Lösungen“

Die jüngste Behinderung des Schiffsverkehrs in der Straße von Hormus hat zu einem deutlichen Anstieg der internationalen Rohölpreise geführt. Als Reaktion auf die daraus resultierenden Kraftstoffpreissteigerungen, von denen auch Deutschland betroffen ist, hat die Bundesregierung eine zweimonatige Subventionierung von Benzin und Diesel in Höhe von 17 Cent pro Liter beschlossen. Diese Maßnahme verursacht fiskalische Kosten von rund 1,6 Milliarden Euro. Bei Industriestrom für ausgewählte Stromverbraucher wird ein ähnliches Vorgehen angewandt. Dort werden bei Erfüllung gewisser Auflagen die Strompreise gedeckelt.

Diese Vorgehensweisen fügen sich in ein bekanntes Muster staatlicher Kriseninterventionen ein. Die Politik dokumentiert damit Entschlossenheit und Hand-

⁴⁷ Alesina, A., & Tabellini, G. (2007). *Bureaucrats or politicians?* Journal of Public Economics, 91(1–2), 187–213.

lungsfähigkeit, riskiert jedoch, in kurzfristigen Aktionismus zu verfallen, der die Probleme unangetastet lässt.

Ökonomische Ausgangslage

Aus ökonomischer Perspektive ist festzustellen, dass die aktuellen Steigerungen der Kraftstoffpreise nicht primär auf höhere Produktionskosten zurückzuführen sind. Kaufkraftbereinigt haben sich diese seit den 1960er Jahren nur geringfügig verändert. Vielmehr wird die Preisentwicklung durch staatliche Abgabenstrukturen, regulatorische Rahmenbedingungen sowie exogene Schocks auf den internationalen Energiemärkten geprägt. Deutschland zählt seit Jahren zu den Ländern mit den höchsten Energiepreisen. Das belastet insbesondere energieintensive Branchen und schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Eine kurzfristige Subventionierung adressiert diese Defizite jedoch nicht und entfaltet daher keine nachhaltige Wirkung.

Politökonomische Einordnung der Regierungsmaßnahmen

Die beschlossene Subvention entlastet Verbraucher kurzfristig spürbar und signalisiert politische Handlungsfähigkeit. Es handelt sich jedoch weniger um die Umsetzung eines konsistenten wirtschaftspolitischen Gesamtkonzepts als um eine reaktive Einzelmaßnahme, die auf unmittelbare politische Erfolge abzielt. Mehrere Aspekte verdeutlichen diese Problematik:

1. Trotz der angespannten fiskalischen Lage werden zusätzliche Steuermittel für konsumptive Ausgaben (Mütterrente II usw.) mobilisiert.
2. Staatliche Preisinterventionen können Anreize zu eigenverantwortlichem Verhalten schwächen und eine Erwartungshaltung umfassender staatlicher Absicherung fördern.
3. Die Maßnahme ist nicht Teil eines langfristigen wirtschafts-, finanz- oder energie-politischen Gesamtkonzepts. Aspekte wie Versorgungssicherheit, Diversifizierung oder Effizienzsteigerung bleiben unberücksichtigt.
4. Die Intervention zielt lediglich auf kurzfristige Preisspitzen ab, ohne die grundlegende Problematik hoher Energiepreise zu lösen.

Ordnungspolitische Bewertung

Aus ordnungspolitischer Perspektive widerspricht die Subventionierung des Kraftstoffpreises den zentralen Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese zielt darauf ab, verlässliche Rahmenbedingungen, Haftungsklarheit, Eigenverantwortung und Investitionssicherheit zu gewährleisten. Ein direkter Eingriff in die Preisbildung verzerrt jedoch Marktprozesse, verschiebt notwendige Anpassungsmechanismen und sendet Fehlanreize an Produzenten und Konsumenten. Wiederholte punktuelle Interventionen können zudem ein wachsendes Anspruchsdenken erzeugen und die Erwartung verstärken, der Staat werde ökonomische Risiken regelmäßig kompensieren. Dies unterminiert langfristig die Funktionsfähigkeit marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen.

Fiskalpolitische Implikationen

Aus fiskalischer Sicht birgt die Subvention erhebliche Risiken. Der Bundeshaushalt ist bereits durch Defizite, steigende Sozialausgaben und hohe Investitionserfordernisse belastet. Auch wenn die Kosten der Maßnahme isoliert betrachtet moderat erscheinen, reiht sie sich in eine Serie temporärer Eingriffe ein, die kumulativ zu dauerhaften Belastungen anwachsen können. Subventionen erzeugen zudem politische Pfadabhängigkeiten. Einmal eingeführte Unterstützungsmaßnahmen lassen sich politisch nur schwer zurücknehmen, ohne Konflikte auszulösen. Dadurch steigt das Risiko, dass temporär gedachte Ausgaben zu langfristigen Verpflichtungen werden und den finanzpolitischen Handlungsspielraum weiter einschränken.

Langfristig gefährdet eine solche Politik die Fähigkeit des Staates, zentrale Zukunftsaufgaben zu finanzieren. Werden kurzfristigen Entlastungen Investitionen vorgezogen, verschiebt sich die Prioritätensetzung zulasten der gesamtwirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit.

Resümee

Die Subventionierung der Kraftstoffpreise sowie die Deckelung der Strompreise sind aktionistische, ökonomisch und ordnungspolitisch problematische Maßnahmen mit planwirtschaftlichem Charakter. Sie verletzen grundlegende Prinzipien der Marktwirtschaft, verstärken fiskalische Risiken und tragen nicht zur Lösung der Ursachen hoher Energiepreise bei. Zwar erzielt die Politik damit kurzfristige Entlastungseffekte in bestimmten Bereichen, gefährdet so aber die langfristige Stabilität des Landes.

Ein analytisches Vorgehen, das die tatsächlichen Kostentreiber identifiziert, marktwirtschaftliche Mechanismen zur Geltung kommen lässt und eine Rückbesinnung auf ordnungspolitische Prinzipien in der gesamten Energiebranche ermöglicht, wird dadurch unterminiert. Anstatt sich auf die Schaffung eines klaren, wettbewerbsfördernden Ordnungsrahmens durch den Staat zu beschränken, der freie Preisbildung, offenen Wettbewerb und unternehmerische Eigenverantwortung einfordert, verfestigen solche Eingriffe eine durch Subventionen verzerrte, in ihrer Anpassungsfähigkeit geschwächte und übersteuerte Branchenstruktur. Damit wird nicht nur die erstrebenswerte Revitalisierung marktwirtschaftlicher Prinzipien behindert, sondern auch die Fähigkeit des Energiesektors eingeschränkt, durch Wettbewerb, Innovation und dezentrale Entscheidungen zu einer langfristig stabilen, effizienten und resilienten Energieversorgung beizutragen.

5.5 Verzernte politische Kommunikation

Parallel dazu verändern Medien die Art und Weise, wie Politik kommuniziert und wahrgenommen wird. Um Aufmerksamkeit zu generieren, wecken sie gezielt Emotionen, personalisieren Konflikte und dramatisieren Sachverhalte. Dadurch werden komplexe politische Inhalte simplifiziert und auf Schlagworte reduziert. Frank Esser beschreibt diesen Prozess als Mediatisierung.⁴⁸

Digitale Plattformen verstärken diese Dynamik zusätzlich, indem sie algorithmisch erzeugte Informationsräume schaffen, die selektive Exposition und die Bildung von Echokammern fördern. In diesen konsumieren Nutzer überwiegend bestätigende Inhalte.⁴⁹ Dadurch steigt das Risiko von Polarisierung und Symbolpolitik, bei der die Inszenierung politischer Positionen wichtiger wird als deren inhaltliche Substanz. Diesen Mechanismus hat Murray Edelman als „*symbolic politics*“ beschrieben.⁵⁰

Die Wirtschaft ist auf Planbarkeit angewiesen. Dafür braucht es eine klare und unverzerrte politische Sprache, die offen benennt, was ist, und unmissverständlich kommuniziert, was politisch beabsichtigt wird. Nur wenn politische Ziele, Maßnahmen und Konsequenzen transparent formuliert sind, können Unternehmen verlässlich kalkulieren, Risiken einschätzen und langfristige Investitionsentscheidungen treffen.

Die verzernte politische Kommunikation verbiegen oder verschleiern die Wahrheiten; denn Parteien neigen dazu, komplexe Sachverhalte in ihrem Sinn zu interpretieren und ökonomische Realitäten auszublenden. Das führt zu Fehlsteuerungen, Vertrauensverlust und dem Gefühl, dass politische Eliten an den Lebensrealitäten vorbeiregieren. einfache Botschaften belohnt werden. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

- Einfache Botschaften werden medial belohnt, während differenzierte Analysen kaum Resonanz finden.
- Das Denken in Blasen, dass eigene Vorstellungen präferiert.
- Kurzfristiges politisches Denken.

Beispiel 8 Migrationspolitik

Das wirtschaftliche Problem – Fachkräftemangel – war zwar korrekt identifiziert, doch politisch wurde Migration lange als ein moralisches und nicht als ein wirtschaftsarbeitsmarktpolitisches Thema behandelt. Dadurch wurde die entscheidende Frage nach Qualifikation, Integrationsfähigkeit und realistischen Anforderungen des Arbeitsmarkts vernachlässigt: Laut IAB hatten 44 % der Geflüchteten keinen oder nur einen sehr niedrigen Schulabschluss. Nur

⁴⁸ Esser, F. (2013). *Mediatization of Politics*. Palgrave Macmillan.

⁴⁹ Sunstein, C. R. (2017). *#Republic*. Princeton University Press.

⁵⁰ Edelman, M. (1988). *Constructing the Political Spectacle*. University of Chicago Press.

22 % verfügten über eine abgeschlossene Berufsausbildung.⁵¹ Die OECD bestätigt, dass Deutschland im internationalen Vergleich besonders viele geringqualifizierte Migranten aufgenommen hat.⁵² Viele Migranten hatten gar keine verwertbaren Qualifikationen, die für den deutschen Arbeitsmarkt relevant gewesen wären. Politisch wurde dieser Umstand jedoch lange ausgeblendet.

Finanziell wurden die Kosten und vor allem die Tatsache, dass viele Migranten in der Sozialhilfe landeten, zunächst ignoriert. Die Diskrepanz zwischen politischem Anspruch („Fachkräfte gewinnen“) und realer Wirkung („geringe Qualifikationsprofile, hohe Integrationskosten“) führte zu wachsendem Vertrauensverlust in politische Institutionen.

Beispiel 9 Energiewende

Ähnlich verhielt es sich bei der Energiewende. Ökologisch sinnvoll, wurde sie politisch als nahezu kostenneutral oder sogar wirtschaftlich vorteilhaft dargestellt. Die tatsächlichen Systemkosten – Netzausbau, Speicher, Reservekraftwerke, Redispatch, Ineffizienzen durch volatile Einspeisung – wurden in der öffentlichen Kommunikation kaum erwähnt. Offizielle Daten zeigen, dass die Kosten für Redispatch und Netzenspassmanagement stark angestiegen sind und allein im vierten Quartal 2024 rund 928 Millionen Euro betrugen.⁵³ Auch die Bundesnetzagentur dokumentiert regelmäßig steigende Kosten für Netzsicherheitsmaßnahmen, die durch den ungleichmäßigen Ausbau erneuerbarer Energien und Engpässe im Übertragungsnetz entstehen.⁵⁴ Gleichzeitig wurden konventionelle Energieträger künstlich verteuert, etwa durch CO₂-Abgaben, Ökosteuern oder EEG-Umlage. Dadurch entstand der Eindruck, erneuerbare Energien seien „billiger“, obwohl dies nur unter Einbeziehung politisch gesetzter Preisverzerrungen stimmte. Viele Bürger fühlten sich dadurch getäuscht. Die realen Kosten wurden für sie erst sichtbar, als die Strompreise explodierten.

Beispiel 10 Entlassung eines Behördenmitarbeiters

NZZ: „In Bremen erhielt jetzt der langjährige Mitarbeiter des Jobcenters Fred Göcken die fristlose Kündigung, nachdem er sich in einer ZDF-Dokumentation ungewohnt offen über Fehlanreize, mangelnde Vermittlungserfolge und hohen Missbrauch beim Bürgergeld geäußert hatte.“

⁵¹ Brücker, H., Rother, N., & Schupp, J. (2019). *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Ergebnisse 2018*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

⁵² OECD. (2020). *International Migration Outlook 2020*. OECD Publishing.

⁵³ SMARD. (2025). *Netzenspassmanagement: Maßnahmenvolumen und Kosten 2024*.

⁵⁴ Bundesrechnungshof. (2024). *Bemerkungen 2024 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes*.

Dabei gab Göcken keine Geheimnisse preis, sondern sprach aus, was viele Menschen auch beobachten: Beim System des Bürgergelds, das ab Juli Grundsicherung heißt, läuft etwas gewaltig schief.

Das drastische Vorgehen seines Arbeitgebers, der Stadt Bremen, ist nicht nur politisch unsensibel, es zeugt auch von einer nicht vorhandenen Fehlerkultur. Vertrauen wird nicht durch das Benennen von Missständen beschädigt, sondern durch ihre beharrliche Leugnung.“

Dazu ist Folgendes festzustellen: Die Wahrheit ist niemals diffamierend oder rassistisch. Sie sollte offen dargestellt werden, vor allem, wenn sie Mängel aufdeckt. Denn nur dann können diese behoben werden.

5.6 Bevorzugung der Ja-Sager

Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass Führungskräfte in Organisationen – einschließlich Politik und Verwaltung – dazu neigen, Mitarbeitende zu bevorzugen, die Zustimmung signalisieren und die Entscheidungen unterstützen. Kritische Stimmen, die durch Fragen, Einwände oder alternative Vorschläge Verantwortung und Innovationsbereitschaft beweisen, werden hingegen häufig ambivalent wahrgenommen. Zwar gelten sie als wertvoll für die Weiterentwicklung und die Qualität von Entscheidungen, doch zugleich haftet ihnen der Eindruck von Gegnerschaft oder Konkurrenz an. Sie werden also eher als Bedrohung denn als Bereicherung empfunden. Diese Wahrnehmung führt dazu, dass kritische Mitarbeitende oftmals ein geringeres Ansehen genießen und ihre Karrierechancen eingeschränkt sind. Zustimmung vermittelt hingegen Loyalität und schmeichelt dem Ego der Führungskraft. In der Praxis entsteht so ein Problem: Organisationen laufen Gefahr, Konformität zu belohnen und konstruktive Kritik zu marginalisieren. Dadurch können sich Führungskräfte in einer „Echokammer“ (Blasenbildung) „gefangen“ fühlen, die sie von der Realität entfremdet. Damit ist die Gefahr verbunden, dass

- realitätsferne Entscheidungen getroffen werden,
- Fehler nicht rechtzeitig erkannt und korrigiert werden,
- Potenziale für neue Ideen bleiben ungenutzt, da Innovationsimpulse, die aus fundierter Kritik erwachsen, ausbleiben und
- ein Vertrauensverlust eintritt, wenn Bürger den Eindruck gewinnen, dass die Politik abgehoben agiert.

Insgesamt führt die Praxis, Ja-Sager zu bevorzugen, zu: weniger Objektivität, schlechteren Entscheidungen, Vertrauensverlusten in der Gesellschaft und Demokratiedefiziten. Eine gesunde demokratische Kultur lebt von kritischen

Stimmen, Widerspruch und Vielfalt. Sie kontrollieren Macht und sichern Qualität.

5.7 Mangelhafte Selbstkritik

Politiker benötigen ein gesundes Maß an Selbstbewusstsein, um tragfähige Entscheidungen treffen zu können. Wer sich jedoch vorwiegend mit Ja-Sagern umgibt, läuft Gefahr, in eine sogenannte „Echokammer“ zu geraten (s. o.). In einem solchen Umfeld verstärken sich oft Überheblichkeit, Arroganz und die Tendenz zur Selbstüberschätzung.⁵⁵ Diese Dynamik schwächt die Fähigkeit zur Selbstkritik erheblich, da ein übersteigertes Selbstbild die Bereitschaft mindert, eigene Fehler einzugestehen und aus ihnen zu lernen.

In öffentlichen Rollen gilt Selbstkritik oft als Schwäche. Viele Akteure vermeiden es deshalb, Fehler einzugestehen, um ihre Autorität und Glaubwürdigkeit nicht zu gefährden. Dies führt zu einer Kultur, in der Selbstkritik unterdrückt wird, obwohl sie eigentlich zur Stärkung von Vertrauen beitragen könnte.⁵⁶

In der Politik werden Fehler meist durch politische Gegner und Medien sanktioniert. Das fördert eine defensive Haltung. In einem solchen Umfeld wird Kritik – auch Selbstkritik – als Risiko oder Schwäche⁵⁷ wahrgenommen. Anstatt Reflexion zu fördern, werden so Anpassung und Zustimmung wichtiger.⁵⁸

5.8 Vernachlässigung des Wir-Gefühls

Ein weiterer Aspekt ist die Vernachlässigung des Wir-Gefühls. Dieses ist das für Motivation, Sinnstiftung, politische Handlungsfähigkeit und kollektive Problemlösungsfähigkeit von großer Bedeutung. Dabei ist längst bekannt, dass kollektive Identität ein zentraler Treiber für prosoziales Verhalten, politische Beteiligung und langfristige Zielorientierung ist.⁵⁹

Empirische Studien bestätigen, dass Menschen, die sich mit einer Gruppe identifizieren, eine höhere intrinsische Motivation, eine stärkere Zielbindung und eine größere Bereitschaft zeigen, individuelle Interessen zugunsten kollektiver Ziele zurückzustellen.⁶⁰ Da Motivation ein zentraler Treiber wirtschaftlicher Leis-

⁵⁵ <https://www.blog-der-republik.de/faehigkeit-zur-selbstkritik/>

⁵⁶ <https://www.blog-der-republik.de/faehigkeit-zur-selbstkritik/>

⁵⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Kritik_und_Selbstkritik, <https://alleantworten.de/ist-selbstkritik-eine-schwaeche>

⁵⁸ <https://www.blog-der-republik.de/faehigkeit-zur-selbstkritik/>

⁵⁹ Tajfel, H., & Turner, J. C. (1979). *The Social Identity Theory of Intergroup Behavior*. Brooks/Cole.

⁶⁰ Haslam, S. A., Reicher, S. D., & Platow, M. J. (2011). *The New Psychology of Leadership*. Psychology Press. ifo Institut. (2023). *ifo Schnelldienst*.

tungsfähigkeit ist, besitzt auch das Wir-Gefühl eine klare ökonomische Bedeutung. Die politikwissenschaftliche Forschung zeigt zudem, dass Demokratien auf ein Mindestmaß an sozialer Kohäsion angewiesen sind, um stabile, konsensfähige und langfristig tragfähige Entscheidungen treffen zu können.⁶¹ Ein hoher gesellschaftlicher Zusammenhalt stärkt somit nicht nur die demokratische Entscheidungsfähigkeit, sondern wirkt sich auch positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Standortattraktivität aus.

Neuere soziologische Arbeiten betonen, dass inklusive „Wir“-Narrative entscheidend dafür sind, wie Gesellschaften Krisen verarbeiten und wie stabil politische Systeme bleiben.⁶² Ein schwaches Wir-Gefühl begünstigt hingegen Polarisierung, Misstrauen und Fragmentierung – Faktoren, die die Fähigkeit politischer Systeme untergraben, langfristige Strategien zu entwickeln und umzusetzen. Im Gegensatz dazu scheint sich die Gesellschaft zu vereinzeln und zu individualisieren.

5.9 Verlust des politischen Profils

Seit Jahren ist ein Verlust klarer programmatischer Profile der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu konstataieren.

Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages zeigen, dass insbesondere die klassischen Milieus der SPD (Arbeiterklasse) und der Union (christlichkonservative Mittelschichten) stark erodiert sind.⁶³ Wie kam es dazu?

In der Absicht ihre Wählerbasis zu verbreitern, okkupierten Parteien Themen ihrer Konkurrenten. So hatte die CDU in den letzten zwei Jahrzehnten mehrfach Themen übernommen, die traditionell der SPD zugeschrieben wurden, um sozialdemokratische Wähler zu neutralisieren, ohne die eigene Basis zu stark zu mobilisieren:

- Mindestlohn (zunächst vehement abgelehnt, später akzeptiert und mitgetragen)
- Familienpolitik (Elterngeld als Modernisierungsprojekt)
- Energiewende (Atomausstieg 2011)
- Sozialpolitische Rhetorik („soziale Marktwirtschaft 2.0“)

⁶¹ Putnam, R. D. (2000). *Bowling Alone*. Simon & Schuster.

⁶² Lamont, M. (2023). *Seeing Others: How Recognition Works—and How It Can Heal a Divided World*. One World.

⁶³ Deutscher Bundestag. (2023). *Studien der Wahl- und Parteienforschung: Fokus Wähler von SPD und Bündnis 90/Die Grünen* (WD 1 – 3000 – 001/23). <https://www.bundestag.de>

Diese strategische Öffnung nach links wird als „asymmetrische Demobilisierung“ beschrieben. Die Folge war, dass sich die Programme von SPD und CDU immer ähnlicher wurden und ihre Profile an Schärfe verloren.

Dies eröffnete neuen Parteien Chancen. In dem nun stärker fragmentierten Parteiensystem mussten die Parteien ihre Koalitionsfähigkeit unter Beweis stellen. Die Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt diese Entwicklung als „fluiden pluralistischen Wettbewerb“.⁶⁴ Für die großen Parteien bedeutet dies, dass sie eine klare Positionierung vermeiden und ihre Programme moderater gestalten, um mehrere Koalitionsoptionen offen zu halten. Diese strategische Mäßigung führt zwangsläufig zu programmatischer Unschärfe.

Dadurch existieren die klassischen sozialen Milieus, die früher klar einer Partei zugeordnet waren, in dieser Form nicht mehr. Serfling, Lempp und Rolf zeigen,⁶⁵ dass die heutigen Parteianhängerschaften sozial, kulturell und ökonomisch stark diversifiziert sind. Parteien bedienen gleichzeitig widersprüchliche Interessen, repräsentieren Klassen- oder Milieuidentitäten immer weniger und verlieren so eindeutige programmatische Kernidentitäten. Besonders auffällig ist in diesem Zusammenhang die öffentliche Wahrnehmung des Verlusts der Wirtschaftskompetenz der CDU/CSU, die jahrzehntelang als „Wirtschaftspartei“ galt.

Beispiel 11 Verlust der Wirtschaftskompetenz der CDU

Unkoordinierter Atomausstieg: Der abrupte Atomausstieg 2011 wurde von vielen Wirtschaftsverbänden als unkoordiniert und industriepolitisch riskant bewertet. Dadurch wurde das Vertrauen in die wirtschaftspolitische Planbarkeit der Union geschwächt hat.⁶⁶ Die Entscheidung wurde als politisch motiviert, aber ökonomisch unzureichend vorbereitet wahrgenommen – ein Bruch des traditionellen ordnungspolitischen Selbstverständnisses der Union.

Schwere Versäumnisse bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland hat im internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die OECD dokumentiert deutliche Rückstände bei:

- digitaler Verwaltung,
- Breitband- und Mobilfunkausbau,
- Innovationsfähigkeit,
- Genehmigungs- und Planungsprozessen.⁶⁷

⁶⁴ Jun, U. (2025). *Das Parteiensystem im Zeichen zunehmender Fragmentierung und Polarisierung*.

⁶⁵ Serfling, O., Lempp, J., & Rolf, J. N. (2023). *Parteianhängerschaft in Deutschland: Eine Analyse der Parteien und ihrer Anhängerschaften in Bund und Ländern*. Springer Nature. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-39553-7>.

⁶⁶ Institut der deutschen Wirtschaft. (2022). *Standort Deutschland: Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich*. IW Köln.

⁶⁷ OECD. (2023). *Economic Surveys: Germany 2023*. OECD Publishing.

Da die Union von 2005 bis 2021 den Großteil der Regierungsverantwortung trug, wurde sie in der öffentlichen Wahrnehmung für diese Defizite verantwortlich gemacht. Die mangelnde Modernisierung wurde als wirtschaftspolitisches Versäumnis interpretiert.

Zunehmende Bürokratie: Unternehmerverbände wie BDI und DIHK kritisieren wiederholt die zunehmende Bürokratiebelastung, lange Planungszeiten und regulatorische Unsicherheiten. Diese Kritik richtete sich zunehmend gegen die Union, die trotz ordnungspolitischer Rhetorik keine spürbare Entlastung erreichte. Die Standortstudien des IW Köln zeigen, dass Deutschland im Zeitraum 2015–2021 in mehreren Standort-Rankings zurückfiel,⁶⁸ was der Union als „Verwaltungsversagen“ angelastet wurde.

Mangelhaftes Krisenmanagement: Die Pandemie offenbarte Schwächen im Beschaffungswesen, der Digitalisierung der Gesundheitsämter und der Krisenkoordination. Die Maskenaffären einzelner Unionsabgeordneter beschädigten zusätzlich das Image wirtschaftlicher Seriosität und Integrität. Politikwissenschaftliche Analysen zeigen, dass Korruptionsskandale besonders stark die Kompetenzzuschreibung in wirtschaftlichen Fragen beeinträchtigen.⁶⁹

Diffuse Wirtschaftspolitik: Die Union war unter Merkel programmatisch diffus:

- *teils ordoliberal,*
- *teils sozialstaatlich,*
- *teils ökologisch modernisierend.*

Die Forschung spricht hier von „programmatrischer Entkernung“ (Mair, 2013).⁷⁰ Das alles ließ ein klares wirtschaftspolitisches Konzept vermissen.

Interne Flügelkonflikte: Die Union ist wirtschaftspolitisch intern gespalten:

- *Mittelstandsunion (wirtschaftsliberal),*
- *Arbeitnehmerflügel (sozialpolitisch),*
- *Modernisierer (ökologisch-technologisch),*
- *konservative Wirtschaftsnationalisten.*

Diese Spannungen erschweren konsistente Positionen und führen zu widersprüchlichen Signalen. Politikwissenschaftliche Studien zeigen, dass interne

⁶⁸ Institut der deutschen Wirtschaft. (2022). *Standort Deutschland: Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich*. IW Köln.

⁶⁹ Schneider, C. Q., & Wurster, S. (2022). *Korruption und politische Kompetenzzuschreibung*. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft.

⁷⁰ Mair, P. (2013). *Ruling the Void: The Hollowing of Western Democracy*. Verso.

Uneinigkeit die Kompetenzzuschreibung in der Öffentlichkeit deutlich schwächt.⁷¹

Insgesamt ist eine Konzeptlosigkeit zu beobachten. Siehe dazu auch „Reflexmodus“.

*Beispiel 12: Die SPD statt Arbeiterpartei eine Arbeitslosenpartei
Die SPD befindet sich seit Jahren in einem Spannungsfeld zwischen:*

- *klassischer Arbeiterpolitik,*
- *neuer urbaner Mittelschicht,*
- *sozialstaatlicher Modernisierung,*
- *und wirtschaftspolitischer Realpolitik.*

Diese widersprüchlichen Erwartungen führen zu programmatischer Ambivalenz.⁷² In Teilen der politischen Öffentlichkeit und in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Analysen wird die SPD seit den 2000er-Jahren zunehmend als „Partei der Arbeitslosen“ bezeichnet. Diese Zuschreibung hat mehrere Ursachen. Erstens verlor die SPD durch die Agenda-2010-Reformen einen erheblichen Teil ihrer traditionellen Arbeiter- und Gewerkschaftsbasis, während gleichzeitig viele Beschäftigte in Industrie und Mittelstand zur Union oder später zu AfD und Grünen abwanderten. Diese Verluste konnte die SPD nicht durch neue Wählergruppen kompensieren. Stattdessen stützte sie sich zunehmend auf Wählerinnen und Wähler, die von Arbeitslosigkeit, prekären Beschäftigungsverhältnissen oder Transferleistungen betroffen waren. Wahlforschungsdaten zeigen, dass die SPD seit 2009 überdurchschnittlich hohe Zustimmung von Arbeitslosen und Geringverdienern erhielt, während sie in der arbeitenden Mittelschicht und bei Facharbeitern massiv an Rückhalt verlor.⁷³ Zweitens verstärkte die sozialpolitische Positionierung der SPD – etwa die Forderung nach höheren Sozialleistungen, Mindestloohnerhöhungen und einer stärkeren Rolle des Staates im Arbeitsmarkt – den Eindruck, die Partei vertrete primär die Interessen von Transferempfängern. Drittens zeigen Analysen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), dass Arbeitslose und prekär Beschäftigte überdurchschnittlich häufig sozialdemokratisch wählen, während die SPD in einkommensstärkeren Gruppen seit Jahren unterdurchschnittliche Werte erzielt.⁷⁴ Diese Kombination aus sozialem Wandel, Agenda-2010-Folgen und veränderter Wählerbasis führte dazu, dass die SPD in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend als Partei derje-

⁷¹ Jun, U. (2025). *Das Parteiensystem im Zeichen zunehmender Fragmentierung und Polarisierung.*

⁷² Hassel, A. (2023). *Parteien zwischen Bewegung und Regierung: Identitätskonflikte in der politischen Praxis.* Suhrkamp.

⁷³ Forschungsgruppe Wahlen. (2021). *Sozialstruktur der Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2021.*
https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/Bundestagswahl_2021/

⁷⁴ DIW Wochenbericht 18/2020 – behandelt Einkommensverteilung, Realeinkommen, Niedrigeinkommensquoten. Keine Aussagen zu Parteipräferenzen.

nigen gilt, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen oder besonders stark von sozialstaatlichen Leistungen abhängig sind – eine Zuschreibung, die politisch umstritten ist, aber empirisch durch Wahlforschungsdaten gestützt wird.

Diese Kombination aus sozialem Wandel, Agenda-2010-Folgen und veränderter Wählerbasis führte dazu, dass die SPD in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend als Partei derjenigen gilt, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen oder besonders stark von sozialstaatlichen Leistungen abhängig sind – eine Zuschreibung, die politisch umstritten ist, aber empirisch durch Wahlforschungsdaten gestützt wird. (Forschungsgruppe Wahlen, 2021).⁷⁵

Beispiel 13: Die Grünen im Wandel

Die Grünen haben sich von einer ursprünglich bewegungsorientierten Partei, die stark durch Umweltschutz, basisdemokratische Ideale und Pazifismus geprägt war, in der Regierungsverantwortung als gestaltende Staatspartei inszeniert. In der Regierung kam es zu einem Wandel, den Münkler als „Transformation von einer pazifistischen zu einer sicherheitspolitisch interventionistischen Partei“ beschrieb.⁷⁶ In der Außenpolitik traten die Grünen mit einem normativ stark aufgeladenen,⁷⁷ feministisch begründeten und teils belehrend kommunizierten Ansatz auf, der international wie innenpolitisch häufig als diplomatisch unzweckmäßig und strategisch unzureichend bewertet wurde. In der Wirtschaftspolitik verfolgte die Partei eine ideologisch geprägte, stark regulierende und in Teilen planwirtschaftliche Steuerungslogik, die tief in Marktmechanismen eingriff. Ökonomische Institute wie das ifo und das Institut der deutschen Wirtschaft haben wiederholt darauf hingewiesen, dass diese Form staatlicher Lenkung nicht marktkonform, ökonomisch ineffizient und mit erheblichen Fehlanreizen verbunden war und damit den Standort Deutschland belastete.⁷⁸ In der Folge scheiterten zentrale Projekte an ihrer mangelhaften Umsetzung, was wesentlich dazu beitrug, dass die Grünen ihr früher klar konturiertes Profil verloren.

⁷⁵ Forschungsgruppe Wahlen. (2021). *Sozialstruktur der Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2021*. https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/Bundestagswahl_2021/

⁷⁶ Münkler, H. (2023). *Zeitenwende: Deutsche Außenpolitik im Umbruch*. C.H. Beck.

⁷⁷ Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). (2024). *Deutschlands Außenwahrnehmung im internationalen Vergleich*. Berlin.

⁷⁸ ifo Institut. (2024). *ifo Jahresbericht 2023*. ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. <https://www.ifo.de/publikationen/2024/bericht/ifo-jahresbericht-2023> und Kolev-Schaefer, G. (2023). *Nachhaltigkeit und Resilienz globaler Wertschöpfungsketten: Ökonomische Aspekte*. Institut der deutschen Wirtschaft Köln. <https://www.iwkoeln.de/studien/galina-kolev-schaefer-11-12-2023-nachhaltigkeit-und-resilienz-globaler-wertschoepfungsketten.html>.

5.10 Missachtung eigener Vorgaben

Der Bruch von Wahlversprechen ist ein wiederkehrendes Thema politischer Kritik. Zwar zeigen Studien, dass viele Wahlversprechen tatsächlich umgesetzt werden,⁷⁹ doch die Fälle, in denen zentrale Versprechen nicht eingehalten werden, prägen die öffentliche Wahrnehmung besonders stark. Wenn ein Versprechen aufgegeben wird, führt dies zu Vertrauensverlust, politischer Entfremdung und wachsender Politikverdrossenheit. Dabei ist die Glaubwürdigkeit der politischen Akteure ein zentraler Faktor für die Stabilität politischer Systeme.⁸⁰

Der Bruch von Wahlversprechen unterminiert die Glaubhaftigkeit der Politik und irritiert die Wirtschaft.

Die Missachtung eigener Vorgaben bezieht sich hier nicht nur auf gebrochene Wahlversprechen, sondern auf die nicht eingehaltenen Vereinbarungen und Verträge. So wurden beispielsweise die Stabilitätskriterien der EU (Art. 126), die No Bailout Klausel (Art. 125 AEUV) und andere Verträge der EU (z. B. Art. 119 AEUV) wiederholt gebrochen.

In Deutschland wurde das „Sondervermögen Bundeswehr“ im Jahr 2022 als zweckgebundener Fonds eingerichtet. Analysen des ifo-Instituts weisen nun jedoch darauf hin, dass Teile der Mittel nicht für die ursprünglich definierten Zwecke verwendet wurden.⁸¹ Solche Vorgänge erwecken den Eindruck, dass politische Akteure Regeln nach Belieben auslegen, wenn es ihnen diese opportun erscheint. Dies untergräbt die Legitimität politischer Entscheidungen und die Glaubwürdigkeit der Politik, wodurch wiederum das Vertrauen der Bürger in die Politik sinkt.

Wenn die Politik unglaubwürdig oder unzuverlässig erscheint, weil sie ihre eigenen Vorgaben missachtet, verliert sie an Glaubwürdigkeit. Damit fehlt der Wirtschaft die strategische Grundlage für Investitionen, denn dann fehlen verlässliche Rahmenbedingungen, um Risiken realistisch einzuschätzen und langfristige Entscheidungen zu treffen. Politische Unsicherheit zählt zu den stärksten Investitionsbremsen und schwächt somit die wirtschaftliche Dynamik eines Landes.

⁷⁹ Thomson, R., Royed, T., & Naurin, E. (2017). *The Fulfillment of Parties' Election Pledges*. American Journal of Political Science.

⁸⁰ Norris, P. (2011). *Democratic Deficit*. Cambridge University Press.

⁸¹ ifo-Analyse zum SVIK — Die Untersuchung von Emilie Höslinger und Max Lay kommt zu dem Ergebnis, dass 95 % der 2025 aufgenommenen neuen Schulden nicht für zusätzliche Infrastruktur-investitionen genutzt wurden, sondern zur Deckung anderer Haushaltslöcher. Quelle: Bayerische Ingenieurekammer-Bau berichtet über die ifo-Studie. ifo-Standpunkt „Zweckentfremdung neuer Schulden stoppen!“ — Grundsätzliche Kritik an der Praxis, Investitionsmittel aus dem Kernhaushalt in Sondervermögen zu verschieben. Quelle: ifo Institut (Standpunkt vom 6. Oktober 2025).

5.11 Mangelhafte Qualifikation politischer Akteure

In der Öffentlichkeit entsteht zunehmend der Zweifel an der fachlichen Qualifikation politischer Eliten. Dieser Zweifel wird durch offensichtlich falsche Aussagen genährt, wie beispielsweise die Aussage von Bärbel Bas in einer Regierungsbefragung am 7. Mai 2026: „Es wandert niemand in unsere Sozialsysteme ein.“ Tatsächlich hatten im Mai 2026 rund 48 % der Personen, die Bürgergeld (Grundsicherung für Arbeitsuchende) bezogen, einen ausländischen Pass.

Politische Karrieren sind oft weniger durch fachliche Expertise als durch innerparteiliche Netzwerke, machtpolitische Zweckbeziehungen und organisatorische Machtressourcen geprägt.⁸² Ob Akteure innerhalb der Partei Unterstützung einflussreicher Gruppen gewinnen, Koalitionen bilden oder sich in parteiinternen Machtkämpfen behaupten können, ist häufig entscheidend für den Verlauf politischer Karrieren.⁸³

Das Problem dabei ist der Mechanismus: Politiker müssen Entscheidungen über hochkomplexe Themen treffen und sind dabei auf Experten angewiesen, deren Kompetenz sie jedoch oft nicht zuverlässig beurteilen können. Philip Tetlock beschreibt dieses Phänomen als „Expertise Gap“ zwischen politischen Entscheidungsträgern und wissenschaftlichen Fachcommunities.⁸⁴ Politische Entscheidungen können jedoch nur so gut sein, wie die Kompetenz derjenigen, die sie treffen. Fehlt es politischen Akteuren an fachlicher Expertise oder strategischem Urteilsvermögen, entsteht zwangsläufig ein unzureichender Ordnungsrahmen. Ein solcher Rahmen ist jedoch für ein gedeihliches wirtschaftliches Handeln unverzichtbar.

In diesem Zusammenhang ist auch relevant, aus welchen sozialen Gruppen die Akteure stammen, beispielsweise hinsichtlich ihres Bildungshintergrunds, ihrer beruflichen Laufbahn oder ihres sozialen Milieus. Diese Homogenität kann zu einer verengten Perspektive führen und den Eindruck verstärken, politische Entscheidungsträger seien von den Lebensrealitäten breiter Bevölkerungsschichten entfernt.⁸⁵ Empirische Untersuchungen zeigen, dass politische Karrieren überproportional häufig aus bestimmten Berufsgruppen rekrutiert werden, insbesondere aus dem juristischen Bereich, dem öffentlichen Dienst oder parteinahen

⁸² Best, H., & Higley, J. (2018). *Political elites in the twenty-first century*. Oxford University Press.

⁸³ Poguntke, T. (2020). Party leadership and political careers. In W. Cross & J. Pilet (Eds.), *The politics of party leadership* (pp. 45–62). Oxford University Press.

⁸⁴ Tetlock, P. E. (2005). *Expert Political Judgment*. Princeton University Press.

⁸⁵ Hartmann, M. (2019). *Die Abgehobenen: Wie die Eliten die Demokratie gefährden*. Campus.

Organisationen.⁸⁶ Dies untergräbt die Erwartung, politische Führung basiere auf fachlicher Vielfalt oder spezifischer Sachkompetenz.

Es geht jedoch nicht nur um die fachliche Qualifikation, sondern auch um die Art und Weise, wie ein Diskurs geführt wird. Ein negatives Beispiel ist die Arbeitsministerin Bärbel Bas: NZZ: *„Immer öfter hat man bei ihr das Gefühl, dass nicht ein Regierungsmitglied spricht, sondern eine Wahlkämpferin der Opposition. Etwa dann, wenn Bas den Kanzler massregelt und seine Vorstellungen vom Sozialstaat als «Bullshit» abtut. Zwar versöhnten sich beide Seiten bei einem Bier wieder, wie Bas berichtete. Der Ton war aber gesetzt.*

Jüngst nannte Bas die geplanten Sozialreformen menschenverachtend, beschrieb Arbeitgeber als Klassenfeinde und stellte zumindest Teile der deutschen Gesellschaft unter Faschismusverdacht. Sie bezeichnete bei einem Aktionstag Deutschland ohne Zuwanderung als «einheitsgrau» oder «ich will es sogar braun nennen – auch wenn manche sich sogar sehnen danach».

Sollten die Bürger glauben, dass politische Ämter würden primär durch Netzwerke oder innere Zirkel vergeben werden, sinkt ihre Bereitschaft, politische Entscheidungen als gemeinwohlorientiert zu akzeptieren.

5.12 Mediengerechtes Verhalten

Parteien stehen permanent unter dem Druck, sich „zu verkaufen“: Sie müssen Wähler überzeugen, Mitglieder binden und ihre Politik in der öffentlichen Wahrnehmung als handlungsfähig erscheinen lassen. Daraus ergeben sich zwei eng miteinander verknüpfte Strategien: die Fokussierung auf verkaufsfähige Botschaften und die Anpassung an die Ansprüche moderner Medien. Beides ist zwar rational, hat aber tiefgreifende Folgen für die Qualität der Politik und des öffentlichen Denkens.

Um Zustimmung zu gewinnen, müssen Parteien komplexe Sachverhalte in leicht vermittelbare Botschaften übersetzen. Mehrschichtige Argumentationen werden auf Kernaussagen, Slogans oder Schlagwörter reduziert. Diese Reduktion ist kommunikativ effizient, verfälscht aber häufig die Wirklichkeit; denn vielschichtige Zielkonflikte, Unsicherheiten und Abwägungen lassen sich nicht in einfache Formeln pressen. Die damit einhergehende Vereinfachung begünstigt ein Denken in Dichotomien (richtig/falsch, Freund/Feind, schnell/langsam) und schwächt differenzierte Betrachtungen, was sachgerechte Politik erschwert. Fehlende

⁸⁶ Bürklin, W., & Rebenstorf, H. (2021). *Eliten in Deutschland: Rekrutierung, Sozialstruktur und politische Rolle*. Springer VS.

Differenzierung erhöht zudem die Anfälligkeit für Fehlschlüsse, eine Polarisierung und die Verbreitung von Halbwahrheiten. Auch werden Expertenwissen und komplexe Evidenz gegenüber emotionalen, leicht verständlichen Botschaften entwertet.⁸⁷

Politisch hat die Schlagwort-Logik weitere Folgen: Sie erleichtert populistische Strategien, weil einfache Lösungen und Schuldzuweisungen sich leichter „verkaufen“ lassen können als komplexe Reformpakete.⁸⁸ Sie schwächt den öffentlichen Diskurs, weil Debatten auf pointierte Statements reduziert werden, und somit wenig Raum für längere, faktenbasierte Auseinandersetzungen lassen.

Die Anpassung an Medienlogiken verschärft diese Effekte. Moderne Medien — Fernsehen, Online-Nachrichten und soziale Plattformen — belohnen Kürze, Emotionalität und visuelle Einprägsamkeit; Inhalte müssen oft in Sekunden oder als Headline funktionieren. Das fördert plakative Bilder, pointierte Zitate und einfache Narrative. Daraus ergeben sich drei typische Probleme: 1. Selektierung: Komplexe, langfristige Politikinhalte werden systematisch benachteiligt; 2. Inszenierung: Politische Debatten werden zunehmend als Performance betrieben, wobei Wahrnehmung wichtiger wird als Substanz; 3. Aufreger: Emotionalisierung und Skandalisierung werden bewusst eingesetzt, um Aufmerksamkeit zu erzeugen.⁸⁹

Außerdem geht es in der Medienpolitik um Emotionalität und visuelle Einprägsamkeit, da Inhalte in 15 Sekunden oder als Headline funktionieren müssen. Dies begünstigt plakative Bilder, pointierte Zitate, einfache Narrative. Das führt zu drei Problemen: 1. Selektierung. Komplexe, langfristige Politikinhalte systematisch benachteiligt; 2. Inszenierung. Politische Debatten werden inszeniert, wobei die Wahrnehmung wichtiger ist als Substanz; 3. Aufreger. Um zu Emotionalisieren, werden Aufreger inszeniert (s. Kap. 7.7 „Medienlogik“).

Innerhalb der Parteien fördert die Notwendigkeit, medienwirksam aufzutreten, Konformität: Abweichende, komplexe Positionen sind schwerer zu kommunizieren.

⁸⁷ Kahneman, D. (2011). *Thinking, fast and slow*. Farrar, Straus and Giroux.

Scammell, M. (2015). *Politics and image: The conceptual value of branding*. *Journal of Political Marketing*, 14(1–2), 7–22. <https://doi.org/10.1080/15377857.2015.1008549> (doi.org in Bing).

⁸⁸ Mudde, C. (2004). The populist zeitgeist. *Government and Opposition*, 39(4), 541–563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x> (doi.org in Bing).

⁸⁹ Mazzoleni, G., & Schulz, W. (1999). “Mediatization” of politics: A challenge for democracy? *Political Communication*, 16(3), 247–261. <https://doi.org/10.1080/105846099198613> (doi.org in Bing).

Strömbäck, J., & Esser, F. (2014). Mediatization of politics: Towards a theoretical framework. In K. Lundby (Ed.), *Mediatization of communication* (pp. 3–28). De Gruyter.

ren und werden deshalb intern seltener vertreten, was deliberative Prozesse und die Qualität innerparteilicher Entscheidungsfindung beeinträchtigt.⁹⁰

5.13 Das Denken in Blasen

Das Phänomen des politischen Denkens und Handelns in „Blasen“ beschreibt die Tendenz politischer Akteure, sich bevorzugt mit Gleichgesinnten und entsprechenden Informationen zu umgeben und alternative Perspektiven kaum zu beachten.⁹¹ Digitale Medien verstärken diese Dynamik, indem sie algorithmisch homogene Informationsräume erzeugen.⁹² Die Folgen sind eine verfälschte Wahrnehmung von Problemlagen, eine Überschätzung der eigenen Positionen und eine wachsende Distanz zwischen politischer Elite und Bevölkerung.

Wenn politische Akteure nur noch die Perspektiven ihrer eigenen Echokammer wahrnehmen, entstehen verzerrte Problemanalysen und unzureichende Entscheidungen. Solche politischen Fehlurteile wirken sich unmittelbar auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus, da sie Reformen verzögern, Risiken erhöhen und die Planbarkeit für Unternehmen mindern.

Für das politische Handeln ergeben sich daraus mehrere Folgen:

1. Blasendenken kann zu einer verzerrten Wahrnehmung der Realität führen, weil
 - a) Gruppen mit ähnlichen Ansichten im Austausch untereinander zu extremeren Positionen tendieren⁹³ und
 - b) Akteure die Zustimmung zu ihren Positionen überschätzen, weil sie überwiegend Rückmeldungen aus dem eigenen Lager wahrnehmen. Dies kann Fehlentscheidungen begünstigen.Digitale Medien verstärken diese Dynamik, indem sie algorithmisch homogene Informationsräume erzeugen.⁹⁴
2. Trägt selektive Kommunikation zur Polarisierung bei, weil die Zustimmung für die eigenen Positionen übergewichtet wird, die Kompromissbereitschaft sinkt und gegnerische Positionen zunehmend als illegitim wahrgenommen werden.

90 Scammell, M. (2015). *Politics and image: The conceptual value of branding*. Journal of Political Marketing, 14(1–2), 7–22. <https://doi.org/10.1080/15377857.2015.1008549> (doi.org in Bing)

Strömbäck, J. (2008). Four phases of mediatization: An analysis of the mediatization of politics. *The International Journal of Press/Politics*, 13(3), 228–246. <https://doi.org/10.1177/1940161208319097> (doi.org in Bing).

91 Hartmann, M., Müller, P., & Reinemann, C. (2024). *Echo chambers and political fragmentation: A systematic review*. Journal of Communication Research, 46(2), 115–140.

92 Pariser, E. (2011). *The Filter Bubble*. Penguin.

93 Sunstein, C. R. (2009). *Going to Extremes*. Oxford University Press.

94 Pariser, E. (2011). *The Filter Bubble*. Penguin.

3. Blasendenken kann das Vertrauen in politische Institutionen schwächen, wenn Bürger den Eindruck gewinnen, dass ihre Positionen nicht in den Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

Insgesamt zeigt die Forschung, dass politische Blasen zwar nicht die gesamte Gesellschaft prägen, aber dennoch erhebliche Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse und die demokratische Kultur haben.

5.14 Verbiegen von Wahrheiten

Parteien neigen dazu, komplexe Sachverhalte moralisch zu verklären, zu vereinfachen und ökonomische Realitäten auszublenden, solange diese nicht unmittelbar wahlrelevant werden. Das führt zu Fehlsteuerungen, Vertrauensverlust und dem Gefühl, dass politische Eliten an den Lebensrealitäten vorbeiregieren. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

- Einfache Botschaften werden medial belohnt, während differenzierte Analysen kaum Resonanz finden.
- Das Denken in Blasen, dass die eigenen Vorstellungen präferiert.
- Kurzfristiges politisches Denken.

Beispiel 14: Migrationspolitik

Zwar wurde das wirtschaftliche Problem, der Fachkräftemangel, korrekt identifiziert, doch politisch wurde Migration lange mehr als ein moralisches und nicht als ein arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisches Thema behandelt. Dadurch wurde einerseits die entscheidende Frage nach Qualifikation, Integrationsfähigkeit als auch Anforderungen des Arbeitsmarkts und andererseits der Kosten vernachlässigt. Laut IAB hatten 44 % der Geflüchteten keinen oder nur einen sehr niedrigen Schulabschluss. Nur 22 % verfügten über eine abgeschlossene Berufsausbildung.⁹⁵ Die OECD bestätigt, dass Deutschland im internationalen Vergleich besonders viele geringqualifizierte Migranten aufgenommen hat.⁹⁶ Viele Migranten hatten gar keine für den deutschen Arbeitsmarkt verwertbaren Qualifikationen. Politisch wurde dieser Umstand jedoch lange ausgeblendet.

Die finanziellen Folgen, die Tatsache, dass viele Migranten in der Sozialhilfe landeten, wurden zunächst ignoriert. Die Diskrepanz zwischen dem politischen Anspruch, Fachkräfte zu gewinnen, und der realen Wirkung, nämlich

⁹⁵ Brücker, H., Rother, N., & Schupp, J. (2019). *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Ergebnisse 2018*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

⁹⁶ OECD. (2020). *International Migration Outlook 2020*. OECD Publishing.

geringen Qualifikationsprofilen und hohen Integrationskosten, führte zu wachsendem Vertrauensverlust in politische Institutionen.

Beispiel 15: Energiewende

Ähnlich verhielt es sich bei der Energiewende. Obwohl sie ökologisch sinnvoll ist, wurde sie politisch als nahezu kostenneutral oder sogar wirtschaftlich vorteilhaft dargestellt. Die tatsächlichen Systemkosten, beispielsweise für den Netzausbau, Speicher, Reservekraftwerke, Redispatch und die durch volatile Einspeisung bedingten Ineffizienzen, wurden in der öffentlichen Kommunikation jedoch kaum erwähnt. Offizielle Daten zeigen jedoch, dass die Kosten für Redispatch und Netzengpassmanagement stark angestiegen sind: Allein im vierten Quartal 2024 betrugen sie rund 928 Millionen Euro (SMARD, 2025). Auch die Bundesnetzagentur dokumentiert regelmäßig steigende Kosten für Netzsicherheitsmaßnahmen, die durch den ungleichmäßigen Ausbau erneuerbarer Energien und Engpässe im Übertragungsnetz entstehen (Bundesnetzagentur, 2024). Gleichzeitig wurden konventionelle Energieträger künstlich verteuert, etwa durch CO₂-Abgaben, die Ökosteuer oder die EEG-Umlage. Dadurch entstand der Eindruck, erneuerbare Energien seien „billiger“, was jedoch nur unter Einbeziehung politisch gesetzter Preisverzerrungen stimmte. Viele Bürger fühlten sich dadurch getäuscht. Die realen Kosten wurden für sie erst sichtbar, als die Strompreise explodierten. In der Folge setzte eine Deindustrialisierung (Rusche, 2025; Hüther et al., 2023; Lehmann & Wollmershäuser, 2025) ein.

5.15 Fazit

Die gegenwärtige Politik leidet unter anderem unter einer Reihe miteinander verflochtener Probleme: Klientelpolitik, Blasenbildung, schwindendes Vertrauen in die politische Kompetenz, gebrochene Versprechen, selektive Regelbefolgung, kurzfristiges politisches Denken, mediale Dramatisierung und ein erodierendes Wir-Gefühl... Diese Probleme erzeugen gemeinsam ein politisches System, das zunehmend reaktiv statt strategisch, fragmentiert statt kohärent und opportunistisch statt regelbasiert agiert. Dadurch verliert die Politik ihren orientierenden Sinnhorizont und riskiert, ihre Zukunftsfähigkeit und damit ihre Fähigkeit zur gesellschaftlichen Gestaltung einzubüßen. Die daraus entstehende Desorientierung hat zur Folge, dass die Regierungsarbeit ihr klares Profil verliert: Wer es allen recht machen will, macht es keinem recht.⁹⁷ Dennoch geht es darum, der

⁹⁷ Frei nach Aesop. (um 550 v. Chr.). *Willst du es allen recht machen, so machst du es niemandem recht.* In: Aphorismen.de. Abgerufen am 01. August 2026, von <https://www.aphorismen.de>

Gesellschaft als Ganzes durch eine Politik mit Augenmaß zu einer gedeihlichen Zukunft zu verhelfen.

6. Externe Einflussnahme

Es gibt viele externe Einflüsse, von denen hier nur die wahrscheinlich wichtigsten zur Sprache kommen.

6.1 Einflussnahme außerstaatlicher Akteure und Lobbyismus

Ein zentrales Merkmal moderner Demokratien ist die Pluralität von Interessen. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass wirtschaftlich potente Akteure überproportionalen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse ausüben. Die institutionalisierte Nähe zwischen Politik und Lobbygruppen – etwa durch externe Berater, Think Tanks oder Verbände – kann zu einer asymmetrischen Interessenvertretung führen. Die Transparenz und Kontrolle dieser Einflussnahme sind bislang jedoch unzureichend geregelt.

Zwar ist die Pluralität von Interessen ein zentrales Merkmal moderner Demokratien, doch in der Praxis zeigt sich eine deutliche Asymmetrie. Wirtschaftlich potente Akteure verfügen über Ressourcen, Netzwerke und Zugangsmöglichkeiten, die ihnen einen überproportionalen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse sichern. Studien und Recherchen belegen, dass Unternehmen und Verbände ihre Interessen durch externe Berater, Think Tanks oder direkte Kontakte zu Abgeordneten wirksam platzieren können.⁹⁸ Die institutionalisierte Nähe zwischen Politik und Lobbygruppen führt dazu, dass bestimmte Interessen überrepräsentiert sind, während andere, etwa die von weniger organisierten Bürgergruppen, kaum Gehör finden.

In Deutschland wurde zwar ein Lobbyregister eingeführt, doch Experten kritisieren, dass es zu viele Schlupflöcher gibt und die tatsächlichen Einflusswege nicht vollständig transparent werden. Damit bleibt die Gefahr bestehen, dass politische Entscheidungen nicht dem Gemeinwohl, sondern den Interessen ökonomisch starker Akteure dienen.

Neben diesen Akteuren nehmen die Medien eine prominente Stellung ein. Sie beeinflussen die Politik, indem sie die öffentliche Meinung prägen. Medien sind keine neutralen Beobachter, sondern aktive Akteure. Durch Agenda-Setting bestimmen sie, welche Themen sichtbar werden, und durch Framing beeinflussen sie, wie diese Themen wahrgenommen werden. Sie schaffen einen Resonanzraum, in dem politische Entscheidungen legitimiert oder delegitimiert werden.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind in der deutschen Politik auf vielen Gebieten präsent. Sie beeinflussen Entscheidungsprozesse durch Kampagnen,

⁹⁸ <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/lobbyismus-demokratie-unternehmen-abgeordnete-100.html>

fachliche Expertise und öffentlichen Druck. Problematisch wird diese Einflussnahme jedoch dadurch, dass zahlreiche NGOs staatliche Fördermittel erhalten. Dadurch entsteht ein Spannungsfeld: Einerseits treten sie als unabhängige und kritische Stimmen gegenüber der Politik auf, andererseits sind sie finanziell von eben dieser Politik abhängig. Das macht sie in den Augen vieler Menschen unglaublich.

6.2 Legale und illegale Einflussnahme

Politische Entscheidungen entstehen nicht isoliert, sondern unter dem Einfluss externer Kräfte. Legale Einflusskanäle sind Spenden, Parteienfinanzierung, Lobbyismus, Medien und öffentliche Meinung. Sie sind Teil demokratischer Aushandlungsprozesse, bergen jedoch das Risiko einer ungleichen Machtverteilung. Illegale Einflussnahmen wie Korruption, verdeckte Spenden, persönliche Gefälligkeiten oder der Drehtüreffekt beim Wechsel in Unternehmen nach der Amtszeit untergraben dagegen direkt die Integrität des politischen Systems.

Habermas würde hier von einer Verzerrung des öffentlichen Diskurses sprechen: Wenn ökonomische Macht politische Kommunikation dominiert, verliert Demokratie ihre deliberative Substanz.⁹⁹ Diese Beispiele verdeutlichen, dass Cyberangriffe nicht nur ökonomische Schäden verursachen, sondern auch die Funktionsfähigkeit staatlicher Strukturen gefährden.

6.3 Das Versagen der vierten Gewalt

Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, dessen Wahrung von großer Bedeutung ist. Wird sie beschnitten, ist dies oft ein Zeichen argumentativer Schwäche. Wer die Äußerung anderer Argumente unterbindet, zweifelt offenbar an der Überzeugungskraft der eigenen.

In einer Gesellschaft des uneingeschränkten, öffentlichen und fairen Diskurses können Fehlentwicklungen aufgedeckt und Korrekturmöglichkeiten erörtert werden. Ein solcher Diskurs lebt von Vielfalt und einem fairen Umgang miteinander. Er befruchtet auch die politische Diskussion und trägt so zu einer höheren Qualität bei.

⁹⁹ Habermas, Jürgen: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1992.

Die Meinungsfreiheit ist in Deutschland grundgesetzlich garantiert. Doch ist damit auch die wünschenswerte Vielfalt gewährleistet?

Die Meinungsfreiheit ermöglicht nämlich nicht nur objektive Darstellungen der Sachlage. Sie bedeutet, die Freiheit zu haben, Inhalt und Art der Äußerungen selbst bestimmen zu können. Das schließt sowohl das Verschweigen als auch eine Überbetonung ein. Dies ist besonders relevant, wenn man sich vor Augen führt, dass Meinungsäußerungen im Dienst eigener Interessen erfolgen. Wer sich äußert, möchte etwas vermitteln oder bewirken.

Der Mangel an öffentlicher Meinungsvielfalt war während der Corona-Pandemie besonders augenfällig. Wir erlebten eine gefühlte Gleichschaltung der öffentlichen sowie vieler privater Medien. Es schien, als würde regelrecht Jagd auf sogenannte „Corona-Leugner“ gemacht. Ihre Meinungen wurden entweder verschwiegen oder diskreditiert. Auch wenn dies in guter Absicht geschehen sein mag, so wird hier das Problem der Meinungsfreiheit deutlich: Sie ermöglicht zwar eine objektive, vielfältige und faire Berichterstattung in den Medien, garantiert diese jedoch nicht.

Medien werden oft als vierte Gewalt¹⁰⁰ beschrieben. Doch sie ist nicht unabhängig:

- Sie lebt von Informationen. Diese bekommt sie u. a. von der Politik. Diese ist ihrerseits von den Medien abhängig, denn diese verschaffen ihr Aufmerksamkeit. Das Motto könnte also sein:
„Hilfst du mir, helfe ich dir.“ Darin liegt eine Gefahr für die Neutralität.
- Medien arbeiten gewinnorientiert. Ist dieser durch eine bestimmte Nachricht gefährdet oder gefördert, kann dies dazu verleiten das Recht auf Meinungsfreiheit gezielt zu nutzen, indem
 - zu verschweigen, was dem Gewinn abträglich sein kann,
 - herauszustellen, was ihnen nutzt, oder
 - zu kommentieren, wie es ihrem Gusto (private Ansicht, Selbstwertgefühl) entspricht.

Zusammengefasst: Auch die vierte Gewalt ist interessengeleitet und darf sich entsprechend verhalten. Gleichwohl mutet es befremdlich an, wenn Medien glauben, den Konsumenten das Denken abnehmen zu müssen, oder wenn sie sich als höchste moralische Instanz inszenieren.

¹⁰⁰ Genau genommen sind Medien keine Gewalt im verfassungsrechtlichen Sinn, sondern eine Kontrollinstanz. Dein Hinweis auf ihre ökonomische und politische Verflechtung ist aber ein realistischer Blick auf ihre Funktionsweise.

6.4 Untergrabung der Souveränität durch Parteinahme

Isolation entsteht, wenn ein Land seine außenpolitischen Entscheidungen so stark an einer Seite oder einem Block ausrichtet, dass es seine Eigenständigkeit verliert und den Dialog mit anderen Akteuren aufgibt. In diesem Fall büßt es Handlungsspielräume ein, da alternative Optionen nicht mehr zur Verfügung stehen. Eine einseitige und undifferenzierte geopolitische Parteinahme kann somit zur internationalen Isolation führen.

Eine solche Entwicklung ist riskant, da sie mehrere Folgen zeitigen kann: Einerseits droht ein Glaubwürdigkeitsverlust, wenn ein Staat nicht mehr als unabhängiger Akteur wahrgenommen wird. Andererseits entstehen Abhängigkeiten, die die eigene Souveränität wirtschaftlich, militärisch oder politisch einschränken. Zudem wird die Fähigkeit zur Vermittlung und zum Ausgleich geschwächt, da das Land nicht mehr als neutraler Partner auftreten kann.

Für Deutschland besteht in diesem Zusammenhang eine besondere Gefahr, denn die außenpolitische Ausrichtung ist stark auf die transatlantische Partnerschaft und die EU fokussiert. Der Dialog mit anderen globalen Akteuren wie China, Russland, Indien oder Staaten des Globalen Südens ist somit eingeschränkt. Kritiker warnen davor, dass Deutschland dadurch in eine geopolitische Abhängigkeit geraten könnte. Gerade in einer multipolaren Weltordnung, in der neue Machtzentren entstehen, kann eine zu starke Bindung an einen Block die außenpolitische Flexibilität erheblich reduzieren.

7. Beispiele für Fehlentwicklungen

In der politischen Praxis treten in Deutschland Mängel auf, die sowohl auf die Parteiendemokratie, als auch auf die Demokratie selbst zurückzuführen sind.

7.1 Irreführende (kameralistische) Buchführung

Die praktizierte kameralistische Buchführung erfasst nur Kapitalströme und führt deshalb zu Fehlinterpretationen. So kam es über Jahrzehnte hinweg zur Vernachlässigung der Modernisierung und Instandhaltung staatlicher Infrastruktur sowie der Verteidigungsfähigkeit. Warum das so ist, erläutert das folgende Beispiel.

Beispiel 16 Folgen der kameralistischen Buchführung

Die Beispiele sind zahlreich und symptomatisch:

- *Verkehrsinfrastruktur: Mehr als 4.000 Brücken im Bundesfernstraßennetz gelten als sanierungsbedürftig oder nicht mehr tragfähig, darunter die marode Rahmede-Talbrücke, deren Sperrung 2021 massive wirtschaftliche Schäden verursachte.*¹⁰¹
- *Digitale Infrastruktur: Deutschland liegt bei den Glasfaseranschlüssen im OECD-Vergleich weiterhin im unteren Drittel; der Rückstand ist Ergebnis jahrelanger Unterinvestition und regulatorischer Fehlanreize.*¹⁰²
- *Schulen und öffentliche Gebäude: Der kommunale Investitionsrückstand beträgt laut KfW-Kommunalpanel 2024 rund 186 Milliarden Euro, insbesondere bei Schulen, Verwaltungsgebäuden und Verkehrsanlagen.*¹⁰³
- *Verteidigungsfähigkeit: Die Bundeswehr weist trotz steigender Bedrohungslage erhebliche Material- und Ausrüstungsdefizite auf; zentrale Systeme sind nur eingeschränkt einsatzbereit, wie diverse Quellen berichten.*

Die dadurch unterlassene Instandhaltung und Modernisierung – beispielsweise bei der Infrastruktur oder Verteidigung – erzeugt im Haushalt einen Scheinüberschuss. Dieser verführt zu überhöhten Konsumausgaben und suggeriert „Wohlstand“. Dieser beruht jedoch nicht auf realem Wachstum, sondern auf dem schleichenden Verzehr von Substanz: Formal erscheinen die Haushalte zwar ausgeglichen, doch der reale Zustand der Infrastrukturen und der Verteidigungsfähigkeit verschlechtert sich kontinuierlich. Dieses System setzt

¹⁰¹ Bundesrechnungshof. (2023). Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.

¹⁰² OECD. (2023). *Economic Surveys: Germany 2023*. OECD Publishing.

¹⁰³ KfW Research. (2024). Kommunalpanel 2024: Investitionsrückstände in Deutschland.

offensichtlich Fehlanreize, da versäumte Ausgaben reale Überschüsse vorgaukeln.

Welche konkreten Folgen hat das? Es entsteht eine verzerrte Abbildung der Realität: Die Ausgaben für Zukunftsinvestitionen lassen den Haushalt negativer und die unterlassenen Instandhaltungsmaßnahmen positiver erscheinen, als er tatsächlich ist. Aus haushalterischer Sicht lohnt es sich, Zukunftsinvestitionen und Instandhaltungsmaßnahmen zu unterlassen, da die Einsparungen sofort sichtbar sind, während die Schäden (Substanzverlust, Verschleiß usw.) erst mittel- bis langfristig zutage treten. Es wird ein Scheinwohlstand suggeriert: Die Haushaltszahlen verdecken die reale Erosion staatlichen Vermögens.

Der haushaltstechnisch unsichtbare Substanzverzehr ist ökonomisch hochproblematisch, da er zu steigenden Folgekosten, sinkender Produktivität, geringerer Standortattraktivität und wachsender Abhängigkeit von Notmaßnahmen führt. Inzwischen übersteigen die Reparaturkosten bei vielen Projekten die ursprünglichen Investitionsbedarfe um ein Vielfaches.

In diesem Zusammenhang ist auf die oft zu erlebende Fehlinterpretation des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hinzuweisen: Bei einem nominalen BIP von +1 %, einer Inflation 1,5 % und bei einem Verschleiß zuzüglich Überalterung von 2 % ergibt sich eine reale Schrumpfung des Nettoinlandsprodukts um 2,5 %; denn nach Abzug der Inflation (also preisbereinigt) ergibt sich das reale BIP. Nun müssen noch zusätzlich Verluste durch Verschleiß und Überalterung abgezogen werden, um das Nettoinlandsprodukt zu erhalten.

7.2 Reformstau und „Verwaltung des Status quo“

Neben der aufgeblähten Verwaltung (s. dort) gibt es in mehreren anderen Bereichen einen erheblichen Reformstau, der hier nur stichwortartig angesprochen wird:

Rentenpolitik: Das umlagefinanzierte Rentensystem gerät durch den demografischen Wandel massiv unter Druck. Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Rentner aufkommen. Experten wie Axel Börsch-Supan betonen, dass die Finanzierung ohne Reformen – etwa durch kapitalgedeckte Elemente oder eine Anpassung des Rentenniveaus – langfristig nicht gesichert ist.¹⁰⁴

Gesundheitswesen: Die steigenden Kosten, der Fachkräftemangel und die alternde Gesellschaft belasten das System erheblich. Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft sind im Gesundheitswesen die meisten Fachkräfte knapp, insbesondere in den Bereichen Pflege und medizinische Assistenzberufe.

¹⁰⁴ <https://www.zdfheute.de/wirtschaft/rente-grafik-deutschland-finanzierung-100.html>

Zwar existiert eine Digitalisierungsstrategie des Bundesgesundheitsministeriums, doch ihre Umsetzung erfolgt nur schleppend.¹⁰⁵

Bildungsbereich: Im Bildungsbereich zeigen die PISA-Studien einen deutlichen Leistungsabfall: 2022 erreichten deutsche Schülerinnen und Schüler die niedrigsten Werte seit Beginn der Erhebungen, insbesondere in den Fächern Mathematik und Lesen. Schulen sind vielerorts unzureichend digital ausgestattet und bürokratische Hürden verhindern schnelle Investitionen.

Infrastruktur: Die Infrastruktur ist marode. Laut BR24 sind bundesweit rund 16.000 Brücken baufällig, deren Sanierung könnte bis zu 100 Milliarden Euro kosten.¹⁰⁶ Der Bundesrechnungshof kritisiert, dass die Modernisierung deutlich im Rückstand ist.¹⁰⁷ Auch das IT-Netz sowie Großprojekte wie Bahnstrecken oder Stromtrassen verzögern sich durch langwierige Genehmigungsverfahren.¹⁰⁸

Verteidigung: Deutschland erreicht das NATO-Ziel von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben bislang nicht zuverlässig. Während andere NATO-Staaten diese Vorgabe erfüllen, hinkt Deutschland hinterher. Die Bundeswehr gilt als unterfinanziert und nicht ausreichend einsatzbereit, was ihre Fähigkeit zur Selbstverteidigung einschränkt.¹⁰⁹

7.3 Handeln ohne zu Haften

Politisches Handeln folgt einer einfachen Logik: Menschen versuchen, ihr Verhältnis von Vorteilen zu Nachteilen zu verbessern.¹¹⁰ Für Politiker bedeutet dies, kurzfristig Anerkennung, Sichtbarkeit und Wiederwahlchancen zu gewinnen, während die Kosten ihres Handelns häufig erst Jahre später sichtbar werden und von Bürgern, nachfolgenden Regierungen oder supranationalen Institutionen getragen werden. Da politische Entscheidungsträger nicht persönlich für die Folgen haften, entsteht ein asymmetrisches Anreizsystem, in dem kurzfristige politische Gewinne langfristigen gesellschaftlichen Lasten gegenüberstehen, die nicht von den Handelnden selbst getragen werden. Das schlimmste Szenario, das sie treffen könnte, ist eine Abwahl.

¹⁰⁵ <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/digitalisierung/digitalisierungsstrategie.html>

¹⁰⁶ <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/bund-unterschaezt-offenbar-sanierungsstau-bei-maroden-bruecken,UiVR2BO>

¹⁰⁷ <https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2025/brueckenmodernisierung/kurzmeldung.html>

¹⁰⁸ <https://www.dw.com/de/kaputte-infrastruktur-deutschland-sonderverm%C3%B6gen-schuldenbremse-cdu-spd-br%C3%BCcken-bahn-wohnungen-v3/a-71893602>

¹⁰⁹ <https://www.dw.com/de/die-neuen-ziele-der-nato-kann-deutschland-das-stemmen-trump-merz-rutte-bundeswehr-russland-usa-v2/a-72971218>

¹¹⁰ Hollnagel, Bruno: *Relativitätsökonomie – Die menschlichen Motive wirtschaftlichen Handelns*, Wiley 2009

Dieses Verantwortungsdefizit wird durch institutionelle Faktoren verstärkt. Immunität und besondere Schutzmechanismen sichern zwar die Handlungsfreiheit politischer Akteure, führen aber dazu, dass Fehlentscheidungen selten persönliche Konsequenzen haben. Entscheidungen entstehen zudem in Gremien, Koalitionen oder Ministerien, wodurch Verantwortlichkeiten verwischt werden. Die Komplexität politischer Prozesse erlaubt es, Fehltritte später als „unvorhersehbar“ zu deklarieren, und Loyalität innerhalb politischer Gruppen wiegt oft schwerer als eine individuelle Verantwortung. Verträge und Projekte werden schließlich so gestaltet, dass nicht der einzelne Politiker, sondern der Staat haftet. Ein Beispiel ist die gescheiterte Pkw-Maut. Obwohl der Bund infolge des Projekts 243 Millionen Euro Schadenersatz zahlen musste, kam der damalige Verkehrsminister Andreas Scheuer rechtlich nicht persönlich für die Fehlentscheidungen auf. Ein unabhängiges Gutachten stellte fest, dass es keine tragfähige Rechtsgrundlage für eine persönliche Haftung gibt; die politische Verantwortung bleibt jedoch bestehen.

Am Flughafen BER ist das Nicht-Haften besonders anschaulich zu beobachten. Über einen längeren Zeitraum hinweg wurde von den Entscheidungsträgern in der Politik an ambitionierten Eröffnungsterminen festgehalten, obwohl interne Gutachten diese als unrealistisch einstufte.¹¹¹ Für die beteiligten Politiker bot das Projekt kurzfristige Vorteile: Es signalisierte politische Tatkraft und versprach regionale wirtschaftliche Impulse. Die Nachteile wie ausufernde Kosten, Verzögerungen, Vertrauensverlust, traten erst Jahre später ein und mussten von der Allgemeinheit getragen werden. Der Landesrechnungshof stellte fest, dass Verantwortlichkeiten „nicht klar zugeordnet“ waren, was die persönliche Haftung weiter erschwerte.

Ein zweites Feld, in dem die Entkopplung von Handeln und Haften besonders sichtbar wird, ist die Rentenpolitik. Der Bundesrechnungshof kritisierte, dass rentenpolitische Leistungsausweitungen wie Mütterrente, Grundrente oder das Rentenpaket II erhebliche langfristige Belastungen erzeugen, ohne dass eine nachhaltige Finanzierung gesichert sei. Das Rentenpaket II wurde als „finanzpolitisch riskant“ eingestuft, weil die Kosten „künftige Generationen erheblich belasten“¹¹². Politisch jedoch sind solche Maßnahmen attraktiv, weil sie sofort Zustimmung erzeugen und bestimmten Personengruppen Vorteile verschaffen. Die Finanzierung der Energiepreiskontrolle über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds folgte demselben Muster: Die politische Wirkung (schnelle Entlastung) trat

¹¹¹ Der Landesrechnungshof Berlin dokumentierte in seinem Prüfbericht 2018 massive Fehlplanungen, unrealistische Terminsetzungen und erhebliche Kostensteigerungen.

¹¹² Bundesrechnungshof, Stellungnahme 2024.

sofort ein, während die finanziellen Lasten in die Zukunft verschoben wurden und verfassungsrechtlich bedenklich waren.¹¹³

Besonders komplex ist die Lage im supranationalen Kontext der Europäischen Union. Seit Beginn des russisch-ukrainischen Krieges lagern Vermögenswerte der russischen Zentralbank im Wert von rund 300 Milliarden US-Dollar in europäischen Verwahrstellen, vor allem bei Euroclear in Belgien. Gleichzeitig plant die EU, der Ukraine Kredite in Höhe von 90 Milliarden Euro zu gewähren, die durch diese Vermögen abgesichert werden sollen. Damit entsteht der Eindruck, dass im Falle eines Ausfalls keine Kosten für die EU entstehen würden. Doch die rechtliche Lage ist deutlich komplizierter. Die russischen Vermögenswerte wurden nicht freiwillig eingefroren, sondern unter staatlichem und supranationalem Zwang. Euroclear handelt somit nicht autonom, sondern als Vollzugsorgan staatlicher Maßnahmen und unterliegt Artikel 4 und 5 der ILC Articles on State Responsibility.¹¹⁴ Da Zentralbankreserven grundsätzlich immun sind, könnte das Einfrieren oder die nicht autorisierte Nutzung dieser Gelder als Verstoß gegen das völkerrechtliche Verbot der entschädigungslosen Enteignung gewertet werden. Russland hätte somit die Möglichkeit, Belgien vor dem Internationalen Gerichtshof (ICJ) zu verklagen¹¹⁵ – unabhängig davon, ob Belgien den zugrundeliegenden EU-Beschlüssen zugestimmt hat. Dies wurde durch die Anwendung von Artikel 122 AEUV ermöglicht, der Maßnahmen in außergewöhnlichen Krisensituationen auch ohne Einstimmigkeit zulässt. Ein Erfolg Russlands hätte weitreichende Folgen: Schadensersatzpflichten für die EU, Haftungsrisiken für Belgien und einen Vertrauensverlust wichtiger Drittstaaten in Europa als sicheren Verwahrort für Währungsreserven. Staaten wie China, Indien oder Mitglieder des Golfkooperationsrats könnten ihre Bestände verlagern, was den Euro schwächen und die wirtschaftliche Stabilität der EU insgesamt belasten würde.

Die Entkopplung von Handeln und Haften führt zu Fehlanreizen und zu einer Kultur politischer Verantwortungslosigkeit. Handeln ohne Haftung verleitet zu leichtfertigen Geldausgeben. Der Bund der Steuerzahler veröffentlicht zwar jährlich Berichte über Steuergeldverschwendungen, doch Konsequenzen sind selten. Die Folgen sind u. a. eine vernachlässigte Infrastruktur und eine geschwächte Verteidigungsfähigkeit. Das Schuldenmachen verstärkt diese Dynamik, weil es erlaubt, heute Nutzen zu generieren, der erst morgen bezahlt werden muss. Dann sind die verantwortlichen Politiker möglicherweise schon nicht mehr im Amt. Bereits 1752 warnte David Hume vor den Gefahren der

¹¹³ Urteil des Bundesrechnungshofs: „verfassungsrechtlich bedenklich“ und „intransparent“ (Bericht 2023).

¹¹⁴ ILC Articles on State Responsibility, Artikel 4 und 5: Zurechnung staatlichen Handelns bei Organen oder beauftragten Einrichtungen.

¹¹⁵ Möglichkeit einer Klage Russlands gegen Belgien vor dem Internationalen Gerichtshof (ICJ) wegen Verletzung der Immunität von Zentralbankreserven.

Staatsverschuldung und bezeichnete sie als „Teufelszeug“: „Entweder muss die Nation den Staatskredit zerstören, oder der Staatskredit zerstört die Nation.“¹¹⁶

Die Komplexität politischer Prozesse erschwert es den Bürgern, Ursache und Wirkung politischer Entscheidungen zu erkennen. Wer aber nicht nachvollziehen kann, wer für bestimmte Entwicklungen verantwortlich zeichnet, kann keine fundierte Wahl treffen. So kann es dann zu pauschalen Schuldzuweisungen an „Brüssel“ oder „die da oben“ kommen.

Damit wird deutlich: Die Trennung von Entscheidung und Verantwortung ist ein ernsthaftes Problem in der heutigen Politik. Historische Warnungen wie die von David Hume zeigen, dass diese Problematik seit Jahrhunderten bekannt ist.

7.3.1 Eurobonds und die Problematik der gemeinsamen Haftung

Die Diskussion (2020) um Eurobonds mit einem Volumen von 721,692 Milliarden Euro verdeutlicht exemplarisch, wie Handeln und Haften in der europäischen Politik auseinanderfallen können. Bei Eurobonds, den gemeinsamen Anleihen der Eurostaaten, haften alle Mitgliedsländer für die Rückzahlung, unabhängig davon, wer die Mittel tatsächlich aufgenommen und verwendet hat. Für Deutschland bedeutet dies, dass es im Ernstfall für die Schulden anderer Staaten einstehen müsste, ohne das konkrete Handeln kontrollieren zu können. Kritiker sehen darin eine Schieflage: Die Verantwortung für die Rückzahlung wird kollektiv verteilt, während die Entscheidung über die Mittelverwendung national bleibt. Dadurch entsteht ein Haftungsrisiko auch für Länder mit solider Finanzpolitik, weil sie faktisch für die Fehler oder riskanten Strategien anderer Staaten mit einstehen müssen. Zwar argumentieren Befürworter, dass Eurobonds Solidarität und Stabilität im Euroraum fördern, doch die Trennung von Handeln und Haften bleibt ein zentrales Problem, das immer wieder politische Spannungen hervorruft und dem Verursacherprinzip zuwiderläuft. Deutschland muss für Rückzahlungen mithaften, obwohl die Kreditaufnahme von anderen Staaten beschlossen und genutzt wurde.¹¹⁷

7.3.2 Banken- und Staatsschuldenkrise im Euroraum

Dieses Auseinanderfallen von Handeln und Haften wurde während der Banken- und Staatsschuldenkrise noch deutlicher. Banken und Staaten konnten riskante Geschäfte tätigen, deren Folgen im Krisenfall jedoch nicht allein von ihnen getragen wurden. Stattdessen griffen Rettungsmechanismen wie der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), wodurch sich die Verluste auf die gesamte

¹¹⁶ David Hume: *Of Public Credit*, in: *Essays and Treatises on Several Subjects*, London 1752, S. 360–361. “It must, indeed, be one of these two events; either the nation must destroy public credit, or public credit will destroy the nation.”

¹¹⁷ <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/eurobonds-deutschland-haftet-fuer-schulden>

Gemeinschaft verteilen. Bereits im Jahr 2016 kritisierte Bundesbankpräsident Jens Weidmann, dass im Euroraum Handeln und Haften „nicht in einer Hand liegen“. Staaten und Finanzinstitute handelten eigenständig, während die Haftung für die Konsequenzen gemeinschaftlich übernommen wurde. Dieses Auseinanderfallen von Verantwortung und Haftung gilt bis heute als eine der größten Schwächen der europäischen Finanzarchitektur: Banken und Staaten konnten riskante Geschäfte tätigen, während Verluste durch Rettungsmaßnahmen auf die Gemeinschaft verteilt wurden.¹¹⁸

7.3.3 Der Bund bestellt und die Länder müssen bezahlen

Die Kluft zwischen Handeln und Haften zeigt sich in Deutschland besonders deutlich in der Bildungspolitik, der Flüchtlingspolitik und der Gesundheitsversorgung. So hat der Bund zwar mit dem „Digitalpakt Schule“ die Digitalisierung der Bildungseinrichtungen beschlossen, doch die Umsetzung und einen erheblichen Teil der Finanzierung müssen die Länder und Kommunen tragen. Ähnlich verhielt es sich in der Flüchtlingskrise 2015: Die Bundesregierung entschied über die Aufnahme von Flüchtlingen, doch die Länder und Kommunen mussten für Unterbringung, Versorgung und Integration aufkommen. Auch in der Corona-Pandemie wurde dieses Muster sichtbar: Der Bund legte zentrale Maßnahmen wie Lockdowns, Impfkampagnen und Teststrategien fest, während die Länder die praktische Umsetzung organisierten und finanzierten (z. B. durch Impfzentren, Teststationen und die Ausstattung der Gesundheitsämter). In allen drei Fällen zeigt sich die Spannung des Föderalismus: Der Bund „bestellt“ und die Länder müssen „zahlen“.

7.4 Wuchernde Verwaltung

Es gibt viele Gründe, die eine wuchernde Ausbreitung von Bürokratie und Verwaltung begünstigen:

Das Machtstreben und das Sendungsbewusstsein der Politik neigt dazu, sich (durch Taten) unentbehrlich zu machen zu wollen. So gibt es immer wieder neue Herausforderungen – ob real oder konstruiert – die Verwaltungen bedürfen. Dazu gehören der Anspruch auf Gerechtigkeit und Schutzinteressen (z. B. Verbraucher- und Umweltschutz). Das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass Verwaltungen immer größer werden müssen, da sich auch Verwaltungstechniken und Verfahren verbessern.

¹¹⁸ <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/-handeln-und-haften-muessen-im-euro-raum-staerker-in-einer-hand-liegen--664902>

- William J. Baumol (1967) zeigte, dass sich viele Dienstleistungen – etwa in Kultur, Bildung oder Pflege – kaum produktiver gestalten lassen. Ein Streichquartett benötigt heute wie vor 200 Jahren vier Musiker. Da die Löhne jedoch ähnlich steigen wie in produktiveren Sektoren, verteuern sich Dienstleistungen – und damit auch die Verwaltung – überproportional zu ihrer Leistung.¹¹⁹ Heute ist diese These jedoch teilweise zu relativieren, da humanoide Roboter und Künstliche Intelligenz in Bereichen wie Pflege oder Büroarbeit gewisse Rationalisierungsschritte ermöglichen.
- Nach der Public-Choice-Theorie¹²⁰ streben Bürokratien danach, ihre Budgets – unabhängig vom tatsächlichen Bedarf – auszuweiten. Der Grund: Größere Etats sichern Aufstiegschancen, Gehälter, Prestige und das Überleben der Organisation.¹²¹
- 1955 formulierte C. Northcote Parkinson in einem Essay im *The Economist*: „Arbeit dehnt sich in genau dem Maß aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht.“¹²² Bezogen auf die Verwaltung führt das zu einer Aufblähung der Verwaltung, auch wenn der Umfang der Aufgaben nicht zunimmt.

7.5 Gemeinschaftshaftung – der falsche Ansatz

Im Namen der Solidarität greift die Politik gerne auf das Prinzip der Gemeinschaftshaftung zurück. Doch dieses Modell trägt einen fundamentalen Mangel in sich: Es fördert Verantwortungslosigkeit. Wie das?

Nach dem Prinzip der Gemeinschaftshaftung haften alle füreinander. Damit wird jedoch das Verursacherprinzip untergraben, nach dem die Akteure für die Folgen ihres Tuns einzustehen haben. Wenn alle verantwortlich sind, fühlt sich am Ende niemand verantwortlich. Treffend brachte dies der damalige spanische Premier José María Aznar auf den Punkt, als er zu den Stabilitätsbemühungen bemerkte: „*Die Inflation bekämpfen? Das machen die anderen!*“¹²³ Das ist nicht gerade das, was man als verantwortungsvolle Politik bezeichnen würde.

Beispiel 17 Gemeinschaftshaftungen

Es war wieder einmal so weit: Die Saison war beendet. Nun sollte es zum gesellschaftlichen Höhepunkt kommen: dem alljährlichen gemeinsamen Essen. So also trifft man sich im Gasthof „Goldener Hahn“. Peter ist dabei, ebenso Wolfgang, Frank und siebzehn weitere Mitglieder der Mannschaft.

¹¹⁹ <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2017/heft/11/beitrag/50-jahre-baumolsche-kostenkrankheit.html>

¹²⁰ <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/oekonomische-theorie-der-buerokratie-45085>

¹²¹ Sie handeln damit egoistisch im Sinne des P/N-Theorems der Relativitätsökonomie.

¹²² <https://wirtschaftsvision.de/parkinsonsches-gesetz-was-ist-das-parkinsonsche-gesetz/>

¹²³ Finanz und Wirtschaft vom 18. März 2000.

„Wie wollen Sie zahlen?“ ,fragt die Bedienung, die die Bestellung aufnehmen will. „Alles auf eine Rechnung“, entgegnet Peter, der Mannschaftsführer.

So kommt es also zur Bestellung. Peter hat Appetit auf ein Bauernfrühstück. Dann bemerkt er aber, wie Wolfgang ein Rumpsteak bestellt und Frank sogar ein Filetsteak mit reichhaltigen Beilagen. Außerdem bekommt Peter mit, wie Wolfgang noch eine Kartoffelsuppe als Vorspeise ordert. Peter weiß, dass er diese Speisen anteilig mitbezahlen muss. Er möchte diesen Kosten einen adäquaten Genuss gegenübergestellt wissen. Er überlegt, was ihn ein Filetsteak (23,60 €) und eine Suppe (5,00 €) kosten würde. Er rechnet: $(23,60 \text{ €} + 5,00 \text{ €}) / 20 \text{ Personen} = 1,43\text{€}$. Er denkt: ‚So billig bekomme ich nie wieder ein Filetsteak und eine Suppe.‘ Also bestellt er sich beides. Auch die anderen greifen zu. Das Essen kommt. Die Biere werden rundenweise bestellt. Am Ende sind alle satt, aber da alles so billig ist, wird auch beim Nachtsch kräftig zugelangt. Abschließend kommt noch ein „Absacker“ dazu – das Essen soll schließlich richtig verdaut werden. Dann wird die Rechnung präsentiert, denn irgendwann wird immer die Rechnung fällig. Und nun reiben sich alle die Augen. Die Rechnung ist mit 64,30 € je Kopf viel höher, als wenn jeder auf eigene Rechnung bestellt hätte. Wie konnte das nur geschehen.

Wie das Beispiel zeigt, lässt sich leicht nachvollziehen, warum Gemeinschaftshaftungen am Ende teurer sind als individuelle Rechnungsstellung. Jeder hat nur geringen Einfluss darauf, was er zahlen muss, aber großen Einfluss darauf, was er erhält. Folglich versucht jeder, möglichst viel für sich herauszuschlagen. Wer viel bestellt, handelt kurzfristig sogar rational, da er nur einen Bruchteil der von ihm verursachten Kosten trägt. So entsteht ein Anreizsystem, das Übernutzung und Kostensteigerung begünstigt.

Oft wird eingewandt, dass auch Versicherungen nach dem Prinzip der Gemeinschaftshaftung funktionieren. Doch dieser Vergleich greift zu kurz, denn Versicherungsbeiträge orientieren sich an der Höhe des individuellen Risikos. Im Rahmen der Bankenunion¹²⁴ müssten dann beispielsweise die italienischen Banken wesentlich höhere Prämien zahlen als die deutschen. Das erfolgt aber eben nicht.

7.6 Bruch von Wahlversprechen

Wahlversprechen sind ein zentrales Instrument politischer Kommunikation. Sie sollen Orientierung geben, Vertrauen schaffen und Wähler mobilisieren. In der Praxis zeigt sich jedoch immer wieder, dass viele dieser Versprechen nach der

¹²⁴ Ein Konstrukt, das eine Bankenaufsichtsbehörde, ein Banken-Einlagensicherungssystem, ein Banken-Rettungsverfahren und ein Banken-Abwicklungssystem beinhaltet.

Wahl nicht eingehalten werden. Die Gründe dafür sind vielfältig und liegen sowohl in den Strukturen der Demokratie als auch in den Zwängen des politischen Alltags.

Ein wesentlicher Faktor ist der Koalitionszwang. In parlamentarischen Demokratien regiert selten eine Partei allein. Um Mehrheiten zu sichern, müssen Koalitionen gebildet werden – und dabei werden Wahlversprechen zwangsläufig relativiert. Ein klassisches Beispiel ist die Einführung der Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 2005: Die SPD hatte im Wahlkampf eine Erhöhung ausgeschlossen, während die CDU eine moderate Anhebung gefordert hatte. Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition einigte man sich schließlich auf eine Erhöhung um drei Prozentpunkte – ein Kompromiss, durch den beide Wahlversprechen gebrochen wurden.

Die CDU/CSU hatte im Wahlkampf 2023 ein zentrales Versprechen abgegeben: keine Neuverschuldung und strikte Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse. Dieses Versprechen war Teil ihrer traditionellen Finanzpolitik, die auf Haushaltsdisziplin und Generationengerechtigkeit ausgerichtet ist. Die Schuldenbremse galt lange als die „DNA der Union“ und wurde von führenden Köpfen wie Friedrich Merz als unverrückbare Leitlinie dargestellt.

Nach der Wahl zeigte sich jedoch, dass die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine strikte Einhaltung kaum zuließen. Unter anderem der Investitionsstau in der Infrastruktur, die Kosten der Energiekrise sowie die finanziellen Anforderungen durch internationale Sicherheits- und Verteidigungsverpflichtungen machten deutlich, dass zentrale Aufgaben ohne zusätzliche Mittel oder erhebliche Einsparungen an anderer Stelle nicht zu bewältigen waren. Vor diesem Hintergrund entschied sich die Union gemeinsam mit Grünen und Linken, den Verschuldungsdeckel faktisch abzuschaffen. Dies geschah durch Sonderfonds und haushaltstechnische Konstruktionen, die zwar formal im Rahmen des Grundgesetzes blieben, aber den Geist der Schuldenbremse unterliefen.

Dieser Schritt bedeutete einen klaren Bruch des Wahlversprechens. Während im Wahlkampf noch die strikte Einhaltung propagiert wurde, wurde nach der Wahl die Realität anerkannt. Ohne Neuverschuldung wäre der finanzielle Spielraum zu eng gewesen, um zentrale politische Projekte umzusetzen. Die Union argumentierte, es handele sich um eine pragmatische Anpassung an die veränderten Umstände. Kritiker sahen darin jedoch einen massiven Glaubwürdigkeitsverlust, da ein zentrales Versprechen aufgegeben wurde, das viele Wähler als Garant für finanzielle Stabilität verstanden hatten.

Die Zusammenarbeit mit Grünen und Linken verstärkte die Brisanz. Sie zeigte, dass parteipolitische Gegensätze im Angesicht finanzieller Notwendigkeiten überwunden werden konnten, das aber auf Kosten der Konsistenz und Verläss-

lichkeit der eigenen Programmatik. Für viele Beobachter war dies ein Beispiel dafür, wie Koalitions- und Mehrheitslogik Wahlversprechen relativieren.

Der Bruch von Wahlversprechen ist ein wiederkehrendes Thema politischer Kritik. Zwar zeigen Studien, dass viele auch Wahlversprechen tatsächlich umgesetzt werden,¹²⁵ doch die Fälle, in denen zentrale Versprechen nicht eingehalten werden, prägen die öffentliche Wahrnehmung besonders stark.

Wenn ein Versprechen aus opportunistischen Gründen aufgegeben wird, führt dies zu Vertrauensverlust, politischer Entfremdung und wachsender Politikverdrossenheit. Die Glaubwürdigkeit der Protagonisten ist ein zentraler Faktor für die Stabilität politischer Systeme.¹²⁶ Sie unterminiert die Glaubhaftigkeit der Politik und irritiert die Wirtschaft.

7.7 Verzernte Wahrnehmung politischer Realität

Die politische Realität wird oft nicht so wahrgenommen, wie sie tatsächlich ist. Dies hat die unterschiedlichsten Gründe, von denen im Folgenden einige wichtige dargestellt werden.

Psychologische Grundlagen der Verzerrung

Ein zentraler Ausgangspunkt ist das Bedürfnis nach Selbstbestätigung. Politische Akteure bevorzugen Informationen, die ihre bestehenden Überzeugungen stützen, und schenken widersprüchlichen Hinweisen weniger Aufmerksamkeit. Diese selektive Wahrnehmung führt dazu, dass Argumente, die die eigene Position bestätigen, überbewertet werden, während kritische Informationen unterbewertet oder ignoriert werden. In politischen Organisationen verstärkt sich dieser Effekt durch gruppendynamische Prozesse. Abweichende Sichtweisen gelten schnell als illoyal, sodass interne Vielfalt abnimmt und gemeinsame Narrative dominieren. Dadurch entstehen „Wahrheiten“, die sich von Fakten lösen.

Kommunikationslogiken im politischen Raum

Politische Kommunikation folgt eigenen Regeln, die nicht primär auf Wahrhaftigkeit, sondern auf Zustimmung, Mobilisierung und Konfliktvermeidung ausgerichtet sind. Wahlzyklen erzeugen einen permanenten Druck, die eigene Arbeit positiv darzustellen. Regierungen und Parteien neigen deshalb dazu, unangenehme Wahrheiten abzuschwächen, zu verschieben oder in beschönigender Sprache zu verpacken. Komplexe oder schmerzhaft Themen werden häufig so dargestellt, dass sie möglichst wenig Irritation erzeugen. Gleichzeitig besteht ein starker Anreiz, die eigene Sichtweise als die einzig richtige zu präsentieren, um

¹²⁵ Thomson, R., Royed, T., & Naurin, E. (2017). *The Fulfillment of Parties' Election Pledges*. American Journal of Political Science.

¹²⁶ Norris, P. (2011). *Democratic Deficit*. Cambridge University Press.

Geschlossenheit zu signalisieren und so der Wählerschaft ein unverwechselbares Profil zu vermitteln. Diese Kommunikation trägt dazu bei, dass politische Akteure ihre eigenen Narrative zunehmend für objektiv zutreffend halten.

Medienlogiken und ihre Rückwirkungen

Die Medienlandschaft verstärkt diese Verzerrungen. Medien stehen unter dem Druck, Aufmerksamkeit zu erzeugen, um wirtschaftlich bestehen zu können. Dies führt zu einer Selektierung, Zuspitzung, Skandalisierung oder Dramatisierung politischer Inhalte. So haben es differenzierte, komplexe oder unaufgeregte Darstellungen schwer, öffentlich sichtbar zu werden. Gleichzeitig sind politische Akteure auf diese Medien angewiesen, um wahrgenommen zu werden und ihre Botschaften zu platzieren. Dadurch entsteht ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis: Die Politik liefert zugespitzte Narrative und die Medien verstärken diese. Beide Seiten profitieren kurzfristig von der erhöhten Aufmerksamkeit. Langfristig führt dies jedoch zu einer Verzerrung der Wahrnehmung, weil die öffentliche Debatte stärker von medialen Interessen als von sachlicher Information geprägt wird.

Institutionelle Dynamiken und Koalitionsmechanismen

In Koalitionsregierungen kommt ein weiterer Faktor hinzu. Um nicht den Eindruck von Instabilität zu erwecken, neigen Koalitionen dazu, interne Konflikte zu verschweigen oder zu marginalisieren. Diese Zurückhaltung reduziert die Transparenz gegenüber der Bevölkerung und verstärkt den Eindruck, politische Kommunikation sei unvollständig oder strategisch gesteuert. Wenn Konflikte nicht offen ausgetragen werden, entstehen nach außen harmonisierte Darstellungen, die mit der tatsächlichen Komplexität politischer Entscheidungsprozesse wenig zu tun haben. Dadurch wird die politische Realität weiter verzerrt, und die Bürgerinnen und Bürger erhalten ein Bild, das eher der Selbstdarstellung der Regierung als den tatsächlichen Aushandlungsprozessen entspricht.

Blasenbildung

Das Bedürfnis politischer Akteure nach Selbstbestätigung trägt wesentlich zur Entstehung verzerrter Wahrnehmungsräume bei. Es führt zunächst zu einer selektiven Wahrnehmung politischer Realität, indem bevorzugt jene Informationsquellen genutzt werden, die bestehende Überzeugungen stützen. Gleichzeitig werden Argumente, die die eigene Position bestätigen, systematisch überbewertet, während widersprüchliche Hinweise tendenziell abgewertet oder ignoriert werden. Dieser Mechanismus begünstigt darüber hinaus strategische Kommunikationsformen wie Agenda Setting und Framing (s. Kp. 3.1.4), deren wiederholte Anwendung dazu führen kann, dass Akteure ihre eigenen Narrative zunehmend für objektiv zutreffend halten. Innerhalb politischer Organisationen fördert das Bedürfnis nach Selbstbestätigung zudem demonstrative Geschlossenheit, wodurch interne Abweichungen marginalisiert werden. In solchen Konstellatio-

nen gewinnen parteiinterne Narrative gegenüber widersprechenden Fakten an Bedeutung, was die Vielfalt der Perspektiven reduziert und so den Blick auf das Geschehen einengt.

Gruppendruck und die Homogenisierung politischer Deutungen

Politische Akteure bewegen sich in sozialen und organisatorischen Kontexten, in denen Konformität belohnt und Abweichung sanktioniert wird. Innerhalb von Parteien, Fraktionen oder politischen Netzwerken entsteht ein impliziter Druck, gemeinsame Deutungsmuster zu teilen und öffentlich zu vertreten. Abweichende Positionen werden schnell als illoyal oder strategisch unklug wahrgenommen, sodass die interne Vielfalt. Dieser Gruppendruck stabilisiert so die Narrative, die innerhalb der Gruppe als selbstverständlich gelten, auch wenn sie empirisch nur teilweise gedeckt sind. Die Folge ist eine Homogenisierung politischer Wahrnehmung, die sich zunehmend von externen Fakten löst.

Umstrukturierung der politischen Wirklichkeit

Wenn politische Akteure Ereignisse, Entscheidungen oder Konflikte gezielt interpretieren, um sie in ein günstiges Licht zu rücken wird die Wirklichkeit so umkonstruiert, dass sie zur Parteilinie passt. Das ist nicht nur ein Kommunikationsinstrument, sondern beeinflusst auch die Selbstwahrnehmung der Akteure. Wiederholte Narrative – etwa über Erfolge, Verantwortlichkeiten oder Bedrohungen – können sich verselbstständigen und zu einer Binnenrealität führen, die innerhalb der politischen Gruppe als objektiv gilt. Spin erzeugt somit nicht nur eine verzerrte Außenkommunikation, sondern auch eine verzerrte Innenwahrnehmung, weil Akteure beginnen, ihre eigenen Deutungen für die einzig plausiblen zu halten.

Digitale Rückkopplung

Soziale Medien verstärken diese Prozesse erheblich. Digitale Plattformen erzeugen eine permanente Rückkopplungsschleife, in der Zustimmung in Form von „Likes“, „Shares“ oder Kommentaren unmittelbar sichtbar wird. Politische Akteure stehen dadurch unter ständigem Druck, Inhalte zu produzieren, die Resonanz erzeugen. Da emotionale, polarisierende oder vereinfachende Botschaften in digitalen Umgebungen besonders erfolgreich sind, entsteht ein Anreiz, politische Realität in zugespitzter Form darzustellen. Gleichzeitig führt die Logik sozialer Medien dazu, dass Akteure ihre eigenen Positionen anhand digitaler Zustimmung validieren. Inhalte, die hohe Reichweite erzielen, erscheinen glaubwürdiger und relevanter, selbst wenn sie sachlich verkürzt oder verzerrt sind. Dadurch verfestigt sich die Wahrnehmung und wird zum Maßstab der Wahrheit.

Wechselwirkungen – sozialen Dynamiken und politischer Kommunikation

Diese Mechanismen wirken nicht isoliert, sondern verstärken sich gegenseitig. Gruppendruck stabilisiert interne Narrative, Spin-Effekte formen die strategische Außendarstellung, und digitale Rückkopplung belohnt jene Inhalte, die am stärksten emotionalisieren oder polarisieren. In der Summe entsteht ein Kommunikationsumfeld, in dem politische Realität zunehmend durch soziale und digitale Dynamiken gefiltert wird. Die Wahrnehmung politischer Akteure orientiert sich dann weniger an empirischen Fakten als an der erwarteten Reaktion ihrer Unterstützerguppen, der Medien und der digitalen Öffentlichkeit.

Der Tunnelblick

In diesem Kontext kommt es zu einem sogenannten „Tunnelblick“. Berufspolitiker, die ihr gesamtes Berufsleben innerhalb des politischen Systems verbringen, entwickeln oft eine sogenannte Binnenperspektive. Diese löst sich zunehmend von den Erfahrungen der übrigen Gesellschaft. Ihnen fehlt dann die praktische Verankerung in anderen Arbeits- und Lebenswelten. Dadurch werden politische Entscheidungen eher technokratisch, abstrakt oder strategisch geprägt. Gleichzeitig sind sie stark von parteiinternen Strukturen abhängig. Netzwerke, Loyalitäten und die Fähigkeit, sich im Apparat zu behaupten, bestimmen ihre Karrieren weit stärker als fachliche Kompetenz oder unabhängiges Urteilsvermögen. Zudem unterliegen sie dem permanenten „Zwang“, wiedergewählt zu werden. Das kann sie abhängig machen. Wer sein gesamtes Einkommen, seinen Status und seine berufliche Zukunft an ein Mandat knüpft, läuft Gefahr, eine natürliche Scheu vor unpopulären Entscheidungen und kontroversen Positionen zu entwickeln. Dadurch verschiebt sich die politische Rationalität von der langfristigen Problemlösung hin zur kurzfristigen Zustimmungssicherung. Berufspolitiker leben zudem in einer sozialen und kommunikativen Filterblase, in der politische Rituale, parteiinterne Dynamiken und mediale Logiken den Alltag bestimmen. Dies fördert Selbstreferenzialität und Risikovermeidung, während mutige Reformen oder unkonventionelle Ansätze seltener verfolgt werden. Da ihnen oft eigene Berufserfahrung außerhalb der Politik fehlt, sind sie zudem stärker von Experten, Verbänden und Lobbyakteuren abhängig, die mit Fachwissen und Ressourcen Einfluss auf Entscheidungen nehmen können. Insgesamt entsteht so ein System, das politische Professionalität zwar stärkt, aber gleichzeitig die Gefahr birgt, dass sich die Politik stärker an sich selbst als an den Lebensrealitäten der Bürger orientiert.

Fehleinschätzungen

Selbstverständlich machen alle Menschen Fehler. Es gibt jedoch auch systematische Gründe dafür. Beispielsweise können Konformitätszwang oder in der Politik selbst inszenierte Spin-Effekte eine Rolle spielen.

Menschen passen ihr Verhalten und ihre Meinungen häufig an die Mehrheit an, selbst wenn ihnen klar ist, dass diese falsch sind. Dieses Phänomen ist in der Sozialpsychologie als Konformitätsdruck oder Gruppenzwang bekannt.¹²⁷ In der Politik ist dies beispielsweise im Fraktionszwang zu beobachten, bei dem alle Fraktionsmitglieder gleich abstimmen müssen.

Spin-Effekte und das Leben in einer Echokammer können dazu führen, dass Akteure die Realität verzerrt wahrnehmen und dadurch gravierende Fehleinschätzungen treffen. Werden Informationen durch Spin bewusst positiv gerahmt, während kritische Aspekte ausgeblendet bleiben, entsteht ein Bild, das nicht mehr der tatsächlichen Lage entspricht. In einer Echokammer verstärkt sich dieser Effekt, da dort fast ausschließlich bestätigende Stimmen zu hören sind und Widerspruch systematisch ausgeschlossen wird. Die Akteure glauben, ihre Position sei weit verbreitet und gesellschaftlich mehrheitsfähig, obwohl sie in Wirklichkeit nur innerhalb einer begrenzten Gruppe Zustimmung erfährt. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet die politische Kommunikation in den sozialen Medien: Parteien oder Bewegungen, die ihre Botschaften vor allem über digitale Kanäle verbreiten, erleben dort eine Flut von „Likes“, geteilten Beiträgen und zustimmenden Kommentaren. Algorithmen verstärken diese Inhalte, sodass die Akteure den Eindruck gewinnen, ihre Position sei dominant. Bei Wahlen zeigt sich dann jedoch, dass die tatsächliche Unterstützung in der Gesamtbevölkerung deutlich geringer ausfällt. Die Echokammer hat eine Illusion erzeugt, die zu einer Fehleinschätzung der Lage führt. Solche Mechanismen sind in der Politik, in Unternehmen und Verwaltungen zu beobachten. Führungskräfte, die sich von Spin und Zustimmung leiten lassen, laufen Gefahr, kritische Stimmen zu marginalisieren und den Bezug zur Realität zu verlieren. Das Ergebnis sind Entscheidungen, die auf einer verzerrten Wahrnehmung beruhen und die Handlungsfähigkeit der Organisation langfristig schwächen.

Die Folgen

Der Zwang, in einer Demokratie Mehrheiten zu gewinnen, erzeugt eine politische und mediale Kultur, in der die Wahrnehmung der Realität systematisch verzerrt wird. Parteien und Regierungen müssen Zustimmung sichern, um handlungsfähig zu werden oder zu bleiben. Deshalb entwickeln sie starke Anreize, ihre Positionen als überlegen sowie einzig richtig darzustellen und unangenehme Wahrheiten zu beschönigen. Oft steht dahinter die unausgesprochene Annahme, dass die eigene Position die einzig richtige sei. Diese Haltung führt jedoch dazu, dass

¹²⁷ Der Psychologe Solomon Asch zeigte in seinen berühmten Experimenten (1951), dass Probanden falsche Antworten gaben, wenn die Mehrheit der Gruppe diese vorgab – obwohl die richtige Lösung offensichtlich war. <https://lexikon.stangl.eu/3947/konformitaetsdruck>

politische Kommunikation nicht der Aufklärung dient, sondern der Stabilisierung von Zustimmung durch Bedienung der eigenen Klientel.

Dadurch geht der Blick für das große Ganze verloren und die Wähler gewinnen den Eindruck, nicht vollständig oder ehrlich informiert zu werden und nicht ernst genommen zu werden. Tatsächlich dienen die Staats- und Bürgerinteressen der Politik nur als Instrument. Paradoxe Weise verliert sie so die Zustimmung, die sie sich sichern will. Dies ist ein Dilemma demokratischer Mehrheitslogik.

7.8 Brandmauer und Aushebelung der Schuldenbremse – ein Lehrstück dafür, wie man es nicht machen sollte

Gegen Ende der Ampelkoalition stagnierte die Konjunktur, und die fiskalischen Spielräume waren nahezu aufgebraucht. Besonders die enormen Kosten der Klimawende, mit dem Ausbau erneuerbarer Energien, der Modernisierung der Stromnetze, der energetischen Sanierung des Gebäudebestands sowie der milliardenschwere Transformationshilfen für Industrie und Verkehr, hatten den Etat überstrapaziert. Wohl in Hinblick auf die Reaktionen ihrer Wähler vor Einsparungen, schreckten Grüne und SPD zurück. Sozialleistungen, Renten, Verteidigungsausgaben und Bildungsbudgets galten als unantastbar. Zugleich bestand die FDP auf der Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse.

In dieser Lage versuchte die Bundesregierung, durch eine Umwidmung des Corona-Sondervermögens zusätzliche Mittel für den Klima- und Transformationsfonds bereitzustellen. Diese finanzpolitische Finte wurde jedoch vom Bundesverfassungsgericht gestoppt: Die Richter urteilten, dass eine nachträgliche Zweckänderung von Kreditermächtigungen gegen die Haushaltsgrundsätze und die Schuldenbremse verstößt. Damit war der Versuch, auf scheinbar vorhandene Mittel zurückzugreifen, juristisch gescheitert. Die Regierung stand vor einem haushaltspolitischen Scherbenhaufen. Die Ampelkoalition zerbrach. Neuwahlen waren unabwendbar.

Die Brandmauer

In Deutschland entstand die AfD zunächst als eurokritische Partei, die sich 2013 vor allem aus Protest gegen die Euro-Rettungspolitik formierte. In der öffentlichen Wahrnehmung wurde sie anfangs als „Professorenpartei“ bezeichnet, da mehrere ihrer Gründer aus Wissenschaft und Wirtschaft stammten. Mit der Zeit verschob sich ihr thematischer Schwerpunkt jedoch deutlich hin zu migrations- und kulturpolitischen Fragen, wobei interne Richtungsdebatten das Profil weiter prägten. Parallel dazu wurde die Partei zunehmend kontrovers bewertet; einzelne Strömungen und Teilorganisationen werden vom Verfassungsschutz als

extremistisch eingestuft oder beobachtet. Diese Entwicklung mündete schließlich in die politische Strategie anderer Parteien, die AfD durch eine sogenannte „Brandmauer“ klar abzugrenzen.

Diese „Brandmauer“ wurde für alle sichtbar, als der FDP-Politiker Thomas Kemmerich in Thüringen überraschend mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Die ehemalige Bundeskanzlerin Merkel intervenierte, indem sie diese Wahl als „unverzeihlichen“ Fehler bezeichnete. Ihr Eingreifen hatte den Rücktritt Kemmerichs zur Folge. Dadurch wurde der Begriff „Brandmauer“ manifest.

In den Jahren 2023 und 2024 verschärfte sich die Debatte durch steigende Asylzahlen. Dies führte jedoch zu keiner substantiellen Änderung der Regierungspolitik. Es wird angenommen, dass dies zu einer steigenden Beliebtheit der AfD führte.

Eine namentliche Abstimmung im Parlament am 29. Januar 2025 zu einem Entschließungsantrag für umfassende Maßnahmen zur Beendigung der illegalen Migration entsprach offenbar der Auffassung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, die eine Verschärfung der Asylpolitik befürwortete. Dagegen hatten linke Kräfte eine öffentliche Empörung inszeniert. Demonstranten strömten zu Hunderttausenden auf die Straßen. Sie gaben sich als authentischer, spontaner Ausdruck einer empörten Zivilgesellschaft aus. Jedoch waren sie weder Teil der Zivilgesellschaft, noch hatten sie spontan demonstriert. Tatsächlich waren sie von linken Vorfeldorganisationen orchestriert worden, von denen viele direkt oder indirekt durch den Staat gefördert wurden. Dieser taktische Fehler der CDU/CSU begrenzte die strategischen Möglichkeiten der CDU/CSU substantiell. Er war die Folge des strategischen Vorgehens der Linken, Grünen und SPD.

Die Schuldenbremse

Im Wahlkampf (2024/25) stand Deutschland vor einer Vielzahl tiefgreifender und teuren Herausforderungen, die nicht nur durch Migrations-, Energie- und Klimapolitik geprägt war, sondern zusätzlich von dem russischukrainischen Krieg, der desolate Zustand der öffentlichen Infrastruktur als Folge jahrzehntelanger Vernachlässigung (Straßen, Brücken, öffentliche Gebäude), mangelhafter Verteidigungsfähigkeit und rückständiger Digitalisierung.

Parallel dazu stagnierte das Bruttoinlandsprodukt, während immer mehr Unternehmen begannen, ihre Produktionsstandorte ins Ausland zu verlagern. Die wirtschaftliche Dynamik ließ nach, die Wettbewerbsfähigkeit geriet unter Druck, und in der Bevölkerung machte sich ein Gefühl der Lähmung und Perspektivlosigkeit breit.

In diesem Kontext wurde die Schuldenbremse, die seit 2009 im Grundgesetz verankert ist und die Neuverschuldung des Bundes auf 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt, zunehmend als zu enges Korsett wahrgenommen. Aus Sicht vieler Akteure blockierte sie notwendige Zukunftsinvestitionen und trug zur politischen Handlungsunfähigkeit bei.

Statt die Schuldenbremse offen abzuschaffen, verfielen die Politikstrategen auf den taktischen Kniff, Sondervermögen (= Kreditermächtigungen) zu installieren. Das sind faktisch Fonds außerhalb des Kernhaushalts. Die sollen für die Ertüchtigung der Bundeswehr, den Umweltschutz und für Infrastrukturprojekte verwendet werden. Diese Mittel sind formal nicht Teil des regulären Bundeshaushalts. So umgehen sie die strengen Regeln der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse. Politiker konnten also neuen Krediten zustimmen, ohne formal die Schuldenbremse zu verletzen. Die Reform wurde kommunikativ nicht als „Aufweichung“ verkauft, sondern als „Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit“. Zustimmung konnte so als Ausdruck von Verantwortungsbewusstsein dargestellt werden statt als Abkehr von der Schuldenbremse.

Juristisch wurde das Sondervermögen damit begründet, dass der Gesetzgeber durch eine Änderung des Grundgesetzes festlegte, bestimmte Sondervermögen von der Schuldenregel auszunehmen. Entscheidend ist dabei die klare Zweckbindung: Die Mittel dürfen nicht beliebig verwendet werden, sondern müssen für genau definierte Aufgaben eingesetzt werden. Diese Zweckbindung soll sicherstellen, dass Sondervermögen ausschließlich zur Bewältigung „außergewöhnlicher Herausforderungen“ dienen.

Die Befürworter von Sondervermögen argumentierten, dass es sich um eine alternativlose Notwendigkeit handle, um die staatliche Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten zu sichern. Angesichts der sicherheitspolitischen Lage, des Investitionsstaus und der klimapolitischen Verpflichtungen sei es verfassungsrechtlich legitim, den Staat durch Sondervermögen mit zusätzlichen Mitteln auszustatten. Die juristische Logik lautete: Wenn der Gesetzgeber das Grundgesetz mit Zweidrittel-Mehrheit ändert und die Kreditaufnahme für bestimmte Zwecke ausdrücklich zulässt, dann handelt es sich nicht um einen Verstoß gegen die Schuldenbremse, sondern um eine verfassungsrechtlich abgesicherte Ausnahme.

Damit wurde die Konstruktion der Sondervermögen rechtlich als zulässige Erweiterung der Finanzverfassung dargestellt. In der Praxis bedeutete dies jedoch, dass die Schuldenbremse faktisch ausgehöhlt werden würde: Zwar blieb sie formal bestehen, doch durch die neue Verfassungsregelung wurde sie so weit durchlöchert, dass große Teile der staatlichen Kreditaufnahme außerhalb ihrer Begrenzung stattfinden konnten. Das eigentliche Problem war jedoch, dass ein

Sondervermögen der geplanten Art nur durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament durchgesetzt werden konnte.

Bemerkenswert ist: Das Verfahren sanktioniert unsolides Finanzgebaren der Politik. Indem Regierungen überhöhte Konsumausgaben tätigen oder versäumen, notwendige Erhaltungsaufgaben wahrzunehmen, können sie selbst jene „außergewöhnliche“ Situation erzeugen, die ihnen anschließend erlaubt, Kredite außerhalb des regulären Haushalts aufzunehmen. Damit wird ein paradoxes Ergebnis sichtbar: Politische Versäumnisse schaffen die Voraussetzungen für eine Ausnahme, die wiederum genutzt wird, um die Folgen eben dieser Versäumnisse zu finanzieren.

Der erste taktische Fehler.

Die Parlamentswahlen vom 24. Februar 2025 führten zu einem deutlichen Stimmenzuwachs der AfD, die damit gemeinsam mit der Linkspartei in der Lage war, eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit zu blockieren. Wollte die Regierung die geplante Grundgesetzänderung zum Sondervermögen ohne Zustimmung der AfD und unter Aufrechterhaltung der politischen „Brandmauer“ durchsetzen, musste sie folglich das Vorhaben noch mit dem alten, zwar abgewählten, aber weiterhin amtierenden Parlament verabschieden.

Der zweite taktische Fehler

Die Zeit wurde also zu einem wichtigen Faktor. Zudem verfolgten die designierten Regierungsparteien das Ziel, sich rasch finanzielle Spielräume in Form von Sondervermögen zu verschaffen, um die als notwendig erachteten Maßnahmen finanzieren zu können. Die politische Selbstbindung (Brandmauer) schloss eine Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch aus. Das reduzierte die taktischen Optionen der Union.

Diese Konstellation brachte die Grünen in eine strategisch starke Position, denn sie waren für die Absicherung der Zwei-Drittel-Mehrheit unerlässlich. Dies nutzten sie, um die Finanzierung bestimmter Ziele im Klimaschutz und der Infrastruktur abzusichern und der zukünftigen Regierungskoalition politische Zugeständnisse abzurufen. So beeinflussten die Grünen die Politik der zukünftigen Regierung, ohne selbst in Regierungsverantwortung zu sein.

So entstand eine Konstellation, in der die alte Parlamentsmehrheit genutzt wurde, um eine Grundgesetzänderung zu beschließen, die im neuen Bundestag womöglich gescheitert wäre. Es handelte sich um ein taktisches Manöver, das die institutionellen Spielräume des parlamentarischen Systems bis an ihre Grenzen ausnutzte.

Diese Konstellation brachte die Grünen in eine strategisch starke Position, denn sie waren für die Absicherung der Zwei-Drittel-Mehrheit unerlässlich. Dies

nutzten sie, um die Finanzierung bestimmter Ziele im Klimaschutz und in der Infrastruktur abzusichern und der zukünftigen Regierungskoalition politische Zugeständnisse abzurufen. So beeinflussten die Grünen die Politik der zukünftigen Regierung, ohne selbst in Regierungsverantwortung zu sein.

Der dritte taktische Fehler

Damit wurde ein Präzedenzfall für weitere Lockerungen der Schuldenbremse geschaffen. Gleichzeitig wurden die langfristigen Folgen der Verschuldung ausgeblendet, während die kurzfristige Verfügbarkeit großer Summen Begehrlichkeiten weckte. Schon bald zeigte sich, dass ein erheblicher Teil der Mittel nicht in Investitionen, sondern in konsumtive Ausgaben und Klientelpolitik floss, beispielsweise in die Ausweitung der Mütterrente oder die Erhöhung der Pendlerpauschale. Damit wurde deutlich, dass die Reform weniger als strategische Investitionsoffensive wirkte, sondern vielmehr als politisches Instrument zur Befriedigung von Partikularinteressen diente.

Anstatt konsequent in Zukunftsprojekte wie Infrastruktur, Digitalisierung und eigenständige IT-Systeme zu investieren, fließt ein erheblicher Teil der Mittel in konsumtive Ausgaben. Schon jetzt wird deutlich, dass etwa die Hälfte der Gelder nicht für Investitionen, sondern für Klientelpolitik verwendet wird. Dazu zählen beispielsweise die Ausweitung der Mütterrente oder die Erhöhung der Pendlerpauschale. Später kam noch das Rentenpaket hinzu. Diese Maßnahmen sichern zwar kurzfristig Zustimmung, erzeugen aber keine nachhaltige Wertschöpfung, sondern belasten zukünftige Haushalte. Damit wird deutlich, dass die Lockerung der Schuldenbremse weniger als strategische Investitionsoffensive wirkt, sondern vielmehr als politisches Instrument zur Befriedigung von Partikularinteressen – mit allen Risiken für die finanzielle und gesellschaftliche Stabilität.

Die Aushebelung der Schuldenbremse lässt sich somit als Lehrstück politischer Strategie begreifen: ein Zusammenspiel aus Selbstbindung (Brandmauer), taktischem Zeitmanagement und Kompromisskonstruktionen (Sondervermögen). Es zeigt, wie Politik unter Druck funktioniert und wie aus Zwängen sowohl neue Handlungsspielräume als auch Dauerbelastungen entstehen können.

Der vierte taktische Fehler

Der vierte taktische Fehler bestand darin, dass plötzlich Kreditermächtigungen in Billionenhöhe bereitstanden. Damit waren jegliche haushaltspolitischen Bremsen gelöst und es entfiel jeder Anreiz zu haushaltspolitischer Disziplin. Das macht begerlich. Die Minister hätten nun darauf verweisen können, dass ausreichend Mittel vorhanden seien, und fragen können, weshalb man unter solchen Umständen überhaupt sparen sollte.

Die Folgen

Die Folgen der taktischen Fehler waren umfassend.

Eingeschränkte Handlungsoptionen

Die politische Selbstbeschränkung der CDU/CSU in Form einer Brandmauer gegenüber der AfD reduziert die Handlungsfreiheit der Union, da sie bestimmte parlamentarische Optionen unabhängig vom Inhalt ausschließt. Dass dies nicht nur ein theoretisches Problem ist, zeigte ein dokumentierter Vorgang im Bundestag: Die Tagesschau berichtete am 17. Januar 2024, dass die CDU/CSU einen eigenen Antrag zur Verschärfung der Abschieberegeln zurückzog, weil die AfD diesem zugestimmt hätte. Theoretisch könnte die AfD aus taktischen Gründen solche Anträge einbringen, die inhaltliche Positionen der CDU/CSU aufgreifen. Aufgrund der selbst gesetzten Brandmauer könnte die Union solchen Anträgen jedoch nicht zustimmen. Dadurch besteht die Gefahr, dass politische Themen, die eigentlich zum inhaltlichen Kern der CDU/CSU liegen, von der AfD besetzt werden. Damit wird deutlich, dass eine strikte Selbstbindung die Bewegungsfreiheit der CDU/CSU begrenzt, obwohl eine Zustimmung zu einem Antrag nicht automatisch eine politische Nähe oder Zusammenarbeit bedeutet. Eine solche Selbstbeschränkung birgt zudem das Risiko, dass die Union an Profil verliert, wenn sie eigene Positionen nicht mehr sichtbar vertreten kann.

Im Zuge der Verhandlungen über das neue Sondervermögen ergab sich eine politische Konstellation, die den Grünen eine strategisch besonders starke Position verschaffte. Für die notwendige Grundgesetzänderung war eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, die nur erreicht werden konnte, wenn die Grünen zustimmten. Damit wurden sie, obwohl sie aus der Regierungsverantwortung ausgeschieden waren, zu einem unverzichtbaren Machtfaktor.

Die damalige Parlamentsmehrheit wurde bewusst genutzt, um die Reform noch vor der konstituierenden Sitzung des neuen Bundestags zu verabschieden. Die Legal Tribune Online stellte am 26. Februar 2025 fest, dass die alte Mehrheit die neue Mehrheit sogar gezielt umgehen könne, um die Grundgesetzänderung rechtzeitig zu beschließen. Auch der Verfassungsblog berichtete, dass CDU/CSU, SPD und Grüne erwogen, die alten Mehrheitsverhältnisse zu nutzen, um eine Grundgesetzänderung durchzusetzen, die im neuen Bundestag aufgrund der Sperrminorität von AfD und Linkspartei kaum mehr möglich gewesen wäre.¹²⁸

Diese Einschätzung wurde durch die Abstimmung bestätigt. Wie der MDR am 18. März 2025 berichtete, verabschiedete der Bundestag die Grundgesetzänderung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit. In politischen Analysen wurde

¹²⁸ https://verfassungsblog.de/sondervermogen-bundestag-grundgesetzänderung/?utm_source=copilot.com

hervorgehoben, dass hierfür die Stimmen der Grünen entscheidend waren. So schrieb der Business Insider am 6. März 2025, der alte Bundestag müsse zu Sondersitzungen zusammenkommen, da das Vorhaben „auf die Stimmen von Grünen und FDP angewiesen“ sei. Die Grünen ließen ihr Abstimmungsverhalten bewusst offen, um Verhandlungsspielräume zu nutzen.¹²⁹

Diese Ausgangslage ermöglichte es den Grünen, die Regierungsarbeit inhaltlich mitzugestalten und die Finanzierung bestimmter politischer Ziele abzusichern, obwohl sie nicht mehr Teil der neuen Regierungskoalition waren. De facto konnten sie somit weiterhin inhaltlich mitregieren, ohne formell Regierungsverantwortung zu tragen. Zugleich wurde die alte Parlamentsmehrheit genutzt, um eine Grundgesetzänderung zu beschließen, die im neu gewählten Bundestag aufgrund veränderter Mehrheitsverhältnisse möglicherweise gescheitert wäre.

Umgangene Schuldenbremse

In seiner letzten Sitzung am 18. März 2025 stimmte der 20. Deutsche Bundestag über die Grundgesetzänderung ab. Am 21. März 2025 folgte die Zustimmung des Bundesrates. Nach der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt am 2. Oktober 2025 trat das Sondervermögen rückwirkend zum 1. Januar 2025 in Kraft.

Durch die Grundgesetzänderung wurde die Einrichtung solcher Sondervermögen als zulässige Erweiterung der Finanzverfassung rechtlich verankert. Dadurch wurden kreditfinanzierte Ausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz außerhalb der Schuldenbremse ermöglicht.¹³⁰ In der Praxis bedeutete dies eine erhebliche Aufweichung der bisherigen Haushaltsregeln. Zwar blieb die Schuldenbremse formal bestehen, doch durch die neu geschaffenen Bereichsausnahmen sowie die Möglichkeit, große Kreditvolumina in Sondervermögen auszulagern, wird ein erheblicher Teil der staatlichen Kreditaufnahme nicht mehr auf die verfassungsrechtlichen Obergrenzen angerechnet. Damit wurde die Schuldenbremse zwar nicht formell abgeschafft, aber funktional entkernt.

Die Ausweitung der Schulden hat „erhebliche Auswirkungen auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“.¹³¹

Geweckte Begehrlichkeiten

Die Schaffung großer, kreditfinanzierter Sondervermögen stellt einen politischen Präzedenzfall dar und widerspricht der bisherigen Haushaltsdisziplin. Die nun verfügbaren Kreditermächtigungen in Höhe von mehreren hundert Milliarden

¹²⁹ https://www.businessinsider.de/politik/sondervermoegen-wegen-der-mehrheiten-kommt-der-alte-bundestag-nochmal-zusammen/?utm_source=copilot.com

¹³⁰ https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/560839/grundgesetzaenderung-fuer-verteidigung-und-sondervermoegen/?utm_source=copilot.com

¹³¹ https://www.ifo.de/fakten/2025-10-14/sondervermoegen-unter-der-lupe-oekonomen-aeussern-zweifel?utm_source=copilot.com

Euro erhöhen den Anreiz, zusätzliche Ausgaben außerhalb des regulären Haushalts zu finanzieren. Somit stellt sich für einzelne Ressorts die Frage, warum sie ihre Gestaltungsspielräume einschränken sollten, wenn über Sondervermögen umfangreiche Mittel bereitgestellt werden können, die nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden.

Bereits jetzt werden öffentlich weitere Sondervermögen für die Digitalisierung¹³² oder für die Bildung¹³³ gefordert. Diese Debatten zeigen, dass das Instrument der Sondervermögen zunehmend als Möglichkeit betrachtet werden, Finanzierungsprobleme zu umgehen. Damit entsteht die Gefahr einer sich dynamisch entwickelnden Verschuldung, bei der immer neue Nebenhaushalte geschaffen werden, anstatt eine Priorisierung im regulären Budget vorzunehmen.

Zweckentfremdete Mittel

Schon jetzt wird deutlich, dass ein erheblicher Teil der Gelder nicht wie vorgesehen für Investitionen, sondern „in erheblichem Umfang für konsumtive Ausgaben“ verwendet wird, wie der Bundesrechnungshof berichtet.¹³⁴ Diese Ausgaben hätten eigentlich im Kernhaushalt erscheinen müssen. Da dies nicht geschah, wurde die Schuldenbremse umgangen. Das ifo Institut beschreibt dazu eine „intensive Debatte über die Ausgestaltung und Wirksamkeit“ und kritisiert die fehlende Transparenz über den tatsächlichen Investitionsanteil.¹³⁵ Dazu zählen beispielsweise die Ausweitung der Mütterrente oder die Erhöhung der Pendlerpauschale. Später kam mit dem Rentenpaket II ein weiteres umfangreiches Leistungsgesetz hinzu, das langfristige Verpflichtungen schafft und vom Bundesrechnungshof als „finanzpolitisch riskant“¹³⁶ eingestuft wurde.

Resümee

Neben den vielen gebrochenen Wahlversprechen erleben die Bürger eine desorientierte Politik, der es an einem klaren, in sich schlüssigen Konzept sowie an Kompetenz zu mangeln scheint. Dabei kommt der Verdacht auf, dass es den Protagonisten bei den taktischen Manövern nur um Machterheiten und nicht um die Staatsinteressen geht. Die Regierung – insbesondere die CDU/CSU – hat sich dabei strategisch selbst blockiert: Würde die AfD CDU/CSU-typische Themen und deren Lösungsvorschläge übernehmen, geriete die CDU/CSU – nach ihrem eigenen Verständnis von der Brandmauer – in die paradoxe Lage, ihrer eigenen

¹³² „Deutschland braucht ein Sondervermögen für Digitalisierung und Infrastruktur.“ Handelsblatt, 05.03.2024.

¹³³ Die KMK debattierte über ein bundesweites Sondervermögen, um Schulen und Hochschulen zu modernisieren. FAZ, 15.02.2024.

¹³⁴ Der Bundesrechnungshof schreibt, dass Sondervermögen „in erheblichem Umfang konsumtive Ausgaben“ enthalten und damit die Schuldenbremse umgehen. Quelle: Bundesrechnungshof-Bericht zu Sondervermögen 2023/2024.

¹³⁵ ifo Institut, Ökonomenpanel 2025

¹³⁶ Bundesrechnungshof, Stellungnahme zum Rentenpaket II, 2024

Politik nicht zustimmen zu können. Sie verlöre damit vollends ihr ohnehin ausgefranstes Profil.

7.9 Asymmetrie zwischen staatlicher und privatwirtschaftlicher Handlungsfähigkeit

Experten beschreiben die zunehmende wirtschaftliche Machtkonzentration in den Händen weniger globaler Konzerne, insbesondere im digitalen Bereich, als ernsthafte Bedrohung für Wettbewerb und Demokratie. Studien belegen, dass die „Big Five“ – Amazon, Apple, Facebook (Meta), Google und Microsoft – während der Corona-Pandemie ihre Marktmacht massiv ausbauen konnten. Diese Unternehmen teilen den digitalen Markt inzwischen weitgehend unter sich auf und schaffen so eine neue Form von Oligopolstrukturen.¹³⁷

Wir erleben eine Meinungssteuerung durch die Algorithmen sozialer Medien. Plattformen wie Facebook, Instagram oder TikTok bestimmen durch ihre Empfehlungsalgorithmen weitgehend die Inhalte, die Nutzern angezeigt werden. Dies führt zu Filterblasen und Echokammern, die die Vielfalt der Meinungen einschränken und die Polarisierung verstärken.¹³⁸ Die Bundeszentrale für politische Bildung warnt, dass die gezielte Verbreitung emotionalisierender Beiträge und Desinformationen im Wahlkampf eine wachsende Bedrohung für die demokratische Meinungsbildung darstellt.¹³⁹ Der Bundestag hat in einem Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung (TAB) festgehalten, dass Algorithmen nicht nur Kommunikation beeinflussen, sondern „soziale Strukturen und das gesellschaftliche Miteinander prägen“.¹⁴⁰ Das FERİ-Institut spricht von einer „Tech-Oligarchie“, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Prozesse beeinflussen kann.¹⁴¹

Parallel dazu nimmt die Bedrohung durch Cyberangriffe kontinuierlich zu. Trotz Fortschritten bei der IT-Sicherheit bleibt Deutschland laut dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ein „leichtes Ziel“ für Angriffe. Die Zahl der neuen Schwachstellen pro Tag steigt, und die Angriffsflächen in Wirtschaft und Verwaltung werden immer größer.¹⁴² Cyberstraftaten erreichten 2024

¹³⁷ https://www.germanwatch.org/sites/default/files/Kurzpapier_Digitalisierung_Gefahr_F%C3%BCr_Die_Demokratie_03_08_2021_0.pdf

¹³⁸ <https://www.techzeitgeist.de/die-macht-der-algorithmen-wie-social-media-unser-denken-und-handeln-beeinflusst/>

¹³⁹ <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/wahlkampf-2025/558872/systematische-manipulation-sozialer-medien-im-zeitalter-der-ki/>

¹⁴⁰ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw06-de-ta-bericht-931502>

¹⁴¹ <https://www.feri.de/media/zjlobpve/cognitive-comment-digitale-machtkonzentration.pdf>

¹⁴² <https://www.security-insider.de/bsi-lagebericht-itsicherheit-2025-deutschland-a-d2a510480d46ec84f9be259c38435110/>

einen neuen Höchststand, wobei insbesondere Auslandstaten dominierten.¹⁴³ Von Angriffen sind nicht nur Unternehmen, sondern auch staatliche Institutionen und Kommunen betroffen. So musste die Stadt Ludwigshafen beispielsweise ihre Systeme eine Woche lang offline nehmen, nachdem Anzeichen für einen Angriff festgestellt wurden.¹⁴⁴

Die geschilderten Problemfelder lassen auf einen wachsenden Kontrollverlust schließen. Es entsteht der Eindruck, dass der Staat seine Autorität verliert und gesellschaftliche Spannungen hilflos hinnimmt. Dies untergräbt das Vertrauen in politische Institutionen und verstärkt die Polarisierung.

7.10 Mangelhafte Handlungsfähigkeit des Staates (Nationale Governance)

Die aufgeführten Mängel führen automatisch zu mangelhaften Entscheidungen und einer suboptimalen Handlungsfähigkeit des Staates. Das hat im Einzelnen folgende Auswirkungen:

Schwerfällige Gesetzgebungsverfahren

Die Gesetzgebungsverfahren sind schwerfällig, innovationsfeindlich und ineffizient. Dies liegt vor allem am Ringen um Kompromisse und der für nötig gehaltenen Einbeziehung verschiedener Verwaltungsebenen und Interessengruppen. Der Erfüllungsaufwand ist oftmals unverantwortlich hoch.

Technologische und Rückständigkeit der Verwaltung

Die Verwaltung ist technologisch (IT) und rückständig. Die Verwaltungsabläufe sind ineffizient und die Strukturen nicht Zeitgemäß. Insgesamt gefährdet die mangelnde Handlungsfähigkeit die Zukunftsfähigkeit des Staates.¹⁴⁵

Eingeschränkte Handlungsfähigkeit

Durch die Aufnahme des Ziels „Klimaneutralität“ in das Grundgesetz ist die Handlungsfähigkeit des Parlaments eingeschränkt, was planwirtschaftlichen Vorgaben den Weg ebnet. Das verstößt gegen EU-Recht.¹⁴⁶

7.11 Eingeschränkte Souveränität

Demokratie lebt von der freien Entscheidung des Souveräns, der Bürger. Diese sind aber nur frei, wenn ihr Staat keinen Zwängen unterliegt.

¹⁴³

https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/Cybercrime/2024/CC_2024.html

¹⁴⁴ <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/bsi-lagebericht-dobrindt-hacker-100.html>

¹⁴⁵ Siehe ergänzend dazu: Initiative für einen handlungsfähigen Staat.

¹⁴⁶ Verpflichtung zur Marktwirtschaft s. Art. 119 AEUV.

Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten

Deutschland ist in vielerlei Hinsicht abhängig, was seine Souveränität einschränkt.

- Deutschland ist einerseits abhängig von bestimmten Importen wie von Lebensmitteln (17 % der Lebensmittel werden aus dem Ausland bezogen), Rohstoffen (seltene Erden, Metalle ...), Energieträgern (Gas und Öl) und andererseits von Exportmärkten.
- Deutschland hat den Anschluss in Schlüsseltechnologien (Chipherstellung, Atombranche) verloren (E-Mobilität, autonomes Fahren, IT, Satelliten ...).
- Die Souveränität Deutschlands wird nicht nur durch ökonomische Abhängigkeiten, sondern auch durch die Einbindung in supranationale Organisationen wie die Europäische Union, die NATO und internationale Handelsregime begrenzt. Diese multilateralen Verpflichtungen führen zu einer Relativierung der nationalen Entscheidungsautonomie. Die Bindung an EU-Recht, insbesondere im Bereich der Umwelt-, Wirtschafts- und Migrationspolitik, kann die nationale Gesetzgebung übersteuern und wirft Fragen nach der demokratischen Legitimation transnationaler Normsetzung auf. Die Einbindung in supranationale Organisationen kann jedoch auch von Vorteil sein, wie beispielsweise bei verlässlichen Verteidigungsbündnissen. Zusammenarbeit im Bereich der Kriminalität und Steuerhinterziehung usw.
- Die digitale Transformation stellt Staaten vor neue Herausforderungen. Deutschland weist in zentralen Bereichen – etwa der digitalen Verwaltung, Cybersicherheit und Infrastruktur – erhebliche Rückstände auf. Die Abhängigkeit von ausländischen Cloud-Diensten und Plattformtechnologien gefährdet die digitale Souveränität und erschwert die Umsetzung effizienter Governance-Strukturen.
- Die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Bundeswehr hat zu mangelnder Einsatzbereitschaft und Abhängigkeit von Partnern geführt.
- Die mit den Abhängigkeiten verbundenen externen Zwänge beeinträchtigen die Fähigkeit des Staates, unabhängig politische Entscheidungen zu treffen. Das untergräbt die Souveränität Deutschlands und seiner Bürger.

Unzureichende Gewaltenteilung

Die demokratische Gewaltenteilung ist defizitär. Dadurch droht:

- eine Erosion der Rechtsstaatlichkeit,
- der Verlust von Vertrauen in Institutionen und
- die Gefahr autoritärer Strukturen.

Medien – unzureichende Plattform des öffentlichen Diskurses

Die öffentlichen und privaten Medien prägen die Meinungsbildung mit. Sie berufen sich auf die Meinungsfreiheit. Diese Meinungsfreiheit garantiert jedoch keine Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit, die für eine fundierte Willensbildung essenziell sind. Kommerzialisierung, ideologische Verzerrung und selektive Berichterstattung beeinträchtigen die Meinungsvielfalt und die Qualität öffentlicher Diskurse. Die mediale Vermittlung ist häufig belehrend, opportunistisch und einseitig – statt kritisch, vielfältig und analytisch.¹⁴⁷

Sie sind oft

- belehrend statt aufklärend,
- ideologisiert statt distanziert,
- besserwisserisch statt analysierend,
- selektierend statt vielfältig,
- opportunistisch statt kritisch.¹⁴⁸

Defizite in der politischen Bildung und Mündigkeit

Die Qualität demokratischer Prozesse hängt wesentlich von der politischen Informiertheit und Urteilkraft der Bürger ab. Sie schützt vor Manipulation von innen wie von außen. Mängel in der schulischen und gesellschaftlichen Vermittlung erkenntnistheoretischer Grundlagen (z. B. Fakes) führen einerseits zur intellektuellen Lenkung und andererseits einer eingeschränkten Partizipationsfähigkeit. Die Förderung politischer Mündigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für eine reflektierte Wahlentscheidung und eine resiliente Demokratie.

Erosion regelbasierter Ordnung

Für ein geordnetes Zusammenleben ist ein regelbasiertes System erforderlich. Politische Regeln werden jedoch zunehmend missachtet – auch von den Regelsetzern selbst (Bsp. Verschuldungsregeln). Die Missachtung politischer Normen – auch durch staatliche Akteure – führt zu einer schleichenden Erosion der Rechtsstaatlichkeit.¹⁴⁹ Externe Einflussnahme¹⁵⁰ und Regelbeliebigkeit gefährden die Integrität des politischen Systems.

¹⁴⁷ Bei staatlichen Medien drängt sich der Eindruck der Parteilichkeit auf: Verschiedene Meinungen werden nicht gleichberechtigt gegenübergestellt. Zu Corona-Zeiten wurden beispielsweise die aus Sicht der Regierung ‚unerwünschte‘ Meinungen unterdrückt.

¹⁴⁸ Sie erweckt den Eindruck eines Schulmeisters, der meint den Schülern „das Richtige“ beibringen zu müssen statt sie darin zu trainieren sich eine eigene, fundierte Meinung zu bilden.

¹⁴⁹ Beispielsweise werden die EU-Verträge nicht eingehalten,

- indem Deutschland in der Klimapolitik planwirtschaftlich statt marktwirtschaftlich handelt,
- die EZB-Staaten faktisch finanziert,
- Staaten für andere Staaten haften und
- Schuldengrenzen (3% des BIP) missachtet werden.

¹⁵⁰ Gemeint ist hier beispielsweise, dass nicht die staatliche Rechtsprechung bemüht wird, sondern ein Friedensrichter, wodurch die Rechtsordnung eines anderen Staates bei uns zur Anwendung kommt.

7.12 Verfassungsrechtliche Problemfelder

Das Grundgesetz ist traditionell als Ordnungsrahmen konzipiert. Es legt die Verfahrensregeln (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Grundrechte) fest, ohne der Politik konkrete inhaltliche Ziele vorzuschreiben. Dadurch bleibt dem Gesetzgeber, bewusst Handlungsfreiräume erhalten und er kann flexibel auf wechselnde gesellschaftliche Herausforderungen reagieren. Diese Freiheit wird ihm jedoch genommen, wenn programmatische Zielsetzungen im Grundgesetz verankert werden. Dann entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen normativer Bindung und demokratischer Gestaltungsfreiheit.

Dies kann zu einer faktischen Entparlamentarisierung führen. Politische Entscheidungen werden dann nicht mehr im offenen Diskurs und durch wechselnde Mehrheiten getroffen, sondern durch eine verfassungsrechtliche Zielbindung vorgegeben. Damit wird die Idee der offenen Demokratie unterminiert.

Ein Beispiel hierfür ist die Festschreibung der Klimaneutralität bis zu einem bestimmten Jahr. Zwar kann ein solches Ziel politisch für sinnvoll erachtet werden, doch sind die Konsequenzen weitreichend: Jede künftige Gesetzgebung muss sich diesem Ziel unterordnen, selbst wenn andere gesellschaftliche Herausforderungen – etwa soziale Sicherheit oder wirtschaftliche Stabilität – eine andere Priorität verlangen. Der Gesetzgeber ist somit in seiner Abwägung somit gebunden und politische Spielräume werden begrenzt.

7.13 Politische Strategie – Beispiel Rentenpolitik unter Adenauer

Als erstes Land der Welt führte Bismarck 1889 eine Versicherung gegen Invalidität für Arbeiter ein. Das war zweifellos ein gesellschaftlich stabilisierender Schritt, denn damals waren die privaten Vermögen überwiegend beschränkt: Über die Hälfte der Bevölkerung lebte am Rande des Existenzminimums.

„Mein Gedanke war, die arbeitende Klasse zu gewinnen, oder soll ich sagen, zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte.“¹⁵¹ Das waren Bismarcks Worte, die sein Motiv zur Einführung der Kranken-, Unfall- und Alterssicherung offenlegen: Es war also offenbar nicht das „soziale Gewissen“ oder Menschenfreundlichkeit, sondern die schiere Sorge um seinen Machtverlust, die Otto Fürst von Bismarck dazu trieben, ein Sozialversicherungssystem zu schaf-

¹⁵¹ Der Spiegel, Nr. 30 vom 20.07.1998, S. 64.

fen¹⁵². Er kam damit der sozialdemokratischen Bewegung zuvor und sicherte sich so Macht und Ansehen.

Bei dem System Bismarcks zahlten die Arbeitnehmer (zukünftigen Rentner) in einen Kapitalstock ein, der verzinslich angelegt wurde und aus dem die Renten später an sie ausgezahlt werden sollte. Die Einzahler waren also zeitverzögert zugleich die Empfänger. Sie zahlten praktisch für sich selbst.

Bundeskanzler Konrad Adenauer befand sich Mitte 1955 in einer prekären Situation: Laut allen Umfragen würde die Opposition bei der nächsten Wahl die Regierung ablösen. Grund dafür war ein brisantes Zusammentreffen wichtiger politischer Gegebenheiten:

- die von der Regierungskoalition beabsichtigte Wiederaufrüstung, verbunden mit einer Wehrpflicht,
- die noch ungeklärte Saarlandfrage,
- und nicht zuletzt das Rentenproblem.

Das Rentenproblem ergab sich aus der Tatsache, dass die Rente damals ca. 70 DM im Monat betrug. Mit etwa zwanzig Prozent des Arbeitseinkommens war die Rente als Zusatzversorgung und nicht als Vollversorgung konzipiert. Für den Hauptteil der Altersversorgung waren die Familien also selbst verantwortlich. Doch durch den Zweiten Weltkrieg waren die Familien häufig zerstört und deren Vermögen in großem Umfang vernichtet. Eine Erhöhung der Renten aus dem Kapitalstock war nicht möglich, weil die Hyperinflation 1923 und das Ende der Reichsmark dem Kapitalstock stark zugesetzt hatten.

Das Rententhema ist 1955 politisch von hoher Brisanz. Dem amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer ist dies offenbar bewusst. Er macht das Rentenproblem zur Chefsache. Selbst in der Sommerpause – es ist Juli – treibt ihn die Problematik um. Deswegen kommt ihm eine Depesche gelegen, die ihn an seinem Feriensitz, in der Villa Collina in Cadenabbia am Comer See, erreicht. Ihr Titel: „Existenzsicherung in der industriellen Gesellschaft“. Verfasst hatte das Arbeitspapier der Kölner Privatdozent Wilfried Schreiber. Der hatte das Schriftstück im Auftrag des Bundes Katholischer Unternehmer angefertigt. Nun liegt es in Adenauers Händen. Es wird zur Ablösung des Bismarckschen Rentensystems führen.

Anstelle des Vorsorgeprinzips (Kapitalstock-Verfahren) sieht der Plan ein Umlageprinzip vor. Die arbeitende Bevölkerung sollte über eine Rentenkasse die Renten der Rentner finanzieren. Die „Jungen“ zahlen also an die „Alten“ – ein

¹⁵² „Der wichtigste Grund für die Einführung war für Reichskanzler Otto von Bismarck die Angst vor sozialen Unruhen“, schreibt Prof. Axel Börsch-Supan, Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und demografischer Wandel und Mitglied der Rürup-Kommission in einem Aufsatz für das Deutsche Institut für Altersvorsorge.

Generationenvertrag. Das Risiko einer Änderung der Alterspyramide ignoriert Adenauer mit den Worten: „Kinder kommen immer“, mit denen er die Argumente der Kritiker – zu denen auch Ludwig Erhard gehört – vom Tisch wischt. Und dann gibt es noch ein Argument gegen einen Kapitalstock. Der Krieg hatte die Risiken einer solchen Vorsorge offengelegt. Es gibt keine Garantie für den Werterhalt eines solchen Vermögens.

Nach hartem Ringen verabschiedet der Bundestag im Jahr 1957 die große Rentenreform. Das Rentensystem sollte schrittweise (bis 1967) von einem kapitalgedeckten System in ein Umlagesystem überführt werden. Außerdem erhielt die Rente eine sogenannte „dynamische Komponente“. Das bedeutete, dass sie an den allgemeinen Bruttoverdienst gekoppelt sein sollte. Im Zeitalter des Wirtschaftswunders verhiess dies einen raschen Anstieg der Renten. Damit trat der ursprüngliche Charakter der Rente, eine Grundversorgung zu sichern, in den Hintergrund. Nun wurde sie als Vollversorgung im Alter konzipiert. Das Prinzip der eigenverantwortlichen Vorsorge wurde aufgegeben. Die Fürsorge für die Altersversorgung übernahm der Staat. Kaum jemand erkannte das Risiko. Dieses besteht in der Veränderung der Altersstruktur der Gesellschaft, die vielerlei Gründe (Krieg, Epidemien, Kinderlosigkeit ...) haben kann.

Finanziert wurde das neue System aus: Beiträgen der Arbeitnehmer, dem verbliebenen Kapitalstock der alten Rentenversicherung und den Reserven des Bundes – dem Juliusturm –. Das ermöglichte eine sofortige substanzielle Verbesserung der Rente: Erhöhungen der Arbeiterversicherung um 65 %, der Angestelltenversicherung um über 70 % und der Witwen- und Waisenrente um mehr als 80 %.

So ist das Jahr 1957 der Beginn der nicht enden wollenden finanziellen Wohltaten des Staates. Diese „Wohltaten“ sind aber allesamt keine Geschenke. Sie werden vielmehr aus den Taschen der Bürger gezahlt. Es ist eine Umverteilung.

Die Bürger bejubeln die üppige Rentenerhöhung und wählen die Regierung mit überwältigender Mehrheit erneut. Man darf getrost annehmen, dass die Aussicht auf einen Wahlerfolg – ähnlich wie bei Bismarck – der wahre Grund für die Umsetzung des spektakulärsten sozialen Reformwerks seit der Bismarck-Ära war.

Die Politik war auf den Geschmack gekommen. Offenbar honorieren die Wähler „Geschenke“. Nie wieder würde seitdem ein Bundeshaushalt Überschüsse erwirtschaften, ganz im Gegenteil: Der Staat macht seitdem immer neue Schulden. Er suggeriert Leistungen, die die Bürger aber noch selbst erbringen müssen. Diese „Leistungen“ werden noch durch Zinskosten und dem bürokratischen Aufwand geschmälert. Mit der großen Rentenreform

brechen die Dämme soliden Finanzgebarens, und die Flut der Begehrlichkeiten beginnt, langsam aber stetig, anzuschwellen. An einer Eindämmung zeigen sich weder Politik noch Begünstigte interessiert und diejenigen, die alles zahlen, durchschauen das Spiel nicht oder sehen keinen Ausweg.

Der Staat dominiert die Altersvorsorge. Heute stammen 85 % der finanziellen Vorsorge für das Alter aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Die eigenverantwortliche Selbstvorsorge, sowie die betriebliche Altersvorsorge, hat bis heute in Deutschland nur untergeordnete Bedeutung. Dabei ist doch die natürlichste Art der Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens die Selbstvorsorge.

In der Folgezeit entwickelt sich das deutsche Rentensystem zu einem der großzügigsten der Welt, sowohl gemessen an der Lohnersatzquote als auch an den Möglichkeiten für einen vorgezogenen Rentenbezug. Seit der „Reform“ von 1972 gibt es die Möglichkeit der Frühverrentung. Hinter dieser steht eine beschäftigungspolitische Überlegung: „Alte“ räumen den Arbeitsplatz zugunsten der „Jungen“. Das ist zwar betriebswirtschaftlich bedenklich, denn mit dem frühzeitigen Weggang der „Alten“ geht auch Erfahrung in Pension, aber dennoch wird es umgesetzt.

Der Ausbau des Rentensystems treibt die Beiträge in immer weitere Höhen. Noch 1965 lagen sie bei 14 % des Bruttolohns. Heute sind es 18,6 %¹⁵³ und der Staat musste aus Steuermitteln erhebliche Zuzahlungen leisten (Rentenzuschuss des Bundes fast 90 Mrd. € jährlich)¹⁵⁴. Der wesentliche Grund: Das Verhältnis von Einzahlungsdauer zu Bezugsdauer steigt. Das hatte zwei Gründe:

1. Das Vorziehen des Renteneintrittsalters und
2. die steigende Lebenserwartung.

Arbeiteten 1970 noch 75 % der Männer im Alter von 60 bis 64 Jahren, waren es 1995 nur noch 33 %. Aktuell liegt das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei ca. 60 Jahren. In vielen der Unternehmen sind überhaupt keine Menschen über 60 Jahren mehr beschäftigt. Zunehmend wird deutlich, dass die Renten in dieser Form nicht mehr finanzierbar sind! Seit 1978 versucht die verantwortliche Politik, das Rentenniveau zu senken. Offensichtlich macht sich die Erkenntnis breit, dass das Rentenniveau nicht gehalten werden kann. Doch es folgt ein Hin und Her, welches ein sachbezogenes Konzept vermissen lässt:

¹⁵³ Kopecky, Vera: (2022, 18. Februar). *Rentenversicherungsbeitrag 2022 | Rentenversicherung Beitragssatz*. IMACC. <https://www.imacc.de/rentenversicherungsbeitrag-rentenversicherung-beitragssatz/> (letzter Zugriff: 19.02.2022).

¹⁵⁴ Frankenberg, Isabell: *Rentenzuschuss vom Bund gegen Altersarmut bei Geringverdienern*. (o. D.) Seniorenbedarf.info. <https://www.seniorenbedarf.info/rentenzuschuss> (letzter Zugriff: 29.01.2022). Und: (o. V.): (2019, 29. Januar). *Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung*. [www.bmas.de. https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Gesetzliche-Rentenversicherung/Finanzierung-Gesetzliche-Rentenversicherung/finanzierung-der-gesetzlichen-rentenversicherung.html](https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Gesetzliche-Rentenversicherung/Finanzierung-Gesetzliche-Rentenversicherung/finanzierung-der-gesetzlichen-rentenversicherung.html) (letzter Zugriff 7.4.2023).

Einführung (1978) und wieder Abschaffung (1998) des „demografischen Faktors“, Umstellung von Brutto- auf Nettolöhne (1992), Frührentner müssen einen Abschlag ihrer Rente hinnehmen, geplante Versteuerung der Rente, Einführung der Ökosteuer zur Rentenmitfinanzierung... Die bisher durchgeführten „Reformen“ griffen immer wieder zu kurz, sodass neue Reformen unerlässlich sind. Die Rente ist nach wie vor bezüglich der Kaufkraft und wegen des zunehmend schiefen Ein-/Auszahlungsverhältnisses der Versicherten gefährdet.

Resümee: Gravierende politische Fehlentscheidungen werden oft nicht geheilt und zeitigen u. U. schwere langfristige Folgen. Die Verantwortlichen hatten großen Erfolg zu Lasten späterer Generationen.

7.14 Klimapolitik

Klimapolitik ist natürlich im Kern Wirtschaftspolitik, da sie direkten Einfluss auf wirtschaftliche Prozesse nimmt. Aufgrund des Platzes, den sie im öffentlichen Diskurs einnimmt, ist es berechtigt, sie gesondert zu thematisieren. Das gilt an dieser Stelle besonders, da sie in außerordentlichem Maße von der Politik beeinflusst wird.

Der Anlass

Die Forschung konstatiert eine Erhöhung des CO₂-Gehaltes in der Luft seit der Industrialisierung, was die Klimaerwärmung befördert. Sie weist auch darauf hin, dass der Wert vor 30 Mio. Jahren deutlich höher (1000 ppm) und auch tiefer lag (während der Eiszeit 180 – 300 ppm) als heute (am 17.7.2023 waren es 421 ppm). Die zum Teil hysterisch anmutenden Aufwallungen der „Letzten Generation“ und „Fridays for Future“ machen glauben, dass unbedingt und unverzüglich gehandelt werden müsse. Andernfalls sei die Menschheit gefährdet. Die Politik sei gefordert. Es sei dringend geboten, die Klimaerwärmung zu bremsen.¹⁵⁵

Das Kind braucht einen Namen

In der Politik müssen den Vorhaben Namen gegeben werden. So werden sie griffiger. Das Ziel der Energiewende ist nach Robert Habeck die „sozial-ökologische Marktwirtschaft“¹⁵⁶. Das klingt progressiv und vertraut zugleich:

155 „Schon in den kommenden Jahren könnte die 1,5-Grad-Marke überschritten werden. Grünenpolitiker Robert Habeck will das mit allen Mitteln verhindern.“ Habeck, Robert: *Wir dürfen den Blick auf den großen Horizont nicht verlieren*, (12. Mai 2022) in Spiegel Politik <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/robert-habeck-zur-energiewende-die-zeit-laeuft-uns-davon-a-843d17dd-7d6d-42d0-8c2d-785dd429defe> (zuletzt aufgerufen am 2.8.2023).

156 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/soziale-marktwirtschaft.html> (zuletzt aufgerufen am 22.4.2024) und Tagesschau vom 26.1.2022, von Hans-Joachim Vieweger, ARD-Hauptstadtstudio „Minister Habeck will in seinem ersten Jahreswirtschaftsbericht neue Akzente setzen. Sein Ziel ist

Der positiv belegte Begriff „soziale Marktwirtschaft“ verweist auf das Wirtschaftswunder, auf jene Epoche deutscher Politik, in der Angebot und Nachfrage den Preis bestimmten. Doch Habeck will umgekehrt mit Markteingriffen den Preis und damit das Wirtschaftsgeschehen bestimmen: Er instrumentalisiert den Begriff Marktwirtschaft für planwirtschaftliche Zwecke. Er definiert ihn zum Gegenteil seiner ursprünglichen Bedeutung um.

Exkurs 1: Das Spezifische der sozialen Marktwirtschaft

Das Spezifische der Sozialen Marktwirtschaft ist, dass in einem fairen und freien Markt das freie Spiel von Angebot und Nachfrage den Preis bestimmt. Dieses Ordnungsprinzip negierte Habeck: Er ersetzte die ordnende Hand des Marktes durch Dirigismus. Er zielte darauf ab, den Marktpreis und damit den Kapital- und Güterfluss zu lenken. Aber nicht nur das: Es wurde der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Gemeinschaft (AEUV Art. 3 und Art. 119) missachtet, der die Umsetzung eben dieser sozialen Marktwirtschaft nachdrücklich gebietet. Das alles geschah, obwohl umweltgerechte Politik natürlich auch sozialmarktwirtschaftlich gestaltet werden könnte (s. Kap. 15).

Beispiel 18 Begriffsverwirrungen

Begriffsverwirrungen gehören zum Handwerkzeug der Politik. Dazu zwei weitere Beispiele:

- Unter Vermögen versteht der Normalbürger einen Bestand an Guthaben. Bei Sondervermögen des Bundes handelt es sich aber um eine Genehmigung für neue Darlehen. Es sind also Schulden. 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr hört sich positiver an als 100 Mrd. € mehr Schulden wegen der Versäumnisse der Regierung in der Vergangenheit. Der 200-Mrd.-€- „Doppelwumms“, der Bürger und Unternehmen bezüglich der gestiegenen Energiekosten entlasten soll, ist am Ende ein Kredit, den die Bürger zuzüglich Zinsen und Umverteilungskosten zu zahlen haben.

- Das 9-Euro-Ticket, mit dem in den Monaten Juni bis August 2022 alle Busse, Bahnen im Nah- und Regionalverkehr drei Monate genutzt werden durften, hat die Bundesbürger keineswegs nur 9 Euro gekostet! Vielmehr hatte der Bund den Ländern 2,5 Mrd. € an Kostenzuschüssen überwiesen.¹⁵⁷ Ob das allerdings reichte, alle Kosten zu übernehmen, kann hier

eine "ökologisch-soziale Marktwirtschaft". <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/habeck-jahrewirtschaftsbericht-101.html#Wachstum%20nicht%20vernachlässigen> (zuletzt aufgerufen am 28.2.2023).

¹⁵⁷ Böhl, Lukas: *Wie viel hat das 9-Euro-Ticket insgesamt gekostet?* <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.9-euro-ticket-kosten-bund-mhds.a971672d-ee90-450d-b2d1-fd6326c7bc13.html> (zuletzt aufgerufen am 2.8.2023).

nicht sicher gesagt werden (höherer Verwaltungsaufwand, mehr Verschleiß, ...).

Umsetzung

Die Umsetzung der Klimapolitik erfolgt mit sehr viel Geld und planwirtschaftlichen Mitteln.

Viel Geld für nichts – Deutschland rettet das Weltklima nicht!

Politik sollte sich an Fakten orientieren. Sie ist gehalten, mit dem Geld der Bürger verantwortlich umzugehen. Es ist also sinnvoll, sich einige Größenordnungen in der Klimapolitik bewusst zu machen:

1. Deutschland hat ca. 1,79 % der weltweiten CO₂-Emissionen zu verantworten (China 30,68 %, USA 13,61 %, Indien 7,62 %) ¹⁵⁸. Daraus resultiert laut Formel des Weltklimarates eine Klimaerwärmung von 0,000653° C pro Jahr. Im Angesicht dessen ist festzustellen, dass Deutschland das Weltklima praktisch nicht beeinflusst.

Exkurs 2: Klimaerwärmung in Folge deutscher CO₂-Emissionen

Rechnen wir überschlägisch nach: Seit 1970 hat sich das Weltklima um ca. 1,75 °C erwärmt. Das sind (1,75/54=) 0,0324 °C im Jahr. Wenn die gesamte Erwärmung ausschließlich auf CO₂-Emissionen zurückzuführen wäre, so ergäbe das 0,0324 °C im Jahr. Bei einem Anteil Deutschlands von 1,8 % am weltweiten CO₂-Ausstoß sind das $0,0324 \times 0,018 = 0,0005832$ °C im Jahr.

2. Damit die Energiewende gelingt, müssen gigantische Beträge aufgewendet werden. Laut der BDI-Studie „Klimapfade 2.0 – Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft“ vom 15.3.2022 sind zur Erreichung der 2030-Ziele Mehrinvestitionen von über 400 Mrd. € in der Energiewirtschaft nötig. ¹⁵⁹ Andere Quellen wie das ifo-Institut gehen – je nach Rahmenbedingungen – zwischen 500 und 3.000 Mrd. € bis 2050 aus. ¹⁶⁰ Diese Beträge werden letztlich vom Steuerzahler und Verbraucher aufzubringen sein. Selbst das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gesteht ein, dass das

158 Statista 2024 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/179260/umfrage/die-zehn-groessten-co2-emittenten-weltweit/> (letzter Aufruf: 13.2.2024).

1. 159 Rolle, Carsten BDI: *Steigende Stromkosten: Herausforderung für die Industrie* 5.3.2022 Gefunden in: <https://bdi.eu/artikel/news/steigende-stromkosten-herausforderung-fuer-die-industrie#:~:text=Die%20Energiewende%20ist%20ein%20Gro%C3%9Fprojekt,2030%20in%20der%20Energiewirtschaft%20n%C3%B6tig> (letzter Aufruf am 4.4.2023).

160 Pittel, Karen und Henning, Hans-Martin: *Was uns die Energiewende wirklich kosten wird*; Ifo Institut 12.7.2019. Gefunden in <https://www.ifo.de/medienbeitrag/2019-07-12/was-uns-die-energiewende-wirklich-kosten-wird#:~:text=Die%20kumulativen%20systemischen%20Mehrkosten%20f%C3%BCr,Bruttoinlandsprodukts%20aus%20dem%20Jahr%202018> (letzter Zugriff 4.4.2023).

Mammut-Projekt Energiewende Mehrkosten bis 2030 zwischen 300 und 500 Mrd. Euro verursachen wird.¹⁶¹

Die gegenwärtige deutsche Klimapolitik erfordert einen riesigen Aufwand, hat aber praktisch keinen positiven Klima-Effekt. Viel zu investieren, um praktisch nichts zu bekommen, zeugt nicht von Klugheit. So zu handeln ist ökonomisch uneffektiv. Es ist (Geld-)Verschwendung. Sie wird an den erwarteten Klimaschäden (bis 2050 zwischen 280 € und 900 Mrd. €¹⁶²) nichts ändern.

Also nichts tun? Doch! Aber es gilt die Realität vor Augen zu haben. Dann wird sofort sichtbar: globale Probleme können nur global gelöst werden. Dabei sollten Gelder weltweit dort eingesetzt werden, wo sie am effektivsten das Ziel erreichen. Wie das geschehen kann, wird in Kapitel 14 dargelegt.

Anmerkung: Es war zu lesen, dass die Klimapolitik zukunftstaugliche Arbeitsplätze schüfe.¹⁶³ Das trifft für unser Land nach den bisher gemachten Erfahrungen leider nicht zu. Vielmehr sind entsprechende Firmen nicht wettbewerbsfähig, wurden verkauft, sind zum Teil oder sogar ganz abgewandert.

Aktionismus statt durchdachter Konzepte – chaotische Ökodiktatur

Von einem so wichtigen und teuren Vorhaben wie der Klimawende ist zu erwarten, dass es gründlich vorbereitet wird. Stattdessen erleben wir einen ideologiegetriebenen Aktionismus (von manchen Ökologismus genannt). Zum Einsatz kommen dabei planwirtschaftliche Lenkungsinstrumente:

Subventionen (z. B. beim Kauf von E-Autos, Energiepreisdeckel, Klimageld), **besondere Steuern und Abgaben** (Ökosteuer, CO₂-Abgabe ...), **Gebote** (z. B. Taxonomie-Verordnung, Wärmedämmvorschriften, Heizungsart, Lieferkettengesetz), **Verbote** (z.B. zukünftig keine Verbrennungsmotoren, keine neuen Ölheizungen ...), „**Maßnahmen zur Transformation der deutschen Wirtschaft**“¹⁶⁴ (2022 alleine im Umfang von 60 Mrd. €) und eine Zweckentfremdung

¹⁶¹ Böhm, Luliusm (23. Januar 2024) *Habeck-Behörde gibt öffentlich zu: Energiewende wird hunderte Milliarden Euro teurer als geplant* Nius in <https://www.nius.de/energie/habeck-behoerde-gibt-oeffentlich-zu-energiewende-wird-hunderte-milliarden-euro-teurer-als-geplant/d5107f94-627e-490b-b5f4-5c785bfbed0f> (letzter Aufruf: 26.4.2024).

¹⁶² Studie Die Kosten des Klimawandels betragen „bis 2050 zwischen 280 und 900 Milliarden Euro. Das ergibt eine aktuelle Studie, die das Bundesministerium für Klimaschutz beauftragt und das Bundesumweltministerium fachlich begleitet hat. Die Studie analysiert aktuelle und zukünftige Folgekosten des Klimawandels für Deutschland.“ Aus: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/kosten-klimawandel-2170246>.

¹⁶³ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2011) *Umweltschutz schafft Arbeitsplätze* in: https://www.bundesregierung.de/statisch/klimakonferenz/nn_930106/Webs/Breg/un-klimakonferenz/Content/StatischeSeiten/klimaschutz-rechnet-sich_page-0.html. (letzter Aufruf: 18.3.2024).

¹⁶⁴ 2022 alleine im Umfang von 60 Mrd. €. Kinkartz, Sabine: (2022, 26. Januar). *Soziale Marktwirtschaft war gestern*. Deutsche Welle. <https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/soziale-marktwirtschaft-war-gergestern/ar-AAT9TqC?ocid=m-sedgntp> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

finanzieller Mittel (z. B.: Corona-Notlagen-Kredite fließen in einen 60-Mrd.-Klimafonds¹⁶⁵ und sollten zweckentfremdet werden).

Exkurs 3: Subventionen

Subventionen sind wider die Soziale Marktwirtschaft, denn – so frei nach Ludwig Erhard – wo sind die objektiven Maßstäbe, nach denen jemand zu sagen wüsste, wer Subventionen bekommen soll, wem sie vorzuenthalten sind und wer sie zu bezahlen hat?¹⁶⁶ Ohne einen objektiven Maßstab fallen Subventionen aber der Beliebigkeit anheim. Sie sind willkürlich. Sie höhlen die Soziale Marktwirtschaft bis zur Unkenntlichkeit aus.

Sind Produkte am Markt begehrt, kommen sie ohne Subventionen aus. Werden sie aber gezahlt, dann steigern sie entweder die Gewinne auf Kosten der Steuerzahler, oder entsprechende Produkte sind am Markt nicht wettbewerbsfähig! Subventionen führen in beiden Fällen zu Fehllenkungen von Kapital. Das zeigte sich auch am Beispiel der „Zukunftsinvestition“ Wallbox (privates Ladesystem für E-Autos). Nur durch Subventionen war das Produkt verkäuflich. Als die Subventionen gestrichen wurden (900 € je Station), brach die Nachfrage bei Amperfield (Tochterunternehmen von Heidelberger Druckmaschinen) weg¹⁶⁷.

Lenkungsmaßnahmen im Einzelnen

- a) Der Aktionismus zeigt sich konkret in Folgendem: Atomreaktoren werden vom Netz genommen und Kohlekraftwerke abgeschaltet. Die Folgen: Vermehrte CO₂-Emissionen und eine hausgemachte Stromknappheit, die durch Sanktionen (kein billiges russisches Öl und Gas mehr) wegen des russisch-ukrainischen Krieges noch verstärkt werden. Um die entstandene Energie-Lücke zu schließen, kauft Deutschland massiv Energieträger auf dem Weltmarkt ein. Stark gestiegene Weltmarktpreise sind die Folge. Die hohen Preise zwingen Länder wie Pakistan, Bangladesch und Indonesien dazu, neue Kohlekraftwerke zu bauen. Während bei uns Kohlekraftwerke stillgelegt werden, entstehen weltweit 1.380 neue Kohlekraftwerke oder sind in Planung.¹⁶⁸ Weltweit kommt es zu einer Steigerung der CO₂-Emissionen – und nicht zu einer Senkung. In Deutschland ist zwar die Förde-

¹⁶⁵ (o. V.): (2022, 27. Januar). *Steuerzahlerbund wirft Ampelkoalition Fehlstart vor*. Oldenburger Onlinezeitung. <https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/steuerzahlerbund-wirft-ampelkoalition-fehlstart-vor-79337.html> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

¹⁶⁶ Erhard, Ludwig *Wohlstand für Alle* Econ, Düsseldorf 1957.S. 142.

¹⁶⁷ Dierig, Carsten (21.Juni 2023) *Das Ende des Wallbox-Märchens bei Heidelberg*, Die Welt S. 10.

¹⁶⁸ (o. V.): (2018, 5. Oktober). *Kohleindustrie: Weltweit sind 1.380 neue Kohlekraftwerke in Planung*. Naturstrom AG. <https://www.energiezukunft.eu/wirtschaft/weltweit-sind-1380-neue-kohlekraftwerke-in-planung/> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

Liudmila Kotlyarova: (6.6.2023) *Rettet Habecks Wärmewende das Klima, während China mehr als 300 Kohlekraftwerke baut?* Berliner Zeitung <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/kann-robert-habecks-waermewende-gelingen-waehrend-china-ueber-300-neue-kohlekraftwerke-baut-li.355740> (letzter Zugriff 18.12.2023).

rung von Fracking-Gas verboten, doch zugleich wird in riesigen Mengen Fracking-Gas teuer aus den USA importiert, um billiges russisches Gas zu ersetzen.

- b) Eine Reihe von Windkraft- und Solaranlagen sind zwar installiert, aber trotz der Subventionen längst nicht ausreichend, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.
- c) Zu den Maßnahmen der Regierung zählt auch die Pflicht zur Haussanierung (Wärmedämmung).¹⁶⁹ Nach einem entsprechenden EU-Richtlinienentwurf sollen bis 2033 alle Wohngebäude dem Energiestandard D (Energieverbrauch zwischen 130-160 kWh/m²) entsprechen.
- d) Es sollen neue Gas- und Ölheizungen (ab 2024) verboten werden. Zur Zeit kommen stattdessen aktuell praktisch nur Wärmepumpen in Betracht. Doch deren Effizienz ist niedriger als erwartet¹⁷⁰ Dabei sind Verbote ohne Alternative schädlich.¹⁷¹
- e) Es fehlen die Fachkräfte, um die zu erwartende Zahl von Installationen bewerkstelligen zu können.
- f) Kommunen und Gemeinden fehlt das Geld, um die Gebäude (Schulen, Rathäuser, Turnhallen ...) dem neuen Standard gemäß auszustatten.
- g) Ein Anschluss an ein Wärmenetz, Altersbegrenzungen für Ölheizungen und der Zwang zu Wärmepumpenanlagen bei Neuanlagen.
- h) Die E-Mobilität soll die Verbrennungsmotoren im KFZ-Bereich praktisch vollständig ersetzen. Andere „grüne“ Technologien, wie beispielsweise die des Wasserstoffs, sind noch lange nicht in der Breite umsetzbar und nach heutigem Erkenntnisstand sehr teuer.
- i) Erst wurden konventionelle Energien durch Steuern und Abgaben künstlich verteuert (der höhere Preis sollte den Konsum verteuern, dadurch den Verbrauch und somit Emissionen drücken). Durch die weltweit steigenden Energiekosten kam es zu „sozialer Härten“. Es wurden Zuschüsse gewährt. Das Beispiel zeigt: Die

-
2. ¹⁶⁹ Huber, Patrica: *Nächster Kosten-Hammer für Hausbesitzer: EU plant Sanierungs-Pflicht* Mercur 15.03.2023 in:
<https://www.merkur.de/wirtschaft/wohnungen-renovierung-klimaschutz-gebäude-sanierung-eu-pflicht-energieeffizienz-klasse-d-haeuser-92131905.html>.
- ¹⁷⁰ Wendnagel, Jürgen, *Haustech.de 2023: Effizienz ist niedriger als erwartet* gefunden in:
<https://www.haustec.de/heizung/waermepumpen/waermepumpen-praxistest-die-effizienz-ist-niedriger-als-erwartet> (zuletzt aufgerufen am 6.4.2023). Nur wenige Anlagen erreichen in der Monitoringphase die Zielwerte des EEWärmeG.“
Die JAZ gibt das Verhältnis der abgegebenen Wärmemenge zur aufgenommenen elektrischen Energie wieder.
3. ¹⁷¹ Walter, Amy: *Wirtschaftsweise zu Habecks Heizplänen: „Kann entscheidender Baustein für Scheitern von Klimaschutz werden“*, Frankfurter Rundschau 24.3.2023 gefunden in
<https://www.fr.de/wirtschaft/plaene-wirtschaftsweise-grimm-robert-habeck-heizungsverbot-kritik-92163435.html> (zuletzt aufgerufen am 8.4.2023) und Grimm, Veronika in: 1&1 Mail & Media/spot on news 08.03.2023, 12:05 Uhr.

Klimapolitik verteuert erst die Energie, was in bestimmten Bereichen zu Härten führt, woraufhin sich die Politik dann veranlasst sieht, für bestimmte Personenkreise die Energie wieder zu verbilligen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass es ihr gar nicht um die Reduzierung von Emissionen geht, sondern um Umverteilung.

- j) „CO₂-Einsparungen durch die bundesdeutsche Heizwende beeinflussen das Klima zu 0,0 %“,¹⁷² sind aber sehr teuer.

Ein ungeeignetes Prinzip

Derzeit soll beispielsweise durch eine weitere Verteuerung fossiler Energieträger – also durch einen höheren Preis (z. B. der Benzinpreis durch eine CO₂-Abgabe) – die Verbrennung fossiler Energieträger und damit die „Umweltverschmutzung“ verringert werden, so die Wirtschaftsweise Veronika Grimm.¹⁷³ Das klingt zunächst logisch, da unterstellt wird, dass höhere Preise zu geringeren Umsätzen führen. Doch stimmt das immer?

1991 wurde in Schweden eine CO₂-Steuer eingeführt. Thomas Puls und Tilo Schaefer (Institut der deutschen Wirtschaft, Köln) zeigen auf, dass die Emissionen 15 Jahre lang weiter stiegen. Erst als 2017 Bio-Kraftstoffe vermehrt zum Einsatz kamen und der Bio-Diesel – weitgehend steuerfrei gestellt – dadurch eine CO₂-freie preisgünstige Kraftstoffalternative war, sanken die CO₂-Emissionen. Das bedeutet: Damit eine neue oder erhöhte Steuer die Nachfrage senkt, muss das entsprechende Produkt (Dieselkraftstoff) entweder entbehrlich sein, oder es muss eine preisgünstige Alternative existieren.

Werden die Randbedingung außer Acht gelassen, so ist festzustellen, dass die CO₂-Abgabe in die Kassen des Staates fließt. Der bezahlt damit alles Mögliche, nicht aber die Beseitigung des CO₂-Anstiegs in der Luft. Das ist so, als ob der Autofahrer für die Straßenreinigung bezahlt, ohne dass die Straßen gereinigt werden! Würden die Soziale Marktwirtschaft und damit ihre Prinzipien umgesetzt, so müsste der Staat (an Stelle des CO₂-Emittenten) so viel an Gebühren verlangen, die nötig sind, um die CO₂-Emissionen der Luft (insoweit wie diese nachweislich schädlich sind) wieder zu entnehmen und das auch tun! Davon kann aber keine Rede sein. Derzeit werden die Emissionen bestenfalls durch Verbrauchseinbußen reduziert, nicht aber durch Investitionen, um Schadstoffe aus der Luft zu filtern. In der derzeitigen Situation hat der Staat gar kein Interesse

¹⁷² Böhm, Christian.; „*Experte rechnet vor, warum Habecks Heizungs-Wende ein Klima-Reinfall ist*“, Focus 11.5.2023 gefunden in: https://www.focus.de/finanzen/kosten-und-nutzen-in-keinem-verhaeltnis-experte-rechnet-vor-warum-habecks-heiz-wende-ein-klima-reinfall-ist_id_193226146.html (letzter Aufruf am 13.7.2023).

¹⁷³ (o. V.) *Wirtschaftsweise fordert höheren CO₂-Preis*, N-TV 1.1.2024 <https://www.n-tv.de/politik/Wirtschaftsweise-fordert-hoeheren-CO2-Preis-article24631548.html>.

daran, dass weniger Öl verbrannt wird, weil dann seine CO₂-Steuer-Einnahmen sinken! Die gegenwärtig angewandte Methode ist also unzureichend und wider die Soziale Marktwirtschaft.

Zur Abfederung sozialer Härten soll Klimageld¹⁷⁴ gezahlt werden. Das wiederum bremst den CO₂-Einspar-Effekt und führt zudem zu Umverteilungen und zusätzlichem unwirtschaftlichen bürokratischen Aufwand.

Die Folgen – Gefährdung Deutschlands Wirtschaft

Die Folgen der eingeschlagenen Politik sind umfassend und ökonomisch verheerend. Sie stellt unser Land vor große finanzielle und deswegen auch gesellschaftliche Herausforderungen.

Dazu einige Punkte:

1. Um den Zwängen zu entgehen, werden, soweit möglich, vermehrt Öl- und Gasheizungen eingebaut, die in den Anschaffungskosten weit günstiger sind als Wärmepumpenlösungen. Diese vorgezogenen Anschaffungen führen zu Preissteigerungen (s. dieses Kap. Heizungsdictat – ökologische Planwirtschaft und die Folgen). Sie berücksichtigen nicht die Betriebskosten.
2. Die sprunghaft steigende Nachfrage nach Wärmepumpen wird deren Preise steigen lassen (sektorale Marktüberhitzung). Das lockt ausländische Konkurrenten an. Kommen diese auf den deutschen Markt, werden die Preise nicht so stark steigen, aber Geld wird ins Ausland fließen. Aus den Erfahrungen aus Wind- und Voltaikanlagen ist nicht zu schließen, dass deutsche Firmen Vorteile daraus ziehen. Zu erwarten ist eher eine Schwächung unserer Wirtschaft durch Kaufkraft- und Know-how-Abfluss.

Exkurs 4: Viessmann

Der Verkauf der Wärmepumpenabteilung von Viessmann an eine US-Firma kann dahingehend interpretiert werden, dass die Firma die Chance wahrgenommen hat, sich diesbezüglich aus Deutschland (hohe Kosten, geringes Fachpersonal, viel Bürokratie, hohe Steuern) zu verabschieden.

3. Die Nachfrage nach Strom wird wegen des vermehrten Einsatzes von IT-Technologie (Rechenzentren/ Server, Kühlung, Speicher, USV, Netzwerk), Wärmepumpen, der expandierenden E-Mobilität und KI-Technologie stark steigen. Dadurch werden die Strompreise weiter anziehen, zumal dann, wenn das

¹⁷⁴ Ramthun, Christian (2024, 12. April) *Bundesfinanzministerium kann 2025 das Klimageld auszahlen*, Wirtschaftswoche in <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/ausgleichszahlung-bundesfinanzministerium-kann-2025-das-klimageld-auszahlen-/29751860.html> (letzter Aufruf 20.4.2024).

Stromangebot nicht entsprechend steigt. Zudem: Erhöht sich der Anteil erneuerbarer Energien, steigen zusätzlich die Systemkosten (s. unten).

4. Strompreissteigernd wirken auch die hohen Bieterzuschläge bei der jüngsten Offshore-Wind-Auktion (12,6 Milliarden Euro) für Windkraftfelder im deutschen Teil von Nord- und Ostsee. Diese Gebühren werden schließlich die Verbraucher zahlen müssen.
5. Kommt es infolge steigender Strompreise zu vermehrten Härtefällen bei Privaten oder bei Firmen, wird das die Politik dazu veranlassen, die Umverteilungsmechanismen weiter auszudehnen, mit der Folge vermehrter Bürokratie und weiterer Mehrkosten.
6. Der zu erwartende steigende Stromverbrauch wird eine deutlich ausgeweitete Infrastruktur und entsprechende Geldmittel erfordern.
7. Der momentane Fachkräftemangel macht es derzeit unmöglich, die geforderten Maßnahmen überhaupt umzusetzen. Und wenn sie umgesetzt werden, dann zu erhöhten Preisen.
8. Die gegenüber fossilen Energieträgern verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit birgt ohne international verbindliche Abkommen, die die Fairness gewährleisten, ein veritables ökonomisches Risiko.
9. Die Regierung will
 - a. finanzielle Anreize auch für private Anlagen schaffen (Subventionen z. B. bei Chipfabriken in Dresden und Magdeburg) und
 - b. finanziell schwächeren Haushalten – ebenfalls durch Subventionen – helfen. Irgend jemand muss diese Subventionen letztlich bezahlen. Es wird also zu Umverteilungseffekten kommen. Für die somit zusätzlich Belasteten lohnt sich Leistung immer weniger.

In der gegenwärtigen Situation hat die Energiewende eine fortgesetzte Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt zur Folge.

Exkurs 5: Strompreiskomponenten

Neben den Entstehungskosten (für Rohstoffe, Konstruktion, Instandhaltung, Lohnkosten, Versicherung, Pacht, Brennstoffe, Rückbau, Entsorgung, Grundstückskosten) fallen auch sogenannte Systemkosten an, die – entgegen den Entstehungskosten – für Wind- und Sonnenenergie besonders hoch sind.

Zu den Systemkosten zählen Kosten für:

- *den durch die Integration nötigen Netzausbau und die Netzerweiterung,*
- *Netzeingriffe zur Aufrechterhaltung der Versorgung, insbesondere bei unerwarteten Ausfällen,*

- *erwartete Ausfälle zum Beispiel für Wartung oder bei nächtlicher Windflaute (Backup).*
- *eine Überproduktion an sonnen- oder windreichen Tagen, wenn der zu viel produzierte Strom nicht verbraucht wird,*
- *Reduktion von Vollaststunden; denn Solar und Wind können bestehende Kraftwerke nicht ersetzen; weil sie beispielsweise bei nächtlichen Windflauten gebraucht werden, müssen sie vorgehalten werden, bzw. können nicht unter Vollast fahren und werden dadurch unrentabler (der Strom wird teurer),*
- *notwendige Kapazitätsanpassungen; denn es ist eine Anpassung des Kraftwerksparks nötig, z.B. durch Gaspeaker oder durch noch zu schaffende Speicher, die schnell hochgefahren werden können, um Spitzenbelastungen decken zu können,*
- *erhöhten Verbrauch und Verschleiß bei fossilen Kraftwerken infolge steiler Leistungsrampen von Wind und Solar in Lastfolge.*

Dabei gilt: Mit steigendem Anteil an Wind- und Solarenergie am Energiesystem steigen die Systemkosten überproportional.¹⁷⁵ Erneuerbare Energieträger werden dadurch mit zunehmendem Anteil (relativ gesehen) unökonomischer. Ob sich das zukünftig ändert, wird sich erweisen müssen. Wichtig ist festzustellen, dass die häufig als Vergleichsreferenz benutzten Entstehungskosten nicht sachgerecht sind.

Selbst der Bundesrechnungshof stellt der Bundesregierung ein schlechtes Zeugnis aus: „Für eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Stromversorgung muss die Bundesregierung umgehend und zielgerichtet umsteuern.“¹⁷⁶ Gemäß Paragraph 1 EnWG soll die Energieversorgung sicher, bezahlbar und umweltverträglich sein. Die ersten beiden Punkte dieser Ziele würden verfehlt. Nach dem Bericht ist die Versorgung nicht sicher, weil der Ausbau nicht ausreiche, Dunkelflauten zu überbrücken. Außerdem seien weitere Preissteigerungen absehbar. Die hohen Strompreise seien ein erhebliches Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Akzeptanz in der Energiewende, heißt es in dem Bericht.

4. ¹⁷⁵ Ueckerdt, Falko; Löwe Hirth; Löwe; Luderer, Gunnar; Edenhofer, Ottmar: System LCOE: Wie hoch sind die Kosten variabler erneuerbarer Energien? <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0360544213009390/> 15. Dez. 2013 (zuletzt aufgerufen am 2.4.2023)

5. ¹⁷⁶ (o. V.) Bundesrechnungshof (2024 7. März) Energiewende nicht auf Kurs: *Deutschland hinkt seinen ambitionierten Zielen hinterher* in: <https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/energiewende.html?nn=23488>.

Wie chaotisch die Ergebnisse der ideologisch getriebenen Politik sein können, offenbart ein Artikel in der NZZ.¹⁷⁷ Darin heißt es, dass es richtig sei, „dass auf den Staat bis Jahresende Zahlungen in Höhe von bis zu 20 Milliarden Euro zukommen könnten“, so Habeck zur Nachrichtenagentur Bloomberg.“ Wie das? Der Staat garantiert den Produzenten einen Mindeststrompreis für regenerativen Strom und den Abnehmern einen maximalen Preis. Auftretende Differenzen werden vom Staat bezahlt. Das ist Planwirtschaft in Reinkultur.

„In manchen Mittagsstunden im Mai wurde derart viel Sonnenstrom ins Netz eingespeist, dass der Marktpreis auf minus 13 Cent für jede produzierte Kilowattstunde fiel. Doch der Staat erstattete den Abnehmern nicht nur diese Summe, zusätzlich wurde den Produzenten auch noch die Produktion mit 7 Cent je Kilowattstunde vergütet, wie es das Erneuerbare-Energien-Gesetz vorsieht. Das heisst: Der Staatshaushalt wurde mit 20 Cent für eine Kilowattstunde Strom belastet, die niemand gebraucht hat.“¹⁷⁸

Die Rechnung wird für den Staat noch weiter steigen, denn bis 2030 sollen in Deutschland weitere Solaranlagen mit insgesamt 30 Gigawatt installiert werden. Der Ökonom Frondel fällt ein düsteres Urteil: «Statt einer ökologischen Erfolgsgeschichte sind die Zahlen ein Lehrstück dafür, welche teuren Konsequenzen es hat, wenn ein Staat seine ordnungspolitischen Grundsätze aufgibt und sich stattdessen planwirtschaftlichen Prinzipien zuwendet.»¹⁷⁹

Ideologisches

Es ist für Außenstehende schwierig zu beurteilen, von welchen wirtschaftstheoretischen Grundsätzen sich der Wirtschaftsminister Robert Habeck leiten ließ. Nach Medienberichten schätzte er die Volkswirtschaftlerin Mariana Mazzucato in ganz besonderem Maße. Zumindest brachte er seine Wertschätzung ihr gegenüber in einem Interview mit der Frauenzeitschrift „Myself“ zum Ausdruck, „indem er Mazzucato eine von sieben Frauen nannte, die sein Leben verändert hätten. Der ‘Spiegel‘ gönnte ihr eine Cover-Story und kürte sie zur ‚wahren Erbin von Karl Marx‘.“¹⁸⁰ Was ist die Vorstellung dieser Volkswirtschaftlerin, auf die Habeck offenbar große Stücke hielt?

Ihr Credo lautet kurzgefasst: „Im Kampf gegen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – vor allem den Klimawandel – sei der Markt überfordert. Den

¹⁷⁷ Bockenheimer, Johannes C (7. Juni 2024): *Solarboom reißt riesiges Loch in die deutsche Staatskasse*, NZZ in: <https://www.nzz.ch/international/solarboom-reisst-riesiges-loch-in-die-deutsche-staatskasse-ld.1834026> (zuletzt aufgerufen am 9.6.2024).

¹⁷⁸ Ebenda.

¹⁷⁹ Ebenda.

¹⁸⁰ Ebenda.

Unternehmen mangle es am Willen, den richtigen Anreizen und der Übersicht, das Notwendige zu tun. Also muss es der Staat richten. Den Rahmen zu setzen, reicht nicht mehr. Es braucht den „unternehmerischen Staat“, der aktiv in Märkte eingreift und privatwirtschaftliche Entscheidungen lenkt.“¹⁸¹

Die Volkswirtschaftlerin nimmt für sich in Anspruch zu wissen, was das Notwendige und Richtige sei. Zugleich spricht sie den Unternehmen die Fähigkeit und den entsprechenden Willen ab, das Richtige zu tun. Diese Anmaßung ist typisch für ein ideologisches und planwirtschaftliches Denken. Dass es an einem mangelhaften Ordnungsrahmen liegen könnte, der zu unerwünschten Effekten führt, kommt der Volkswirtschaftlerin erkennbar nicht in den Sinn.

Die Auffassung Mazzucatos entspricht offenbar der des damaligen Wirtschaftsministers Habeck. Zumindest handelte er entsprechend: Er griff zu planwirtschaftlichen Methoden, um die Wirtschaft nach seinen Vorstellungen zu lenken.

Deindustrialisierung

Die Energiekosten betreffen jeden Bereich unseres täglichen Lebens. Insbesondere ist aber jedes Industrieland auf preiswerte und sichere Energie angewiesen! Deswegen ist die Tatsache ökonomisch problematisch, dass die Energiekosten Deutschlands traurige Rekorde erzielen. Schon jetzt ist deutscher Strom zu teuer und nicht wettbewerbsfähig. Dabei stehen uns – aus den oben erwähnten Gründen – noch erhebliche weitere Stromkostensteigerungen bevor. Deutschland ist deswegen, laut dem Finanzminister Lindner, im weltweiten Kontext nicht mehr wettbewerbsfähig.¹⁸²

Deutschland hat kein schlüssiges Konzept. Die Unternehmen sind auf sich selbst gestellt und handeln entsprechend¹⁸³. Sie erweitern die Produktionskapazitäten

¹⁸¹ Giersch, Torsten: *Habecks Lieblings-Ökonomin träumt vom mächtigen Staat, der mit Zwang lenkt*, (12. Mai 2023) Focus https://www.focus.de/finanzen/news/mariana-mazzucato-habecks-liebblings-oekonomin-traeumt-von-maechtigen-staat-der-mit-zwang-lenkt_id_193864590.html (letzter Zugriff 17.5.2023).

¹⁸² Greive, Martin (6. Februar 2024) *Christian Lindner im Interview: „Der Standort Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig“* Tagesspiegel https://www.tagesspiegel.de/politik/christian-lindner-im-interview-der-standort-deutschland-ist-nicht-mehr-wettbewerbsfähig-11165962.html?utm_source=push (letzter Aufruf: 8.2.2024).

¹⁸³ Maier, Michael: *„Teure Energie: Unternehmen verlassen Deutschland“* Berliner Zeitung am 10. 10. 2022 in: <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/teuer-energie-unternehmen-verlassen-deutschland-li.275233> (zuletzt aufgerufen am 13.03.2023).

1.1 Holtermann, Felix: *„Deutsche Unternehmen bauen ihre Standorte in den USA immer weiter aus“* Handelsblatt 29.09.2022 in: <https://www.handelsblatt.com/technik/it-internet/wirtschaftspolitik-deutsche-unternehmen-bauen-ihre-standorte-in-den-usa-immer-weiter-aus-/28697464.html>. (zuletzt aufgerufen am 27.04.2023).

nicht in Deutschland, sondern den USA¹⁸⁴, investieren zunehmend im Ausland¹⁸⁵ oder wandern gar ab.¹⁸⁶ In dem Fall werden die CO₂-Emissionen in Deutschland zwar reduziert, aber nicht weltweit. Die Deindustrialisierung schreitet voran.¹⁸⁷ „Laut einer neuen Auswertung haben ausländische Unternehmen 2023 rund 22 Milliarden Euro in Deutschland investiert – so wenig wie seit zehn Jahren nicht mehr. Die Studienautoren sprechen von Anzeichen einer Deindustrialisierung.“¹⁸⁸ Wenn nun die Auslandsinvestitionen wieder steigen, so sollten die Subventionen (s. Kap. 7.16. Subventionswettbewerb) davon ebenso in Abzug gebracht werden wie die Kapitalabflüsse.

In Deutschland kommt es derzeit zum „grünen Schrumpfen“. Deutschland schadet sich selbst, stellt sich ökonomisch ins Abseits. Daran wird sich beim Festhalten an der gegenwärtigen Politik nichts ändern. Es sollte nicht vergessen werden: Preiswerte Energie ist der Schlüssel zum Wohlstand. Eine Politik der Dekarbonisierung ist schädlich, wenn sie zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Sie muss effizient umsetzbar sein.

Besonders bedenklich sind die rückläufigen Investitionen in Relation zum BIP.¹⁸⁹ Bedenklich besonders auch deswegen, weil so effizienzsteigernde Investitionen ausbleiben. Darüber hinaus erleben wir eine besorgniserregende Kapitalabwanderung¹⁹⁰.

Beispiel 19: Deindustrialisierung

- ifo-Präsident Clemens Fuest: „Wir beobachten in einer Reihe von Industrien, darunter mit Chemie und Auto in zwei Schlüsselbranchen, einen

¹⁸⁴ Meier, Jens (4. Februar 2024) *Es besteht die Gefahr einer Deindustrialisierung*; NZZ <https://www.nzz.ch/wirtschaft/es-besteht-die-gefahr-einer-deindustrialisierung-ld.1777276> (letzter Aufruf: 4.2.2024).

¹⁸⁵ Rusche, Christian (28. Juni 2023) *Investitionen: Geldabflüsse in Deutschland so hoch wie nie*; Institut der Deutschen Wirtschaft <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/christian-rusche-geldabfluesse-in-deutschland-so-hoch-wie-nie.html> (letzter Aufruf: 4.2.2024).

¹⁸⁶ Olk, Julian (11. April 2023) *So viele deutsche Firmen wie seit 15 Jahren nicht wandern aus Kostengründen ab*; Handelsblatt <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/standortpolitik-so-viele-deutsche-firmen-wie-seit-15-jahren-nicht-wandern-aus-kostengruenden-ab/29084292.html> (letzter Aufruf: 4.2.2024).

¹⁸⁷ Dierig, Carsten: „Viele Länder gucken völlig verstört auf Deutschland“ Welt 19.4.2023 in: <https://www.welt.de/wirtschaft/plus244838054/Hannover-Messe-2023-Viele-Laender-gucken-voellig-verstoert-auf-Deutschland.html> (zuletzt aufgerufen am 27.4.2023) und

(o. V.) *Deutsche Wirtschaft befürchtet schleichende Deindustrialisierung* WiWo 29.12.2022 In: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/industriepolitik-deutsche-wirtschaft-befuerchtet-schleichende-deindustrialisierung/28894868.html> (zuletzt aufgerufen am 27.4.2023).

¹⁸⁸ (o. V.) IW-Studie (14.3.2024) *Ausländische Investitionen in Deutschland niedrig wie lange nicht* Frankfurter Allgemeine in: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/auslaendische-investitionen-in-deutschland-niedrig-wie-lange-nicht-19585741.html> (letzter Aufruf: 15.5.2024).

¹⁸⁹ (o. V.) KfW Research – Dossier: *Investitionen in Deutschland* in: <https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/KfW-Research/Dossier-Investitionen.html>.

¹⁹⁰ Rusche, Christian (28. Juni 2023): *Investitionen: Geldabflüsse in Deutschland so hoch wie nie*. Institut der Deutschen Wirtschaft in: <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/christian-rusche-geldabfluesse-in-deutschland-so-hoch-wie-nie.html> (letzter Aufruf: 9.6.2024)

Abbau.“¹⁹¹ Die Folgen: Abwanderung von Know-how, Kapital und Fachpersonal sowie – damit unmittelbar verbunden – Wohlstandseinbußen. Schon durch die Verteufelung der Atomenergie war das zu beobachten. Dabei locken besonders die USA deutsche Unternehmen mit billiger Energie, niedrigen Steuern und aktuell mit dem Inflation Reduction Act, der klimaneutrale Industrien finanziell fördert.¹⁹² Auch Menschen siedeln deswegen um.¹⁹³

- *„Deutschland wird deindustrialisiert, meint Hans-Werner Sinn. Ein Grund dafür sei die politisch gewollte Wende zur Elektromobilität, sagt der Ökonom. Allerdings bringe dies für den Klimaschutz so gut wie nichts.“ ... Stattdessen sei es politischer Willen gewesen, der nicht vorhersehbar war. Und: „Frankreichs Atomlobby und Autoindustrie wollten E-Autos schon lange, weil man da eine Chance sah, im Wettbewerb mit der deutschen Automobilindustrie wieder nach vorne zu kommen.“ Deswegen hätten sie mit den „grünesinnigen Kräften“ der EU ein Verbrennerverbot durchgesetzt, meint Sinn.“¹⁹⁴*

Ähnlich sei es in China verlaufen, führt Sinn weiter aus. Die Chinesen hätten jahrelang vergeblich versucht, mit den hochkomplexen Motoren deutscher Hersteller zu konkurrieren, und seien nun auf E-Autos ausgewichen. „Nun lacht man sich ins Fäustchen darüber, dass Deutschland seine Champions im Stall lassen muss und nur die E-Autos ins Rennen schicken darf.“

- Der Münchner Industrieökonom Oliver Falck: „Die inländischen Standorte der deutschen Industrieunternehmen entwickeln sich mehr und mehr zu Zentren der Unternehmensführung und Forschung und Entwicklung,

¹⁹¹ Fuest, Clemens: „Deindustrialisierung in Deutschland bereits erkennbar“ ntv 17.07.2023 In: <https://www.n-tv.de/ticker/Deindustrialisierung-in-Deutschland-bereits-erkennbar-article24255990.html> (letzter Aufruf 12.7.2023).

¹⁹² Kotlyarova, Luidmila: „Abwanderung der deutschen Industrie: „Das ist ein neuer Schlag in die Magengrube“, Berliner Zeitung 13.7.2023 in: <https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/abwanderung-der-deutschen-industrie-das-ist-ein-neuer-schlag-in-die-magengrube/ar-AA1dNt2V?ocid=winp1taskbar&cvid=c68c219954be44018da1c80700abd7a6&ei=16> (zuletzt aufgerufen am 13.7.2023).

¹⁹³ (o. V.) Focus online „Energieirrsinn sorgt für Auswanderungswelle nach Spanien“ 17.09.2022 in: https://www.focus.de/panorama/welt/hier-braucht-man-keine-heizung-energie-irrsinn-sorgt-fuer-auswanderungswelle-nach-spanien_id_147977379.html. (zuletzt aufgerufen am 14.3.2023).

¹⁹⁴ Sinn, Hans-Werner (...) *Erzwungenes Verbrenner-Aus legte „Keim der Deindustrialisierung“*; Focus <https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/top-%C3%B6konom-%C3%BCber-konjunktur-klimaschutz-und-b%C3%BCrgergeld-hans-werner-sinn-erzwungenes-verbrenner-aus-legte-keim-der-deindustrialisierung/ar-AA1mSjmN> (letzter Aufruf: 22.1.2024).

wohingegen die eigentliche Produktion vermehrt im Ausland stattfindet.“¹⁹⁵

Am Bundesland Bayern soll hier exemplarisch die Deindustrialisierung aufgezeigt werden: Exportüberschüsse gelten als Zeichen wirtschaftlicher Stärke. Laut ifo-Institut hatte der Freistaat Bayern bis 2019 Exportüberschüsse. Seitdem stieg das Exportdefizit auf 34,2 Mrd. €. Ursache waren zwar auch die hohen Energiepreise, aber nicht nur. Von Anfang 2023 bis November war bereits ein Defizit im Güterhandel von 9,5 Mrd.€ aufgelaufen. Das ifo-Institut geht von einem dauerhaften Trend aus. Alarmierend ist, dass die Anlageinvestitionen in ganz Deutschland auf einem niedrigen Niveau verharren. Es fehlen Fachkräfte, Energie ist zu teuer, die Digitalisierung hat Defizite, ausländische Subventionen führten zu unfairen Wettbewerbsbedingungen und die ausufernde Bürokratie bremst. Das alles begünstigt und führt zu Produktionsverlagerungen in die USA und in den asiatischen Raum.¹⁹⁶

Die Folgen einer Deindustrialisierung wie der Verlust von Arbeitsplätzen, Wirtschaftskraft, Steuereinnahmen und Knowhow sind umfassend und nicht schlimm genug einzuschätzen. Schon in der Vergangenheit haben wir diesbezüglich unwiederbringliche Verluste erlitten; die Lederindustrie, Schwerindustrie, Bergbau, Schiffsbau und nun Atomindustrie sind verloren. Die hohen Kosten der Dekarbonisierung erschweren zudem notwendige Maßnahmen in der Infrastruktur, KI, Bausanierung usw. usf.

Dass es insgesamt ein Wachstum durch „grüne“ Energie geben könnte, ist Illusion. Das Problem sind die Scheuklappen und die Denkverbote, die mit der ideologisch geprägten Energiewende einhergehen. Sie negieren beispielsweise die Möglichkeiten der Atomenergie, eine Technologie, bei der Deutschland dereinst die Weltspitze innehatte. Heute lesen wir, dass Südkorea der Durchbruch bei der Kernfusion gelungen ist¹⁹⁷.

Aus dem Tollhaus – Zahlung für Nichts und Negativpreise

Was sich im Zuge der Energiewende abspielt, kann man nur als chaotisch bezeichnen; es ist wie in einem Irrenhaus. Das System ist derart desaströs, dass alleine 2022 ein Betrag von 900 Mio. Euro für Strom bezahlt wurde (Entschädigungszahlungen), der nicht an Verbraucher gelangte, weil Stromleitungen fehlten.¹⁹⁸ Damit aber nicht genug: Am 2. Juli 2023, einem sonni-

¹⁹⁵ Seitz, Jürgen (23. Mai 2023) im BR: <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/deindustrialisierung-lage-in-deutschland-und-bayern-eine-analyse,TWCwTma> (letzter Aufruf: 22.1.2024).

¹⁹⁶ (o. V.) 22. Januar 2024 *Bayerns Exportstärke schwindet spürbar*. NTV

¹⁹⁷ Fritsche, Véronique (2024, 5. April) „Koreanische künstliche Sonne“ könnte Energieprobleme mit einem Schlag lösen Focus Online in: https://www.focus.de/wissen/technik/durchbruch-bei-kernfusion-koreanische-kuenstliche-sonne-koennte-energieprobleme-mit-einem-schlag-loesen_id_259824283.html.

¹⁹⁸ Haas, Simone, Oesch, Johannes (17.11.2023): *Deutschland muss immer häufiger Strom verschenken – und ihn anschließend teuer zurückkaufen*, NZZ, In: <https://www.nzz.ch/visuals/deutschland-muss-immer->

gen und windigen Sonntag, hatten Wind- und Solaranlagen dermaßen viel Strom in das Netz geliefert, dass der Großhandelspreis für eine Megawattstunde Strom zeitweise auf –500 Euro fiel. Um den überschüssigen Strom loszuwerden, wurde er nicht nur verschenkt, sondern die Abnehmer (Schweiz, Österreich und Norwegen) erhielten noch Geld dazu. Sie konnten den Strom speichern und später teuer an Deutschland zurück verkaufen.¹⁹⁹ Insgesamt nahm seitdem die Zahl der Stunden mit negativen Preisen noch zu.

Leider hat der Verbraucher keinen Vorteil von niedrigen Großhandelspreisen; denn die (Strom-)Einspeisevergütung ist fixiert. Sinkt der Großhandelspreis unter diesen Wert, füllt die EEG-Umlage das entstandene Loch. Da die EEG-Umlage auf die Stromrechnung aufgeschlagen wird, hat der Verbraucher keinen Vorteil davon: Was er durch die niedrigen Stromentstehungskosten sparen würde, muss er durch die Umlage bezahlen.

Umverteilung und Bürokratie

Die Energiewendepolitik ist teuer. Sie führt zu finanziellen Härten. Diese meint die Politik abmildern zu müssen. Dazu gewährt sie verschiedene Beihilfen²⁰⁰. Die Mittel dafür müssen sie an anderer Stelle eingetrieben oder eingespart werden. Es kommt zu Umverteilungen. Damit dies geregelt abläuft, bedarf es Vorschriften und Kontrollen. Ein Mehr an Bürokratie und weitere Kosten sind die Folgen. Es ist ergänzend zu fragen, nach welchen Kriterien die Umverteilungen erfolgen sollen. Aus Mangel an objektiven Maßstäben ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. Alleine das Verursacherprinzip könnte eine Richtschnur sein. Dieses müsste aber bei allen gleichermaßen angewandt werden, um fair zu sein.

Der Staat griff im Zuge der Klimapolitik und des Russland-Ukraine-Krieges massiv in das Wirtschaftsgeschehen ein. Das nutzten einige Firmen und erzielten besonders hohe Gewinne. Die Politik sprach von „Übergewinnen“, die sie zusätzlich besteuern will: Zu den progressiven Gewinnsteuern sollten weitere Steuern zu bezahlen sein. Es sollte also bestraft werden, wer die Politik des Staates umsetzte und dadurch hohe Gewinne erzielte. Pikant ist,

haeufiger-strom-verschenken-und-ihn-anschliessend-teuer-zurueckkaufen-ld.1765078 (letzter Aufruf 11.8.2024).

¹⁹⁹ Ebenda

²⁰⁰ Bundesregierung: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/entlastung-fuer-deutschland/schutzschirm-wirtschaft-2125040>. 21 (o. V.) Vertretung der EU-Kommission in Deutschland (Dezember 2022) *EU-Kommission genehmigt deutsche Milliardenbeihilfen für Uniper und SEFE* https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-genehmigt-deutsche-milliardenbeihilfen-fur-uniper-und-sefe-2022-12-21_de (zuletzt aufgerufen am 5.4.2023).

dass auch staatliche Unternehmen (Stadtwerke)²⁰¹ zu diesen Nutznießern gehören.

Die Angst vor Corona²⁰² ermöglichte es, Fonds zu installieren und den Schulden-Deckel auszusetzen. Ein Fonds war der Corona-Wiederaufbaufonds. Die Gelder flossen jedoch nicht nur in die Minderung von Corona- und Lockdownschäden, sondern auch in die grüne und digitale Transformation.²⁰³ Ein solches Umlenken von Kapital ist auch bei der Energiepolitik denkbar.

Die Politik steuert die Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität. Das geschieht mit planwirtschaftlichen Mitteln. Diese bedürfen der Kontrolle und erfordern einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand.

Die Energiewende führt zu einer zunehmenden Nachfrage nach Strom. Sie ergibt sich aus der Zunahme der E-Mobilität und Wärmepumpen. Zudem benötigen die IT-Technologie und Crypto-Währungen ebenfalls mehr Strom. Auch muss die E-Infrastruktur ausgebaut werden und es fallen Kosten für die Umstrukturierungen an. Nicht zu vergessen sind die zunehmenden Systemkosten für grünen Strom, die überproportional zum Ausbau nachhaltiger Energien wachsen (s. Exkurs 9). Dieser steigenden Nachfrage steht kein entsprechend steigendes Angebot gegenüber, so dass der Strompreis weiter steigen wird.

Energieaufwendige Industrien werden in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Das wird zur weiteren Deindustrialisierung führen. Soll sie aufgehalten werden, sind entweder dauerhafte Subventionen (Umverteilung) nötig, oder eine drastische Verminderung der Energiepreise. Schon brechen die Verkäufe von Wärmepumpen²⁰⁴ und E-Autos²⁰⁵ ein.

Die reduzierte Nachfrage nach Erdöl drückt tendenziell den Ölpreis, wodurch Konkurrenten Öl billiger einkaufen können, was zu weiteren Nachteilen für den Standort Deutschland führt.

Es sollte nicht in Vergessenheit geraten:

1. Eine preiswerte Energie ist ein Schlüssel zum Wohlstand.

²⁰¹ Halbach, Andreas und Goldmann, Ralph Monopolkommission kritisiert: Missbrauch bei Strom- und Gaspreisen ZDF 21.1.2022, gefunden bei: <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/missbrauch-strom-gas-tarife-100.html> (letzter Aufruf am 5.4.2023).

²⁰² S. Kap. 4.8.4.

²⁰³ Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 30. Juni 2022 bezüglich des Corona-Wiederaufbaufonds“. in: https://germany.representation.ec.europa.eu/news/verteilungsschlüssel-für-corona-wiederaufbaufonds-mehr-geld-für-deutschland-2022-06-30_de (zuletzt aufgerufen am 5.4.2023).

²⁰⁴ <https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/das-wärmepumpen-desaster-verkäufe-brechen-ein-milliardenschaden-befürchtet/ar-AA11Cm5l?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=ac33fb8d38f54700a7a9bb9fcd035ad2&ei=9>

²⁰⁵ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/e-autos-zulassungen-100.html>

2. Eine Politik der Dekarbonisierung ist ökonomisch schädlich, wenn sie zu Wettbewerbsverzerrungen führt.

Resümee – Gute Absichten ersetzen keine Expertise

Die Energiepolitik ist sehr teuer, aber hilft dem Klima kaum messbar. Die Politik ist überhastet und nicht effektiv. Die Habecksche ökologischsoziale „Marktwirtschaft“ hat einen planwirtschaftlichen Ansatz. Er engt Freiheiten und kreatives Handeln ein, statt sie zu fördern. Er lenkt Kapital in uneffektive Kanäle. Das Wirtschaftswachstum leidet. Es kommt zu überhöhten Energiepreisen und sozialen Härten. Um diese zu mildern, wird Geld umverteilt. Das aber erhöht den bürokratischen Aufwand. Die Entlastungen der einen müssen andere bezahlen. Leistung lohnt sich zum Teil nicht mehr. Unternehmen wandern ab.

Der Wirtschaftsminister Habeck wollte uns weismachen, dass

- steigende Energiepreise,
- überbordende Bürokratie,
- höchste Unternehmens- und Einkommensteuern,
- zunehmende Lohnzusatzkosten,
- Bevormundung,
- mangelhafte Investitionsanreize,
- akuter Arbeitskräftemangel,
- Umverteilungen,
- Subventionen unwirtschaftlicher Bereiche und
- exzessive Sozialausgaben

den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken. Das Gegenteil ist der Fall. Was sind die Konsequenzen? Keine Klimapolitik? Doch! Wir brauchen eine Klimapolitik! Das Klima ist aber ein globales Problem und kann nur global gelöst werden. Und es kann zudem marktwirtschaftlich gelöst werden, denn eines der marktwirtschaftlichen Prinzipien ist das Verursacherprinzip. Wenn dann jedoch eine „Verschmutzungsgebühren“ – wie beispielsweise die CO₂-Abgabe – eingezogen wird, so sind die eingezogenen Mittel für die Beseitigung der Ursachen einzusetzen. Fließen diese Mittel in den Haushalt, so ist das eine Pervertierung der Grundidee; denn nun hat der Staat ein Interesse an der „Umweltverschmutzung“, denn er verdient daran.

Die Marktwirtschaft entwickelte sich zunehmend – nicht nur unter Habeck – zu einer Planwirtschaft. Der Ökologismus schwächt die deutsche Wirtschaft in einem bisher nicht erlebten Ausmaß, ohne im Weltmaßstab ökologisch einen messbaren Erfolg zu erzielen.

7.15 Regelverstöße der EZB hat Folgen

Die EZB hat in vielfältiger Weise gegen die EU-Verträge verstoßen. Dies hat vielfältige Folgen gezeitigt.

7.15.1 EZB Politik mit planwirtschaftlichen Mitteln

Es ist „das vorrangige Ziel des ESZB, die Preisstabilität zu gewährleisten.“²⁰⁶ Das ist deswegen für jeden einzelnen von uns von so großer Bedeutung, weil wir unsere Arbeit in Geld umtauschen. Geld ist ein Wertaufbewahrungsmittel. Wir sparen es für Anschaffungen oder um Vorsorge für unser Alter zu treffen. Verliert dieses Geld an Wert, so verliert auch unsere Arbeit an Wert.

Die Aufgaben der EZB sind in Art. 127 Abs. 1 AEUV festgeschrieben. Es sind dies:

- die Gewährleistung der Preisstabilität,
- das Halten und Verwalten der Währungsreserven,
- die Abwicklung von Devisengeschäften,
- die Festlegung und Ausführung der Geldpolitik der Union.

Im Rahmen der europäischen Verträge (AEUV) darf die EZB die Wirtschaftspolitik der Union zwar unterstützen, aber nicht betreiben. Die EZB ist politisch unabhängig und damit nicht an Weisungen gebunden.

Um Preisstabilität zu erreichen, nutzt die EZB die Geldpolitik. Sie legt den Leitzins fest und steuert die Geldmenge. Es ist nicht ihre Aufgabe, den Marktzins zu diktieren oder Staaten zu finanzieren.

Planwirtschaft ist eine Wirtschaftsform, bei der alle wesentlichen wirtschaftlichen Maßnahmen von einer zentralen Stelle aus gesteuert und kontrolliert werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 5. Mai 2020 festgestellt, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Unabhängigkeit missbraucht, denn sie „überdehnt“ ihr Mandat. Indem sie Wirtschaftspolitik betreibt, maßt sie sich an, was ihr nicht zusteht. Sie greift in das wirtschaftliche Geschehen in planwirtschaftlicher Manier ein. Wie geschieht das praktisch?

Die EZB setzt einen „Aktionsplan“ um. Er beinhaltet den gezielten Kauf spezieller „grüner“ Anleihen. Konkret spricht die EZB von „Sustainability-Linked

²⁰⁶ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:12016M/PRO/04&from=DE#d1e49-230-1>

Bonds“. Dadurch wird Kapital in Wirtschaftszweige gelenkt, die umweltschonend wirken.²⁰⁷

Es ist folgerichtig, dass der Bundesbankpräsident Jens Weidmann auf Distanz zu einer solchen EZB-Politik ging: Er warnte am 20. November 2020 vor einer aktiven Geldpolitik der EZB mit primär klimapolitischen Zielen. Diese könnten nämlich im Widerspruch zu dem Ziel der Notenbank zur Sicherung der Preisstabilität stehen und es sei zudem „nicht die Aufgabe des Eurosystems, bestimmte Industrien zu bestrafen oder zu unterstützen“.²⁰⁸

Das Problem der gegenwärtigen EZB-Politik ist, dass sie den Preis für Geld (den Marktzins) nur in bestimmten Wirtschaftszweigen gezielt senkt und dadurch andere benachteiligt. Die EZB hat das Kreditangebot verfälscht. Sie hat den Markt „verbogen“.

Exkurs 6: Beeinflussung des Marktzinses durch die EZB und die Folgen

Die Aufgabe der EZB ist es, u. a. den Leitzins festzulegen. Er steuert die Höhe der Zinsen bei Geldeinlagen (Einlagenzinssatz) und Ausleihungen der Banken (Re- und Spitzenfinanzierungssatz). Sie vergeben ihrerseits Kredite, für die sie einen Zinsaufschlag zum Leitzins verlangen. Dadurch kommt der Marktzins zustande. Der Leitzins beeinflusst also den Marktzins (durchschnittlicher Zins am Kapitalmarkt) aller Branchen gleichermaßen.

Kauft die EZB Anleihen, steigt das Geldangebot. Der Preis für Geld, der Zins, sinkt. Das erleichtert Investitionen. Erwirbt die EZB gezielt im großen Umfang Anleihen nur eines bestimmten Wirtschaftszweigs und sinken die Zinsen, haben Investoren dort gegenüber anderen Bereichen Vorteile. Durch die Käufe lenkt die EZB demnach Geldströme und betreibt so Wirtschaftspolitik.

7.15.2 Risiken des Bundes durch die EZB-Politik

Die nationalen Zentralbanken (NZB) sind Gesellschafter der EZB. Für sie haftet der Bund, für den die Bürger geradestehen müssen. Die Risiken aus Anleihekäufen der EZB betreffen also alle Bürger. Dass diese Risiken real sind, belegt die Tatsache, dass laut Meldung der Tagesschau vom 03.03.2021 die Bundesbank

207 (o. V.): (2021, 8. Juli). *EZB präsentiert Maßnahmenplan zur Berücksichtigung von Klimaschutzaspekten in ihrer geldpolitischen Strategie*. European Central Bank. https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210708_1%7Ef104919225.de.html (letzter Zugriff: 30.01.2022). / (o. V.): *Detailed roadmap of climate change-related actions*. (o. V.). European Central Bank. https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210708_1_annex~f84ab35968.en.pdf (letzter Zugriff: 30.01.2022).

208 (o. V.): (2020, 20. November). *Bundesbank-Präsident warnt vor „grüner“ Geldpolitik*. Reuters. <https://www.reuters.com/article/deutschland-weidmann-klima-idDEKN2801NX> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

erstmals seit 1979 keine Gewinne an den Bund ausschüttet. Begründet wird dies mit den „Risiken durch die Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank.“²⁰⁹

Tatsächlich wird jetzt die Rechnung präsentiert. Aus der NZZ am 23. Februar 2024:

„Jetzt sind die Deutsche Bundesbank und die EZB blank. Sie haben sämtliche in den vergangenen Jahren gebildeten Rückstellungen aufgebraucht, um mögliche Verluste aufzufangen. Ab 2024 werden diese voll durchschlagen. Doch bereits heute sind die Auswirkungen der billionenschweren Wertpapierkäufe der letzten Jahre schmerzlich spürbar: Die Finanzminister und damit die Steuerzahler bekommen nun die Rechnung für die ultraexpansive Geldpolitik.“

Enorme Verluste im Zinsgeschäft

Die Anleihekäufe der EZB wurden primär über die nationalen Notenbanken umgesetzt. Diese haben also den Großteil der Papiere effektiv erworben. Die Zinswende führte vor diesem Hintergrund dazu, dass die Bundesbank für 2023 einen Verlust von 21,6 Milliarden Euro erlitten hat – den größten, den es je gab. Dank großer Rückstellungen und Rücklagen konnte die Notenbank diese Verluste gerade noch so auffangen, dass unter dem Strich eine rote Null steht.

Bei der EZB war das bereits nicht mehr möglich. Sie veröffentlichte einen Verlust von 1,3 Milliarden Euro, weil die Rückstellungen nicht mehr ausgereicht haben, um das Minus aus den Zinsgeschäften zu decken. Die zurückliegenden Wertpapierkäufe mit aus dem Nichts geschaffenen Geld haben zu einer enormen Überschussliquidität im System geführt.“²¹⁰

Ende des Zitats.

7.15.3 Fehlallokation und Zombifizierung der Wirtschaft

Zinsen sind Kosten für Kapital. Sinken diese, steigt die Rentabilität von Investitionen. Sind Zinsen zu tief, rechnen sich auch Investitionen, die bei einer normalen Zinslage nicht rentabel wären. „Es entsteht ein Boom, der mit Fehlinvestitionen [Fehlallokation] gespickt ist.“²¹¹

²⁰⁹ (o. V.): (2021, 3. März). Bundesbank. Tagesschau. <https://www.tagesschau.de/thema/bundesbank/> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

²¹⁰ Rasch, Michael (2024, 23. Februar) Milliardenverluste: Die EZB und die Bundesbank erhalten die Rechnung für ihre ultraexpansive Geldpolitik NZZ <https://www.nzz.ch/meinung/milliardenverluste-die-ezb-und-die-bundesbank-erhalten-die-rechnung-fuer-ihre-ultraexpansive-geldpolitik-ld.1819239>

²¹¹ Fischer, Malte: (2015, 3. November). Sind Sparer schuld am Zinstief? Die Mär von der weltweiten Sparflut. WirtschaftsWoche. <https://www.wiwo.de/finanzen/geldanlage/sind-sparer-schuld-am-zinstief-die-maer-von-der-weltweiten-sparflut/12529420.html> (letzter Zugriff: 30.01.2022).

Wir hatten eine Phase zu tiefer Zinsen erlebt. Sie verführten zur Überschuldung. Während dieser Zeit waren Investitionen billig und die Renditeerfordernisse gering. Es kam zur Zombifizierung der Wirtschaft: Firmen verschuldeten sich derart, dass sie ihre Kapitaldienste nur noch mit neuen Schulden bedienen konnten. Dadurch stieg die Krisenanfälligkeit: Wenn die Zinsen steigen, geraten Firmen und Staaten in Zahlungsprobleme.

7.15.4 EZB betreibt Finanz- und Wirtschaftspolitik statt Geldpolitik

Wie in Kap. 5.2 geschrieben, ist es die wichtigste Aufgabe der EZB, für Preisstabilität zu sorgen. Darüber hinaus darf die EZB – im Rahmen der europäischen Verträge (AEUV) – die Wirtschaftspolitik der Union zwar unterstützen, aber nicht betreiben!

Das Zinsdiktat der EZB besteht

- einerseits in der Festlegung des Zentralbankzinses – der sich weit außerhalb der natürlichen Zinsrange bewegt und insoweit nicht mehr als korrigierend, sondern lenkend angesehen werden muss – und
- andererseits in einem umfänglichen, den Marktpreis bestimmenden Anleihekaufprogramm (s. Kap. 7.15.6.: EZB-Staatsfinanzierung durch Anleihekäufe). Dabei verfügt sie faktisch über unbegrenzte Geldmittel²¹².

Dabei ist die Negativzinspolitik der EZB durch das geldpolitische Mandat nach Artikel 127 AEUV und Artikel 9 ff. EZB-Satzung nicht gedeckt. Durch die Anleihekäufe der EZB konnte ein Zinsdiktat durchgesetzt werden. Das Bundesverfassungsgericht schreibt in seinem Urteil vom 05.05.2020: Die Aufkaufprogramme der EZB sind von der europäischen Kompetenzordnung nicht gedeckt.²¹³ Die EZB hat also ihre Kompetenzen überschritten (überdehnt).

Das Verursacherprinzip wird ausgehebelt: Die unabhängig agierende EZB geht Risiken ein, für die der Bund haftet (s. oben: Risiken des Bundes durch die EZB-Politik). Natürlich obliegt es der Politik, Politik zu betreiben. Dazu sollte sie aber nicht die EZB missbrauchen oder instrumentalisieren. Sie hat ihre klar definierten Aufgaben zu erfüllen. In einem marktwirtschaftlichen System ist es Aufgabe der Politik, einen Ordnungsrahmen vorzugeben, innerhalb dessen sich die Kräfte nach marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten entfalten können. Soll beispielsweise eine die Umwelt schonende Wirtschaft betrieben werden, so könnte der Staat an Stelle der Umwelt die Kasse führen – Umweltbelastungen also mit Gebühren belegen –

²¹² (o. V.): (2012, 13. Oktober). Draghi will Euro um jeden Preis retten. Süddeutsche.de. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/maerkte-bejubeln-ebz-chef-draghi-will-euro-um-jeden-preis-retten-1.1423115> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

(o. V.): (2021, 4. Februar). Bilanzsumme der EZB steigt auf über sieben Billionen Euro. Tagesgeld.info. <https://tagesgeld.info/news/news/013087-bilanzsumme-der-ebz-steigt-auf-ueber-sieben-billionen-euro/> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

²¹³ Textpassagen 117 in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. Mai 2020.

allerdings sollten die so generierten Einnahmen ausschließlich dazu verwandt werden, die Schäden wieder auszugleichen. Im Ergebnis gilt es also das marktwirtschaftlich konforme Verursacherprinzip umzusetzen.

Die Zinspolitik gemeinsam mit den Anleihekaufprogrammen – also das Zinsdiktat – widerspricht dem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft; denn ein Zinsdiktat ist mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft unvereinbar, weil eine freie Preisbildung unterbunden wird. Ein Zinsdiktat ist planwirtschaftlicher Natur.

Im Gegensatz zu früher betreibt die EZB faktisch Wirtschaftspolitik, wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20.5.2020 belegt.

7.15.5 Unzulässige Einmischung der EZB in Hoheitsrechte des Parlaments

In diesem Zusammenhang erlangt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. Mai 2020 eine herausragende Bedeutung; denn es stellt unmissverständlich fest, dass die Auswirkung der Maßnahmen der EZB nicht nur bezüglich des gesetzlichen Auftrages im Auge zu behalten ist, sondern auch bezüglich anderer Auswirkungen: Es bestehen „gegen den PSPP-Beschluss des ICD-Rates vom 4. März 2015 (EU) 2015/774 sowie die darauffolgenden Beschlüsse (und die) durchgreifende Kompetenz viele Einwände“. Soll heißen: Der EZB-Rat hat die tatsächlichen Auswirkungen der Anleihekäufe (PSPP) nicht ausreichend gewürdigt. Die EZB hat keine Überprüfung der Verhältnismäßigkeit des Anleihen-Kaufprogramms vorgenommen. Anders ausgedrückt: Die Aufkaufprogramme der EZB sind von der europäischen Kompetenzordnung nicht gedeckt (117)²¹⁴. Die EZB hat ihre Kompetenzen überschritten.

Das Bundesverfassungsgericht stellt fest, dass keine Prognosen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Aufkaufprogramme und ihren währungspolitischen Auswirkungen erfolgten (168). Das aber wäre erforderlich gewesen. Damit mangelte es an der Grundlage, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen beurteilen zu können (177). Schließlich stellt das Bundesverfassungsgericht fest, dass die wirtschaftlichen Folgen des PSPP (173)

- das Risiko von Immobilien- und Aktienblasen erhöhen und
- alle Bürgerinnen und Bürger (Aktionäre, Mieter, Eigentümer von Immobilien, Sparer und Versicherungsnehmer) zumindest mittelbar betroffen sind.

²¹⁴ Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf Textpassagen in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. Mai 2020.

Später wird der ehemalige Chef-Volkswirt der EZB, Jürgen Stark, sagen, dass er die von der EZB im großen Stil vorgenommenen Anleihekäufe für „weder notwendig, noch angemessen“ hält. Ökonomisch handele es sich dabei um eine Staatsfinanzierung, die verboten ist. Die EZB sei „auf die schiefe Bahn“ geraten. Sie betreibe eine „schleichende Veränderung des Wirtschaftssystems“.²¹⁵ Tatsächlich sind die EU-Bestrebungen zu mehr Gemeinschaftshaftung und Umverteilung unübersehbar. Die Soziale Marktwirtschaft, mit Eigenverantwortung und Wohlstand für alle, versinkt zunehmend im schwammigen Boden des Sozialismus. Das Problem am EU-Sozialismus ist, dass ihm irgendwann das Geld ausgehen wird.

Exkurs 7: Kompetenzüberschreitung der EZB

Wenn die EZB mithilfe der Ankaufprogramme ihr 2%-Inflationsziel erreichen wollte, hätte sie nun die darüber hinaus gehenden (weitergehenden wirtschaftlichen) Folgen bedenken müssen; denn insoweit, wie die Maßnahmen (Anleihekaufprogramme) zu besonders niedrigen Zinsen führen, werden Staaten dazu verleitet, sich zu überschulden, weil der Disziplinierungsdruck hoher Zinsen entfällt. Die Senkung der allgemeinen Zinsen steigert die Gefahr, dass notwendige Konsolidierungs- und Reformbestrebungen nicht umgesetzt oder fortgesetzt werden (170). Indirekt greift die EZB – nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes – also in die Fiskalpolitik der einzelnen Länder ein.

Im Gegensatz zu früher überschreitet die EZB ihre Kompetenzen und greift damit in die Hoheitsrechte der nationalen Parlamente ein.

7.15.6 Staatsfinanzierung durch Anleihekäufe der EZB

Am Anfang der derzeitigen Entwicklung stand der Bruch der Konvergenzkriterien und, gemessen am Bruttosozialprodukt, die Überschuldung von Staaten. Das führte zu höheren Zinsen, welche einerseits die Staatshaushalte zusätzlich belasteten und andererseits zu Kursverlusten von Staatsanleihen führten. Letzteres verschlechterte die Bilanzen von Banken, die überwiegend Staatsanleihen halten. Sie gerieten in Schieflage. Staaten sahen sich veranlasst, „systemrelevante Banken“ zu retten, was wiederum zu einer weiteren Staatsverschuldung führte. Die Verschuldungsspirale ist damit wieder an ihrem Anfang angekommen. Die EZB – geleitet von einer Politikerin – senkte die Zinsen rapide, erwarb in großem Umfang Staatsanleihen und half so den Staaten, ihre Schulden bezahlbar zu

²¹⁵ Kremer, Dennis: (2020, 27. Juli). „Die EZB ist auf die schiefe Bahn geraten“. FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/was-juergen-stark-ueber-die-ezb-sagt-16876012.html> (letzter Zugriff: 30.01.2022).

machen. Statt ihr Augenmerk auf die Geldstabilität zu richten, betrieb sie durch ein Zinsdiktat faktisch Wirtschaftspolitik – was ihr nicht zusteht. Seit 2009 erwirbt die EZB im Zuge ihrer Covered Bond Purchase Programme (CBPP) Pfandbriefe.

Am 26. Juli 2012 sagte der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, den berühmt gewordenen Satz: „Within our mandate, the ECB is ready to do whatever it takes to preserve the euro. And believe me, it will be enough.“ „Im Rahmen ihres Mandates ist die EZB bereit, alles zu tun, was nötig ist den Euro zu retten. Und glauben Sie mir, es wird genug sein.“ Kurz nach dieser Äußerung beschloss der EZB-Rat²¹⁶ das OMT (Outright Monetary Transactions) Programm. Es beinhaltet die Selbstermächtigung, in unbegrenztem Umfang kurzlaufende Staatsanleihen aufzukaufen, wenn die Finanzmärkte massiv auf ein Auseinanderbrechen der Währungsunion spekulieren sollten.²¹⁷ Tatsächlich wird die EZB ihr Mandat später überdehnen, die Folgen ihres Handelns nicht in angemessenem Umfang beachten.

In einem Memorandum kritisieren ehemalige Notenbanker die Politik der EZB: Sie sei auf wirtschaftlich unhaltbare Abwege geraten, denn letztlich würde die EZB auf Umwegen und verbotenerweise Staaten finanzieren. Maßnahmen, dies zu verhindern, seien dringend zu ergreifen.²¹⁸ Doch Politik und EZB stellen sich taub.

2013 prangerten weitere 136 Ökonomen das Anleihekaufprogramm der EZB wegen verbotener Staatsfinanzierung an.²¹⁹ Sie schrieben, dies sei „rechtswidrig

²¹⁶ „Der EZB-Rat ist das oberste Beschlussorgan der Europäischen Zentralbank. Er umfasst die sechs Mitglieder des Direktoriums und die Präsidenten der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten des Euroraums.“ Quelle: Europäische Zentralbank in: <https://www.ecb.europa.eu/ecb/orga/decisions/govc/html/index.de.html#Sitzungen%20und%20Beschlussfassung> (letzter Zugriff: 10.06.2023). Das Direktorium der EZB umfasst neben dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten vier weitere Personen. Alle Direktoriumsmitglieder werden vom Europäischen Rat ernannt, und zwar mit qualifizierter Mehrheit. Der Europäische Rat setzt sich zusammen aus den Staats- und Regierungschefs der Union, dem Präsidenten des Europäischen Rates sowie dem Kommissionspräsidenten, wobei Letztere kein Stimmrecht besitzen.

²¹⁷ (o. V.): (2022, 21. Januar). Ist das Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank sinnvoll? bpb.de. <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/schuldenkrise/193107/ist-das-anleihekaufprogramm-der-europaeischen-zentralbank-sinnvoll/> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

²¹⁸ Rasch, Michael: (2019, 4. Oktober). Alt-Notenbanker werfen der EZB in gemeinsamem Memorandum verbotene Staatsfinanzierung vor. Neue Zürcher Zeitung. <https://www.nzz.ch/wirtschaft/alt-notenbanker-werfen-der-ezb-in-gemeinsamem-memorandum-verbotene-staatsfinanzierung-vor-ld.1512804?reduced=true> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

²¹⁹ Plickert, Philip: (2013, 11. September). Deutsche Ökonomen werfen der EZB Staatsfinanzierung vor. FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/neuer-appell-deutsche-oekonomen-werfen-der-ezb-staatsfinanzierung-vor-12569316.html> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

³⁷ Plickert, Philip: (2015, 9. Dezember). Politiker fordern Offenlegung des EZB-Geheimpakts. FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/politiker-fordern-offenlegung-des-anfa-geheim-abkommens-der-ezb-13955388.html> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

und ökonomisch verfehlt“. Die EZB verstöße gegen ihr geldpolitisches Mandat und gefährde ihre Unabhängigkeit.

Im Gespräch war Anfa (Agreement on net-financial assets)²²⁰. Dabei handelt es sich ursprünglich um ein Geheimabkommen zwischen der EZB und Nationalbanken (insbesondere Italien und Frankreich), nach dem diese, finanziert durch die EZB, Staatsanleihen kaufen können. Bis Ende 2014 soll bereits ein Volumen von 720 Mrd. € erreicht worden sein.

Da der Finanzierer die EZB ist, für die die anderen Zentralbanken haften, für die wiederum die Bürger einstehen, unterliegt die Anfa, wie auch die Anleihenkäufe der EZB, dem Prinzip der Gemeinschaftshaftung. Besonders bedenklich ist, dass Anfa im Geheimen ausgehandelt wurde. Die letztlich Verantwortlichen hatten keine Kenntnis, geschweige denn Einfluss auf das Geschehen. Handeln und Haften wurden getrennt und damit das Verursacherprinzip durchbrochen.

Zwar versichert die EZB, Anleihen nur auf dem Sekundärmarkt zu erwerben, also Staaten nicht direkt – also durch den Kauf von Anleihen auf dem Primärmarkt – zu finanzieren. Durch ihre Kaufpolitik drückt sie damit aber die Zinsen auf den Euro-Finanzmärkten. Faktisch kommt es deswegen auf zweierlei Wegen zu einer Staatsfinanzierung:

- zum einen, weil Erstkäufer ggf. nur deswegen Staatsanleihen auf dem Primärmarkt erwerben (= zinssenkende Nachfrage), weil sie sicher sein können, dass sie diese an die EZB auf dem Sekundärmarkt weiterverkaufen können,
- zum anderen in Folge des gedrückten Zinsniveaus, da tiefere Zinsen für die gleichen Annuitäten eine höhere Kreditaufnahme ermöglichen.

Bei zu niedrigen Zinsen kommt es zur keynesianischen Liquiditätsfalle²²¹ (Anleger kaufen keine Anleihen mehr). In einer solchen Situation können sich Staaten nicht mehr durch Anleihen finanzieren. Sie werden von Zentralbanken abhängig, die als Käufer einspringen. Tatsächlich erlebten wir, dass die EZB die Neuverschuldung der Euroländer praktisch vollständig aufgesaugt hatte.²²²

Pfandbrief- und Anleiheaufkaufprogramme umfassten im einzelnen:

- 02.07.2009 bis 30.06.2010 - Covered Bond Purchase Program (CBPP1)

²²⁰ Plickert, Philip: (2015, 9. Dezember). Politiker fordern Offenlegung des EZB-Geheimpakts. FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/politiker-fordern-offenlegung-des-anfa-geheim-abkommens-der-ezb-13955388.html> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

²²¹ (o. V.): Die Nachfrage nach Geld: Die klassische und die keynesianische Herangehensweise an Geld. (o. D.) LOCALLUX. <https://triangleinnovationhub.com/demand-money#:~:text=Liquidit%C3%A4tsfalle%3A%20Keynes%20visualisierte%20Bedingungen%2C%20unter%20denen%20die%20spekulative,so%20dass%20auch%20die%20Renditen%20von%20Anleihen%20> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

²²² Angelé, Jörg: (2021, 9. April). EZB saugt auch 2021 Neuverschuldung der Euroländer vollständig auf. BANTLEON Institutional Investing. <https://www.bantleon.com/newsroom/ezb-saugt-auch-2021-neuverschuldung-der-eurolaender-vollstaendig-auf> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

- 10.05.2010 bis 06.09.2012 - Securities Markets Program (SMP)
- 02.11.2011 bis 31.10.2012 - Covered Bond Purchase Program (CBPP2)
- 20.10.2014 bis 19.12.2018 - Covered Bond Purchase Program (CBPP3)
- 09.05.2015 bis 19.12.2018 - Public Sector Purchase Program (PSPP)
- 10.03.2016 bis 19.12.2018 - Corporate Sector Purchase Program (CSPP)
- seit 31.10.2019 - Public Sector Purchase Program (PSPP),
- seit 19.03.2020 - Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP).

Der Haftungsanteil Deutschlands an diesen Anleihen betrug 2021 ca. 1.000 Mrd. €. Wenn jedoch ein Land aus dem Verbund austritt, geht deren Haftung auf die verbleibenden Länder über. In der Finanzkrise hatten EU-Staaten 1.600 Mrd. € in Banken fließen lassen.²²³

Beispiel 20 Staatsfinanzierung durch Anleihekäufe der EZB:

Wenn ein Staat sich durch die Herausgabe einer Anleihe Geld verschafft, so tut er dies, indem er Anleihen an den Erstkäufer auf dem sogenannten Primärmarkt (erster Markt) verkauft. Möchte der Erstkäufer seine Papiere später verkaufen, geschieht das immer auf dem sogenannten Sekundärmarkt. Faktisch handelt es sich bei dem Kauf von Staatsanleihen durch die EZB also um eine Staatsfinanzierung.

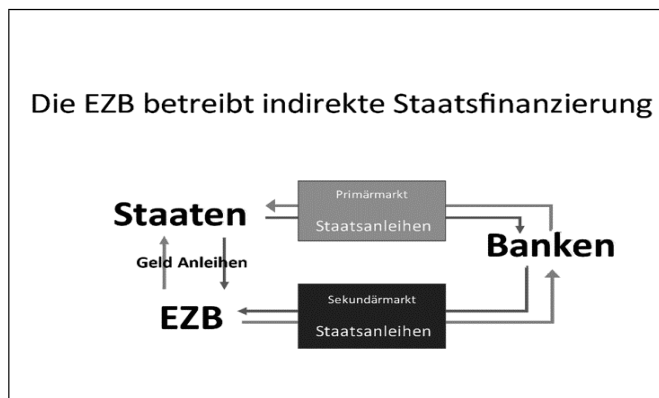


Abbildung: EZB betreibt indirekte Staatsfinanzierung

Vor dem Europäischen Gerichtshof wurde zwar argumentiert, dass die EZB ja lediglich auf dem Sekundärmarkt Staatsanleihen erwerben würde, die Staatsfinanzierung zum Zeitpunkt des Kaufs durch die EZB also bereits erfolgt war, doch das ist nur die halbe Wahrheit. Es ist nämlich ins Kalkül zu ziehen, dass Investoren nur deswegen die Staatsanleihen auf dem Primärmarkt erworben haben, weil sie sicher sein konnten, diese jederzeit und ohne Risiko auf dem Sekundärmarkt wieder an die EZB verkaufen zu können. Ohne die Abnahmegarantie durch die EZB auf dem Sekundärmarkt wäre also der Kauf zu den mickrigen Zinsen auf dem Primärmarkt – zumindest zum Teil – gar nicht erfolgt. Das bedeutet: Über den

²²³ (o. V.): (2015, 31. Dezember). Notfallfonds für Pleitebanken startet. FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-notfallfonds-fuer-pleitebanken-startet-13992185.html> (letzter Zugriff: 29.01.2022).

Umweg von Banken gelangen Staaten an Geld der EZB im Tausch gegen Anleihen. Da für diese Anleihen keine ausreichenden Sicherheiten hinterlegt werden mussten, die Bürger aber für ihre nationalen Zentralbanken haften und die nationalen Zentralbanken für die EZB, haften letztlich die Bürger für diese Geschäfte.

Eine Staatsfinanzierung gehört nicht zum Aufgabengebiet der EZB und sie widerspricht dem Geist der No-Bailout-Klausel (Art. 125 AEUV). In diesem Zusammenhang sei nochmals darauf hingewiesen, dass die nationalen Zentralbanken – und damit die Bürger – für die EZB haften.

7.15.7 Ungedecktes Geld

Während in der Frühzeit des Geldes Währungen einen gewissen Bezug zu Sachwerten, vor allem Kupfer, Silber oder Gold hatten, wurde dieser Bezug im Verlaufe der Zeit zunächst aufgeweicht und verschwand schließlich gänzlich. Das Geld hat seinen Anker verloren.

Vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 kostete eine Unze Gold 20,67 US-Dollar. Am 31. Januar 1934 wurde die Goldparität auf 0,888671 Gramm festgeschrieben (35 US-Dollar je Unze), was aber wegen des Verbotes privaten Goldbesitzes (seit dem 5. April 1933) ausschließlich für den kommerziellen und zwischenstaatlichen Handel galt. Schon 1960 war die US-Geldmenge nicht mehr durch US-Goldreserven gedeckt. 1971 wurde die Goldbindung des Dollars abgeschafft. Dadurch verlor das Geld den (Sachwert-)Anker. Es wurde damit beliebig vermehrbar. Das galt auch für Kredite. Selbst Banken können durch die Vergabe von Krediten eine Geldvermehrung betreiben. Verbunden mit einer damit möglichen uferlosen Verschuldung konnte auch die Politik üppige Wahlgeschenke verteilen. Die Leitplanken einer soliden Finanzpolitik kamen abhanden. Doch irgendwann wird jede Rechnung fällig.

Auch der Euro ist nicht durch Sachwerte unterlegt. Er ist deswegen beliebig vermehrbar. Das macht ihn zu einem manipulierbaren, machtpolitischen Instrument. Sein (Tausch-)Wert basiert einzig auf dem allgemeinen Glauben an seinen Wert. Ohne einen festen Bezug zu Realem kann neben der Giralgeld-Menge (Buchgeld) auch die Bargeld-Menge beliebig vermehrt werden. Hinzu kommt, dass Zentralbanken den Preis für Geld, den Zins, weitgehend eigenmächtig festlegen können und durch die Anleihekaufprogramme sogar Wirtschaftspolitik – gemeinsam mit der EU-KOM mit ihrer Taxonomieverordnung – Wirtschaftspolitik betreiben.

Zwar haftet dem Geld noch immer ein gewisser Nimbus an, der einen Glauben an seinen Wert begründet, doch handelt es sich eben nur um einen Glauben und nicht um Gewissheit. Geht das Vertrauen erst verloren, zeigt sich, was das Geld wirklich wert ist.

Die Missachtung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und die Missachtung gleich mehrerer Artikel des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sind eklatante Verstöße gegen Buchstaben und Geist dieser Verträge.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll eine übermäßige Verschuldung der Euroländer unterbinden und so hohen Inflationsraten entgegenwirken, finanzielle Handlungsspielräume der Länder erhalten und für einen stabilen Euro sorgen. Der Pakt schreibt vor, dass kein Staat ein jährliches Haushaltsdefizit von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und die öffentliche Verschuldung von 60 % seines BIPs überschreiten darf.

Soweit die Idee, doch schon vor 2019 – also bereits vor Corona – betrug die Staatsverschuldung bei den meisten Euro-Staaten über 60 % des BIP. Im Zuge der in der Pandemie ergriffenen Maßnahmen, des umweltgerechten „Umbaus der Wirtschaft“ und des Ukraine-Kriegs, hat sich die Verschuldungslage in Europa und Deutschland deutlich verschlechtert (Schattenhaushalte, Sondervermögen usw.).

Wenn die amtierende Politik die Vertragsverletzungen z. B. durch die EZB duldet – mit der Folge der Gefährdung der Geldwertstabilität – so ist zu vermuten, dass die Vertragsverletzung der Politik gelegen kommt. Tatsächlich ermöglichen tiefe Zinsen es der Politik, immer mehr Schulden aufzutürmen, ohne dass die Schuldendienste unbezahlbar werden. Das ist besonders bedenklich, weil die Politik dadurch zur Überschuldung verführt wird; denn je mehr Geld ihr zur Verfügung steht, desto mehr Verteilungsmasse steht ihr zur Verfügung. Aber: Nach Art. 126 AEUV ist ein „übermäßiges Defizit“ von Staaten nicht zulässig! Hätten die Staaten vertragsgemäß gehandelt, wären die diesbezüglichen Stützungsmaßnahmen der EZB (während der Euro-Krise und Corona) unnötig gewesen!

Ohne die erwähnten Vertragsverletzungen – zumindest wird gegen den Geist von Verträgen verstoßen – wäre die beschrittene Politik nicht möglich gewesen.

Zur Eindämmung einer fortwährenden Verschuldungszunahme des Staates beschloss die Föderalismuskommission Anfang 2009 eine verfassungsrechtliche Schuldenbremse. Sie verpflichtet Bund und Länder seit 2011 durch verbindliche Vorgaben, die Haushaltsdefizite zu reduzieren. Haushalte von Bund und Ländern sind demnach ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Ab 2020 wurde die Schuldenbremse jedoch ausgesetzt. Das zeigt, dass sie nicht das hält, was sie verspricht. Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes²²⁴ vom 15.11.2023 hielt die Politik nicht davon ab, Wege zu finden, die Schuldenbremse erneut

²²⁴https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2023/11/fs20231115_2bvff000122.html. (letzter Zugriff: 29.1.2024) Grundlage des Urteils ist im Wesentlichen der Versuch der Regierung gewesen, Sondervermögen sinnentfremdet einzusetzen.

auszusetzen, weil sich die Politik durch Ausnahmeregelungen die Tür zu weitergehenden Verschuldungen offengehalten hat.²²⁵

Das ist besonders deswegen bedenklich, weil die Ampelregierung den „Ausnahmestandard“ selbst verursacht hat: durch eine mangelhafte Ausgabenpolitik insbesondere im Zusammenhang mit der Klimapolitik. Sie hätte die Klimaausgaben reduzieren können und dann Geld genug gehabt, um die selbst verursachte Krise Ende 2023 zu verhindern. Auch ohne den Bruch der Schuldenbremse hätte sie eine glaubhafte und erfolgreiche Klimapolitik betreiben können.

Die Schuldenbremse erweist sich ausweislich der Sondervermögen, Schattenhaushalte usw. faktisch als wirkungslos.

Wichtig ist es anzumerken, dass mit der expliziten Verschuldung die gesamten finanziellen Verpflichtungen der Staaten sowie die finanziellen Risiken nicht annähernd abgebildet sind, wie die Nachhaltigkeitslücke, das Sondervermögen, die Schattenhaushalte, die Haftungen und Bürgschaften vom Bund, Ländern und Gemeinden, unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen und die versäumte Modernisierung der Infrastruktur zeigen.

7.16 Subventionswettlauf statt marktwirtschaftlichem Wettbewerb

Unter Ludwig Erhardt waren sie undenkbar: Subventionen. Sie seien zu unterbinden; denn, so Ludwig Erhardt, wo ist der objektive Maßstab, nach dem jemand gerechterweise zu entscheiden vermöchte, was dem einen zuzubilligen, dem anderen vorzuenthalten und von Dritten zu bezahlen sei? Da es solche objektiven Maßstäbe nicht gibt, sind Steuerprivilegien oder Subventionen planwirtschaftlicher Natur – also abzulehnen –. Nicht der Staat hat darüber zu entscheiden, wer am Markt obsiegen soll ..., sondern der Verbraucher.²²⁶

Subventionen verbiegen den Wettbewerb. China hat das erkannt, um bestimmte Exportindustrien massiv subventioniert. Zunächst um auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen und später, um Wettbewerber zu verdrängen. Nun haben auch andere Staaten begonnen, eine exzessive Subventionspolitik zu betreiben. Zwischen dem 1.1.2023 und 29. Februar 2024 wurde weltweit von ca. 1900 Mrd. US\$ gesprochen!²²⁷ Es ist ein regelrechter Subventionswettlauf im Gange. Dabei geht es nicht nur um Wettbewerbspolitik, sondern auch um Klimaschutz, die nationale Sicherheit und Unabhängigkeit. Begründungen sind vielfältig. Es wird behauptet:

²²⁵ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/schuldenbremse-notlage-100.html>.

²²⁶ Erhardt, Ludwig *Wohlstand für Alle* Econ, Düsseldorf 1957. S. 171

²²⁷ Fischer, Peter A. (22. März 2024) *Chinesischer als die Chinesen: Der Westen im Subventionsfieber* NZZ in: <https://www.nzz.ch/pro-global/welt-im-subventionsfieber-ld.1823299>.

- Der Klimaschutz: Der Markt biete nicht genügend Anreize, damit Firmen aus eigenem Antrieb klimaneutral arbeiten. Da dies aber im Interesse der Gesellschaft sei, müsse der Staat in diesen Bereichen helfen.
- Die nationale Sicherheit: Es sei im Interesse des Landes, die Versorgung zu sichern. Aus diesem Grunde gelte es, kritische Produkte im Land selbst herzustellen. Die nötigen finanziellen Mittel seien von Deutschland mit aufzubringen; denn Sicherheit sei in unserem Interesse.
- Unabhängigkeit: Die Folgen des Russland-Krieges haben uns vor Augen geführt, wie wichtig Unabhängigkeit sein kann. Zum Aufbau entsprechender Strukturen seien Subventionen nötig.
- Wettbewerbsfähigkeit: Subventionen seien unumgänglich, um Firmen international wettbewerbsfähig zu machen und somit Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten.

Doch wirken Subventionen per se wirtschaftsfördernd? Zweifel sind angebracht:

- Subventionen sind unfair, sie verzerren den Handel und das Produktionsgefüge.
- Sie sind Geschenke an bestimmte Industrien, zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, an der es mangelt. Sie bremsen die Motivation zu eigenen Anstrengungen. Sie haben deswegen das Potential, die Wirtschaft zu schwächen.
- Exporte subventionierter Produkte sind Geschenke an Importeure.
- Es ist ökonomisch sinnvoll, Produkte zu importieren, die andere preiswerter herstellen. Das spart Ressourcen, die im Inland ökonomisch sinnvoller einzusetzen sind.
- Statt einzelnen Wirtschaftsbereichen durch Subventionen künstlich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, ist es sinnvoller, den Standort insgesamt zu stärken und eine Außenpolitik zu betreiben, die möglichst freie Marktzugänge garantiert und so komparative Kostenvorteile ermöglicht.
- Einseitige Abhängigkeiten sind tatsächlich gefährlich. Sie erzeugen Monopolwirkungen und können zu Ausbeutung oder Erpressungen missbraucht werden. Um komparative Kostenvorteile nutzen zu können, sollte auf neutralisierende, wechselseitige Abhängigkeiten geachtet werden.

Beispiel 21 Subventionierung von Konzernen:

Bsp. A.) Tesla: Damit Tesla eine Fabrik in Brandenburg baut, wurden große Waldflächen gerodet, Forstland zu Industriegebiet umgewidmet, Straßen

*gebaut, Sondergenehmigungen, beschleunigte Genehmigungsverfahren und Vergünstigungen bewilligt.*²²⁸

*Bsp. B.) Intel: Wie am 19.3.2022 im Deutschlandfunk berichtet wurde, will Intel in Magdeburg zwei Chip-Fabriken im Gesamtwert von 17 Mrd. US\$ errichten.*²²⁹ *Die Summe beinhaltet 5 Mrd. €, die der deutsche Staat zuschießen will.*²³⁰ *Später ist die Rede von 6,8 Mrd. Euro*²³¹. *Die Tageschau berichtet am 19.6.2023 von 9,9 Mrd. €, mit denen der Bund den Bau unterstützen will.*

Bsp. C.) Uniper: Uniper ist ein Energie-Unternehmen, das u. a. im großen Stil Gas aus Russland bezog und im Zuge langfristiger Verträge weiterverkaufte. Als im Zuge des Ukraine-Krieges Gas teurer wurde und Gaslieferungen aus Russland ausblieben, geriet das Unternehmen in eine existenzbedrohende Lage. Die Marktstellung von Uniper war aber in bestimmten Bereichen (z. B. kommunale Gasversorgung) derart dominant geworden, dass es Deutschland zu Rettungsaktionen erpressen konnte.

*Bsp. D.) Auch Thyssen kann sich über Subventionen im Umfang von fast 2 Milliarden € freuen. Damit soll die Stahlproduktion auf Wasserstoff als Energiequelle umgestellt werden.*²³²

*Bsp. E.) Der taiwanesishe Chiphersteller TSMC will im Raum Dresden eine Fabrik errichten und bekommt dafür 5 Mrd. €.*²³³

Bsp. F.) 902 Mio. € samt einer Bürgschaft von 200 Mio. € bekommt die Northvolt für den Bau einer Batteriefabrik in Schleswig-Holstein. Zudem werden umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt. Die USA hatten 850 Mio. an Staatshilfe aufgerufen.

²²⁸ Lamparter, Dietmar H.: (2020, 12. Februar). *Der Staat hilft kräftig mit.* Zeit Online. <https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2020-02/tesla-subventionen-gruenheide-elektromobilitaet-clon-musk> (letzter Zugriff: 14.10.2022).

²²⁹ Schilling, Andreas: (2022, 15. März). *Intel wird 17 Milliarden US-Dollar bei Magdeburg investieren.* hardwareLXXX. <https://www.hardwarelxxx.de/index.php/news/allgemein/wirtschaft/58314-eu-mega-fab-intel-wird-17-milliarden-us-dollar-bei-magdeburg-investieren.html> (letzter Zugriff: 14.10.2022).

²³⁰ Gerstl, Sebastian: (2022, 17. März). *Intel-Fabrik in Magdeburg soll mit 5 Milliarden Euro gefördert werden.* Elektronik Praxis. <https://www.elektronikpraxis.vogel.de/intel-fab-in-magdeburg-soll-mit-5-milliarden-euro-gefoerdert-werden-a-1103652/> (letzter Zugriff: 14.10.2022).

²³¹ (o. V.): (2022, 03. Juni). *Abgeordneter: Bund gibt 6,8 Milliarden Euro für Intel-Ansiedlung.* ntv-Ticker. <https://www.n-tv.de/ticker/Abgeordneter-Bund-gibt-6-8-Milliarden-Euro-fuer-Intel-Ansiedlung-article23375798.html> (letzter Zugriff: 14.10.2022).

²³² (o. V.): (13. Juni 2023) *Bund darf Thyssen wohl Milliarden geben.* ntv. <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Bund-darf-Thyssenkrupp-wohl-Milliarden-geben-article24188779.html> (letzter Zugriff 29.7.2023).

²³³ Ntv-Nachrichten vom 8.8.2023.

8. Gesellschaftliche Dynamiken und kulturelle Entwicklungen

8.1 Tiefgreifender Wertewandel

Wir erleben eine Zeit des fortschreitenden Wertewandels. Dieser zeigt sich darin, dass zentrale Aufgaben nicht mehr als unverrückbare Verpflichtungen, sondern als verhandelbare Größen verstanden werden.

Dieser Wertewandel äußert sich auf mehreren Ebenen.

- Statt langfristiger Strategien dominieren kurzfristige Maßnahmen, die oft von Wahlzyklen und öffentlichem Druck bestimmt sind.
- Traditionelle Leitbilder wie Gemeinwohlorientierung, Verlässlichkeit und Verantwortungsbewusstsein treten zurück hinter Individualisierung, kurzfristige Interessen und mediale Inszenierung.
- Werte wie Pünktlichkeit, Ordnung, Respekt vor staatlichen Institutionen und Pflichtgefühl verlieren an Bedeutung.²³⁴
- Bereiche wie innere Sicherheit, Infrastruktur oder Bildung geraten ins Hintertreffen.

8.2 Intellektuelle Krise – Anspruchsdenken und Denunziantentum

Deutschland erlebt eine gravierende intellektuelle Krise

8.2.1 Ansprüche sind oft höher als die Leistungsbereitschaft

Die Diskrepanz zwischen steigenden Ansprüchen und stagnierenden Leistungen ist signifikant. Dieses Anspruchsdenken wird durch eine Politik befördert, die auf kurzfristigen Beifall abzielt statt auf historischer Verantwortung. Es handelt sich dabei nicht primär um ein fiskalisches Problem oder eine strukturelle Krise, sondern vielmehr um ein Symptom geistiger Verarmung.²³⁵ Die geistige Substanz politischer Entscheidungen nimmt ab, was als Indikator für eine intellektuelle

²³⁴ <https://neuestegeschichte.uni-mainz.de/forschung/werte-und-wertewandel-in-moderne-und-postmoderne/werte-und-wertewandel-im-20-jahrhundert-arbeitsethos-leistungsbereitschaft-und-einstellungen-zur-arbeit-in-deutschland/>
<https://www.porstmann.net/insights/arbeitsmoral-in-deutschland-zwischen-pflichtbewusstsein-und-wandel/>
<https://www.goethe.de/prj/ger/de/wow/agi/22730896.html>
https://www.bmfr.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/v/zukunft-wertvorstellungen.pdf?__blob=publicationFile&v=3

²³⁵ In Deutschland wurde das Zeitalter der fiskalischen Solidität durch das Ende der Schuldenbremse endgültig beendet. In diesem Zusammenhang sei an David Hume erinnert, der 1752 über Staatsschulden schrieb, dass sie Teufelszeug seien: „Entweder muss die Nation den Staatskredit zerstören, oder der Staatskredit zerstört die Nation.“

Erosion gewertet werden kann. Ein unlogisches Verhalten ist dafür symptomatisch, denn Ansprüche können nur aus Leistungen resultieren.

8.2.2 Staatlich gefördertes Denunziantentum

Wer z. B. Kritik am Gendern oder einer Gleichstellungsbeauftragten äußert, der muss damit rechnen, vom „Antifeminismus-Monitoring-Team“, der staatlich geförderten Amadeu-Antonio-Stiftung, als unliebsame Person geoutet zu werden.²³⁶ Dabei kommt nicht etwa zur „Anzeige“, was strafbar ist, sondern es werden auch vermeintliche oder tatsächliche Sachverhalte *unterhalb der Strafbarkeitsschwelle* gesammelt. Die Anschwärzerei kann dabei anonym erfolgen, so dass jeder unerkannt seinen Nachbarn, 'dem er schon immer eins auswischen wollte', in die Bredouille bringen kann. Als böse Nachrede kann die anonyme Denunziation nicht verfolgt oder geahndet werden. Wir erleben politische gewollte Denunziationen, ein Verfall der Werte (die Meinungsfreiheit ist eingeengt²³⁷).

8.2.3 Subjektiv empfundene Einschränkung der Meinungsfreiheit

„Immer mehr Menschen wagen es nicht mehr, offen auszusprechen, was sie denken. Statt frei ihre Meinung zu äußern, prüfen sie zuerst, ob sie Nachteile zu erwarten haben, wenn sie sagen was sie denken. Das Gefühl, in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt zu sein, greift um sich. Erschreckende Umfrageergebnisse aus den Jahren 2019 und 2021 bestätigen diesen Trend: Eine Mehrheit der Bevölkerung schweigt aus Angst vor Sanktionen oder gesellschaftlicher Ächtung.“²³⁸

Die Bürger fühlen sich bevormundet, in einen engen Meinungskorridor gedrängt, der kaum Raum für Vielfalt und Widerspruch lässt. Was einst als selbstverständlich galt – das freie Wort – scheint heute unter Vorbehalt zu stehen. Damit droht

²³⁶ Venetti, Angelina, „Demokratie braucht keine Denunzianten – und keine ‚Antifeminismus‘-Meldestelle“, NZZ vom 21.2.2023. Da die Stiftung zum Teil staatlich finanziert wird, zahlen die Bürger durch die Meldestelle ihre eigene Diskreditierung. Gefunden am 21.2.2023 bei <https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/antifeminismus-meldestelle-ein-problem-fuer-die-demokratie-ld.1726891?reduced=true>

²³⁷ Maulkorb für Impf-Kritiker Bild in: <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/erste-gruenen-politiker-fordern-maulkorb-fuer-impf-kritiker-78133766.bild.html> (Letzter Zugriff: 20.3.2024).

²³⁸ (o. V.): (2019, 17. Oktober). Angst vor Tabus: Viele Deutsche trauen sich nicht, ihre Meinung zu sagen. FOCUS Online. https://www.focus.de/wissen/mensch/allensbach-studie-immer-mehr-tabus-die-deutschen-trauen-sich-immer-weniger-ihre-meinung-zu-sagen_id_11245769.html (letzter Zugriff: 30.01.2022). (o. V.): (2021, 19. Juli). Allensbach: Immer mehr Deutsche haben Sorge, offen zu sagen, was sie denken. Bild. <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/allensbach-immer-mehr-deutsche-haben-sorge-offen-zu-sagen-was-sie-denken-wir-las-76782660,view=conversionToLogin.bild.html> (letzter Zugriff: 30.01.2022).

ein Kernstück der Demokratie zu erodieren: die offene Debatte, die ohne Angst und Einschränkung geführt werden muss.“

8.3 Polarisierung und Fragmentierung

In Deutschland ist eine zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft zu beobachten: Ganze Bevölkerungsgruppen separieren sich von der Gesellschaft. Diese sind durch Sprachbarrieren oder nicht miteinander zu vereinbarenden Wertevorstellungen verursacht. Es scheint zudem eine politische Polarisierung zu erfolgen, bei der sich rechte Kräfte dem politisch anderen Teil unversöhnlich gegenüber zu stehen und zu einer wachsenden Feindseligkeit zwischen politischen Lagern führt.²³⁹ Das gilt offenbar auch für ökologische Narrative.²⁴⁰ – Klimaschutz wird von einem Teil als überlebensnotwendig betrachtet, von einem anderen als ideologische Übergriffigkeit, wirtschaftliche Belastung und Bevormundung. Insgesamt erodiert der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Fähigkeit zur demokratischen Verständigung schwindet, und die offene Gesellschaft verliert ihre Integrationskraft.

8.4 Mangelhafte Umsetzung einer Migrationspolitik

Die fehlende langfristige Strategie zur Steuerung der Migration wird von Kritikern als politisch akzeptierter Kontrollverlust des Staates empfunden. Während kurzfristige Maßnahmen und Ad-hoc-Programme zwar punktuell wie beabsichtigt wirken, fehlte es an einer übergreifenden, konsistenten perspektiven Leitlinie, die Migration im Interesse des Staates verantwortungsvoll steuert. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Deutschland nicht die „Sozialstation der Welt“ sein kann.²⁴¹ Das ist ein Beleg dafür, dass Fakten von der Politik ggf. ignoriert werden, wenn sie nicht in das parteipolitische Konzept passen.

Ein Beispiel für den wahrgenommenen Kontrollverlust des Staates ist die massenhafte Aufnahme von Migranten in den Jahren 2015 bis 2022. Der Prozess verlief nach Einschätzung vieler Beobachter weitgehend planlos, teilweise sogar chaotisch. Kommunen waren überlastet, die gesellschaftlichen Spannungen nahmen zu, und die Skepsis gegenüber der Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen wuchs.

²³⁹ https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2023/07/TUD_MIDEM_Polarisationsstudie_DEU_RZ.pdf

²⁴⁰ <https://www.isi.fraunhofer.de/de/blog/2025/fragmentierung-gesellschaft-deutschland-wohnen-mobilitaet-akzeptanz.html>

²⁴¹ Bundesrechnungshof (2026). *Bericht zur Nachhaltigkeit der Sozialausgaben des Bundes*. Bonn: Bundesrechnungshof. URL: <https://www.bundesrechnungshof.de>

Besonders aufschlussreich war die öffentliche Diskussion, die zum Teil irreführend geführt wurde. Eine zentrale Argumentationslinie lautete, dass Deutschland Zuwanderung brauche, um den Fachkräftemangel zu beheben. Dabei wurde jedoch unterschlagen, dass dieses Ziel eine qualifizierte Zuwanderung erfordert. Zwar kamen auch hochqualifizierte Migranten ins Land, doch Untersuchungen belegten insgesamt eine deutliche Unterqualifizierung vieler Zugewanderter.²⁴² So zeigte sich, dass ein erheblicher Teil der Neuankömmlinge nicht über die für den deutschen Arbeitsmarkt erforderlichen Qualifikationen verfügte und zunächst in die Sozialsysteme einwanderten.

Die Konsequenz dieser Defizite ist eine wachsende Wahrnehmung von Kontrollverlust. Wenn Integration nicht gelingt und Migration nicht gesteuert wird, entsteht der Eindruck, dass der Staat seine Autorität verliert und gesellschaftliche Spannungen hinnimmt. Dies untergräbt das Vertrauen in politische Institutionen und verstärkt eine Polarisierung.

Der Vergleich mit den Gastarbeitern früherer Jahrzehnte ist daher unzutreffend, um nicht zu sagen irreführend. Die Gastarbeiter, die ab den 1950er Jahren vor allem aus Italien, Spanien, Griechenland und später aus der Türkei nach Deutschland kamen, wurden gezielt für bestimmte Arbeitsplätze angeworben. Sie besetzten unverzüglich freie Stellen in der Industrie, im Baugewerbe oder in der Gastronomie und waren von Beginn an in den Arbeitsmarkt integriert. Demgegenüber mangelt es der heutigen Migration an arbeitsmarktorientierter Steuerung.

8.5 Vertragsbrüche statt Rechtstaatlichkeit

Es ist eine alte Wahrheit: Gesetze und Verträge sind das Fundament unserer Wirtschaftsordnung. Werden sie missachtet, drohen Chaos und Vertrauensverlust. Dazu müssen wir leider feststellen: Die fortgesetzte Missachtung vertraglicher Vereinbarungen ist längst zur traurigen Normalität geworden:

- So untersagt der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) Artikel 126 zwar eine Staatsverschuldung von mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, doch kein Mitgliedsstaat der EU – außer Luxemburg – hält sich daran.
- Unmissverständlich fordern die Artikel 3, 109 und 127 die Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft. Aber was machen die EU-Kommission, Deutschland und die EZB? Sie greifen nach planwirtschaftlicher Manier in das Wirtschaftsgeschehen ein, indem

²⁴² <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/553282/bildungsabschluesse-von-migrantinnen-und-migranten/>

- die EU-Kommission als Planungsbehörde fungiert (Der Europäische Rat als Planungsbehörde),
- Deutschland eine Klimapolitik betreibt, die bestimmtes Verhalten diktiert (Klimapolitik – Habecks Marsch in die Planwirtschaft) und einen Subventionswettlauf initiiert (Subventionswettlauf statt marktwirtschaftlicher Wettbewerb)
- auf perfide Art und Weise Vertragsbrüche seitens der Europäischen Zentralbank erfolgen: Artikel 123 AEUV schreibt unmissverständlich vor, dass weder die EZB noch die nationalen Zentralbanken Kredite an Staaten vergeben dürfen und ihnen auch der direkte Erwerb von Staatsanleihen untersagt ist. Dennoch kaufte die EZB in erheblichem Umfang Anleihen auf dem Sekundärmarkt, die zuvor von Investoren auf dem Primärmarkt erworben worden waren. Damit umging sie zwar formal das Verbot, betrieb faktisch jedoch genau das, was untersagt ist: eine indirekte Staatsfinanzierung (s. Anhang:
 - Artikel 311 AEUV untersagt kreditfinanzierte Ausgaben der EU, dennoch werden sie praktiziert.
 - Artikel 103 und 125 verbieten ausdrücklich, dass ein Staat für die Schulden eines anderen haftet, doch durch immer neue Gemeinschaftshaftungen wird auch dieses Gebot gebrochen.
 - Schließlich verpflichtet Artikel 127 die EZB zur Wahrung der Preisstabilität – und dennoch stieg die Inflation im Euroraum im Jahr 2022 auf über zehn Prozent.

Die fortwährende Verletzung dieser Verträge ist mehr als nur ein Rechtsbruch. Sie sind geeignet, die gesellschaftliche Ordnung auf den Kopf zu stellen. Die Orientierung geht verloren, das Vertrauen erodiert, und mit jedem gebrochenen Artikel wird das Fundament Europas ein Stück brüchiger.

8.6 Fatalismus

Es ist nicht mehr nur die altbekannte Politikverdrossenheit, die das Land erfasst hat und aus einer Fülle politischer Versäumnisse und Fehler resultiert. Viel tiefer sitzt inzwischen ein lähmender Fatalismus – das Gefühl, dass jede Hoffnung auf Besserung vergeblich sei. Diese Haltung entspringt einer deprimierenden Aussichtslosigkeit, die sich wie ein grauer Schleier über die Gesellschaft gelegt hat.

Das kollektive Hochgefühl der Wirtschaftswunderzeit, getragen von stetigem Wachstum und dem Stolz eines Exportweltmeisters, ist verblasst. Wo einst

Zuversicht und Aufbruchsstimmung herrschten, breitet sich heute Resignation aus, genährt durch:

- den Niedergang der Wirtschaft, die Deindustrialisierung und Überschuldung belasten unsere Zukunftsfähigkeit,
- die ernüchternden Ergebnisse internationaler Studien wie PISA, die den Niedergang des Bildungsrückstands verdeutlichen.
- Abhängigkeiten in militärischer Hinsicht, technologisch (insbesondere IT), bei Rohstoffen ...
- Verlust der technologischen Führerschaft.

Gemeinsam mit der Vernachlässigung des Wir-Gefühls (Kap. 4.9), der Lügen, Halbwahrheiten (Kap. 3.7.3) und verbreiteten Angst (Kap. 3.7.4) mündet dies in eine tiefe Krise des Geistes. Sie zeigt sich in der Entfremdung zwischen Bürgern und Politik, im Verlust von Orientierung und im Schwinden des Vertrauens in die eigene Gestaltungskraft. Deutschland steht nicht nur vor ökonomischen oder politischen Herausforderungen, sondern vor allem vor einer geistigen Bewährungsprobe.

9. Reformansätze zur Stärkung der Demokratie

Die Parteiendemokratie neigt dazu, kurzfristige Mehrheiten über langfristige Lösungen zu stellen. Eigeninteressen der Parteien können die gesamtstaatliche Perspektive überlagern, während komplexe Entscheidungsprozesse die Handlungsfähigkeit lähmen. Hinzu kommt eine wachsende Distanz zwischen Bürgern und politischen Institutionen, die das Vertrauen in die Demokratie schwächt.

Die aufgeführten systematischen Mängel sind nicht unabänderlich. Sie lassen sich überwinden. Sie wurzeln in der praktizierten Politik (Kap. 3.1). Ihre Behebung erfordert jedoch nicht die Abschaffung der Demokratie, sondern ihre Erneuerung im Einklang mit ihren eigenen Prinzipien.

9.1 Partei der Nichtwähler

Ein Reformmodell sieht die Einführung einer „Partei der Nichtwähler“ vor. Dabei werden die Nichtwähler so gestellt, als bildeten sie eine eigene Partei. Die dieser „Partei“ zustehenden Sitze werden im Losverfahren unter den Nichtwählern ausgewählt. Damit entstünde eine neue Form der Beteiligung, die den politischen Diskurs bereichern könnte, weil diese Mandatsträger nicht durch Parteidisziplin gebunden wären. Alternativ würde das Parlament um die ihr zustehenden Sitze kleiner werden.

Die „Partei der Nichtwähler“ könnte eine dreifache Funktion erfüllen: Erstens würde sie die große Gruppe der Nichtwähler sichtbar machen und damit den Druck auf die Parteien erhöhen, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Zweitens könnten durch die Auslosung von Bürgervertretern neue Stimmen ins Parlament gelangen, die frei von parteipolitischen Zwängen agieren und so eine authentische gesellschaftliche Perspektive einbringen. Drittens würde die Bildung neuer Mehrheiten stärker von Überzeugungsarbeit abhängen, da die etablierten Parteien nicht mehr allein auf starre Fraktionsdisziplin setzen könnten. Auf diese Weise entstünde ein Korrektiv, das die Qualität parlamentarischer Entscheidungen verbessert und die Legitimität des Parlaments insgesamt stärkt. Gerade weil die nicht organisierten Nichtwähler eine zahlenmäßig starke Gruppe darstellen, könnten sie zum entscheidenden Zünglein an der Waage werden, die die „Regierungsparteien“ überzeugen müssten.

Internationale Beispiele zeigen, dass solche Modelle keine Utopie sind. So wurden in Irland Bürger per Losverfahren in Verfassungsfragen eingebunden, was zu wegweisenden Entscheidungen über Ehegleichheit und Abtreibungsrecht führte. In Frankreich wurde ein „Bürgerkonvent für das Klima“ ins Leben gerufen, in dem zufällig ausgewählte Bürger konkrete Vorschläge zur Klimapolitik

erarbeiteten. Auch Belgien hat Erfahrungen mit ausgelosten Bürgerräten gesammelt, die neben den Parlamenten beratend tätig sind. All diese Beispiele verdeutlichen, dass ausgeloste Bürgergremien nicht nur theoretisch denkbar, sondern auch praktisch umsetzbar sind, ohne die demokratische Entscheidungsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Zusammengefasst: Die „Partei der Nichtwähler“ wäre ein radikaler, aber demokratisch plausibler Reformansatz, weil er die Nichtwähler sichtbar machen und durch ausgeloste Bürgervertreter neue Impulse in die Politik tragen könnte – ganz im Sinne einer lebendigen Demokratie, die sich nicht allein auf Parteimehrheiten stützt.

9.2 Langfristige Lösungsansätze

Die Politik in Deutschland leidet seit Jahren darunter, dass langfristige Konzepte oft fehlen oder nicht konsequent umgesetzt werden. Statt nachhaltiger Strategien dominieren kurzfristige Entscheidungen, die auf die nächste Wahl oder den Erhalt von Mehrheiten ausgerichtet sind. Beispiele wie die eingeschränkte Verteidigungsfähigkeit, marode Infrastruktur, überhastete Energiepolitik oder das Absinken des Bildungsniveaus verdeutlichen die Folgen dieser strukturellen Schwäche. Um die Qualität politischer Arbeit zu verbessern, sind Reformen notwendig, die den Blick stärker auf die Zukunft lenken.

Dazu könnten verbindliche Zukunftspläne eingeführt werden, die über Legislaturperioden hinausreichen und zentrale Politikfelder wie Infrastruktur, Energieversorgung, Bildung, Wirtschaftspolitik und Verteidigung usw. abdecken. Zum Teil gibt es das bereits aber offenbar unzureichend.

Auch mehr direkte Demokratie in Form von Volksentscheiden oder Bürgerforen könnte dazu beitragen, dass langfristige Interessen stärker berücksichtigt werden. Wenn Bürger nicht nur alle vier Jahre wählen, sondern regelmäßig in zentrale Fragen eingebunden werden, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Politik nachhaltiger ausgerichtet wird.

9.3 Eignungsvoraussetzungen

Fast jeder Beruf in unserer Gesellschaft verlangt klare Eignungsvoraussetzungen: Ärzte müssen ein Medizinstudium absolvieren, Ingenieure ihre Fachkenntnisse nachweisen, Lehrer eine pädagogische Ausbildung durchlaufen. Nur die Politik bildet eine Ausnahme. Hier kann ein Minister ohne jede fachliche Expertise ein Ressort leiten, als wäre Kompetenz lediglich ein schmückendes Beiwerk.

Zwar können beispielsweise Bundestagsabgeordnete Fachkräfte einstellen, doch wenn sie selbst keine entsprechende Expertise besitzen, sind sie nicht in der Lage, die Qualität solcher Personen richtig einzuschätzen.

Deshalb braucht es ein Gesetz, das verbindliche Mindestqualifikationen für zentrale politische Ämter und die Mitglieder von Ausschüssen festschreibt. Wer etwa im Haushaltsausschuss des Bundestages über Milliardenbeträge entscheidet, sollte natürlich nachweislich ökonomische Kenntnisse besitzen. Wer ein Gesundheitsressort führt, muss die Grundlagen der medizinischen Versorgung und der öffentlichen Gesundheitspolitik verstehen usw. usf.

Verantwortung ohne Wissen birgt Risiken für die Demokratie, da sie die Gefahr von Fehlentscheidungen, ineffizientem Ressourceneinsatz und politischer Willkür erhöht. Mindestqualifikationen würden jedoch nicht bedeuten, dass nur Fachtechnokraten Politik machen dürfen. Vielmehr würden sie sicherstellen, dass diejenigen, die Macht ausüben, über ein Mindestmaß an Sachkenntnis verfügen, um ihre Verantwortung kompetent wahrzunehmen. So wie in jedem anderen Beruf die Qualifikation als Schutzmechanismus dient, muss auch die Demokratie diesen Schutz für ihre zentralen Ämter einfordern. Nur so kann gewährleistet werden, dass politische Entscheidungen nicht im luftleeren Raum getroffen werden, sondern auf einer soliden Grundlage von Wissen, Verantwortung und Gemeinwohlorientierung beruhen.

9.4 Verpflichtender Ehrenkodex

Ein Politiker sollte in jeder Beziehung ein Vorbild sein, sowohl in fachlicher als auch in charakterlicher Hinsicht. Glaubwürdigkeit und moralische Integrität dürfen keine bloß wünschenswerten Tugenden sein, sondern müssen die selbstverständliche Grundlage politischen Handelns bilden. Da niemand in die Gedankenwelt eines anderen blicken kann, bedarf es klarer Regeln, die Fehlverhalten nicht nur anprangern, sondern auch verlässlich sanktionieren. Ein verpflichtender Ehrenkodex für Parteimitglieder und erst recht für Mandatsträger könnte hier Maßstäbe setzen. Er würde Erwartungen an das Verhalten definieren und zugleich Konsequenzen bei Verstößen festschreiben. Wer gegen diesen Kodex verstößt, darf sein Amt, seinen Sitz im Ausschuss oder seine andere verantwortungsvolle Funktion nicht weiter ausüben.

Die Ausgestaltung eines solchen Kodex liegt in der Verantwortung der Parteien selbst. Er ist ein Spiegelbild ihrer inneren Haltung und offenbart, wes Geistes Kind eine Partei tatsächlich ist. Parteien müssen zeigen, dass sie bereit und in der Lage sind, ihre eigenen Reihen zu disziplinieren – nicht aus Selbstzweck, sondern um die Glaubwürdigkeit der Demokratie insgesamt zu stärken. Denn nur wenn

Fehlverhalten nicht folgenlos bleibt, entsteht Vertrauen in die politische Kultur. Dann kann Politik wieder das sein, was sie im Kern sein sollte: ein Dienst am Gemeinwohl, getragen von Menschen, die in Kompetenz, Haltung, Verantwortung und moralischer Standfestigkeit Vorbilder sind.

9.5 Parteiinterne Kontrollkommission

Zur wirksamen Durchsetzung eines Ehrenkodexes ist es nicht ausreichend, sich auf die bestehenden parteiinternen Schiedsgerichte zu verlassen. Diese sind häufig selbst Teil des politischen Machtgefüges und agieren somit nicht frei von Eigeninteressen. Notwendig wäre vielmehr die Installierung eines unabhängigen Kontrollorgans, dessen Mitglieder niemals selbst für ein politisches Amt kandidieren werden und daher nicht in parteipolitische Loyalitäten oder Karriere logiken verstrickt sind. Integrität und Unabhängigkeit wären die zentralen Kriterien für die Auswahl dieser Mitglieder, die so eine glaubwürdige Instanz bilden könnten.

Ein solches Gremium sollte für alle Parteien verpflichtend sein und über echte Autorität verfügen. Diese läge darin, dass es frei von parteipolitischen Kalkülen agiert und allein dem Ehrenkodex verpflichtet ist. Es müsste die Kompetenz haben, Verstöße gegen den Ehrenkodex konsequent zu sanktionieren. So entstünde eine Kultur der Verantwortung, die den innerparteilichen Machtspielen Grenzen setzt und die Glaubwürdigkeit des politischen Systems insgesamt stärkt. Der geschaffene Mechanismus stellt sicher, dass ethische Standards nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch praktisch durchgesetzt werden.

Gerade in Zeiten wachsender Politikverdrossenheit könnte ein solches unabhängiges Kontrollorgan das Vertrauen der Bürger in die Politik zurückgewinnen. Die Bürger würden erkennen, dass die Parteien bereit sind, sich selbst verbindlichen Regeln zu unterwerfen und Fehlverhalten nicht zu tolerieren. Dubiose Geschäftemacherei und moralisch sowie gesellschaftlich zweifelhaftes Verhalten wären somit unterbunden.

9.6 Verbesserung der politischen Qualität durch unabhängige Experten

Ein Reformansatz von erheblicher Tragweite wäre die verpflichtende Einbindung unabhängiger Expertenräte in politische Entscheidungsprozesse. Der Kern dieser Idee ist, dass Fachwissen nicht länger nur fakultativ oder nach politischem Ermessen berücksichtigt wird, sondern institutionell abgesichert ist. Solche Gremien würden sicherstellen, dass bei komplexen Fragen zumindest unabhän-

gige Fachleute gehört werden. Zu hoffen ist, dass dann nicht allein unter dem Druck parteipolitischer Mehrheiten entschieden wird.

Die derzeit üblichen Anhörungen in parlamentarischen Fachausschüssen krankten daran, dass jede Partei nur solche Fachleute zur Anhörung laden, die die Parteimeinung stützt. Entscheidend wäre also die Zusammensetzung der vorgeschlagenen Expertenräte: Ihre Mitglieder würden nicht von der Politik selbst ernannt, sondern von anerkannten Berufs- und Fachorganisationen entsandt. Dadurch würde die Gefahr politischer Blindheit reduziert und die Unabhängigkeit gestärkt. Ein Rat für Gesundheit könnte beispielsweise von Ärzteverbänden, Pflegeorganisationen und wissenschaftlichen Fachgesellschaften besetzt werden, ein Rat für Infrastruktur von Ingenieurkammern und Bauverbänden. Auf diese Weise entstünde ein pluralistisches, fachlich fundiertes Beratungsgremium, das die Politik zumindest zur Kenntnisnahme von Expertise zwingt.

Dies könnte insbesondere in hochkomplexen Bereichen wie der Rentenfinanzierung oder dem Bürokratieabbau zu qualitativ besseren Entscheidungen führen. Zwar würde fachliche Expertise die politischen Entscheidungen nicht ersetzen, aber sie ergänzen. Sie könnte dabei helfen, Diskurse zu strukturieren, Fehlentwicklungen frühzeitig sichtbar zu machen und die Transparenz zu erhöhen.

Ein möglicher Einwand ist, dass zusätzliche Gremien die Entscheidungsprozesse verlangsamen könnten. Doch bei sachgerechter Organisation muss dies nicht der Fall sein. Wenn die Expertenräte klare Fristen und Zuständigkeiten haben, können sie ihre Stellungnahmen parallel zu politischen Beratungen erarbeiten. Dies würde zu einer Entlastung der politischen Entscheidungsträger führen, da diese auf geprüfte Analysen zurückgreifen könnten, anstatt selbst komplexe Sachfragen im Detail durchdringen zu müssen.

Ein solches Modell würde somit nicht nur die Qualität politischer Entscheidungen erhöhen, sondern auch das Vertrauen der Bevölkerung stärken. Bürgerinnen und Bürger könnten nachvollziehen, dass wichtige Reformen nicht allein das Ergebnis parteipolitischer Machtspiele sind, sondern auch Ausdruck fachlich fundierter Abwägungen.

9.7 Eigenverantwortung einfordern

Das Verursacherprinzip und das Prinzip der Eigenverantwortung dürfen nicht zu bloßen Schlagworten verkommen, die in Sonntagsreden beschworen, im politischen Alltag jedoch ignoriert werden. Vielmehr müssen sie als verbindliche Leitlinien in der Praxis verankert werden, um das Vertrauen in staatliches Handeln zu sichern und die Legitimität politischer Entscheidungen zu stärken. Wer öffentliche Mittel verwaltet, trägt eine Verantwortung, die weit über formale Pflichten

hinausgeht. Steuermittel sind Gelder, die treuhänderisch verwaltet werden. Sie sind das Ergebnis der täglichen Arbeit von Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb ist es nicht hinnehmbar, wenn diese Mittel ineffizient eingesetzt, zweckentfremdet oder durch mangelnde Kontrolle verschwendet werden. Eigenverantwortung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass Entscheidungsträger nicht nur rechenschaftspflichtig sind, sondern sich auch ihrer Rolle als Treuhänder bewusst sein müssen. Das Verursacherprinzip verlangt wiederum, dass diejenigen, die Kosten oder Schäden verursachen, auch für deren Beseitigung aufkommen. Die konsequente Anwendung dieser Prinzipien verhindert, dass die Allgemeinheit für die Fehler Einzelner haftet. Eine Politik, die Eigenverantwortung und das Verursacherprinzip ernst nimmt, schafft Gerechtigkeit und Anreize für nachhaltiges und verantwortungsbewusstes Handeln. Sie macht deutlich: Wer Macht ausübt, muss auch die konkreten Konsequenzen tragen – im Umgang mit den Ressourcen, die der Gesellschaft gehören.

9.8 Widerspruch fördern

Die Ja-Sager-Mentalität ist im Kern ein Ausdruck von Führungsschwäche, da sie keinen Widerspruch duldet und somit die Grundlage für lebendige Entscheidungsprozesse untergräbt. Eine Führung, die nur Zustimmung würdigt, verliert den Blick für Risiken und Chancen, da kritische Stimmen verstummen oder gar nicht erst geäußert werden. Gerade komplexe Entscheidungen, wie sie in der Politik an der Tagesordnung sind, benötigen jedoch Kontrollmechanismen in Form von sachlicher Kritik und konstruktivem Widerspruch. Nur so lassen sich Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen und Innovationsprozesse anstoßen. Kritik ist dabei kein Angriff auf die Autorität, sondern ein notwendiges Korrektiv, das die Qualität von Entscheidungen verbessert und die Organisation widerstandsfähiger macht.

Um diese kritische Auseinandersetzung zu ermöglichen, ohne dass sie sofort als persönliche Attacke verstanden wird, können kreative Verfahren eingesetzt werden. Ein Beispiel sind unverfängliche Gut-gegen-Böse-Rollenspiele, in denen Argumente bewusst zugespitzt und gegeneinander-gestellt werden. In einem solchen Setting lassen sich Kritikpunkte unverdächtig zur Sprache bringen, da sie Teil eines Spiels sind und keiner bestimmten Person zugeordnet werden. Dadurch entsteht ein geschützter Raum, in dem auch unbequeme Wahrheiten ausgesprochen werden können. Die Führung erhält so die Chance, alternative Sichtweisen zu hören, ohne dass ihre Autorität unmittelbar infrage gestellt wird.

Gerade in hierarchisch geprägten Organisationen kann ein solches Verfahren helfen, die notwendige Balance zwischen Loyalität und kritischer Reflexion

herzustellen. Es verhindert, dass Entscheidungen allein durch Konformitätsdruck entstehen, und fördert stattdessen eine Kultur, in der Widerspruch als wertvoller Beitrag verstanden wird. So wird die Ja-Sager-Mentalität durchbrochen und die Grundlage für bessere und tragfähigere Entscheidungen geschaffen.

9.9 Die Souveränität des Landes stärken

Die politische Realität²⁴³ macht unmissverständlich deutlich, dass sich Demokratie nur dort frei entfalten kann, wo die Souveränität eines Landes gewährleistet ist. Die amerikanischen Strafzölle haben exemplarisch vor Augen geführt, wie schnell wirtschaftliche Abhängigkeiten zur politischen Erpressbarkeit führen können. Jede Form von Fremdbestimmung birgt das Risiko, freie Entscheidungen zu blockieren und eigenständiges Handeln zu unterbinden. Deshalb ist es eine zentrale Aufgabe, die Unabhängigkeit unseres Staates auf allen Ebenen – wirtschaftlich, politisch, kulturell und sicherheits-politisch – zu stärken und somit die Grundlage für eine selbstbestimmte Demokratie dauerhaft zu sichern.

Gleichzeitig müssen wir anerkennen, dass vollständige Autarkie weder möglich noch sinnvoll ist. Die internationalen Verflechtungen in Wirtschaft und Verteidigung sind zu eng, als dass sich ein Staat völlig isolieren könnte. Gerade in einer globalisierten Welt sind verlässliche Allianzen notwendig,²⁴⁴ um Stabilität zu sichern und gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen. Doch solche Bündnisse dürfen nicht auf Abhängigkeit beruhen, sondern müssen von Gegenseitigkeit und Eigenverantwortung getragen sein. Nur wenn Partnerschaften fair gestaltet sind, entsteht ein Gleichgewicht, das die eigene Souveränität nicht untergräbt, sondern ergänzt. Auch birgt der Handel sogenannte komparative Vorteile. Diese entstehen dadurch, dass Länder unterschiedliche Produktivitäten, Faktorausstattungen und Opportunitätskosten bei der Herstellung von Gütern haben. Aus diesen Unterschieden können Länder, die miteinander Handel treiben, Gewinne generieren.

Ein souveräner Staat, der zugleich in faire Partnerschaften eingebunden ist, kann seine Demokratie nicht nur praktizieren, sondern auch schützen. Denn Freiheit bedeutet nicht Abschottung, sondern die Fähigkeit, selbstbestimmt zu handeln – sowohl im Inneren als auch im Austausch mit der Welt. Souveränität ist somit kein statisches Konzept, sondern ein dynamisches Gleichgewicht zwischen Eigenständigkeit und Kooperation. Es erfordert die Kraft zur Selbstbehauptung, aber auch die Offenheit für eine Zusammenarbeit, die auf Respekt und Gleich-

²⁴³ Die Unzuverlässigkeit des amerikanischen Partners unter Trump wird durch deren Infragestellung des NATO-Bündnisses offenkundig. Nur eigene Stärke zählt.

²⁴⁴ Die Notwendigkeit zeigt sich beispielsweise in der Abhängigkeit Deutschlands von Rohstofflieferungen.

wertigkeit beruht. Nur so kann ein Land seine demokratische Ordnung festigen und zugleich den Herausforderungen einer vernetzten Welt gerecht werden.

9.10 Pflicht zur Anhörung anderer Meinungen

Eine lebendige Demokratie lebt vom Austausch unterschiedlicher Sichtweisen. Deshalb sollte es zur Pflicht werden, auch politisch Anders-denkende anzuhören – nicht nur Vertreter anderer Parteien, sondern auch Fachleute mit abweichenden Perspektiven. Gerade deren Expertise eröffnet neue Blickwinkel, die im parteipolitischen Alltag oft verloren gehen.

Doch weder die öffentlich-rechtlichen Medien noch die Praxis der Parlamentsarbeit garantieren, dass solche Stimmen systematisch Gehör finden. Deshalb braucht es eine verbindliche Regelung: Die verpflichtende Befragung von Fachleuten mit unterschiedlichen politischen und fachlichen Standpunkten muss Teil des politischen Tagesgeschäfts werden. Nur so können Anregungen und Kritik, die für eine gedeihliche Politik unverzichtbar sind, in das gegenwärtige parteiliche Scheuklappendenken eindringen.

Diese Pflicht darf sich nicht allein auf die Parlamentsarbeit beschränken. Sie sollte auch in neuen Formaten wie Bürgerräten oder unabhängigen Beratungsgremien verankert werden. Dort könnten Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Fachleuten ihre Sichtweisen einbringen und so die politische Entscheidungsfindung bereichern.

Eine Kultur des Zuhörens würde nicht nur die Qualität politischer Entscheidungen verbessern, sondern auch das Vertrauen in die Demokratie stärken. Denn erst wenn Vielfalt nicht als Störfaktor, sondern als Ressource begriffen wird, entsteht echte Souveränität.

9.11 Den Fatalismus besiegen

Der zunehmend zu beobachtende Fatalismus ist nicht systemimmanent. So sollten sich Wege finden lassen, ihn zu überwinden. Der Schlüssel zum Sieg über den Fatalismus liegt in der Erkenntnis, dass das eigene Handeln sinnvoll und wirksam ist.

Im ersten Schritt muss bewusstgemacht werden, dass Geschichte nicht vom Schicksal, sondern von Entscheidungen geprägt wird. Wir sind kein Spielball der Geschichte, sondern gestalten sie aktiv mit. Bildung spielt dabei eine Schlüsselrolle, denn sie vermittelt nicht nur Wissen, sondern auch die Fähigkeit, kritisch zu denken und Alternativen zu entwickeln.

Der zweite Schritt ist die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Menschen, die erleben, dass ihr Handeln konkrete Veränderungen bewirkt, entwickeln Vertrauen in ihre eigene Gestaltungskraft. Deshalb sind demokratische Beteiligungsformen, ehrenamtliches Engagement und soziale Bewegungen so bedeutsam, denn sie zeigen, dass kollektives Handeln Strukturen verändern kann. Fatalismus wird dort überwunden, wo Menschen nicht nur Zuschauer, sondern Akteure sind. Dabei kann es hilfreich sein, sich an Vorbildern zu orientieren. Es braucht auch politische Rahmenbedingungen, die Handlungsspielräume eröffnen. Wenn Bürger erleben, dass sie zählen und wahrgenommen werden, dann wächst das Vertrauen in die Möglichkeit von Veränderung. Fatalismus wird nicht durch Appelle besiegt, sondern durch Strukturen, die Teilhabe ermöglichen und Verantwortung belohnen.

Im dritten Schritt zeigt sich der Erfolg des zweiten Schritts, der als sinnstiftend erlebt wird. Erfolge gibt es viele: von der heimlichen Selbstbestätigung über das anerkennende Schulterklopfen von Vorgesetzten bis hin zur öffentlichen Belobigung. Sie bestärken darin, dass Wandel möglich ist. Fatalismus hingegen gedeiht in Kulturen, die Niederlagen und Ohnmacht betonen. Es gilt daher, positive Beispiele sichtbar zu machen und Hoffnung als gesellschaftliche Ressource zu pflegen.

Es zeigt sich: Fatalismus ist keine unausweichliche Bestimmung, sondern eine Haltung, die durch Bildung, das Gefühl der Selbstwirksamkeit, kulturelle Erzählungen und politische Teilhabe überwunden werden kann. Wer den Glauben an die eigene Gestaltungskraft zurückgewinnt, befreit sich aus der Lähmung des Fatalismus und ebnet den Weg für eine lebendige, handlungsfähige Gesellschaft.

9.12 Das Wir-Gefühl stärken

Ein gestärktes Wir-Gefühl ist der Nährboden für gute, umsetzungsstarke Politik. Es erhöht Legitimität, fördert Kooperation, macht Gesellschaften krisenfester und reduziert die Anfälligkeit für Polarisierung und Extremismus. Politik, die gezielt sozialen Zusammenhalt fördert, investiert damit direkt in ihre eigene Handlungsfähigkeit. Sie sollte deswegen wichtiger Bestandteil jeder Partei sein.

Das, die Identität stärkende Wir-Gefühl, entsteht nicht von selbst. Es muss bewusst geschaffen, gepflegt und gelebt werden. Dazu ist es erforderlich:

- Ungeschminkt die Wahrheit zu sagen – nur wer die Realität erkennt, kann sie verändern.
- Auf der Basis eines Zukunftsmodells Deutschland gemeinsame Erfolge erringen – denn nichts stiftet mehr Identität als gemeinsame Erfolge.

- Eine Gesellschaft zu formen, die ihre Kinder stark macht – Selbstvertrauen und Stolz wachsen dort, wo die nächste Generation gefördert wird.
- Leistung sichtbar zu belohnen – nicht das Neidprinzip, sondern das Leistungsprinzip muss wieder zur Geltung kommen.
- Gemeinsame Geschichte, Sprache und Tradition zu bewahren bieten Orientierung und fördern den Gemeinschaftssinn.

Das Wir- Gefühl manifestiert sich auch in gemeinsamen Werten und Tugenden, die für die Deutschen einerseits Menschenwürde, Gleichheit vor dem Gesetz, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Religionsfreiheit, sowie andererseits Rechts-, Verantwortungsbewusstsein, Fleiß, Pünktlichkeit, Verlässlichkeit und Bildungsorientierung sind. Diese sind mit islamisch-radikalpolitischen Strömungen wie religiös-rechtliche Normen (Scharia in bestimmter Auslegung) nur schwer kompatibel. Als die zentralen Gegensätze gelten

- Souveränität der Verfassung vs. religiöser Gesetzesanspruch: In Deutschland gilt die Verfassung als oberste Rechtsquelle, wohingegen manche islamistischen Strömungen eine Vorrangstellung religiöser Normen gegenüber säkularen Gesetzen fordern.
- Pluralismus und individuelle Freiheitsrechte vs. kollektivistische oder normativ-konservative Ordnungsentwürfe: Demokratie, Meinungs- und Religionsfreiheit erlauben Vielfalt; bestimmte islamistische Positionen betonen dagegen homogene religiöse Normen und lehnen abweichende Lebensweisen ab.
- Gewaltverzicht und Rechtsstaatlichkeit vs. Legitimation von Gewalt in extremistischen Strömungen: Während demokratische Systeme Gewaltmonopol und rechtsstaatliche Verfahren betonen, gibt es radikale islamische Gruppen, die Gewalt als Mittel politischer Durchsetzung rechtfertigen.

Hier offenbart sich ein Kernproblem westlicher Meinungs- und Religionsfreiheit. Sie lässt auch jenes Denken und Handeln zu, das sich gegen sie richten kann.

Religiöser Extremismus existiert auch neben politischem Extremismus; beide können sich überschneiden, sind aber analytisch unterscheidbar. Religiöser Extremismus beruft sich auf eine religiöse Deutung als Rechtfertigung für radikale oder gewaltbereite Praxis, während politischer Extremismus primär politische Ordnungsziele verfolgt. Beide Formen bedrohen die freiheitliche Grundordnung und erfordern rechtliche, präventive und gesellschaftliche Gegenmaßnahmen.

Die Lösung besteht darin, Rechtsstaatlich durchzusetzen: Gewaltaufrufe und strafbare Handlungen konsequent verfolgen; dabei Verhältnismäßigkeit und gerichtliche Kontrolle zu wahren. Aufklärung und Transparenz ist dabei notwendig, um die Menschen mitzunehmen, die Akzeptanz von Maßnahmen zu erhöhen und Desinformationen entgegenzuwirken – Toleranz darf Intoleranz nicht tolerieren (Popper-Paradoxon). Das kann auch bedeutet, die Rechtsprechung verfassungskonform anzupassen ist.

9.13 Umsetzung des Verursacherprinzips

Das Verursacherprinzip ist eine konsequente und faire Alternative zu Gemeinschaftshaftungen. Es fordert Verantwortung dort ein, wo sie entsteht. Das Ergebnis ist umsichtiges und verantwortungsvolles Handeln. Wer die Folgen seines Handelns unmittelbar zu spüren bekommt, hat ein eigenes Interesse daran, umsichtig zu agieren und somit alle Aspekte – die positiven wie auch die negativen – seines Tuns in seine Entscheidungen einzubeziehen.

Das Prinzip erhöht die gesellschaftliche Akzeptanz von Regulierungen, da es intuitiv als fair empfunden wird. Da negative Effekte aus eigenem Antrieb heraus berücksichtigt werden, führt es zu weniger Bürokratie und mehr Effizienz. Seine Stärke liegt unter anderem in seiner breiten Anwendbarkeit: Überall dort, wo Risiken entstehen, schafft das Verursacherprinzip klare Anreize für verantwortungsvolles Handeln und trägt zu nachhaltigen Lösungen bei.

9.14 Umsetzung der Gewaltenteilung

Die Gewaltenteilung muss stringent umgesetzt werden. Die Mängel sind in Kap. 2.8 beschrieben worden. Zu dieser Umsetzung könnten gehören, dass:

- Beamte keine Abgeordneten werden dürfen,
- die Spitze der Judikative durch Richter autonom entschieden wird,
- Regierungsmitglieder müssen ihr Abgeordnetenmandat niederlegen.

9.15 Verbesserung der vierten „Gewalt“

Eine freie Gesellschaft lebt von einem offenen Diskurs. Dieser setzt voraus, dass Medien umfassend informieren und den Menschen nicht das Denken abnehmen, sondern ihnen dabei helfen, eine unabhängige, sachbasierte Meinung zu bilden. Die Aufgabe der „vierten Gewalt“ besteht darin, Transparenz zu schaffen, Missstände aufzudecken und den Bürgern die Grundlage für eigene, freie

Entscheidungen zu bieten. Um ihrer demokratischen Verantwortung gerecht zu werden, sollte die „vierte Gewalt“ qualitativ verbessert werden. Öffentlich-rechtliche Medien sollten keine Werbung enthalten, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten. Darüber hinaus könnte eine Änderung des Mediengesetzes erfolgen, um die Meinungsvielfalt zu stärken. Leitthemen sollten grundsätzlich als neutrale Berichte erscheinen. Meinungsartikel und -sendungen sollten weiterhin möglich sein, doch sie müssen andere Sichtweisen angemessen gegenüberstellen, sodass Vielfalt sichtbar und erfahrbar wird. So könnte verhindert werden, dass Medien als moralische Instanz, Sprachrohr der Regierung oder einer politischen Strömung auftreten.

10. Zusammenfassung

Das Manuskript zeichnet ein umfassendes und kritisches Bild der Funktionsweise der deutschen Parteiendemokratie und ihrer systemischen Schwächen. Ausgangspunkt ist die Diagnose einer doppelten Krise: Einerseits steht Deutschland vor einem Berg ungelöster struktureller Probleme – von Deindustrialisierung über Bildungsdefizite bis hin zu technologischer Rückständigkeit. Andererseits wächst der Anteil der Bevölkerung, der den politischen Institutionen nicht mehr zutraut, diese Herausforderungen zu bewältigen. Die zentrale These lautet, dass die Ursachen dieser Entwicklung weniger in äußeren Umständen liegen, sondern in der mangelhaften Handhabung demokratischer Praxis und den strukturellen Fehlfunktionen des parteipolitischen Systems.

Demokratie wird als komplexes Gefüge beschrieben, dessen Funktionsfähigkeit von klaren Begriffen, qualifizierten Akteuren, funktionierenden Institutionen und einer souveränen staatlichen Ordnung abhängt. Doch diese Voraussetzungen sind erodiert. Das Mehrheitsprinzip, eigentlich Kern demokratischer Legitimation, führt in der Praxis zu Verzerrungen: komplexe Fragen werden auf binäre Entscheidungen reduziert, knappe Mehrheiten übergehen große Teile des Meinungsspektrums, und die Formulierung von Abstimmungsfragen beeinflusst Ergebnisse. Hinzu kommt, dass durch Sperrklauseln und Nichtwähler faktisch Minderheiten regieren können – ein strukturelles Legitimationsdefizit, das das Vertrauen in die Demokratie schwächt.

Die Entscheidungsprozesse selbst sind langsam, fragmentiert und häufig suboptimal. Koalitionsregierungen zwingen Parteien dazu, ihre ursprünglich konsistenten Programme zu verwässern, sodass am Ende ein „Patchwork“ aus Kompromissen entsteht, das weder konzeptionell stringent noch langfristig tragfähig ist. Die politische Logik der Parteien zerfällt im Koalitionsprozess, was zu konzeptloser Politik, Reformstau und einer Priorisierung kurzfristiger Ziele führt und die Durchsetzung langfristiger Konzepte unterläuft.

Ein besonders gravierender Mangel liegt in der fehlenden fachlichen Qualifikation politischer Akteure. Während in allen anspruchsvollen Berufen strenge Eignungsvoraussetzungen gelten, reicht für ein Bundestagsmandat das passive Wahlrecht. Die Folge ist eine politische Klasse, die häufig nicht über das notwendige Fachwissen verfügt, um komplexe Sachverhalte zu beurteilen oder Experteneinschätzungen kritisch einzuordnen. Dadurch sinkt die Qualität politischer Entscheidungen, und Politik verkommt zu einem taktischen Machtspiel, das sich stärker an Stimmungen und parteipolitischen Interessen orientiert als an sachlichen Analysen.

Verstärkt werden diese Probleme durch eine verzerrte politische Kommunikation. Begriffe wie „soziale Gerechtigkeit“ sind semantisch unscharf und werden

strategisch genutzt, um Interpretationsspielräume zu eröffnen. Medien und digitale Plattformen verstärken diese Unschärfen durch Simplifizierung, Emotionalisierung, Personalisierung und algorithmische Echokammern. Die Folge ist eine politische Öffentlichkeit, die stärker von Symbolpolitik und Framing geprägt ist als von inhaltlicher Substanz. Dies erschwert nicht nur die demokratische Willensbildung, sondern gefährdet auch die wirtschaftlich verlässliche Planbarkeit, auf die Unternehmen angewiesen sind.

Die staatliche Handlungsfähigkeit ist durch schwerfällige Gesetzgebungsverfahren, technologische Rückständigkeit und Rechtsbrüche eingeschränkt. Die Aufnahme des Ziels „Klimaneutralität“ ins Grundgesetz wird als Beispiel dafür genannt, wie politische Symbolik die Souveränität des Parlaments einschränkt und so marktwirtschaftliche Prinzipien unterläuft. Staatliche Souveränität wird als Voraussetzung demokratischer Selbstbestimmung definiert, denn ein Staat muss seine inneren und äußeren Angelegenheiten möglichst eigenständig regeln können. Doch Deutschland ist zunehmend abhängig von ausländischen Rohstoffen, Technologien und geopolitischen Entwicklungen, während interne Strukturen wie Verwaltung, Bildungssystem und Infrastruktur erodieren.

Das Werk zeigt zudem, wie parteipolitische Mechanismen – Fraktionszwang, Koalitionsverträge, parteiinterne Karrierelogiken – dazu führen, dass individuelle Ambitionen und Parteistrategien die Interessen der Bürger überlagern. Politische Kommunikation wird verzerrt, Widerspruch sanktioniert, und die politische Kultur driftet in Richtung Polarisierung, Blasenbildung und Fatalismus ab. Externe Einflussnahme durch Lobbyismus, mediale Parteinahme und die Schwäche der „vierten Gewalt“ verschärfen diese Dynamiken.

In zahlreichen Fallstudien – von der Schuldenbremse über Klimapolitik bis zur EZB – zeigt der Text, wie Fehlentscheidungen entstehen, wenn Expertise fehlt, politische Logik zerfällt und kurzfristige Interessen dominieren. Die Folgen reichen von Fehlallokationen über Zombifizierung der Wirtschaft bis hin zu einer Erosion der regelbasierten Ordnung.

Abschließend formuliert das Manuskript Reformansätze, die darauf abzielen, die demokratische Qualität zu stärken: Eignungsvoraussetzungen für politische Ämter, ein verpflichtender Ehrenkodex, parteiinterne Kontrollmechanismen, stärkere Einbindung unabhängiger Experten, Förderung von Widerspruch, Stärkung staatlicher Souveränität, konsequente Gewaltenteilung und eine Revitalisierung des gesellschaftlichen Wir-Gefühls. Ziel ist eine Demokratie, die nicht nur formal funktioniert, sondern auch inhaltlich leistungsfähig, souverän und zukunftsfähig ist.